



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





















(*Seinensfelds.*)

**S a n d b u**  
der



W I T H

**By Joseph Camesina and Comp.**

**A. J. Gottschalk, Buchhändler, in der neuen Buchhandlung Str. 1129.**

**1798.**

Täglich spricht man von der Mathematik, als von einer sehr schweren Wissenschaft, und niemand, der ihr nicht eine gewisse Zeit gewidmet hat, wird es wagen, einige ihrer Zweige zu behandeln. Aber von der Staatswissenschaft glaubt man, sie sey leicht zu verstehen; niemand hält sie für seine Einsicht zu hoch, und man nimmt keinen Anstand darüber zu urtheilen, ob man gleich nie sich darauf verwendet hat. Um in der Mathematik das Ansehen zu gewinnen, als verstehe man etwas muß man einen Theil der Schwierigkeiten überwunden haben, die von der Erwerbung dieser Wissenschaft unzertrennlich sind, will man anders den Ton eines Mathematikers annehmen. In der Politik hingegen hält der Schein nicht so unmittelbar an der Wirklichkeit. Ein Schriftsteller, der oft nicht einen einzigen bestimmten Begriff hat, kann ohne Einsicht und Geschicklichkeit wortreich seyn, und ungerührt mit prahlerischen, inhaltsleeren Sprüchen diejenigen gähnen machen, die über diese Gegenstände tief nachgedacht haben. Er überredet sich vielleicht selbst, daß er an den Wörtern, die er gleich einem Papagey nachschwäpzt, schon genug weiß. Aber man lasse einen wahrhaft philosophischen Kopf sich auf die Staatswissenschaft verwenden, er wird sich bald überzeugen, daß, die Mathematik zu erlernen, weit weniger, als die Politik, schwer ist.

*Richard Hey: Observations on the nature of civil liberty.*

## Allergnädigster Monarch!

Ich huldige durch dieses Werk dem erhabenen Namen eines Fürsten, der einfach in seinen Sitten, und kunstlos in seinen Handlungen, den untrüglichen Weg gefunden hat, sich der Treue und Verehrung seiner Völker zu versichern: er liebt sie. Auch haben sie die Probe ihrer unter allem Wechsel der Umstände ausdauernden Ergebenheit ehrenvoll bestanden. Es gelang dem feindlichen Heere in das Herz der österreichischen Staaten, aber es konnte Gesinnungen der Untreue nicht ge-

lingen, in das Herz der österreichischen Untertthanen zu bringen. Wenn daher einst die Geschichte, trostlos in diesem schreckbaren Zeitalter nur Verrath und Meuterey, und Völkeraufstand und Hinrichtung der Könige, und Vertreibung der Fürsten, und rastloses Wüthen des gerichtlichen Mordbeiles und des Schlachtschwertes, und Zerstörung der Städte und Verheerung der blühendsten Provinzen, und überall Abfall, Wankelmuth und Selbstverlassenheit zu schildern, ermüdet die Feder aus den Hän-



den leget: so wird sich ihr das herrliche Schauspiel einer Nation anbieten, die mit Treue und Ergebenheit in einem dichten Kreise um ihren Monarchen geschlossen, durch diese entschiedene Fassung den Sieger, dessen ungestümen Lauf die rhätischen und carnischen Alpen nicht verweilten, in den Thälern von Leoben stille zu stehen, und den stolzen Entwurf aufzugeben zwinget, die Friedensbedingungen in den Mauern Wiens gebietrisch vorzuschreiben. Getröstet wird sie dann die Feder

wieder ergreifen, und zu den Königen sprechen: Sehet, wie Gerechtigkeit und Güte Thronen stützt! und zu den Völkern: Sehet, wie Treue und Folgsamkeit Staub von eurem Hute und Knechtschaft von eurem Nacken abwender!

Diese Grundsätze von Gerechtigkeit und Güte, die Eure Majestät sich zur beständigen Richtschnur Ihrer Handlungen vorschreiben, zu entwickeln, und in den Gesinnungen von Ergebenheit für Regenten und gesegliche Orde

nung, worin der österreichische Untertban stets Glück und Ruhm gefunden hat, zu bestätigen, ist der Gegenstand, der Zweck dieses Werkes. Aber der Zweck desselben ist nicht weniger, freymüthig das Schreckbild der Gefahren zu entwerfen, in welche Unmassung und Willkühr, in welche Zügellosigkeit und Widersehung Fürsten und Völker zu stürzen, fähig sind. Der Name Eurer Majestät an der Stirne dieses Werkes wird beyden, den Unterrichte und der Warnung, Nach-

druck geben , und die Ueberzeugung vollenden.

Diese traurige , aber an belehrenden Begebenheiten so fruchtbare Epoche fordert den Schriftsteller von rechtlichen Gesinnungen auf und berechtigt ihn , sich in der Bemühung , die endliche Wiederkehr der allgemeinen Ordnung zu bewirken , den guten Fürsten zur Seite zu stellen ; und wenn diese , gleich Eurer Majestät , durch das Glück ihrer Völker die Verläumdung , daß die Unterthanen der Mo-

narchien unterdrückte Sklaven sind, thatkräftig widerlegen, so wird es für jene heilige Bürgerpflicht, durch Berichtigung der Begriffe die Zerstörungsgrundsätze und Irrthümer zu bekämpfen, denen unbehutsam Gehör gegeben zu haben, so manches Volk bereits unter furchtbaren Züchtungen einer ausbruchdrohenden Verzweiflung beweiht.

Würdigen Eure Majestät das feyerlichste Gelübde Ihrer huldreichen Aufnahme:  
Daß ich die noch übrigen Tage meines Lebens

nach dem beschränkten Umfange meiner Kennt-  
nisse dieser Pflicht weihen, und in Erfüllung  
derselben so, wie in der unwandelbarsten Treue  
und tiefsten Verehrung gegen

Eure Majestät

ersterben werde.

Sonnensels.

---

## V o r r e d e.

---

Wenn die Hoffnung nicht zu früh ist, daß von meinen Schriften etwas auf die Nachwelt gelangen, und mit Theilnehmung werde gelesen werden, so vereinigen meine Wünsche sich vorzüglich für das Werk, das hier unter einer veränderten Gestalt und der Benennung: Handbuch der inneren Staatsverwaltung, erscheint, und eine Umarbeitung der Grundsätze der politischen Wissenschaften ist. Diese Grundsätze waren anfangs nur als kurze Lehrsätze entworfen, um mir zum Faden der Lesestunden zu dienen. Nach und nach wurden davon fünf Auflagen gemacht. Jede Auflage erhielt Zusätze, Erklärungen; so wuchs das Werk zuletzt auf

dreyn nicht unansehnliche Octavbände an. Das war nun zwar nicht mehr die gewöhnliche Grösse eines Lesekompendiums: aber auch die Aussicht des Verfassers war schon damals nicht auf Leser in dem Hörsale eingeschränkt: und alles genau erwogen, ein Vorlesebuch, das nicht bloß vereinzelte Sätze trocken, und wie Aphorisme hinstellet, sondern sie in ein verbundenes Lehrgebäude ordnet, und dazu ausgeführtere Beweise aufnimmt, ein solches Vorlesebuch mag nicht eben bequem für den Lehrer seyn, der etwas mehr, als im genauesten Verstande vorzulesen, für Pflicht hält; aber zuverlässig ist es für die Zuhörer desto nützlicher.

Ich bekleidete das Lehramt der politischen Wissenschaften noch zu der Zeit, da die französische Staatsumwälzung ihren Anfang nahm. Bey dieser merkwürdigen Ereignung war ich aufmerksam, den schnellen Eindruck zu beobachten, den die hochtönenden Wörter: Rechte der Menschheit, Freyheit und Gleichheit, auf die jungen Gehirne und Gemüther machen konnten. Das sind die grossen Gele-



genheiten, wo Lehrer, die das Vertrauen der Jugend besitzen, der öffentlichen Ordnung wesentliche Dienste zu leisten, fähig sind. Ich glaubte mir mit dem Vertrauen meiner Zuhörer schmeicheln zu dürfen, und hielt mich der öffentlichen Ordnung zu dem Dienste, den ich ihr leisten konnte, verbunden. Doch ich würde das Ziel durchaus verfehlet, vielleicht eine gerade entgegen gesetzte Wirkung hervor gebracht haben, wenn ich Wörter, die aus jedem Munde widershallten, und Begriffe, die mächtig in allen Köpfen arbeiteten, verrufen, oder aus dem Gedächtnisse hätte bannen wollen. Und warum hätte ich dieses sollen? Es war unbedenklich, von den Rechten der Menschheit in einem Lande zu sprechen, wo eine gerechte, milde Regierung keines derselben beleidiget. Die Wörter: Freiheit und Gleichheit waren weder fremd, noch verdächtig bey einer Nation, wo jeder Bürger unter dem Gesetze frey, jeder vor dem Gesetze gleich zu seyn <sup>\*)</sup>, fühlte. Anstatt also den

---

<sup>\*)</sup> Tout citoyen est libre sous la loix, est égal devant la loix.

ersten Artikel der Konstitution: Die Menschen werden geboren, und bleiben frey und an Rechten gleich \*), wie manche andere thaten, zu bestreiten, commentirte ich denselben: anstatt die dadurch rege gewordenen Begriffe vertilgen zu wollen, war ich bemüht, sie nach ihrer wahren Bedeutung zu berichtigen, und dadurch der Mißanwendung vorzukommen.

Meine Bemühung war nicht ohne Erfolg. Ich freute mich, die jugendlichen Seelen so empfänglich für die Grundsätze der Ordnung und Rechtlichkeit zu finden. Ich hatte die Beruhigung zu sehen, wie die Gährung, morein die Gemüther versetzt zu seyn schienen, in warmes Dankgefühl für den Regenten, und in verstärkte Anhänglichkeit für eine Verfassung übergieng, die ihnen unter dem Schilde der Ordnung dasjenige sicher stellte, wornach sie eine unglückliche Nation unter allen Gräueln

---

\*) Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits. Art. I. Constitut. française.

der Unordnung und Zerstörung vergeblich ringen sahen. Das war die letzte Pflicht, die ich dem Vaterlande als Lehrer abzutragen suchte. Ich flößte den heranwachsenden Bürgern Gesinnungen ein, von denen ich selbst durchdrungen war; und es gelang mir vielleicht eben darum, ihre Herzen zu erreichen, weil ich aus dem Herzen zu ihnen sprach. Voltaire sagt: Jeder lobe sein Vaterland aus Stolz, und Klage darüber aus Gefühl. Ich belobe mich meines Vaterlandes aus Gefühl, und erlaube mir Bemerkungen über die mir möglich scheinenden Verbesserungen als Wünsche, das Glück unsers Zustandes noch vergrößert zu sehen.

Man wird den Faltfaden der Betrachtungen, mit welchen ich damals meinen Hörsaal unterhielt, in dem zweiten Bande im IV. Abschnitte: Von der Sicherheit der Rechte, lesen. Die Wirkung, die ich davon bey der Jugend um mich her wahrnahm, schien mir, sich auch auf das reifere Alter meiner Mitbürger, auf ihre gemeinschaftlichen Gesinnungen erweitern, schien mir sich in dem Maß-

se verstärken zu lassen, als eine gleiche Prüfung und Berichtigung sich noch auf manche andere Sätze verbreiten würde, denen das Eintreten einer neuen Ordnung der Dinge Umlauf und Schwung zu geben anfing. Das war die erste Veranlassung, die mich zur Umarbeitung eines Werkes bestimmte, das nach seinem Zusammenhange mir zur Ausführung meines Vorhabens mannigfaltig Gelegenheit und Ort anbieten würde. Ohne meiner Eigenliebe zu lieblosen, als wäre ich für mich allein fähig, dem reißenden Strome der Meinungen einen Damm entgegen zu setzen, wenigstens wollte ich einige Materialien für einen Bau zur Hand bereiten, dessen Nothwendigkeit je mehr und mehr empfunden wurde.

Eine mir nicht weniger wichtige Ursache fand ich noch in meiner Liebe und der so natürlichen Erkenntlichkeit gegen Wissenschaften, denen ich Stand und Glück, denen ich das beruhigende Bewußtseyn, für mein Vaterland nicht ganz unnütz gelebt zu haben, denen ich es verdanke, dafern mein Name Deutschland nicht ganz unbekannt geblieben ist. Das Lehr-

amt der politischen Wissenschaften war mir durch 29 Jahre nicht Beschäftigung, sondern Lieblingsgeschäft: und ich habe die Umstände, die mir nicht gestatteten, dasselbe länger bezubehalten, unter die ungünstigsten meiner arbeitsamen Laufbahn gezählet. Aber auch fern von meinem ehemaligen Berufe erhielt sich der Wunsch lebhaft und rege, zur Verbreitung, wo möglich, zur Vervollkommnung von Kenntnissen beizutragen, deren mannigfaltigen, wohlthätigen Einfluß auf das gesellschaftliche Beste, mir nicht untersagt seyn wird, im Stillen zu würdigen. Ich habe dafür gehalten, ich könnte diesen Wunsch wenigstens zum Theile verwirklichen, wenn ich das Werk, das, auch nachdem es eine solche Vergrößerung empfangen hat, immer nach der ersten Grundanlage noch durch mündliche Erklärung gleichsam ergänzt zu werden, forderte, nunmehr so vollständig ausführte, daß, um sich die notwendigen Elementarkenntnisse des politischen Studiums zu erwerben, Führer und mündliche Erklärung entbehrlich würden. Ob, und wie weit ich diese Absicht einer mehr erweiterten und allgemeinen Brauchbar-

Zeit erreicht habe, muß der Erfolg entscheiden: aber ich habe nach dieser Absicht dem Werke Umfang und Gestalt zu geben gesucht.

Die Anlage desselben, oder der Grundriß ist gegen die letzte Ausgabe nicht verändert. Eine vieljährige Erfahrung hat mich von dem Nutzen der Ordnung, die ich gleich anfangs wählte, überzeugt. Sie sollte das Mittel zwischen der Einengung eines mühsamen Systems und der Sorglosigkeit der Schriften halten, worin, ohne bestimmte Richtung, der ernsthafteste wissenschaftliche Gegenstand im Tone der *Mes pensées*, oder der *Reliquien* abgehandelt wird. Die Gegenstände sollten sich durch die Entwicklung von selbst nach einem faßlichen, und in seinen Beziehungen leicht übersehbaren Zusammenhange reihen, der, da Gedächtniß und Beurtheilung sich gegenseitig unterstützten, am Ende das Bewußtseyn eines Ganzen der Lektüre zurück lassen, und eine *Topik* bilden würde, nach welcher, was *Poë*: der Methode *Quintilians* zu einem so großen Vor-

zuge anrechnet, jeder Gegenstand an seinem Orte, so oft es nöthig ist, leicht gefunden werden könnte \*). Ich führe an, was ich zu leisten beabsichtigte: die Leser können urtheilen, ob ich es wirklich geleistet habe.

Ohne Veränderung dieser Anlage konnte ich dennoch das Werk durch Einwebung neuer Gegenstände und durch mehrere Auseinandersetzung der alten, reichhaltiger und vollständiger machen. Das geschah denn wirklich, und ich sollte dafür halten, dieses Buch wäre nun jeden Falls allein hinlänglich, die erforderliche Vorbildung zu politischen Aemtern zu vollenden. Die Grundsätze der inneren Staatsverwaltung, die ehemals drey Bände betrugen, betragen in dieser Umarbeitung vier. Folgt dann noch die praktische Geschäftsbehandlung in zwey Bänden, worin der angehende Beamte von dem Zusammenhange der Distrikte,

---

\*) To be found, when need requires with ease.

von dem Zueinandergreifen der Geschäfte, über den mündlichen Vortrag am Rathstische, und über den schriftlichen, von dem ersten Eintritte eines Geschäftsauftrages bey dem Einreichungsprotokolle angefangen, bis zur Beylegung in der Registratur oder in dem Archive Kenntniß und Anleitung finden soll. Es ist natürlich, daß ein Schriftsteller bey dem praktischen Theile auf die Uebung des Staates, dem er angehört, mit Vorzug zurück sieht. Aber die zweckmäßige Geschäftsbehandlung muß doch immer auch von gewissen allgemeinen Grundsätzen ausgehen, die für alle Länder dieselben sind, und nur auf verschiedene Art Anwendung erhalten. Ich wüßte nicht, daß über die Theorie der Geschäftsbehandlung von jemanden vor mir schon ein Versuch wäre gemacht worden.

Die stärkste Veränderung hat der erste Theil, nämlich die Staatspolizey, gelitten, die außer den einzelnen Zusätzen durch einen ganz neuen Abschnitt: Von der Sicherheit der Rechte, vermehret ist.



- Schon in diesem Bande, der nebst den drey Abschnitten der allgemeinen Einleitung nur noch die Einleitung und zwey Abschnitte der Staatspolizey begreift, sind gegen die letzte Auflage 47 Paragraphen zugewachsen. Hierzu kommen noch die Anmerkungen, bey denen ich dadurch, daß ich sie, anstatt dieselben einzeln überall unmittelbar unter den Text zu setzen, zusammen hinter jeden Abschnitt verwies, mir die Freiheit verschafft habe, manche erklärende Seitenidee nicht zu verlieren, und in Nebenbetrachtungen manchem Gegenstande mehrere Entwicklung zu geben, als ich sonst hätte thun können, ohne die Verbindung des Textes unschädlich, und wohl auch der Deutlichkeit in etwas zum Abbruche, aus einander zu werfen. Die Anmerkungen enthalten Erörterungen und Erklärungen, Zitate und eine Anzeige von Büchern.

Die Erörterungen sind es hauptsächlich, wo ich nach Aussage des Titels auf die Umstände und Begriffe der Zeit zurück sehe. Ich hoffe hier die Probe eines

Mannes von festen Grundsätzen zu bestehen, der nicht, wie er zu meinen hat, in den Augen der Machthaber lieft, aber auch von der Mode der Meinungen sich die Seinige nicht aufdringen läßt. Man wird mich mit gleichem Abscheue erfüllet finden gegen jede Art von Anmassung, gegen die Anmassung des Sultanismus, des Vizirats, gegen die Anmassung hochmüthiger Patrizier, die sich erlaubten, die Vortheile der Gesellschaft einzseitig an sich zu reißen, und mit Veringschätzung auf den Plebejer herab zu sehen, gegen die Anmassung der Souveränität der Piken und des Sankulotismus. Ich stelle Domitianen mit Robespierren, die Meuchelmörder der Heinrichs, und die Richter Ludwigs des Sechzehnten auf eine Linie; und Kaligula \*), der sich teuflisch der Macht

---

\*) Bey dem Sueton in dem Leben des Kaligula liest man folgende zwey Anekdoten: „Als er bey einem festlichen Gastmahle plötzlich in ein „Geldächter ausbrach, und von den zunächst sitzenden Konsuln lachend, weswegen er lache, befragt wurde, versetzte er: Weswegen anderst, „als weil ich euch beyde auf einen meiner Wink sofort gleich kann erwürgen

freuet, seinen Gästen und Geliebten nach Wohlgefallen die Köpfe vor die Füße legen zu lassen; und der Verfasser des *Ami du peuple* \*), der Könige den Gewaltthaten des Hauses Preis gibt, sind mir beyde Ungeheuer, welche die Menschheit schänden. So dachte, so sprach, so schrieb ich stets, und werde, unbedesorgt ein Despotenknecht von der einen, ein Jakobiner von der andern Parthey gescholten zu werden, stets fortfahren, zu sagen: Unterdrückung ist in jeder Form der Regierung ein Recht: Empörung unter allen Umständen ein Verbrechen. Mit dieser Unpartheyllichkeit, weder Demokrat noch Aristokrat, aber Freund der öffentlichen Ordnung, und ehrerbietungsvoll gegen jede Verwaltung, welche durch gleiche Gerechtigkeit gegen alle Volksklassen die öffentliche Ordnung handhabet, habe

---

„Lassen. Quid, nisi uno meo nutu utrumque vestrum statim jugulari posse. C. 32.

„So oft er den Hals seiner Gemahlinn oder Freundin küßte, septe er hinzu: Dieser schöne Nacken fällt, so bald ich es befehle.“

Tam bona cervix, simul ac jussero, demetur. C. 33.

\*) Das bekannte Wochenblatt *Marais*.

ich die vorzüglichsten Meinungen des Tages in Uebersicht genommen, geprüft, beurtheilt; und von den meisten hat sich bewährt, was ich von der Ungebundenheit der Presse und einer die Vernunft tyrannisirenden Zensur geschrieben habe: Die Gerechtigkeit und Weisheit der Maßregeln liegt in der Mitte zwischen Zügellosigkeit und Unterdrückung. Unglückliche Verblendung! warum mußte die Welt nur erst durch die schrecklichsten Erfahrungen über die Gefahr der Meinungen Unterricht empfangen! die cisalpinische, die ligurische, die römische Republik, die Schweiz haben sich Meinungen aufdringen lassen: wie theuer bezahlen sie den Irrthum! Die Nation, die Königen vorwerfen darf, daß sie einzelne Menschen, die Unterthanen sind, zu Sklaven erniedrigen, diese Nation, zu Haus selbst bebend und gekrümmt unter dem eisernen Joche der Pentarchie, trägt von aussen unter dem Pannier der Freiheit Unterdrückung über unabhängige ganze Völker umher, und ihre nie zu sättigende Raubsucht weist die bestimmte Beute durch den Bruderfuß zur Knechtschaft ein.

Es ist Zeit, wenn Deutschland, wenn Europa  
 anderst nicht zu dem schmachlichsten Slottis-  
 mus herabsinken soll, daß Fürsten und Völ-  
 ker sich durch Gerechtigkeit, Gehorsam und  
 Zutrauen auf das engste aneinander schließ-  
 en. Dahn, wenn die Schriftsteller sich auf  
 die Gesinnungen Einwirkung zutrauen, da-  
 hin soll ihr vereinigt Bemühen gelehrt seyn,  
 und anstatt über das Recht des Volkes  
 zu einer Revolution zu schreiben \*), ist  
 die einzige Überschrift der Werke, welche die  
 Gefahr der Umstände erheischt, und wodurch  
 sie sich um die Ruhe der Welt verdient machen  
 können, das vielsagende: *Populos ad obse-*

---

\*) Der Verfasser dieser Schrift, Hr. D. Erhard,  
 ist nach seinen Gesinnungen und Grundsätzen fern,  
 ein revolutionärer Schriftsteller zu seyn.  
 Die Umstände, unter welchen allein er dem  
 Volke ein Recht zur Revolution zugestehet,  
 und die Mittel, worauf er selbst noch die Revo-  
 lution einschränket, sind so beschaffen, daß  
 sie viel eher beweisen, das Volk habe zu ei-  
 ner Revolution nie ein Recht. An die-  
 sem mit vieler spekulativen Gelehrsamkeit ge-  
 schriebenen Werke ist also nichts gefährlich, als  
 der Titel. Aber wozu dieser Titel, den alle Welt  
 liest, da das Buch nur von Wenigen gelesen,  
 und noch Wenigern verstanden wird?

quum principum; principes ad iustitiam imperiorum, des Justinus.

Die Zitate sind manchmal erklärende Beispiele aus der Geschichte, wobey mir die Klugheit sehr oft rieth, der älteren vor der neueren den Vorzug zu geben, um Deutungen und schiefen Anwendungen aus dem Weg zu treten. Manchmal werden auch Stellen aus Schriftstellern des Alterthums nur darum angeführet, weil sie durch Aehnlichkeit Beziehung haben. Der Nutzen dieser Anführungen muß nicht bewiesen, sondern empfunden werden. Ich spreche nach einer lebenslangen Erfahrung, und spreche nur zu jungen Lesern, die meinen Rath nicht verschmähen dürften. Die Schriftsteller des Alterthums werden für alle Jahrhunderte eine unerschöpfliche Quelle des Unterrichtes bleiben: und ich gestehe, ich habe oft aus einer Zeile des Plato, Aristoteles, Cicero oder Tacitus mehr Nutzen geschöpft, als aus manchem dicken Bande unserer heutigen Politiker und Staatslehrer. Man hat mir das oftmalige Anführen der alten Schriftsteller, von dem

ich bey Gelegenheit selbst in Geschäftsaussä-  
 gen Gebrauch mache, als eine Ausdrämeren  
 von Belesenheit vorgeworfen. Immerhin! wenn  
 ich denke, daß ich in der Zuversicht, mit der  
 ich auf das Herz des besten Fürsten schloß,  
 durch die Anführung einer Stelle aus einem  
 Briefe des Marcus Aurelius die glückli-  
 che Veranlassung gegeben habe, die Einzie-  
 hung der Güter aus dem österreichischen  
 Strafgesetze zu verbannen, so kann es mich  
 der Zeit, die ich auf die älteren Schriftsteller  
 noch beständig verwende, nicht gereuen.

Man wird es für sonderbar halten, daß  
 ich unter den neueren Werken häufig den Con-  
 tract social anführe, mit dessen Verfasser  
 ich mich so sehr im Widerspruche und offenen  
 Kampfe gefunden habe, und noch finden wer-  
 de. Man irre nicht: Rousseaus Worte ste-  
 hen nicht da als Auctorität, sondern als  
 Geständniß; wie in einem Prozesse oft die  
 Worte oder das Zugestehen des Gegners zum  
 Behufe aufgenommen werden.

Sch führe endlich in den Anmerkungen

öfters auch bloß Titel von Büchern  
 über die eben behandelten Gegenstände an. Ich  
 will dadurch nicht etwa meine Gründe ver-  
 stärken. Ein an sich wahrer Satz wird,  
 auch selbst, wenn Montesquieu ihn ge-  
 sagt, nicht wahrer; und ein unrichtiger  
 Satz bleibt es, wenn gleich Plato, Aristot-  
 eles und Montesquieu zur Bestätigung  
 aufgerufen werden könnten. Nur das Ansehen  
 der Vernunft entscheidet. Ratio, sagt Pa-  
 tereulus sehr richtig, quomlibet magnum  
 autorem facit. Auch sind die Schriftsteller, de-  
 ren Werke ich nenne, eben nicht immer mit  
 mir übereins. Ich führe sie also nur an als  
 einen mäßigen Apparat, nicht als eine  
 vollständige Literatur der politischen  
 Wissenschaften, die im eigenen Umfange nicht zu  
 erschöpfen seyn würde. Und was könnte es auch  
 den Fortgang meiner Leser fördern, wenn ich  
 ein aus allen Meß- und Versteigerungs-  
 Katalogen zusammen gesuchtes Verzeich-  
 niß von Büchern lieferte, das ohne Wahl und  
 unzuverlässig seyn muß, weil niemand alle Bü-  
 cher, deren Titel er hinstellet, gelesen haben  
 kann. Ich könnte Verfasser von sehr leiblich-



ten Bänden nennen, die durch den Titel irreführt, Flugschriften, einzelne Bogen, selbst bloße Fragen, die zum Leitfaden einer Wiederholung ausgezogen sind, unter die vollständigen Systeme hingestellt haben, und von mir namentlich, Werke anführen, nicht nur, die ich nicht geschrieben habe, auch die sogar nie vorhanden waren. Doch ich will niemanden beschämen. Vielmehr schäme ich mich keineswegs, zu gestehen, daß ich viele in das politische Fach einschlagende Bücher angefangen, aber, ohne sie vollendet zu haben, aus den Händen gelegt, viele nicht einmal obenhin angesehen habe, weil ich über die Lectüre ungefähr denke, wie Quintilian \*) in Ansehung der Geschichte: „Man müsse zwar fleißig lesen, doch nicht, um sich bis zur überflüssigen Mühe zu beschäftigen. Es sey genug, zu wissen,

---

\*) Diligens illa quidem, non tamen usque ad supervacuum laborem occupata. Nam receptas aut certe claris autoribus memoratas exposuisse satis est. Persequi autem, quod quisque contemptissimorum hominum dixerit, aut nimiae miseriae, aut inanis jactantiae est, et detinet atque obruit ingenia, melius aliis vacatura. *Inst. Orat. L. I. c. 8.*

„was vorzügliche Männer geschrieben haben.  
 „Aber auch, was jeder unbedeutende Schrift-  
 „steller gesagt hat, zu verfolgen, sey entweder  
 „eitle Prahlerey oder wahre Kleinkläuberey, die  
 „nur die Fähigkeit überladet, und von nützlich-  
 „cherer Verwendung abhält.“

Der vielen Zusätze und Erläuterungen ungeachtet bleibt dieses Handbuch immer noch ein Elementarbuch, und dieser Bestimmung war ich bedacht, Ton und Vortrag angemessen zu halten: einfach, bis zum populären Ausdruck, so weit es ohne Abbruch der Bestimmtheit geschehen konnte; mit geöffneter Vermeidung alles dessen, was durch das Ansehen und die Aussenform eines scientificischen Werkes zurück scheuen könnte: nach Gegenstand und Muth immer anständig, nicht schmeichelnd, freymüthig, nicht verwegen. Da ich junge Männer im Gesichte hatte, die aus diesem Werke nicht nur Grundsätze, sondern auch Gesinnungen schöpfen dürften, so hielt ich es für wesentlich, ihre Gemüther nicht zur niedrigen Befälligkeit und knechtlichen Bewunderung einzurichten. Da diese jungen Männer

sich zu Aemtern bilden sollten, so hielt ich es für eben so wesentlich, daß sie hier nicht Anleitung oder Beispiele zur Vermegenheit, alles zu tadeln, zur Unbeugsamkeit, zur Widerseßlichkeit in Meinungen empfangen sollten. Freymüthigkeit in Grundsätzen und Meinungen, durch Anständigkeit des Vortrages geschmeidiget, läßt sich vollkommen mit der Ehrerbietung vereinigen, die man in Handlungen durch die Unterwürfigkeit gegen die bestehenden Gesetze am kräftigsten beweiset. Ich darf mir schmeicheln, als Bürger und Schriftsteller diese Lehre befolget, und durch mein Betragen bestätigt zu haben: und so werden, wenn meine Hoffnung in Erfüllung geht, aus diesem Werke sich weder Empören noch Sklaven, sondern Bürger \*) bilden.

---

\*) Bürger, ja, Bürger. Denn warum soll es dem Mißbrauche eingeräumt seyn, den Sinn eines Wortes verdächtig zu machen, oder zu stellen, daß bis jetzt immer einen Menschen bezeichnet hat, der unter dem unmittelbaren Schutze der öffentlichen Verwaltung die Rechte der gesellschaftlichen Vereinigung genießt, und nur Gesetzen und dem Organe der Gesetze, dem Oberhaupte des Staates Unterthan ist. Nochmals also, der Zweck dieses Werkes ist weder

Ich sollte endlich auch wohl einen Rückblick auf die Rezensenten werfen. Aber mich hat mein Alter in so fern bereits außer den Zwang ihrer Gerichtsbarkeit gestellt, als ich mir ihre Erinnerungen nicht mehr würde zu Nutz machen können. Denn nach 64 Jahren ist die Aussicht zu einer neuen verbesserten Auflage ungefähr verschwunden. Mein Werk liegt da, ihrem Lobe und Tadel preis, die ich beyde immer für das gewürdiget habe, was sie eigentlich sind. Ich habe nie mit Orthodorie an die Schlüsselgewalt der Rezensenten geglaubt, und daß sie den Eingang zur Autorunsterblichkeit nach Wohlgefallen zu öffnen und zu verschließen die Macht haben. Sie werden dieses Werk beurtheilen, wie es ihnen gut dünken wird. Das Publikum von Einsicht steht als Richter zwischen dem Autor und Rezensenten, und thut den Ausspruch: Ob mit Recht oder Unrecht gelobet oder getadelt wird.

---

Empörer noch Sklaaven, sondern Bürger, durch ihre Kenntnisse brauchbare, nach ihren Gesinnungen folgsame Bürger zu bilden.

---

# Allgemeine Einleitung.

---



---

## Erster Abschnitt.

### Abtheilung der Staatswissenschaft in ihre Zweige.

---

#### §. 1.

Der einzeln lebende Mensch ist nicht der Mensch in dem Stande der Natur. 1) Der Stand der Natur wäre sonst ein Stand des beständigen Mangels, der beständigen Furcht. Aber der einzelne Mensch, da er das Unbehülfliche seiner Lage fühlt, fühlt zugleich, daß er demselben abzuhelfen, daß er seinen Zustand zu verbessern, fähig ist. Die Vernunft, durch die er sich von dem Thiere unterscheidet, läßt ihn das Mittel nicht verkennen, wodurch er einen verbesserten Zustand erreichen kann. Dieses Mittel ist die Vergesellschaftung mit seines Gleichen. Der natürliche Zustand des Menschen ist also der Stand

der Gesellschaft. Die häusliche, die eheliche, die älterliche Gesellschaft sind so viele Schritte, um sich der großen Gesellschaft zu nähern, die alle andern in sich faffet, und, da die kleineren Vereinbarungen ihr Augenmerk nur auf das Wohl einzelner Glieder richten, das Beste aller kleineren Gesellschaften zu ihrem Ziele gesetzt hat.

§. 2. Diese allgemeine Gesellschaft ist der Staat, Die Übertretung in denselben hat den einzelnen Gliedern, aus denen er zusammen gesetzt ward, einen neuen Namen erworben, hat sie in neue Verhältnisse versetzt. Die Menschen sind Bürger geworden: 2) Wesen, die durch die Natur ihres selbstgewählten Standes, nunmehr als Theile zu einem Ganzen (Gesamtwesen) Beziehung haben, als Glieder in einen politischen Körper vereinbart sind. Die Wirkung dieser Vereinbarung ist: Einheit des Endzwecks, Einheit des Willens, Einheit der Kraft.

§. 3. Einheit des Endzweckes; nämlich: der Wohlfahrt, des Besten, welches in Ansehung aller das gemeinschaftliche Beste genannt wird; wobey das gesonderte Beste der einzelnen Glieder, das ist: der Privatnuzen



dem ersteren beständig untergeordnet bleibt, und nicht anders in Betrachtung gezogen werden kann, als in so fern er mit dem gemeinschaftlichen übereinkommt, und dadurch einen Theil des letzteren ausmacht. In dem Falle also, in welchem der Privatnutzen mit dem gemeinen Besten nicht zu vereinbaren wäre, müßte der erstere dem zweyten nothwendig nachgesetzt werden. 3) Glücklicher Weise aber läßt sich im genauen Verstande ein Widerspruch zwischen der wahren, dauerhaften Privatwohl- fahrt mit der allgemeinen nicht einmal begreifen. Denn, da das allgemeine Wohl das einzelne mit- enthält, so wäre ein Widerspruch zwischen beiden ein Widerspruch des einzelnen Wohls mit sich selbst; und bey näherer Untersuchung zeigt sich im- mer, entweder, daß dasjenige, was man für Pri- vatnutzen hält, aufhört, ein solcher zu seyn, so- bald es dem gemeinen Nutzen entgegen arbeitet; 4) oder, daß oft etwas angesehen wird, als wäre es mit dem gemeinschaftlichen Nutzen streitend, oh- ne es in der That zu seyn. Bey den alten Persern durfte Niemand für sich von den Göttern Gutes er- bitten: „Er mußte, sagt Herodot, bitten, daß „allen Persern Gutes wiederfahre: denn unter al- len ist jeder mit begriffen.“ Die Wohlfahrt des

Thelle gründet sich nothwendig auf die Wohlfahrt des Ganzen. Aber möge auch jede öffentliche Verwaltung stets sich erinnern; daß die Wohlfahrt des Ganzen nur aus der Wohlfahrt der Theile entspringen kann.

§. 4. Einheit des Willens, a) die, wo es um etwas zu thun ist, das seine Wirkung auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten erstreckt, aus der Verbindung der Mittel mit dem Zwecke, und aus dem Grundsatz: daß Niemand mit sich selbst im Widerspruche stehen, das ist: Niemand wollen, und zugleich nicht wollen kann: alle Einrede aufhebt, und den Eigenwillen des Einzelnen den Entschliessungen des gemeinschaftlichen Willens unterwürfig macht.

a) S. 5. 2.

§. 5. Einheit der Kraft; b) hieraus die Verbindlichkeit, die einzelnen Kräfte der gemeinschaftlichen Kraft nicht zu entziehen, wo immer dieselben zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes nothwendig sind. Hieraus die Verbindlichkeit der gemeinschaftlichen Kraft nicht zu widerstreben, das ist: die einzelnen Kräfte auf keine andere

Art anzuwenden, als nach der Richtung der gemeinschaftlichen Kraft. Wer der Gesellschaft den Beitrag seiner Kraft entzieht, wo die Erreichung des gemeinschaftlichen Endzwecks eine bestimmte Größe von Kräften fordert, der läßt die allgemeine Thätigkeit zu schwach. Wendet er seine Kraft sogar gegen die allgemeine Kraft an, so wäre der Nachtheil zweifach, weil hierdurch noch die Wirkung einer anderen Kraft aufgehoben würde.

b) C. §. 1.

§. 6. Nach Verschiedenheit der Vorfälle und Umstände sind auch Anstalten und Maßregeln zur Erreichung des gemeinschaftlichen Endzwecks verschieden. Wer bringt diese Anstalten in Vorschlag? Wem steht das Recht zu, das in Vorschlag Gebrachte zu prüfen? gut zu heißen, oder zu verwerfen? Unstreitig Jedermann. Das Recht der öffentlichen Berathschlagung ist ein gemeinschaftliches Recht, aller Glieder der Gesellschaft. Und soll es bey Berathschlagungen zu einem wirklichen Schluß kommen, soll dasjenige, was beschlossen worden, als der erklärte allgemeine Wille, alle Glieder verbinden, das ist: soll es ein Gesetz werden, so wird die Übereinstimmung aller Glieder erfordert.

§. 7. Ungefähr mußte dieses die erste Gestalt, die erste Art gewesen seyn, wie sich der gemeinschaftliche Wille bey dem Entstehen der Staaten erklärte: Übergang von der Menge zur Gesellschaft, vom Haufen zu einem Volke, von der Anarchie 5) zu der einfachsten Demokratie, wo von allen Bürgern kopfweise gestimmt, und zu einem Beschlusse die allgemeine Einstimmung gefordert ward. Aber bald mußten sich die Schwierigkeiten geäußert haben, welchen diese Erklärung des Gemeinwillens, besonders bey einer schon größeren Gesellschaft unvermeidlich unterworfen ist. Eine allgemeine Übereinstimmung konnte nicht allemal, sie konnte sogar nur selten erhalten werden 6). Oft also mußten die öffentlichen Berathschlungen ganz keinen Ausgang gehabt haben. Die Beschaffenheit der Vorfälle vertrug nicht immer eine solche Verzögerung, als bey allgemeinen Zusammenkünften, oder bis zur Sammlung aller Stimmen, besonders in zahlreichen Gesellschaften, in einem weiterem Umfange unvermeidlich war. Die Einsicht der Mitstimmenden endlich, und der Antheil, den sie nach Unterschied des Vermögens, oder nach Verschiedenheit anderer veranlassender Umstände an den öffentlichen Angelegenheiten hatten, war ungleich und ver-

schieden. Dennoch hatte die Stimme des Klügeren, des Vermögenden nicht mehr Einfluß und Gewicht, als die Stimme des Unerfahrenen, des Unvermögenden. Man mußte sich also über eine Art, den gemeinschaftlichen Willen zu erklären, vereinigen, wodurch diese Schwierigkeiten vermieden würden. So wie die Gesellschaften auf verschiedene Art denselben auszubringen suchten, entstanden wahrscheinlicher Weise die verschiedenen Regierungsformen 7).

§. 8. Um den öffentlichen Angelegenheiten wenigstens einen Ausgang zu versichern, blieb man zwar dabey stehen, daß jeder Bürger mitstimmen, aber die Mehrheit der Stimmen 8) entscheiden sollte. Staaten, wo diese Art, die öffentlichen Geschäfte zu verwalten, üblich ist, heißen noch immer Demokratien 9), jedoch schon in einer beschränkteren Bedeutung. Nicht nur, daß bey einer ununterrichteten Menge, wie im Durchschnitte jedes Volk ist, die mehresten Stimmen gewiß nicht die Klügsten sind, daß wohl das Gegentheil geradezu vermuthet werden muß 10), so ist durch diese nähere Bestimmung auch weder die Verzögerung, noch der Unterschied des Antheils gehoben, welcher in die öffentlichen Berathschlogungen so sehr ein-

fließt 11). Daher rief man die Weiseren, gleichsam die Edleren zur Volksvertretung, und in dieser Eigenschaft zur Verwaltung des gemeinen Wesens auf. Von ihnen empfingen die Staaten nach der Verwaltungsform den Namen Aristokratien: Wahl-Aristokratien, 12) wo die Volksvertreter unmittelbar von dem Volke, oder mittelbar durch Wahlmänner auf eine bestimmte Zeit gewählt wurden: Erb-Aristokratien, wo die Volksvertretung an Familien für beständig übertragen ist. In Aristokratien sollte nun zwar die Gesetzgebung dem einsichtsvolleren Theile des Volkes übertragen seyn. Aber bey Wahl-Aristokratien vereinigten sich mit allen Unordnungen der Demagogie die Schleichkünste der Bewerbung, und die Begierde zu neuern, folglich zu zerstören. Bey der Erb-Aristokratie wurden Familienabsichten a.) in die öffentlichen Rathschlagungen gebracht, und machten Spaltungen, oder lenkten die allgemeinen Geschäfte nach dem Privatnuzen hin. Auch sonderten die Erb-Aristen bald überall sich in eine eigene Klasse ab, welche Vorrechte an sich riß, sich Ausschließungen anmaßte, und ihre Mitbürger, von welchen sie nur die Gewaltträger seyn sollten, untertraten. Daher andere Nationen in

der hausväterlichen 13) Verwaltung ein Urbild suchten, wornach sie, aus Vertrauen zu der Weisheit und Tugend eines Bürgers die Verwaltung an Einen übertrugen, der ihr Gesetzgeber, ihr Haupt seyn, der, indem er alles von dem gemeinen Wesen erhält, und dadurch sein Wohl untrennbar mit dem allgemeinen verbunden ist, auch keinen von dem allgemeinen gesonderten Vortheil kennen, 14) der also bey der Verwaltung Übereinstimmung in der Absicht mit dem Krafttriebe der Vollstreckung verbinden sollte. Diese Verwaltung ward Monarchie genannt. Alle drey Regierungsformen sind abermals verschiedener Zusammensetzungen, Einschränkungen, und Abssignungen, wodurch Völker in der Folge die wahrgenommenen Mängel der einfachen Verwaltungsarten zu heben suchten, alle drey sind verschiedener Ausartungen 15) fähig. Jede dieser Regierungsformen, ist nach Verschiedenheit der Umstände, der Lage, des Umfangs, der Bevölkerung eines Staates dem einen oder anderen weniger oder mehr zukommend. 16)

1.) *Suarum rerum et partium, sagt Livius, magis quam reipublicae memores.*

S. 9. Durch diese verschiedenen Regierungsformen ward an dem Wesentlichen der bürgerlichen

Gesellschaft nicht, ward nur die *Formlichkeit*, a.) wie sich der gemeinschaftliche Wille erklären sollte, 17) geändert. Diese Erklärung geschieht von jetzt an, nach dem Unterschiede der Regierungsform entweder durch die *Mehrsten*, oder den *Ausschuß*, oder den *Alleinherrscher*. da sie sonst durch die *allgemeine Übereinstimmung* geschehen mußte. Wie also ehemals die Entschlüsse *Aller* für jeden *Einzelnen* verbindlich waren, so müssen es gegenwärtig auch die Entschlüsse derjenigen seyn, die als *Stellvertreter* von *Allen* das Wort führen. Die *Mehrheit* der *Volkstimmen*, ein *Senat*, oder ein *Monarch* verordnen nunmehr dasjenige, was alle wollen: und was auf diese Art verordnet wird, ist für jeden *Einzelnen* Gesetz. Der *Verbindlichkeit*, den *Gesetzen* zu gehorchen, auf der einen Seite, sagte auf der andern die *Unwiderstehlichkeit* 18) und das *Zwangrecht* zu, durch Anwendung der obersten Gewalt die *Gesetze* beobachten zu machen. So ward die Beziehung zwischen *Gebietenden* und *Gehorchenden*, zwischen *Untertan* 19) und der öffentlichen *Verwaltung*, 20) als oberster Gewalt, näher festgesetzt. Aber in jeder Regierungsform ist, wie *Livius* die erhabene Wahr-



heit ausdrückt, das einzige Band des Vertrauens, den Besten zu gehorchen. 21)

2) S. §. 6.

§. 10. Ehmals ward durch den Willen aller Bürger der Gebrauch der vereinigten Kräfte bestimmt. Indem jetzt der Wille derjenigen, an welche die oberste Verwaltung übertragen ist, den gemeinschaftlichen Willen in sich schließt, so hat dieser nun auch das Recht zu bestimmen; wie die gemeinschaftlichen Kräfte zum allgemeinen Besten am schicklichsten zu gebrauchen sind:

§. 11. Der Endzweck, 2) um dessen Willen die Menschen in eine Gesellschaft treten, ist stets dasjenige Beste, welches zu erhalten, sie einzeln weder zureichendes sittliches noch physisches Vermögen besitzen; ein Bestes, das für sich betrachtet, zwar das einzelne Beste eines jeden Mitgliedes ist; aber, da dieses einzelne Beste von allen gleich gesucht wird, und jedes Mitglied dadurch, daß es das Beste des andern befördert, auch das Seinige befestiget, so wird es das allgemeine, das gemeinschaftliche, das Gesammtbeste, auch nur das Gemeinwohl

genennet. 22) Der Endzweck, der sich in einen Staat vereinigenden einzelnen Menschen war also das einzelne Beste eines jeden: der Endzweck des vereinigten Staates ist das gemeinschaftliche (allgemeine) Beste der Gesellschaft. Immer also ist noch jeder einzelne Bürger berechtigt, von der Gesellschaft sein einzelnes Wohl zu erwarten, zu fordern. Denn das allgemeine Beste, in Beziehung auf die einzelnen Mitglieder ist nur die Summe aller einzelnen Besten: ein Ganzes nämlich, wovon, wie man sagen möchte, die einzelnen Besten Bestandtheile sind.

2) S. §. 1.

§. 12. Dieser Begriff des allgemeinen Besten ist der einzige, welchen anzunehmen; Verstand und Gefühl sich nicht weigern, der einzige, der, indem er Richtigkeit und Klarheit anbietet, zugleich überall bedenklichen Folgerungen zuvorkommt. Der Mensch außer der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet, hatte nicht einmahl einen Begriff von einem allgemeinen Besten: er kannte nur das Seinige, dieses allein suchte er, dieses einzelne Beste war, und dieses allein konnte sein Zweck seyn,

weil der Mensch für sich, und nach seinen ursprünglichen unablegbaren Pflichten sich immer Zweck bleiben muß, nie sich selbst zum Mittel veräußern kann. 23) Er hoffte nun dieses, sein Bestes in der Gesellschaft zu finden, und trat in dieselbe über; zwar noch beständig mit seinem Besten als Zweck beschäftigt, aber, den zu erreichen, er in der Gesellschaft und dem Wohl derselben das nothwendige Mittel erkannte. Anstatt nun, daß bey dem anderst entwickelten Begriffe des gemeinen Wohls das einzelne Wohl nicht in Erwägung zu kommen scheint, wird die öffentliche Verwaltung von diesem Begriffe geleitet, Gesetze und Anstalten auf den Grundsatz stützen: Jeder einzelne muß in dem allgemeinen Wohl sein Wohl finden, sonst ist es nicht allgemein; wodurch denn der noch immer dauernde Zweck, das einzelne Beste eines jeden Bürgers erhalten werden wird. Und wiederum, wird in dem Gemüthe des Bürgers die volle Überzeugung herrschen: Daß ohne gemeines Wohl kein einzelnes bestehen kann. Ihm wird also das allgemeine Wohl des ganzen Staates zwar Mittel bleiben; aber da Zweck und Mittel in enger, untrennbarer Verbindung stehen, so wird er, so gewiß er nach jenem strebet, so gewiß auch nach

diesem streben: so wird die Unterwürfigkeit des Untertans gegen die Vorkehrungen der Regierung desto mehr befestiget, weil er, wie selbst der Epikureer bey dem Cicero a) sich überzeugt findet, daß in dem Heile seiner Mitbürger das Seinige mitenthaltten ist, und daß sein besonderes Wohl ohne das allgemeine nicht bestehen kann. So wird endlich auch jede Regierung sich Gerechtigkeit, Mäßigung, Achtung für alle Rechte unverbrüchlich vorschreiben, da sie erkennt, daß ohne Wohl des Einzelnen ein allgemeines nicht einmahl gedacht werden kann.

a) De finibus bonor. et malor. C. 10.

§. 13. Der Endzweck der bürgerlichen Gesellschaft a) ist Sicherheit 24) und Bequemlichkeit, b) aus deren Vereinigung die allgemeine Wohlfahrt entspringt. 25)

a) S. §. 11. b) S. §. 15.

§. 14. Die Sicherheit ist der Zustand, worin nichts zu fürchten ist. Der Zustand, worin der Staat nichts zu fürchten hat, heißt

die öffentliche: der Zustand, worin kein Bürger etwas zu fürchten hat, die Privatsicherheit. Wenn der Staat von äusseren Angriffen nichts zu fürchten hat, heisst dieser Zustand die öffentliche äussere, besorgt er von seinen Bürgern nichts, die öffentliche innere Sicherheit. Wenn der Staat weder von aussen, noch von seinen Bürgern, wenn auch die Bürger nirgendher etwas zu fürchten haben, heisst dieser glückliche Zustand die allgemeine Sicherheit.

§. 15. Die Bequemlichkeit 26) ist die Leichtigkeit, sich durch Fleiss die Bedürfnisse des Lebens, das ist, seinen Unterhalt zu verschaffen. Der Fleiss wird seinen Unterhalt desto leichter finden, je vervielfältigter die Erwerbswege sind. Die allgemeine Bequemlichkeit wird also von Vervielfältigung der Erwerbswege abhängen.

§. 16. Die gemeinschaftliche Wohlfahrt in ihren verschiedenen Zweigen kann ohne Aufwand nicht erhalten werden. Die äussere Sicherheit z. B. fordert Festungen, Kriegsheere, Gesandtschaften, u. s. w. die innere Sicherheit fordert Magistrate, Kriegspredan

n. d. gl. Der Regent muß mit Einkünften versehen werden, die seiner vorstellenden Würde angemessen sind. Dieser Aufwand wird zum Besten aller Bürger gemacht: die Billigkeit fällt daher auf, daß er von allen Bürgern getragen, aber auch auf eine solche Art erhoben werde, welche dem Endzwecke zusaget.

§. 17. Beobachtungen und gesammelte Erfahrungen von Jahrhunderten setzten Philosophen und Staatsmänner, oder bestimmter gesprochen, Staatsmänner, welche Philosophen waren, in Stand, die mannigfaltigen Maßregeln, wodurch Völker und Völkerbeherrscher die gemeinschaftliche Wohlfahrt zu gründen, und zu befestigen suchten, unter sich zu vergleichen, zu würdigen, nach Ursache und Wirkungen zu reihen, auf allgemeine Grundsätze zurückzuführen, und solcher Gestalt in die Verbindung eines Lehrgebäudes zu bringen, welches die Staatswissenschaft im ausgedehntesten Verstande ist, nämlich die Wissenschaft, die Wohlfahrt eines Staates zu handhaben, die Wissenschaft zu regieren.

27) Es war eine Zeit, wo man von der Staatswissenschaft, wie Columella von der Landwirthschaft sagen konnte: Daß es ihr so wohl an denen gebrach, die sie lernen woll-

zen, als die sie lehren sollten. 28) Aber, wenn gleich noch selbst der Verfasser der *Gespräche Phocions* a) für nothwendig hielt, die Frage zu behandeln: „Ob es wohl möglich sey, daß unter so mancherley Veränderungen, die der Lage der Angelegenheiten, der Verfassung der Gesellschaften beständig eine andere Gestalt geben, die Kunst zu herrschen auch zuverlässige, bestimmte, unwandelbare Grundsätze habe?“ 29) so scheint dennoch die weiter vorgerückte Einsicht des Jahrhunderts, und die Menge zum Theile gründlicher Schriften, welche über die Staatsverwaltung täglich an das Licht treten, diese Untersuchung heute ganz überflüssig zu machen. Man ist überzeugt, 30) daß das *Muthmaßliche* und *Wandelbare* nicht in den Grundsätzen der Wissenschaft liegt, sondern in den Umständen, und Vorfällen, auf welche die Grundsätze anzuwenden sind. 31) Der bloße *Übling* b) in der Staatswissenschaft ist also eben so wenig für einen *Staatsmann* anzusehen, als der *Übling* in der Heilkunst für einen *Arzt*.

a.) *Mably*.

b.) Der sonst sogenannte *Empiriker*.

§. 18. Nur muß der bloße Übling auch nicht

mit dem Manne von bedachtsamer Übung (dem Praktiker) Schlender also (Routine) nicht mit geleiteter Erfahrung vermengt werden. Der Schlender, das ist: die ungeleitete Übung, deren Sitz bloß das Gedächtniß ist, und welche, möchte man sagen, gleich dem thierischen Naturtriebe nur nach Widererinnerung handelt, macht politische Charletane. Die Theorie, ohne Kenntniß der Umstände und Thatfachen, ohne Wahrnehmung und Erfahrung macht Träumer, macht Utopisten. Die eigentliche Praxis ist die durch Geschäftübung erworbene Fertigkeit, die Grundsätze auf jeden vorkommenden Fall richtig anzuwenden. Nach dieser Erklärung muß also die Praxis immer auf die Theorie, oder das Kenntniß der Grundsätze bauen; der Theorie muß die Erfahrung, das Kenntniß der Umstände und Thatfachen immer zur Seite gehen: und nur die Vereinigung von beyden gibt dem Staate den zu Geschäften wahrhaft brauchbaren Mann. Bey diesem nun wird der so oft, und so triumphirend wiederholte Einwurf hinwegfallen: Daß man die Ausübung so sehr von der Theorie unterschieden finde. Manchmal ist dieses der Fehler



der Ausübung, wenn sie die Grundsätze, von denen sie geleitet werden soll, nicht einseht; manchmal der Fehler der Theorie, wenn diese auf die wirklichen und möglichen Umstände nicht zurücksteht, oder die gegebenen Umstände nicht unter die Grundsätze, worunter sie gehören, ordnet, mithin von Grundsätzen eine unrichtige Anwendung macht. Aber eine fehlerhafte Theorie ist keine Theorie, wie ein fehlerhafter Schluß kein wirklicher Schluß, wie auch kein Gold nicht wirklich Gold ist. 32.)

§. 19. Indessen mußte der Überzeugung: Daß die politischen Vorlesungen sich in systematische Verbindung bringen, und auf Grundsätze zurückführen lassen, auch sich sogleich die Betrachtung zur Seite stellen: Daß der Umfang der Politik als eines Ganzen zu unbeschränkt; daß die Menge und Mannigfaltigkeit der Gegenstände, die sie zu behandeln hat, zu groß sey, um in einen einzigen, ununterbrochenen Zusammenhang geordnet, und überschauet zu werden. 33.) Und man räumte dieser Betrachtung in der Folge sowohl bey der wissenschaftlichen Behandlung 34.) als der Ausübung in so fern ein, daß man den Gang

der einen und der andern durch eine Untertheilung zu erleichtern suchte. Man beobachtete nämlich, daß der groſſe Endzweck der Staaten, als ein Gesamtzweck ſich in vier Haupttheile zergliedere, die zwar unter einander als Bestandtheile des Gesamtzweckes verbunden ſind, und ſich als ſolche die Hände bieten, deren jeder aber auch für ſich als ein beſonderer, und gleichſam eigener Zweck betrachtet und behandelt werden könne. Man ſonderte alſo die Staatswiſſenſchaft in ſo viele einzelne Wiſſenſchaften ab, und wies jeder derſelben einen der beſonderen Zwecke als ihren beſtimmten Gegenſtand zu. Dieſe vier beſonderen Zwecke oder Haupttheile des groſſen Staatszweckes ſind: Die Handhabung der äufferen Sicherheit: Die Handhabung der inneren Sicherheit: Die Vervielfältigung der Nahrungswege: Und die Behebung der zum Staatsaufwande nöthigen Einkünfte.

§. 20. Die Sammlung derjenigen Grundſätze, nach deren Leitung die äufferere Sicherheit der Staaten handgehabet wird, macht die Wiſſenſchaft aus, welche, da die dahin einſchlagenden Geſchäfte in den ſogenannten Kabinetten behandelt

werden, nicht ungeschicklich mit der Benennung *Kabinetts-Wissenschaft* bezeichnet werden möchte. Dieser Theil der Staatswissenschaft wird hier nicht behandelt, weil er zu der Absicht des gegenwärtigen Werkes nicht mitgehört.

§. 21. Die Grundsätze, die innere Sicherheit der Staaten zu gründen, und zu erhalten, machen die Wissenschaft der Staatspolizei aus. 35.)

§. 22. Die Vervielfältigung der Nahrungszweige durch einen vortheilhaften Umgang dessen, was Erdreich und Kunstfleiß hervorbringen, ist der Gegenstand der Handlungswissenschaft.

§. 23. Die Finanzwissenschaft endlich enthält die Grundsätze, wie die Staatseinkünfte auf das vortheilhafteste eingehoben werden sollen. Die deutschen Schriftsteller begreifen die Staatspolizei, Handlung, und Finanz zusammen öfters unter dem Worte Staatswissenschaft, oder nennen sie nach dem Französischen die *ökonomischen Wissenschaften*. Den beyden letzteren legen sie auch insbesondere den Namen *Kammereal-*

Wissenschaften bey; von den sogenannten Kammern der Regenten, bey denen die dahin einschlagenden Geschäfte gewöhnlicher Weise verwaltet werden. 36.)

§. 24. Die Naturlehre mit allen ihren Theilen, die mathematischen Wissenschaften, die Erdbeschreibung, die Geschichte, die Rechte, die Sprachen sind theils als unentbehrliche Vorbereitung, theils als erleichternde Hilfsmittel zur Theorie der Staatspolizey, Handlungs- und Finanzwissenschaft anzusehen. Aber der Mann im Geschäfte, der Staatsmann bey der wirklichen Ausübung muß die Sitten, Gewohnheiten, und Geseze der Völker, muß die wechselseitigen Vortheile und Nachtheile der Länder, muß die politischen Verhältnisse der Staaten, und will er mit Nutzen bey der Gesetzgebung mitstimmen, vorzüglich den Menschen im Allgemeinen und in den besondern Abänderungen kennen, welche das Eigenthümliche der National-Charaktere ausmachen, worauf zurückzusehen, eine weise Verwaltung die unumgängliche Nothwendigkeit nicht misskennen wird.

§. 25. Eine kurze Erinnerung über Lectüre, und Hilfsbücher findet hier ihren natürlichen Platz, und wird wenigstens manchem Leser nicht unwillkommen seyn. Wie in der Nahrung des Körpers, so gibt es in der Nahrung des Geistes Unmäßigkeit. Die Folge von beyden ist Unverdaulichkeit: und was nicht verdauet wird, kann nicht zu Saft und Blut gedeihen. Es kommt also nicht auf die Menge, sondern auf die Wahl der Bücher an; und man kann bey diesen schreibfertigen Zeiten einem Manne von ernsten Kenntnissen, wie einst Quintilian dem Grammatiker sagen: Es gehört unter die Vorzüge desselben mit, manches auch nicht zu wissen. Wer über jeden wichtigen Gegenstand die besseren Werke, deren Anzahl eben nicht die größte, a.) und nicht schwer zu behalten ist, gelesen, und überdacht hat, dem wird es auch bey diesem mäßigen Büchervorrathe nicht leicht an Quellen mangeln, aus denen er Rath und Unterricht schöpfen kann. Vielleicht hat eine Warnung vor der Unmäßigkeit des Lesens in dem Munde eines alten Schriftstellers größeres Ansehen. „Die Lesung vieler Schriftsteller, und aller Arten von Schriften, sagt Seneca, b.) hat viel Schwanzendes und Unsicheres. Will man aus

„Büchern etwas schöpfen, was sich dem Gemüthe fest  
 „eindrückt, so muß man bey gewissen Schr.ften ver-  
 „weilen, und sich damit gleichsam nähren. Wer aller  
 „Orten ist, ist nirgend.“ Daher, setzt er hinzu, da  
 du nicht alles lesen kannst, was man hat,  
 so wird es genug seyn, zu haben, was  
 du lesen kannst.

a.) Man sehe die Vorrede gegen das Ende.

b.) Epist. 2da ad Lucilium.

# **A n m e r k u n g e n**

zu dem

**ersten Abschnitte der allgemeinen Einleitung.**





---

## I. A n m e r k u n g.

**W**enn nämlich mit dem Begriffe: Stand der Natur, die Bedeutung: Bestimmung des Menschen nach der Natur verbunden wird. Wäre der einzeln lebende Mensch der reine Naturmensch, wie ihn mein würdiger Freund, Herr Bibliothekar Adelung in der Geschichte der Kultur des menschlichen Verstandes genennet hat, so wäre das gesellschaftliche Leben Abartung. Ungefähr also würde man sagen müssen: der Mann ist Abartung des Kindes. Der sogenannte Naturstand, in dem die Fähigkeiten der Seele, und selbst noch die Kräfte und Anlagen des Körpers unentwickelt liegen, ist das Kindesalter der Menschheit, das nach der Gesellschaft, als nach ihrer Mannlichkeit, steht; selbst in Verfolgung der menschenfeindlichen Grille, in welcher Rousseau den Stand des gesellschaftlichen Lebens das pinjällige Alter des Menschen-

geschlechtes nennet. Eigentlich aber ist der Begriff eines einzeln lebenden Menschen bloße Schriftsteller - Absonderung. Der Mensch ist durch seine physischen und moralischen Eigenschaften zur Gesellschaft bestimmt, lebt, wo nicht Zwangsumstände dazwischen kommen, immer in Gesellschaft: und, wie Ferguson in seinen *Essays on the history of civil society* scharfsinnig anmerket: „Ein Wilder, den man irgendwo in einem Walde gefangen hat, beweist nicht mehr, daß die Menschen von Natur einzeln leben, als ein im Walde verirrtcs Schaaf beweisen würde, daß die Schaafe nicht zusammen heerden.“

## II. Anmerkung.

Kein Schriftsteller, sagt Rousseau, (Contract. social. l. 1. ch. b) ausgenommen Aemmer, hat dem Worte Bürger die wahre Bedeutung gegeben. Ich verweise hierüber auf die vierte Abtheilung der Staatspolizey: Von der Sicherheit der Rechte. Doch muß ich anmerken: daß ich hier in dem Begriffe Bürger zwar alle Beziehungen vereinige, welche durch dieses Wort bezeichnet werden können; die Beziehung gegen das Gan-

ze, oder den Staat im leidenden und wirkenden Verstande; die Beziehung von Bürger gegen Mitbürger; selbst die Beziehung gegen fremde Staaten: aber, daß ich für die Folgerungen, welche an diesem Orte abzuleiten sind, bloß bey der ersten Beziehung stehen bleibe.

### III. Anmerkung.

Der Satz der Unterordnung des einzelnen Nutzens gegen den allgemeinen liegt für sich als Grundgesetz; schon in der Wesenheit einer jeden Gesellschaft, weil die Entscheidung der Angelegenheiten entweder durch allgemeine Uebereinstimmung geschieht, wo die Verschiedenheit von selbst verschwindet; oder weil die Entscheidung von der Stimmenmehrheit abhängt, in welchem Falle die einzelne schwächere Forderung sich gegen die stärkere der Mehrheit nicht behaupten kann. S. die 9te Anmerkung.

### IV. Anmerkung.

What Happiness we justly call,  
Subsist not in the Good of one, but all.

*Pope Ess. on. Mann.*

Wenn eine Gesellschaft Waaren zu Schiff bringt, um solche nach einem gewissen Hafen zu übersetzen, so ist hier der gemeinschaftliche Endzweck die Überbringung aller Waaren. Ein Gewitter übersfällt die Reisenden: das einzige Mittel, das Schiff vor dem gänzlichen Untergange zu bergen, ist, daß die schwersten Waaren über Bord geworfen werden. Aber der Eigenthümer dieser Waaren, der nur auf seinen einzelnen Nutzen sieht, widersezt sich diesem Entschlusse: er dringt durch, das Schiff wird nicht erleichtert. Wegen Unterlassung dieses Rettungsmittels geht nun das ganze Schiff zu Grund. Hat die augenblickliche Erhaltung der beschwerenden Waaren dem Eigenthümer wahrhaft Vortheil gebracht? Da das ganze Schiff zu Grund ging, gingen nicht seine Waaren zugleich verloren? *Respublica incolumis privatas res facile salvas praestat; publica prodendo, tua nequidquam serves. Liv. lib. 26. c. 31.* Man sehe über Kollision, (Zusammenstoß, Begegnung, Widerspruch) der Pflichten, in der Einleitung der Staatspolizey zu dem §. 57. die 2te Anmerkung.

## V. Anmerkung.

Dieses Wort hat hier nicht die wissenschaftliche Rechtsbedeutung, wodurch eine gewaltsame Auflösung der bestehenden Regierung bezeichnet wird, sondern die Bedeutung nach seiner einfachsten Bestimmung und Sprachbildung: Ohne Regierung; dämlich noch keine Form der Verwaltung festgesetzt, eigentlich also noch kein Staat vorhanden ist.

## VI. Anmerkung.

Bei dieser Äußerung des gemeinschaftlichen Willens stehen zu bleiben, war durchaus unmöglich, weil dabey die Gesetze alles Verhältnisses gerade zu gestört sind, und die kleinere Kraft beständig Gengewicht der grösseren bleiben müßte. Der Mechanismus der einfachen Demokratie ist auf jeden Fall nur zur gegenseitigen Verhinderung aller Bewegung, mithin auf Unthätigkeit berechnet. Denn, wenn er von einer Seite den Vortheil anbietet, daß die Stimme eines Weisen dem Beschlusse einer ganzen thörichten Menge Einhalt thun kann; so kann auch von der andern Seite ein Thor oder Bösewicht die offenbar nützlichsten Beschlüsse des ganzen Volkes hemmen.

## VII. Anmerkung.

Die Geschichte gibt nur einzelne Bruchstücke von Begebenheiten über den ersten Ursprung der bürgerlichen Gesellschaften, und die anfangs gewählten Regierungsformen. Haben sich die Menschen zuerst Einem unterworfen? Wurden die öffentlichen Angelegenheiten in Volksversammlungen behandelt? Für das eine und andere lassen sich Mutmaßungen, für das eine und andere lassen sich auch Schriftsteller anführen. Aber, was als ungezweifelt angenommen werden kann, ist: daß die Vereinigungen in Staaten durch verschiedene Anlässe herbegeführt, daß also nach Beschaffenheit dieser Anlässe auch verschiedene Regierungsformen gewählt worden, ohne daß die Völkerschaften selbst immer von den Wirkungen und Folgen ihrer Wahl entwickelte Begriffe oder Vorgefühl gehabt haben. Wahrscheinlicher Weise sind bey Zwangsanlässen sogleich Monarchien entstanden, und Volksregierungen bey freiwilligen Vereinigungen; oder auch bey Staatsveränderungen, welche gemißbrauchte Gewalt der Kristen und Alleinherrscher herbeiführten; wie im Gegentheile, die Unordnungen und Anarchie der Demokratien, oder die Unterdrückungen

der Oligarchie, Nationen bewogen haben mögen, die Herstellung der Ordnung und Ruhe davon zu erwarten, daß die blutgerliche Gewalt an Einen übertragen wurde: *cum omnium potestatem ad unum deferri, pacis interfuit.* Tacit.

### VIII. Anmerkung.

In den nur erst entstehenden Staaten, oder in solchen, wo eine innere Erschütterung die Verfassung wanken macht, wird die moralische Gewalt stets von der physischen bestimmt; wie bey Staaten von festgesetzter Verfassung die moralische Gewalt zwar die physische leitet, aber doch von dieser unterstüßet wird. Die Mehrheit der Stimmen sprach: Warum sollen wir, die Mehreren, uns von den Wenigeren vorschreiben lassen? Tritt die kleinere Zahl uns nicht bey, so werden wir sie zum Beytritte zwingen. Und die kleinere Anzahl sagte sich selbst: Was vermögen wir gegen die größere Anzahl? Sie kann und wird uns zum Beytritte zwingen. Es war also den rohesten Völkern leicht, die Entscheidung durch die Stimmenmehrheit zu finden: denn sie ist eigentlich nur eine Anwendung von dem Maßstabe der physischen Kraft, und die Gleich-

hung oder der Überschatz nach dem gefühlten Übergewichte der Stärke, die sich der Menge nach ihrer natürlichen Art zu handeln, von selbst anbietet. Also sahen Hobbes mit so manchen anderen Schriftstellern, die ihm folgten, und auf das Recht des Stärkeren, nämlich auf physische Gewalt, das gesellschaftliche Recht stützen, eine Wahrheit ein, die nur dadurch gefährlich in ihren Folgerungen werden konnte, weil sie am unzulänglichsten Orte gestellt war. Die Annahme der Unterdrückung, wie die freiwillig übertragene Oberherrschaft, beyde stützen sich auf Zwangkräfte, das ist, auf das Übergewicht der Stärke; mit dem Unterschiede jedoch, daß die erste das Recht selbst in der Gewalt oder Stärke bestehen läßt, ihr Recht ganz auf die Gewalt stützt; *Primam tollo, quia sum leo, secundam, quia sum fortis etc.* die zweite aber von Gewalt oder Stärke nur, wann es nöthig ist, Gebrauch macht, um ihr Recht handzuhaben; also ihr Recht durch die Gewalt zu unterstützen.

#### IX. Anmerkung.

Einige Neueren unterscheiden die Volksregierungen ohne Stellvertreter durch die Benennung:



reine Demokratie. Diese Bezeichnung scheint eigenthümlicher den in dem vorhergehenden §. 7. beschriebenen einfachen Demokratien zuzukommen. Denn, wo die Stimmenmehrheit beschließt, ist schon nur eine Vorstellung des allgemeinen Willens vorhanden. Die Stimmenmehrheit ist immer bloß ein Theil, und dennoch stellet sie das Ganze vor. S. die 17. Anmerkung.

#### X. Anmerkung.

*Numerantur enim sententiae, non ponderantur; nec aliud in publico consilio fieri potest, in quo nihil tam inaequale, quam aequalitas. Nam, cum sit minor prudentia, par omnium jus est. Plinius. L. 2. epist. 12.*

#### XI. Anmerkung.

Der Pöbel ist immer kühn, weil er nichts zu verlieren hat, immer bereit, es auf das Äusserste ankommen zu lassen, und Alles zu wagen, weil dieses Alles — nichts ist. *Egestas facile habetur sine damno.* Sallust. in *Catilina*. Überhaupt wird der Dürftige von seinen dringenderen, besonde-

ren Forderungen zu sehr angetrieben, als daß er den Forderungen des Allgemeinen Gehör geben könnte. Seine Stimme, wie seine Faust stehen dem ersten Reichen zu Gebot, der sie kaufen, jedem Parteiführer, der dem Haufen Plünderung zum Lösungsworte geben will. *Homini potentiam quaerenti egentissimus quisque opportunissimus.* Sallust. in *Jugurtha*. Auch bestätigt die Geschichte aller Völker und aller Zeiten, daß die öffentlichen Berathschlagungen, worauf der Haufe Einfluß nahm, stets stürmisch, die gefaßten Entschlüsse gewaltsam, immer äusserst, immer über und umstürzend waren. Daher die Vorseintheilungen der älteren und neueren Gesetzgeber nach dem Vermögen, um die Stimmen des mittellosen Theiles in ihrem Einflusse auf die allgemeinen Angelegenheiten zu schwächen, oder sie ganz auszuschließen. S. *Montesquieu*, consid. sur les causes de la grand: des Romains etc. ch. 8. Daher die Lehre der neueren, durch die Ausschweifungen der Straßen *St. Antoine* und *Marcell* gewarnten französischen Schriftsteller: von der Nothwendigkeit den Staatskörper zu beschränken. S. *Gudin*, Supplem. au contract social, cap. 4. Das Werk *Gudins* war im J. 1791 geschrieben. Im Jahre 1793. erschien der *Acte constitutionnel*

der Convention national, worin über die Volksvorstellung in einer Demokratie der neue Satz zum Grunde gelegt wird: Die Volksvorstellung kann nur auf die Volksmenge gegründet seyn. art. 21. Dieser Satz, wenn er dem 28ten Artikel: Jeder Franzos, der das Bürgerrecht ausübt, ist wahlfähig in dem Umfange der Republik: genähert, und weiter mit dem 4ten Artikel, durch welchen, jeder in Frankreich geborne und ansässige (ohne Ausnahme), der 21 Jahre voll erreicht hat, Bürger ist: verbunden ward, lieferte die Verwaltung ganz in die Hände der *Sans-culottes*, und galt für eine Kriegserklärung des müßigen, verworfensten Gefindels gegen Eigenthum und Vermögen. Von diesem Augenblicke an war Reichthum vor dem Richterstuhle der unterdrückenden Konvention das unvergeßliche Verbrechen. Doch dieser Grundsatz der Gewalt ist eben so unrichtig, als er ungerecht ist. Was kann der Zweck einer Nationalvorstellung seyn? Die Behandlung der allgemeinen Geschäfte? Was ist der Gegenstand der allgemeinen Geschäfte? Sicherheit der Personen, und Sicherheit des Eigenthums. Mit welchem Rechte sollte also bey der Wahl derjenigen, welche die gemeinschaft-

lichen Geschäfte zu behandeln haben, nur auf einen Gegenstand gesehen, und, weil die grössere Anzahl auf Seite der Dürftigkeit ist, die Behandlung eigentlich denjenigen übergeben werden, welche an der einen Hälfte des gemeinschaftlichen Wohls nicht anders Theilnahme haben, als der Straßenräuber an dem Gepäcke des Reisenden? — *Res pecuniæque familiaris obsidis vice pignorisque esse, apud rempublicam videbatur; amorisque in patriam fides quædam in ea, firmamentumque erat.* *Aul. Gellius. noct. att. L. 16. c. 10.*

## XII. Anmerkung.

Diese Benennung der Regierungsform, wo das Volk die Stimme Abgeordneten überträgt, wird durch den Verfasser des *Contract social* gerechtfertiget, welcher in der langen Anmerkung, die er dem zehnten Kapitel des dritten Buches beygefüget hat, schreibt: Die Wörter thun zur Sache nichts: und wenn das Volk Häupter hat, die an seiner Staat verwalten, so ist eine Aristokratie vorhanden. Der Nationalkonvent schien diesem Vorwurfe Rousseaus bey Seite weichen zu wollen, da er

in dem *Acte constitutionel* einfließen ließ: — Nicht Vorstellende, sondern eine Vorstellung. Aber durch ein Wortspiel wird die Wirklichkeit der Sache nicht gehoben.

Ich überhole etwas von der unter XV. folgenden Anmerkung. Es gibt im weiteren, und nach der Wirkung genommenen Wortumfange eine vierfache Aristokratie: die Aristokratie der Geburt, des Reichthums, der Fähigkeiten, und der Demagogie, das ist, der Menge. Die letzte wirkt bloß durch physische Kraft, wie die Materie nur durch Schwere; und ist, weil der Menge eines Volkes kein Gegengewicht gegeben, keine größere oder auch nur gleiche Kraft entgegen kommen kann, unwiderstehlich in ihren schrecklichen Ausbrüchen; aber aus dem nämlichen Grunde unaufhaltbar in ihrem Sturze.

### XIII. Anmerkung.

Hausväterlichen nicht väterlichen. Rein uneigentlich angewandter Ausdruck hat die ungezügelte Gewalt, und die Anmassungen der Unterdrückung stärker begünstiget, als die zum Vorbilde hinger-

stellte Ähnlichkeit der Fürstengewalt mit der väterlichen: und nie waren zwey Gegenstände dem Ursprunge, den Rechten, dem Zwecke nach wesentlicher unterschieden. Ich will nur eine Verschiedenheit anführen, und die übrigen dem Nachdenken der Leser überlassen. Der Vater ist vor dem Sohne da, gibt dem Sohne das Daseyn. Die Nation ist immer vor dem Fürsten vorhanden, der Fürst erhält sein Daseyn von der Nation. Da also Sohn und Vater durch die Verknüpfung der Kausalität stets untrennbare Begriffe sind, so sind hingegen Nationen wohl ohne Fürsten, aber Fürsten ohne Nationen nicht einmal denkbar. Hauptsächlich ist dieses Gleichniß für die Regenten selbst zu bedenklich. Denn, worauf konnten wohl *Papae*, und alle diejenigen, welche Nationen riechen, sich endlich volljährig zu erklären, ihren tropologischen Aufwieglungsfaß scheinbarer stützen, als auf die mit der Volljährigkeit und Mündigkeit sich endigende väterliche Gewalt?

#### XIV. Anmerkung.

Es scheint, der Verfasser *De l'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques* habe hauptsächlich auf diesen wesentlichen Vorzug der wohlgeordneten

Monarchie zurückgesehen, da er die beste Staatsverwaltung in einer Verfassung findet, die so beschaffen ist: daß man durch übel regieren nicht gewinnen könne: und die im Gegentheile denjenigen, welcher regieret, der Nothwendigkeit unterwirft, keinen größeren Vortheil zu haben, als gut zu regieren. Diese Bezeichnung der besten Regierungsform, über deren Wichtigkeit das Selbstgefühl bey jedermann den Ausspruch der Einsicht überholt, läßt sich auf eine andere Regierungsform beynähe nicht anwenden. In der That auch waren alle Fürsten, bis auf einige Ausnahmen, wo die Natur mißgegriffen, und einen Tiger zum Domitian, ein Schwein zum Helios gabal geschaffen hat, in der That, sage ich, waren alle Fürsten an sich selbst gut, und wünschten aufrichtig das Wohl der Ibrigen. Der Haß gemißhandelter, unterdrückter Völker soll daher mit Billigkeit nur auf diejenigen fallen, welche den Fürsten umlagern, auf Minister, auf Schmeichlinge, die der Wahrheit stets den Zugang vertreten, dem Fürsten in der engsten Verwahrung, und wie Jemand so angemessen den Ausdruck gewählt hat, unter der ministeriellen Vormundschaft halten, ihn mit ihren Augen nur zu sehen, nur mit ihren Ohren zu hören zwingen, und so, immer zuerß

seine Tyrannen werden, um dann ungehindert und ungestraft die Tyrannen ihrer Mitbürger seyn zu können. Diese Verschwörung gegen Fürsten und Völker war das Verbrechen aller Zeiten. „Es treten (erzählt Tacitus eine Überlieferung seines Vaters aus dem Munde Diokletians, im Leben des Aurelianus) „es treten vier oder fünf zusammen, und „fassen einen gemeinschaftlichen Anschlag, den Kaiser „zu betrügen: sie werden unter sich eins, was durch- „gesetzt werden soll. Der Kaiser, zu Haus verschlossen, „weiß die eigentliche Wahrheit nicht, und ist gezwun- „gen, nur das zu wissen, was sie ihm sagen. So „verleiht er nun Ämter, an die er nicht sollte, entfernt „von öffentlichen Geschäften, die er dabey lassen sollte: „kurz, wie Diokletian sich selbst ausdrückte, der wohl- „gefunteste, behutsamste, beste Kaiser wird „stets verkauft.“

#### XV. Anmerkung.

Ehmalß kannte man nur drey Ausartungen der Regierungsformen: die Ochlokratie, das ist, die Ausartung der Demokratie in Gewaltthaten des wilden Haufens: die Oligarchie, das ist, die Ausartung der Aristokratie in die von me-



nigen Kriften, oder einigen ansehnlichen Familien an sich geriffene Übermacht, und ihr stets zur Seite gehende Unterdrückung: die Tyranney, oder den Despotismus, zwischen welchem und der Verwaltung eines Königs schon Plato in seinen Erklärungen so bestimmt die Unterscheidungs-Merkmale angegeben hat: Ein König nämlich ist ihm, welcher frey von Verantwortlichkeit, das gemeine Wesen nach Gesetzen regieret: ein Tyran hingegen, der sich als den Herrn des Staates betrachtet, und denselben nach Willkühr beherrscht.

Die französische Staatsveränderung hat zu den vorhergehenden noch die Bezeichnungen von zwey Andarungen in Umlauf gebracht, die Aristokratie, und Demokratie. Die Wuth der Demagogie sendete, als sie die Oberhand hatte, jeden an die Guillotine, der es sich abmerken ließ, oder, dem es in ihrer Absicht lag, die Meinung anzudichten, daß eine Verschiedenheit der Stände mit einer guten Staatsverfassung bestehen könne. Die ausgewanderten Frankreicher, hartnäckige Coriolane, übermüthige Appier, und von den Lärmen dieser beyden überdäubte, jaghafte Verwaltungen nennen entgegen Demokra-

ten alle diejenigen, denen die Worte: Rechte der Menschheit, und bürgerliche Gleichheit über die Lippen, oder aus der Feder flossen. Dergestalt sind Aristokratie und Demokratie nicht nur Namen von Ausartungen der Regierungsformen geworden, sondern auch Beschuldigungen, von denen sich besorgen läßt, daß sie, wie in den schrecklichen Zeiten der Tibere und Domitiane die Beschuldigungen der beleidigten Majestät, wie einst in Spanien die Beschuldigung der Ketzerey, wie noch unlängst in manchen Staaten die Beschuldigung der Freygeisteserey, dazu werden gemißbraucht werden, Rechtsschaffenheit und Föhligkeit verdächtig zu machen, und am Stand und Glück zu bringen. Indessen können diese Wörter auch mit Richtigkeit Anwendung haben, den Zustand eines Volkes zu bezeichnen, wo der Adel oder die Volksparthey der angenommenen Regierungsform, und der Grundverfassung des Staates zuwider, durch was immer für Mittel das Übergewicht der Gewalt gewonnen hat, und die übrigen Klassen unterjocht. In diesem Sinne war Rom Ausartung zur Aristokratie, als die Tyranney der Patrizier das römische Volk nöthigte, sich der Anhöhen in der Stadt zu bemächtigen, und zu seinem Schutze Tribune zu

geben. Die Eigenmacht des Senats in Stockholm, welche zur schwedischen Staatsveränderung von 1772 die Veranlassung gab, war Ausartung zur Aristokratie. In diesem Sinne war die Übermacht des Tribunats endlich Ausartung zur Demokratie, war es Ausartung zur Demokratie, als das Unterhaus unter Cromwell das Oberhaus, und die Königswürde vernichtete. In diesem Sinne sprachen die untern Volksklassen im Jahre 1791: Die französische Regierung ist zur Aristokratie ausgeartet, weil der Adel seit mehreren Thronfolgen die Unaufmerksamkeit oder Schwachheit der Könige so sehr gemißbraucht hatte, daß alle Macht in seiner Hand war, und die Ausnahmen, Vorzüge, Ausschließungen, deren er sich anmaßte, die übrigen Volksklassen nicht bloß erniedrigten, sondern bey denselben den Stand der Mitbürgerschaft gleichsam vernichteten. In diesem Sinne war Frankreich sogleich seit der Selbstbestellung der Nationalversammlung, welche die Rechte des Adels und der Krone, gegen die in den Städten der Provinzen ausgedrückten Ausrüde derjenigen, deren Wortführer sie nur seyn sollten, eigenmächtig vernichtete, eine ausgeartete Demokratie, die endlich, wie stets geschehen ist, sich in eine wüthende Ophokratie, wo der Pöbel sich an die Stel-

le des Volkes drängt, oder eigenthümlicher in die unterdrückendste Tyranney blutdürstiger Demagogen verwandelt hat. Unglücklicher Weise ist der Saame des Misstrauens allgemein zwischen den verschiedenen Klassen hingestreuet; sie beobachten sich wechselseitig mit scharfsehender Eifersucht: und es sey denn, der Adel lege sich selbst die billige, zu seiner eigenen Erhaltung notwendige Maßsigung auf, die übrigen Stände seiner Mitbürger durch Hochmuth und Geringschätzung nicht zu beleidigen, nicht auf offenen oder Schleichwegen Verdienst und Fähigkeit, die keine Ähnen anführen können, überall zu verdrängen, und Ämter und Würden als Erbstücke der Familien an sich zu reißen: es sey denn, die übrigen Bürgerklassen, beruhiget, wenn die Geseze ihnen die wahre bürgerliche Gleichheit versichern, hören auf, es als eine Verletzung dieser Gleichheit zu betrachten, dafern die Verfassung gegen das Andenken würdiger Bürger noch in den Nachkommen Achtung zeigt, und der Geburt etwas einräumet, so lange sie durch Untugenden solche Vorzüge nicht verwirlet; hören auf, ihre Ansprüche, bis dahin zu übertreiben, um es unbillig zu finden, daß in der Besetzung einiger Ämter, bey eigenen Verdiensten eine Reihe verdienster Ähnen mit, in einigen Anschlag gebracht wird; es sey dann,

die Weisheit und Gerechtigkeit der Regierungen, gleich behutsam gegen Überraschung der einen oder andern Seite, stehe mitten zwischen denselben, ohne ihre Vorgunst hier oder dort überschlagen zu lassen, und schreibe sich vor, alle Klassen gleich zu schützen, auf Verdienst zu achten, wo sie es entdecket, von ausgezeichneten Talenten zum Wohl des Staates Gebrauch zu machen, in welcher Klasse sie dasselbe findet; es sey dann, durch ein solches offenes und anhaltendes Betragen aller Theile werde die wechselseitige Näherung der Gemüther herbegeführt, und vollendet, sonst werden die Wüter Aristokratie und Demokratie nur zu lange das Feldgeschrey zweyer streitsfertiger Parteyen bleiben, deren Uneinigkeiten jeden Staat von der Grundfeste aus zu erschüttern, und zuletzt in den Abgrund der Unordnungen zu stürzen fähig sind, in welchen wir Frankreich versunken erblicken.

#### XVI. Anmerkung.

Man ließt bey Herodot, in einem Bruchstücke des Dio Cassius, und aus ihnen bey mehreren späteren Schriftstellern (wie in Marmontels *Belisär*.) die gegenseitigen Vortheile und Nachtheile der Regierungsformen erwogen. Jedoch vereinigen sich die

Schriftsteller insgemein darüber, daß nur die monarchische Regierungsform grossen Staaten angemessen ist. Wenn Aristoteles bey den Lobsprüchen, mit welchen er die monarchische Regierung über die Aristokratie und Demokratie erhebt, von den Zerruclern dieser Zeiten beschuldiget wird, seinem Schüler Alexander Weisbrauch gestreuet zu haben, so kann ihnen doch aus der Feder Rousseaus folgende Schilderung von den Vorzügen der Monarchie nicht als Schmeicheley oder Übertreibung verdächtig scheinen. „Gerade im Widerspiele mit andern Regierungsformen, wo ein Gesamtwesen ein Einzelnes vorstellt, wird in dieser (der Monarchie,) durch ein Einzelnes das Gesamtwesen vorgestellt; dergestalt, daß die moralische Einheit, die den Regenten macht, zugleich eine physische Einheit ist, in welcher alle Kräfte, die das Gesetz bey andern mit so vieler Bemühung verbindet, sich natürlich von selbst vereinigen finden. So sagt der Wille des Volkes, und der Wille des Regenten, und die öffentliche Gewalt des Staates, und die besondere Gewalt der Regierung derselben Bewegungskraft zu; alle Triebfedern der Maschine sind in einer Hand; es gibt keine sich entgegen stehenden Bewegungen, die sich wechselseitig zernichten; und man kann keine Verfassung den-

„fen, wo mit weniger Kraft eine beträchtlichere Wirkung hervorgebracht würde. Archimedes, der ruhig am Gestade sitzt, und unbemüht ein grosses Schiff flott macht, ist mir das Bild eines geschickten Monarchen, der aus seinem Kabinete seine weitläufigen Staaten beherrscht, und selbst scheinbar unbeweglich, alles in Bewegung setzt.“ *Contr. social.* 3. B. 1. K.

## XVII. Anmerkung.

Das war die allgemeine Lehre der Schriftsteller des Staatsrechts: aber sie finden Rousseau als Gegner auf ihrem Wege, nach welchem bey Bestimmung der Regierungsformen (*gouvernements*) nicht die Art, den allgemeinen Willen zu erklären, sondern nur die Art, den allgemeinen Willen zu vollziehen, festgesetzt wird: (*Contr. social.* 3. B. 1 — 9 Hft.) aus welchem Vordersatz er dann die Folge zieht: Das die Erklärung des allgemeinen Willens, das ist, die gesetzgebende Gewalt, worin allein nach ihm die Oberherrschaft Souverainete. (2. B. 1. — 4. Hft.) besteht, unter allen Regierungsformen dem Volke vorbehalten bleibe.

Dem Verfasser des *Contract social* kommt gleichwohl der traurige Ruhm nicht zu, die Meinung von der Volkssouveränität, welche die Köpfe so unglücklich mit der Souveränitäts-Wuth, wie sie *Lezay de Marnezia* ganz treffend nennt, entzündet hat, zuerst aufgestellt zu haben. Schon im fünfzehnten Jahrhunderte ist diese Meinung von *Althus* in der *Politica methodice digesta*, weiters von dem unter dem Namen *Junius Brutus* verummten *Languet* in dem heftigen Werke: *Vindiciae contra Tyrannos* geäußert, von dem Jesuiten *Lainez* bey der trienter Kirchenversammlung gegen die französischen Cardinäle geltend gemacht, und in den Schriften seiner Ordensgenossen *Salmeron* und *Marianna* sorgfältig fortgepflanzt worden.

*Rousseaus* Verbrechen gegen Staaten- und Völkerruhe war also eigentlich nur, den Satz von der unveräußerlichen Souveränität des Volkes abermal in Umlauf gebracht, und sich dadurch zu dem schreckbaren Satze, mit welchem die Ruhe aller Staaten nur augenblicklich, nur bittweise bestehen kann, von ferne den Übergang bereitet zu haben, zu dem Satze: welcher den



**Völkeraufstand zu einer geheiligten Pflicht erhebet.**

Die sorgfältige, und nach ihrem ganzen Zusammenhange durchgeführte Widerlegung dieser Meinung, die mit der inneren zugleich die äussere Ruhe aller Staaten bedroht, die Sicherheit aller Verträge, den Bestand aller Verhältnisse von Volk zu Volk aufhebt, gehört in den Umfang des Staatsrechts. Ich nehme an diesem Orte nach der veranlassenden Beziehung bloß die Behauptung in Anspruch: Daß die Völker durch die Verschiedenheit der gewählten Regierungsform nicht, wie die verordnende, die gesetzgebende, sondern nur, wie die vollziehende Gewalt auszuüben sey, bestimmt haben sollen. Diese Behauptung steht, nach der Theorie geprüft, im offenbaren Widerspruche mit dem Gange, den die sich erst bildenden bürgerlichen Vereinigungen in ihren Entschliessungen genommen haben konnten: sie widerspricht nicht weniger der Ausübung der Nationen: und sie wird endlich auch nur durch solche Gründe unterstützt, welche, anstatt die bürgerliche Ordnung zu befestigen, den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft selbst, unmöglich machen würden.

„Sie steht nach der Theorie im offenbaren Widerspruche mit dem Gange, den die sich erst bildenden bürgerlichen Vereinigungen in ihren Entschliessungen genommen haben konnten.“ Ein Volk sowohl, wie der einzelne Mensch, beyde müssen zuerst bestimmen, was sie wollen, bevor zur Überlegung kommt, wie das Gewollte in Vollzug zu setzen sey. Nach diesem nothwendig bestimmten Gange der Berathschlagung mußten die Hindernisse, eine Menge zu einem gemeinschaftlichen Beschlusse zu bringen, bey den zu Staaten sich bildenden Nationen zuerst empfunden werden; und nur nach diesen konnte die Beschwerlichkeit in der Vollstreckung des Beschlossenen aufkoffen. Daher mußte auch die Abhilfe zuerst gegen das Hinderniß der gemeinschaftlichen Schlußfassung gesucht worden seyn. Die Völker mußten gesagt haben: „Wir sehen, daß wir nicht übereinkommen können, alle dasselbe zu wollen; so gelte denn für unseren gemeinschaftlichen Willen, was die Mehrsten, — was dieser Ausschuß weiser Männer, — was du, in dessen Einsicht und Rechtsliebe wir Zuträuen setzen, beschließen werden.“ — Da entstanden nun nach Verschiedenheit der Anlässe, noch ehe von der Form der Vollstreckung die Frage an die Reihe

gebracht werden konnte, verschiedene Regierungsformen, und ihr Gegenstand war, die Übertragung der gemeinschaftlichen Willenserklärung, also die Übertragung der Gesetzgebung, das ist, der Oberherrschaft. Eine andere Ordnung der Dinge läßt sich nicht einmal begreifen. Denn die Bestimmung der Form, auf die bloße Vollziehung angewendet, würde nicht ohne schon darüber vorhergegangene gemeinschaftliche Willenserklärung haben geschehen können, wozu wieder vorläufig, entweder die Beibehaltung der allgemeinen Über einstimmung, deren Nothwendigkeit man eben abweichen wollte, vorausgesetzt werden muß; oder man mußte bereits übereingekommen seyn, die Mehrheit der Stimmen für Allheit gelten zu lassen; und dann war schon die Regierungsform der vor stehenden Demokratie, als Form der Gesetzgebung da.

„Die Behauptung Rousseaus widerspricht der Ausübung der Nationen.“ Die freie Ausübung der Nationen ist immer der sicherste Ausleger ihres Willens. Sie haben so gewollt, wie sie wirklich handeln. Nun hat das Parlament von England, auf dessen Verfassung die Regierungsform die

fest Reiches gegründet ist, ungezweifelt die Gesetzgebung aus: die Gesetze des deutschen Reichs werden auf dem Reichstage abgefaßt, der eben so ungezweifelt die Bestandtheile der Regierungsform vereinigt; so werden in Frankreich, selbst nach der Verfassung von 1795, die Gesetze von den zwey Versammlungen beschlossen: die französische Konstitution unterscheidet ausdrücklich zwischen der gesetzgebenden Gewalt, welche die beyden Versammlungen ausüben, und der vollziehenden, die dem Direktorium zugetheilt ist: und bestimmte die letztere, wie Rousseau behauptet; bloß die Regierungsform, so müßte Frankreich in diesem Augenblicke nicht mehr eine Republik, sondern eine Pentarchie genennet werden.

„Die Gründe endlich; durch welche Rousseau sein Verfassungs-system unterstützt, würden den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft selbst unmöglich machen.“ Sie sind in folgender Stelle vereinigt: „Ich sage: daß die Souveränität, da sie nichts anderes ist, als die Ausübung des gemeinschaftlichen Willens, nicht veräußert, und der Souverän, der nur ein Gesamtwesen ist, nicht vorgestellt werden kann. Die Gewalt kann wohl, aber keineswegs, der

Wille übertragen werden." (Contr. social 2. B. 1. Hst.) Es ist wesentlich, jeden dieser Sätze einzeln vorzunehmen.

„Der gemeinschaftliche Wille kann nicht veräußert werden." Rousseaus großes Talent, und von welchem er oft Gebrauch macht, ist, durch Kühnheit und Ungenauigkeit der Wörter sich zur Kühnheit der Begriffe einen Weg zu bahnen. Veräußern war hier das Wort nicht, sondern Übertragen. Aber, wenn er geschrieben hätte: Der gemeinschaftliche Wille kann nicht übertragen werden; so wäre der Satz weniger blendend gewesen, und jede Gemeinde, die einen Vertreter, einen Stimmführer bestellet, hätte ihn widerlegt. Doch, auch Veräußern für Übertragen hingestellt: warum sollte der gemeinschaftliche Wille nicht veräußert werden können, wenn jeder einzelne Wille veräußert werden kann, und der gemeinschaftliche Wille nur ein aus den einzelnen Willen erwachsenes Gesamtwesen ist? Die Veräußerung des einzelnen Willens aber, und so gar die Veräußerung der Person legt Rousseau selbst, bey dem gesellschaftlichen Vertrage als nothwendige Bedingung zum Grunde. „Alle diese Bedingungen (schreibt

„er 1. B. 6. Hft.) ziehen sich nach ihrem wahren Ver-  
 „stande auf eine einzige zusammen: nämlich, auf die  
 „vollkommene Veräußerung eines jeden  
 „Vertrags-Genossen sammt allen seinen  
 „Rechten an die ganze Gemeinde.“

„Die Gewalt kann wohl übertragen  
 „werden, aber nicht der Wille.“ Alles ist hier  
 Spitzfindigkeit, und Scepterichtigkeit. Der Wille,  
 das ist, das Vermögen zu begehren, kann nicht  
 übertragen werden: dieß läugnet Niemand. Aber das  
 praktische Wollen, das ist, das Vermögen, sich  
 zu bestimmen, der wirkliche Gebrauch die-  
 ses Vermögens kann, und dieses Vermögen wird  
 täglich in jeder Unterwerfung, in jeder Hingeb-  
 ung an die Leitung eines Andern übertragen. Hier  
 widersprechen, hieße den gesunden Menschenverstand  
 aufheben wollen. Und dafern von einer Menge ja  
 etwas nicht übertragen werden kann, so verhält es  
 sich gerade im Widerspiele mit dem, was Rousseau  
 behauptet. Die Übertragung des Willens läßt sich  
 bey einer Menge begreifen; aber nicht auch die Übere-  
 tragung der Kraft, als deren Ausserung ohne  
 ein physisches Aggregat, ohne Rathen von  
 mehreren Kräften sogar unmöglich ist. Eine

Menge wird allerdings sagen können: Entscheide, das ist, wolle du allein für uns alle; aber konnte sie auch sagen: Sey allein so stark, wie wir alle?

Doch, wozu wären noch erst Beweise gegen den Verfasser des *Contract social* nothwendig, da er selbst die Unterwerfung des Willens sogar ausdrücklich in die Formel, die den gesellschaftlichen Vertrag aussagt, aufnimmt. Diese Aussage lautet bey ihm: Jeder von uns legt gemeinschaftlich seine Person, und seine ganze Kraft unter die Leitung des öffentlichen Willens u. s. w. (1. B. 6. Hft.) Die Frage zwischen Rousseau und der Gegenmeinung läuft daher zuletzt nur noch darauf hinaus: Ob dieser gemeinschaftliche Wille vorgestellt werden könne? Zwar Rousseau streitet die Möglichkeit von der Vorstellung eines Gesamtwillens an. Aber er erklärt dann die Möglichkeit, daß Beschlüsse nach der Stimmenmehrheit als gemeinschaftlicher Wille entscheiden können. Ein Theil einer Volksversammlung, wenn auch der größte Theil, ist immer, wie schon anderstwo gesagt worden, nicht die ganze Versammlung: ist also da, wo die Beschlüsse eines Theils für

den gemeinschaftlichen Willen gelten, immer nur Vorstellung des gemeinschaftlichen Willens, immer nur Vorstellung des Ganzen; und zuverlässig ist in der demokratischen Verfassung die Rechtsdichtung der Vorstellung weiter als irgend überall getrieben, indem eine stillschweigende Einstimmung des kleineren Theiles angenommen wird, obschon dieser Theil seine Nichtübereinstimmung ausdrücklich erklärt hat. Fassen wir das bisher Gesagte zusammen: Die praktische Unmöglichkeit einer Staatsverwaltung durch die Stimmeneinheit ist von Jedermann anerkannt. (S. die 6te Anmerkung). Entweder also, wenn der allgemeine Wille nicht vorge stellt werden kann, muß es ganz keine Erklärung des gemeinschaftlichen Willens geben, folglich wird ganz keine Gesetzgebung, folglich ganz kein Staat möglich, und das Menschengeschlecht zur ewigen Vereinzelung, mit allen den Unordnungen und Gräueln, die sie begleiten, verurtheilt seyn: oder, wenn Staaten und ihre Verwaltung möglich seyn sollen, muß der allgemeine Wille eine Vorstellung zulassen.

Je mehr schon der Name *Contract social*, selbst in den Augen so manchen Schriftstellers von



Auf für Beweis und Ansehen gilt, desto notwendiger ist es, zu zeigen, wie wenig dieses Werk mit sich selbst übereinstimmend ist; wie wenig die darin durchgeführten Begriffe Zusammenhang und Haltung haben. Im zweyten Buche, zweyten Kapitel heißt es: „Unsere heutigen Politiker, da sie die Souveränität in dem Grundbegriffe nicht theilen können, theilen solche nach dem Gegenstande. Sie theilen sie in Kraft und Wille, in gesetzgebende und vollziehende Gewalt. — Bald vermengen, bald trennen sie diese Theile: sie machen aus dem Souverän ein Hirngespinnst, das aus bloßem Stüchwerke zusammen gesetzt ist. — Die Marktschreyer in Japan zerstückten, sagt man, vor den Augen der Zuschauer ein Kind, werfen die Glieder desselben einzeln in die Luft, und machen dann, daß das Kind lebend und ganz herabfällt. Das ungefähr sind die Taschenkünste unserer Politiker: wann sie erst den gesellschaftlichen Körper durch ein der Gauklerbude würdiges Blendwerk zerstücket haben, dann vereinigen sie, man begreift nicht wie, die Theile desselben wieder.“

Ungedient dieses Ausfalls auf die heutigen Politiker nimmt Rousseau die nämliche Zerstückung nicht nur selbst in seinem Systeme vor, sondern

legt solche sogar als den einzigen Grund der Behauptung unter: daß die Regierung nur die Form der vollziehenden Gewalt bezeichne. „Der politische Körper (schreibt er 3. B. 1. Hft.) hat die nämlichen Triebwerke; (wie der physische) man unterscheidet daran die Kraft und den Willen: diesen unter dem Namen der gesetzgebenden, jene unter dem Namen der vollziehenden Gewalt. „Nichts geschieht, oder soll ohne ihre Zusammenwirkung geschehen.“ So, wie Rousseau seinen gesellschaftlichen Körper nicht zusammensetzt, sondern zerstückt, ist er es, der daraus ein wahrhaftes Hirngespinnst macht, ein trüges, und durch die Trennung der zusammenwirkenden Triebwerke unbewegliches Wesen, wo das Vermögen, sich zu bestimmen, ohne Vermögen zu handeln, und wiederum das Vermögen zu handeln, ohne Vermögen, sich zu bestimmen; wo die Souveränität gleich einer Wüste ohne Glieder, wo die Regierung als ein Kumpf ohne Kopf gelassen ist. — Und man hat solche Aftervernunft so lange für tiefsinnige Weisheit aufgenommen! Ich lehre wieder dahin zurück, wo ich beyseite gelenket habe.

Sobald, unter der Voraussetzung eines Staats.

vereins nicht bloß die Möglichkeit, sondern selbst die Nothwendigkeit einer Vorstellung des gemeinschaftlichen Willens außer Zweifel gestellt ist, so kann die Zufälligkeit in der Form dieser Vorstellung das Wesentliche nicht verändern. Welche Form aus den drey einfachen oder mannigfaltig zusammengesetzten Regierungen ein Volk gewählt habe: es gab sich durch diese Handlung immer nicht einen vollziehenden Magistrat; es gab sich einen Souverän, einen Gesetzgeber, der es leiten sollte: und es würde unmittelbar einen Widerspruch in sich enthalten, eine Vertragsakte zu denken, die auf folgende Weise abgefaßt wäre: Da wir nicht Einsicht genug besitzen, uns selbst zu leiten, so wählen wir deine höhere Einsicht zu unserer Leiterinn, doch mit dem Vorbehalte, daß wir dir vorschreiben, wie du uns leiten sollest.

Die Bestimmung der Form, nach welcher die öffentliche Verwaltung geführt werden sollte, war also nach dem Subjekte betrachtet, die Bestimmung: ob ein Monarch? ob Aristokraten? oder ob Berathschlagungen des ganzen Volkes den gemeinschaftlichen Willen erklären sollten?

dem Objekte nach, war sie Überlassung, durch begesetzte Grundgesetze mehr oder weniger bedingt, an einen Monarchen, an einen Senat, an die Stimmenmehrheit: ein kompromißähnliches Übereinkommen, und zwar nicht der Nation, welche als eine moralische Person mit sich selbst nicht kompromittiren konnte, sondern der einzelnen Glieder der Nation unter sich, die ihre wechselseitigen Rechte in die Hände eines Dritten legten, und seinen Ausspruch zu befolgen, sich verpflichteten. Die Nation, welche bey dem Kompromisse nicht eintrat, kann also dasselbe als solche auch nicht aufheben.

Da diese Untersuchung keineswegs, den Mächtern zu höfeln, und die Kumassungen der Willkühr zu sichern, sondern nur ernstlich nach Wahrheit zu forschen, zum Zwecke hat, so ist es Pflicht, anstatt den Einwürfen, welche meiner gedaußerten Meinung entgegenstehen, bey Seite zu weichen, ihre Wichtigkeit zu prüfen. Der wichtigste Einwurf, und welcher von neueren Schriftstellern am lautesten erhoben wird, ist: „Es hänge von keinem Willen ab, in etwas einzustimmen, was mit dem eigenen Wohl des Wesens, welches will, streitet.

„Wenn daher ein Volk schlechterdings zu gehorchen  
 „verspricht, so löset es sich durch diese Handlung auf,  
 „es verliert die Eigenschaft eines Volkes: von dem  
 „Augenblicke, als es einen Herrn hat, gibt es keinen  
 „Souverän, und der politische Körper ist vernichtet.“  
 (*Contract social.* 2. B. 1. Hft.) Diese Stelle  
 bietet einen Verstand an, in welchem sie keinen Wi-  
 derspruch leidet, aber worin dann auch die Folge  
 nicht enthalten ist, die man daraus ziehen will. Der  
 Wille eines Volkes unterliegt den nämlichen Gesetzen,  
 wie der Wille des einzelnen Menschen: und das ober-  
 ste aller Gesetze, die der Wille erkennet, ist unge-  
 zweifelt: „Nichts unter der Vorstellung eines Uebels  
 zu begehren. So kann also die Zusage des gemein-  
 schaftlichen Gehorsams, wenn selbe gleich ohne  
 Vorbehalt geschieht, niemals als unbedingte  
 Überlassung auf Gnade und Ungnade  
 zu verstehen seyn; sondern die Wohlfahrt des  
 Volkes, als der Zweck der bürgerlichen Vereini-  
 gung, liegt bey der, wenn gleich schlechterdings  
 gemachten Zusage der Unterwerfung, immer zur Grund-  
 bedingung; und kraft dieser ewigen Grundbedin-  
 gung kann die ohne Vorbehalt gegebene Zusage  
 des Gehorsams nur auf die Mittel, zu dem Zwecke  
 zu gelangen, keineswegs aber jemals auf den Zweck  
 erster Band. E

des Vertrages selbst Beziehung haben, noch diesen vernichten. Es bedarf daher in der ausgefertigten oder stillschweigend gegebenen Unterwerfungs-Urkunde keines ausdrücklichen Besages, um, sich von Seite des Körpers oder des Einzelnen, in dessen Hände die Regierung gelegt wird, gegen Mißhandlung, Unterdrückung und Willkür zu verwahren. Denn, es wäre noch mehr als Unsinn, nur zu denken, daß ohne einen solchen Besatz die Urkunde den Verstand haben würde: Wir, die wir um unseres Besten willen uns dir unterwerfen, versprechen dir Gehorsam auf jeden Fall, du magst unser Bestes zur Absicht nehmen, oder unser Verderben. So überläßt täglich ein Kranker sich dem Arzte; und, ob dieser gleich durch unschickliche Behandlung den Kranken eben sowohl in die Grube bringen, als durch seine Kunst herstellen kann, so fällt dennoch nie Jemanden ein, sich erst zu bedingen: Daß der Arzt ihn zu tödten, nicht berechtigt seyn soll. So besteigt der Reisende ein Schiff, und braucht nicht besonders auszudrücken: Daß er nicht an Klippen geführt, oder erschaut werden will; denn dieses liegt vorhin in dem Zwecke seiner Handlung. Dagegen, — die Fortsetzung der

Vergleichung wird nun die Folgerung an beyden Eri-  
ten berichtigen, und folchergeftalt den Einwurf heben.  
— Dagegen braucht auch der Schiffspatron nicht erft  
ausdrücklich fich gegen den Reisenden zu verwahren,  
daß diefer nicht berechtiget feyn foll, ihm in die  
Leitung des Schiffs Einrede zu thun,  
oder ihn wohl gar, sobald jenen dünkte,  
das Schiff würde nicht wohl geleitet,  
über Bord zu werfen. Unter solchen Bedingungen  
würde kein Schiffspatron jemals einen Reisenden  
einnehmen; und eben fo wenig würde, noch könnte ein  
Souverän jemals die Bedingung eingehen, durch die  
er beftändig unter der Einficht des Volkes,  
das er leiten foll, zu ftehen hätte, überall feine Vorkeh-  
rungen durch den Widerftand der Menge gehemmt fe-  
hen, und fo bald es diefer entweder von felbft, oder  
dazu aufgereizt, einfielen, mit der Regierung mißvera-  
gnügt zu feyn, erwarten, beforgen müßte, abgefetzt,  
vertrieben, oder wohl gar guillotiniert zu werden.

„Setzt indeffen, fchreibt der Verfaffer des An-  
timachiavelli, oder: Über die Gränzen  
des bürgerlichen Gehorfams, S. 88; fe-  
zet: „Ein Regent gebe den Befehl, daß alle acht Ta-  
ge aus jedem Stande zehn Menfchen zu feinem Vers

„gnügen geschlachtet werden; oder, daß seine Unter-  
 „thanen Fektersplese vor ihm seyn, und nicht eher  
 „aufhören sollen, bis die Hälfte davon umgekommen-  
 „ist; oder, zwey seiner Armeen sollen zum Spasse ei-  
 „ne erschöpfte Battalie einander liefern; oder, er  
 „wolle eine ganze Stadt mit ihren Einwohnern durch  
 „ein künstliches Erdbeben in die Luft sprengen.“ —

Schriftsteller Deutschlands! Schriftsteller unsers ge-  
 meinschaftlichen Vaterlandes! da euer Plan gleich-  
 wohl nicht seyn kann, durch solche empörende Zusammen-  
 stellungen gegen den Namen Regent in den Herzen  
 der Völker Abscheu zu erwecken; welches aber auch  
 dem, der eine so schändliche Absicht hätte, nicht leicht  
 mehr gelingen würde, seitdem die Septembri-  
 rung, die Fustlladen, die Ropyaden, und die  
 böllischen Mittel sämmtlich, welche die verüllgende Wuth  
 des republikanischen Fanatismus, um der Trägheit der  
 Guillotine nachzuhelfen, ersonnen hat, seit dem diese al-  
 le Grausamkeiten der Vusiris und Phalaris so weit hinter  
 sich gelassen, daß der Fluch und das Schrecken, welche  
 die Namen Marat, Collot d'Herbois, Ro-  
 bespierre u. s. w. begleiten, den Abscheu gegen  
 die Namen der Domitiane und Commodus  
 beynahe gemildert haben; — da nun dieses bey Män-  
 nern von Kopf und Herz und Ehre der Plan nicht



seyn kann, o so spricht: Was sollte denn dadurch wohl erreicht werden, wenn ihr Fälle ausfinnet, die man sich als moralisch unmöglich denken muß, weil sie nach der Natur durchaus unwahrscheinlich sind? Solche Ereignisse, wenn sie jemals an die Reihe kämen, wären Unordnungen der gewaltsam aus ihrem Geleiste geworfenen Natur, wovon dann die Folgen nothwendig andere gleich gewaltsame Unordnungen seyn würden; *magnis sceleribus jura naturae intereunt*; sagt Seneca *Controvers. L. 1, contr. 7*. Eigentlich wäre hier ein Zusammenstoß, ein Widerstreit bloß physischer Kräfte, zwischen welchen ein unglücklicher Staat hin und her geschleudert, zuletzt nur durch Entkräftung an einer oder der anderen Seite, meistens durch Erschöpfung an beyden, mehr zur Ohnmacht fernerer Bewegung, als zum Punkte der Ruhe gelanget. *Et lasso jacuit defecta furore*. Die Geschichte aller Nationen, aller Revolutionen sind hier die beweisenden Belege. Aber für diese Zeiten der Gräueltaten und Verwüstung werden keine Rechtsabhandlungen geschrieben, so wenig die Anweisungen der Baukunst für die Epoche einer Erdererschütterung entworfen werden. Unter solchen Unordnungen sind Rechtlichkeit und Vernunft ihrer Herrschaft entsezt. Der Wirbel der Vermirung ergreift

alles, der Strom der Gewaltthatigkeiten reißt alles unaufhaltsam mit sich fort; es geschieht, nicht was geschehen soll, sondern, was geschehen kann. Und nie war der niedrigste Söldling des Despotismus so unverschämt, zu behaupten: Kaligula habe das Recht gehabt, dem römischen Volke mit einem Streiche den Kopf abzuschlagen: noch hat auch die zaghafteste Zensur die Stelle weggestrichen, wenn irgend in einem Werke vorkam: „Das römische Volk sey nicht verpflichtet gewesen, sobald Kaligulas Majestät den allerhöchsten Wunsch äusserten, ihm mit einem Streiche den Kopf abzuschlagen, auch dem Streiche seinen Nacken allernutertänigst entgegen zu strecken.“

### XVIII. Anmerkung.

„Damit endlich der gesellschaftliche Vertrag nicht eine bloße Förmlichkeit bleibe, muß er flüschweigend die Verpflichtung, die nur erst allen übrigen Kraft ertheilen kann, enthalten: Daß, wer immer dem allgemeinen Willen zu gehorchen verweigert, durch die Gesamtkraft dazu gezwungen werde.“ (Contrat social 1. B. 7. Hst.) Die Zwangskraft, und mit

derselben die Unwiderstehlichkeit liegen also nach dem Bekenntnisse aller Partheyen als Grundbegriff in der Beziehung zwischen Oberhaupt und Unterthan, unabhängig von der Verschiedenheit der Form, nach welcher die Oberherrschaft verwaltet wird. Die Meinungen der Zeit über diesen Gegenstand machen eine etwas umständlichere Entwicklung nicht überflüssig. Soll das Oberhaupt als höchster Wille seine Vorschriften allgemein befolgen machen, so muß dasselbe sich die Befolgung allgemein verschaffen können. Soll der Unterthan als untergeordneter Wille die Vorschrift des höchsten Willens befolgen, so muß derselbe nicht können, solche nicht befolgen. Bey dem Oberhaupte schließt das Soll, als Aussage einer Pflicht, das Können als ein die Pflicht vermittelndes Recht mit ein: bey dem Unterthane schließt das Soll als Pflicht, das Können als ein die Pflicht vernichtendes Recht aus. Die Unwiderstehlichkeit liegt noch unter einem andern Gesichtspunkte in der Wesenheit der Gesellschaft. Das Oberhaupt ist Vorstellung des Gesamtwillens. Der widerstehende Theil machte also die Forderung einer Gleichung zwischen so ungleichen Größen als Gesamt- und Theilwille fund: wäre ein diese For-

derung begünstigendes Recht billig? Das Oberhaupt ist die Vereinigung der Gesamtmacht. Der Widerstand wäre also als Kraft betrachtet, entweder ohne Wirkung: oder gäbe einer Kraft von z. B. den Anspruch, mit '4 als Gegenkraft im Gleichgewichte zu stehen: wäre diese Berechnung der Vernunft gemäß? Und wäre ein Recht, so darauf sich stütze, in der Verwirklichung möglich? Ich will dadurch nicht/etwann sagen; das Recht hänge überall von der Kraft, es zu verwirklichen ab. Niemand aber läugnet; daß es kein Recht gebe, dessen Verwirklichung in Ansehung der Kraft an sich un- denkbar ist, daß es also zu einem Undinge kein Recht geben könne. S. den 5. Abschnitt der Staatspolizey von der Sicherheit der Handlungen,

### XIX. A n m e r k u n g.

Untertban ist eine Eigenschaft des gesellschaftlichen Menschen in jeder Regierungsform. Der Republikaner ist Untertban, wie der Bürger des monarchischen Staats; und beyde sind Untertbanen des gemeinschaftlichen Willens, das ist Untertbanen des Gesetzes.

## XX. Anmerkung.

Nicht im gemeinen Sprachgebrauche allein, sondern selbst in wissenschaftlichen Werken wird öffentliche Verwaltung und oberste Gewalt meistens für gleich bedeutend genommen, da dennoch die eigentlichen Begriffe von beyden wesentlich verschieden sind. Die Vereinigung zur bürgerlichen Gesellschaft war Bedürfniß der einzelnen Menschen. Die Bestellung eines Oberhauptes war Bedürfniß der bürgerlichen Gesellschaft. Die in ein Volk vereinigte Menge sprach zu diesem Oberhaupte: „Du sollst die Vorkehrungen zu unserer Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe veranstalten; sollst die Uebelgefaanten unter uns im Zaume halten; sollst unsern Handlungen die zweckmäßige Richtung geben; sollst die Streitigkeiten, zwischen uns entscheiden: u. s. w.“ Sollst sagt aber Verbindlichkeit aus; und so ist die öffentliche Verwaltung, sie sey nun durch den gesellschaftlichen Vertrag nach Beschaffenheit der Regierungsform in die Hände der Volksvorstellung, eines Senats, eines Monarchen gelegt, der Inbegriff der Verbindlichkeiten, durch deren Erfüllung der gesellschaftliche Zweck erreicht, d. i. gemeinschaftlicher Wohlstand

gegründet, und erhalten werden soll. Aber zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten sind mannigfaltige Rechte unentbehrlich; und indem diese eingeräumt werden mußten, entstand die oberste Gewalt als Inbegriff aller Rechte, welche nothwendig sind, um diese Verbindlichkeiten in Erfüllung zu bringen. Öffentliche Verwaltung und oberste Gewalt verhalten sich also gegen einander, wie Zweck und Mittel, wovon dieses um jenes, nicht jener um dieses Willen, und nie eines ohne das andere vorhanden ist. Mit Beobachtung dieser Unterscheidung würden sich die Lehrer des Staatsrechts, über die Rechte der öffentlichen Verwaltung und die Grenzen dieser Rechte manche müßige, manche oft zu bedenkliche Frage erspart haben, welche, weil die in der Beantwortung gebrauchten Winkelzüge das Schwankende daran nur schwach verkleiden, schließlich nie aufgeworfen werden sollten. Im Allgemeinen nämlich, ist die Auflösung der Aufgabe: Wie weit das Recht der öffentlichen Verwaltung reiche? dadurch ganz vereinfacht: So weit, und auf Alles, was zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit in Ansehung des gemeinschaftlichen Wohlstandes nothwendig ist. Und eben so in der Anwendung auf

einzelne Fälle: Behauptet der Rechtshaber: daß die  
 öffentliche Verwaltung ein solches, bestimmtes  
 Recht habe: er nenne nur die Verbindlichkeit,  
 zu deren Erfüllung dieses bestimmte Recht erfordert  
 wird, und er hat das Recht für die öffentliche Verwaltung  
 gesichert. Wie weit reicht dieses Recht? Ganz so  
 weit, und bis dahin, wo erst die zusagende Ver-  
 bindlichkeit in Erfüllung gebracht werden kann.  
 In Folge dieser gegebenen Erörterung kann das An-  
 sehen der öffentlichen Verwaltung bey jeder ihrer ein-  
 zelnen Vorkehrungen nur vergrößert werden, als wel-  
 che stets, bloß darum handelt, weil sie handeln,  
 nämlich, eine Pflicht erfüllen muß. Aber in  
 Folge dieser Erörterung wird auch das denklichste Merk-  
 mal des Despotismus in allen Regie-  
 rungsformen: Anmaßung von Rechten,  
 denen keine Pflicht zusaget; nämlich: An-  
 maßung von Mitteln ohne Zweck, die es nir-  
 gend, weder in der physischen noch moralischen Na-  
 tur geben, und welche die Vernunft nicht einmal  
 denken kann.

## XXI. Anmerkung.

Unum vinculum fidei, *melioribus* parere.

*Livius. L. 22.*

## XXII. Anmerkung.

Selflove forsook the path, it first pursued,  
And found the private in the publik Good.

## XXIII. Anmerkung.

Der Mensch muß sich immer Zweck bleiben, kann sich nicht zum Mittel veräußern; denn der Mensch kann seine Pflichten nicht abwerfen. Wäre er das als Mensch in Ansehung der anerschaffenen zu thun befugt, so wäre er es um so mehr als Bürger in Ansehung der übernommenen Pflichten. Die Befestigung der gesellschaftlichen Verbindlichkeit, und mit derselben aller öffentlichen Ordnung hängt also davon ab, die Wichtigkeit dieser Aussage nicht zu verkennen. Auch findet die gesellschaftliche Leitung sich dadurch nicht etwann in ihren Vorkehrungen gehemmet, oder beenget. Sie, die gesellschaftliche Verwaltung



wendet den Bürger nach ihrem Zwecke immer als Mittel an; aber er bleibt sich dorum nicht weniger noch Zweck. Er wird nämlich Mittel in Beziehung auf seine Mitwirkung zum Wohl des Ganzen: und ist Zweck in Beziehung auf den Antheil, der ihm durch den Erfolg von dem allgemeinen Wohl zufällt. Diese Unterscheidung nach einer zweyfachen Beziehung ist nicht metaphysische Spitzfindigkeit, aus Schwierigkeiten oder Widersprüchen aus dem Wege zu kommen. Sie äußert sich in der gesellschaftlichen Verfassung bey mehreren Anlässen. Der Bürger von Athen und Rom z. B. gab, da er in der Versammlung als ein Theil des Gemeinwesens stimmte, Gesetze, und legte dem einzelnen Athenienser oder Römer, das ist, sich selbst, die Verbindlichkeit auf, das Gesetz zu beobachten. Er war also nach Verschiedenheit der Beziehung Gebieter oder, und Gehorchender.

#### XXIV. Anmerkung.

Einige Schriftsteller, besonders in dem Fache des allgemeinen Staatsrechts, sind der Meinung: Die Sicherheit allein erschöpfe den Begriff des gemeinen Wohls, weil sie nothwendig auch den

Schutz der Erwerbung in sich faßt. Aber sie haben bey dieser Einschränkung zu ausschließend nur die Rechtspflege, einen einzelnen Theil der öffentlichen Verwaltung vor Augen. Nicht in meiner Erwerbung beeinträchtigt, wie, nicht in meiner Person verletzt werden, ist bloß verneinender Zweck, im Allgemeinen nämlich, Übel abzuwenden. Das gemeine Wohlbeyhalten aber auch einen bejahenden Zweck: die Erwerbungswege zu erleichtern und zu vermehren; im Allgemeinen, moralische und physische Glückseligkeit zu befördern, wozu die Vorkehrungen nicht, weniger eine Pflicht der öffentlichen Vorsorge sind.

## XXV. Anmerkung.

Es kann nicht befremdend seyn, daß Schriftsteller, die ihre Grundkenntnisse über Staaten aus Dichtern holen, und, wenn sie einen Vers aus Homer oder Euripides anführen, bewiesen zu haben glauben, ungenau in ihren Begriffen sind, und Veranlassung oder Mittel der Staaten mit dem Zwecke der Entstehung verwechseln. Die Übermacht gewaltfamer Menschen kann, wie Rousseau richtig bemerkt, eine Men-

ge unterwürfig machen, aber keine Gesellschaft errichten. Ein Haufe Sklaven auf einer, und ein gefürchteter Herr auf der andern Seite, machen keinen Staat, der ein Körper, aus einem Haupte und Gliedern zusammengesetzt ist. Ubrigens läßt selbst Gewalt gegen Mehrere sich ohne eine Menge nicht begreifen: und diese Menge ist bereits zwar eine Gesellschaft, die, wenn sie gegen Fremde Gewaltthaten ausübte, solche Gewaltthaten als ein Mittel ansah, ihre eigene Sicherheit und Bequemlichkeit zu befestigen: aber wer nennt eine Horde, die unter einem Anführer raubt, eine bürgerliche Gesellschaft? Indessen, wenn ja einst zahlreiche Menschen, müde des Widerstandes und der damit verbundenen Drangsale, sich einem Nimrod unterworfen haben sollen, was für einen Beweggrund hatten sie? Dießen bloß, eine Wohlfahrt; die sie auf andern Wegen zu erhalten, nicht fähig waren, durch Unterwerfung zu behaupten. Sie erfolgt, diese Unterwerfung, und reiniget wenigstens einigermaßen die ursprüngliche Mackel der Gewalt als späterer Vertrag. Die Vergrößerung, sagt Montesquieu, war der Gegenstand Roms, der Krieg der Gegenstand von Sparta, die Hand-

lung der Gegenstand von Marseille, die Schifffahrt der Gegenstand von Rhodus, u. s. w. Gewiß dachte der Heerführer der kleinen Horde, die mit einem Bündel Heu (Manipulus) anstatt der Fahnen oder Adler zu Feld zog, wohl nicht an die Eroberung von Afrika oder Asien, von denen der Bögling des Hirtens Fanstulus nicht einmal die Namen kannte. Ein gleiches ungefähr läßt sich von allen übrigen sagen. Aber wie Umstände und Veranlassungen nach der Hand sich anboten, sah Rom die Vergrößerung, sah Sparta den Krieg, Marseille, wie Holland, die Handlung, Rhodus, wie England, die Schifffahrt als das Hauptmittel an, ihre Wohlfahrt zu behaupten, oder zu vergrößern. Nach und nach wandelten Monarchen, Senate, Demagogie das Hauptmittel in Zweck um: und so entstanden kriegende und handelnde Staaten, deren Benennung schon das Ausarbeitende, wie die Benennung eines Körpers nach einem seiner Theile, Auswuchs und Umgestaltung andeutet.

## XXVI. Anmerkung.

Unterschieden von Gemüthlichkeit. Sicherheit der Person, und des Eigenthums, Er-

leichterung der Erwerbung, und Vermehrung des Eigenthums sind also die grossen Vortheile, die den Übergang in den Stand der bürgerlichen Gesellschaft begleiten. Warum denn sprechen die Schriftsteller, so oft von diesem Übergange gehandelt wird, stets von Aufopferungen, durch welche die Wohlthat des neuen Verhältnisses eingelöst werden müsse? Worin bestünden diese Aufopferungen? in der Unabhängigkeit überhaupt, sagt ihr? gleich als wäre der aussergesellschaftlich gedachte Mensch, welchen zwei wider ihn Vereinigte so oft sie wollen, zwingen werden, unabhängig: in dem Verzicht auf den einzelnen Willen insbesondere? Dieser Wille ist bey gemeinschaftlichen Angelegenheiten als ein Theil in dem allgemeinen mit enthalten: in Angelegenheiten aber, die mit dem allgemeinen in keiner Verbindung stehen, handelt jeder, wie er will, und wird, um so handeln zu können, um nicht, wie im Stande ausser der Gesellschaft, von größern physischen Kräften gezwungen zu werden, gegen seinen Willen zu handeln, von der Gesellschaft geschützt: in dem Verzicht auf den Gebrauch der einzelnen Kraft? Diese macht abermal einen Theil der gemeinschaftlichen Kraft aus: und wo die letztere der ersteren

entgegen ist, verhält es sich auch hier wie in dem außergesellschaftlichen Zustande, weil eine Mehrheit von Kraft überall eine Einheit von Kraft überwindet. Man höre also auf, den Stand des bürgerlichen Verhältnisses als eine Verminderung der Rechte der Menschheit zu verrufen: die Rechte des Bürgers sind anders nichts, als die gesicherten Rechte der Menschheit, und es ist Mißbrauch des Ausdrucks, daß man es Opfer nennet, wo ich Eines als Aufwand beyrage, und dafür eine Summe, worin mein Eines auch noch mitbegriffen ist, wieder erhalte.

#### XXVII. Anmerkung.

Cicero nennt diese Wissenschaft, die Weisheit zu gebieten und zu verbieten. De L. L. 2. B. 2. 2.

#### XXVIII. Anmerkung.

Ut tam discentibus egeat, quam magistris.

## XXIX. Anmerkung.

War jemals eine Frage, von deren Entscheidung das gesellschaftliche Wohl abhing, so ist es die: Ob die Regierungs- u. Wissenschaft studiret werden könne? damit kein Ludwig der vierzehnte die Frage wiederhole: Wozu das Lesen nütze? Die Antwort des Herzogs von Vivonne: Das Lesen würde dem Verstande Ludwigs das seyn, was den Barden Vivonnes die Rebhühner der Hofstafel: war ein Epigramm eines epikuräischen Höflings. Ein ernster Mann hätte geantwortet: „Zuerst würde das Lesen genützt haben, einem Regenten die Schande dieser Frage zu ersparen, die seine Unterthanen nur zu sehr überzeugen mußte, daß sie von einem Unwissenden weise und gerecht beherrscht zu werden, vergebens erwarten. Es würde weiters ihn selbst überführet haben, wie viel ihm noch mangelte, um seine große Bestimmung zu erfüllen.“ Wie unglücklich ist das Loos der Völker, wenn die Bildung der Fürsten bis auf den Grad vernachlässiget wird, daß sie solche Fragen sich erlauben dürfen! Die Erziehung der Thronerben sollte stets mit der Abhandlung Plutarchs anfangen: Wie nothwendig es ist, daß Fürsten sich unterrichten: und anstatt sie

in dem Irrthume zu wiegen, daß Regieren werde sich mit der Zeit von selbst erlernen, kann ihnen der goldene Denkspruch des Metastasio nicht zu oft wiederholet werden:

A regnare amaestra, e vero; ma sempre  
S'impara errando; ed ogni lieve errore  
Si fa grande in Re.

*Demetrio in Syria.*

### XXX. Anmerkung.

*Hume* Essays and treatises of several subjects. Essay IV. *That politics may be reduced in to a Science.* Der Überzeugung von der Nothwendigkeit einer Theorie kann selbst der hartnäckigste Übling nicht widerstehen, indem er von den verflochtenen Fällen, so gut er es vermag, sich Grundsätze für künftige abzieht, und auf diese Art, ohne es selbst wahrzunehmen, sich eine Theorie schafft, die einzig auf dem Schlusse nach der Ähnlichkeit erbauet ist. Aber eine solche Theorie muß ihn unzählige Male irre führen, unzählige Male verlassen: irre führen, weil Erfahrungen immer nur einzelne Fälle geben, eine Folgerung aber vom



Einzelnen auf das Allgemeine (ein Paralogismus) logisch fehlerhaft, weil Ähnlichkeit nicht Gleichheit ist: verlassen, so oft dem Mann dieser, oder selbst nur ein ähnlicher Fall nicht vorgekommen ist: oder, wäre das Leben eines Menschen, wären Jahrhunderte genug; wäre es jemals möglich, über alle denkbaren Fälle Erfahrungen zu sammeln? Also, wenn es zwar allerdings wahr ist, was die Praktiker so oft gegen die Theorie anführen: daß bloß das Kenntniß der Grundsätze noch keinen Geschäftsmann mache: so läßt sich daraus doch gewiß nicht folgern, daß das Nichtkenntniß der Grundsätze zu einem Geschäftsmann mache.

### XXXI. Anmerkung.

Diese Grundsätze sind wenigstens größtentheils analytische, aus dem Grundbegriffe der bürgerlichen Gesellschaft entwickelte Sätze: und man ist daher zu behaupten berechtigt: es gebe eine allgemeine Staatswissenschaft, deren Grundsätze dann, wann sie auf einen gegebenen Staat bezogen werden, die angewandte Staatswissenschaft genennet werden müssen.

## XXXII. Anmerkung.

• Oder, wie Cicero die Vergleichung wählet: Eben so kann man es nicht wahrhaft Vorschriften der Arzney nennen, wenn Unwissende und Unerfahrene, anstatt heilsamer Mittel, tödliche aufgezeichnet haben. De leg. L. II. c. 6.

## XXXIII. Anmerkung.

Res ipsa (schrieb Naudé bibliograph. polit. §. 6. de oecon. script.) minus arte valet vigetque, quam experientia et usu, ac hominum legibus, moribus et institutis, et circumstantiis rerum, temporum et actionum particularibus, quas in artem et methodum *vix possibile* sit reducere.

## XXXIV. Anmerkung.

Daher mag es kommen, daß, so zahlreich auch die Schriftsteller über einzelne Theile der Staatswissenschaft sind, so gering entgegen das Verzeichniß derjenigen ist, welche, das Ganze mit der erforderlichen Verbreitung auf alle Theile zu bearbeiten, über

sch genommen haben; wollte man gleich zu Justis Staatswissenschaft, und Bielefelds Institutions politiques, allenfalls nach St. Reals Staatskunst, und Stewarts Staatswirthschaft, nebst einigen sogenannten Grundrissen und Lehrbegriffen der Polizey- und Kameral-Wissenschaften, und Versuchen zu Systemen der Staatslehre mit unter die vollständigen Werke zählen; auch der aristotelischen, und der hannoverschen Fortsetzung der wolffischen Politik die Ehre erzeigen, sie als Lehrgebäude der Staatswissenschaft durchkommen zu lassen.

### XXXV. A n m e r k u n g.

Da Schriftsteller, Übung und Sprachgebrauch mit dem Worte Polizey insgemein einen Begriff verbinden, welcher von demjenigen, den ich hier annehme, so sehr abweicht, so habe ich mich zwar bemühet, für diesen Zweig der Staatswissenschaft eine andere schickliche Benennung zu finden; aber vergebens. Ich sah mich also genöthiget, das Wort ungefähr in der Bedeutung beizubehalten, welche Aristoteles, Plato u. a. mit Politeia verbanden. U.

ter den neueren Schriften fand ich in dem Briefe des Thomas Payne an Raynal über die Angelegenheit von Nordamerika das Wort *Polizey* in dem mit mir übereinkommenden Sinne gebraucht. „Die Regierungsformen, schreibt er, haben mit den Traktaten nichts gemein: die einen haben zum Gegenstande die innere *Polizey* der Völk-  
 „ter, jedes abgesondert; die anderen die äussere *Polizey*  
 „derselben im Zusammenhange betrachtet.“ Um jedoch der Zweydeutigkeit, so weit ich es vermag, auszuwei-  
 „chen, habe ich zur Bezeichnung dieses wichtigen Zweiges meiner Behandlung meistens den Zusatz *Staats-*  
*polizey* gebraucht.

### XXXVI, Anmerkung.

St. Real in seiner Staatskunst, und; unge-  
 „fähr nach seinem Beispiele, Schriftsteller und  
 Lehranstalten sind in den Untertheilungen  
 der Staatswissenschaft viel weiter herabge-  
 „rücken, als hier geschieht, aber auch als zu mei-  
 „nem Plane nothwendig ist. Am umständlichsten, und  
 mit dem größten Aufwande von Scharfsinn hat Schlä-  
 „ger die Staatswissenschaft in seiner Staats-  
 „gelahrtheit zerlegt. Diese Vergliederungen sind

an sich selbst willkürlich, und wohl größtentheils auf die Bequemlichkeit gegründet, je nachdem jeder die politischen Gegenstände zu behandeln, zur Absicht nimmt. Der Zweifel ist zu vergeben: Ob solche Vergliederungen das Studium der Staatswissenschaft erleichtern? Aber diese Untertheilungen, da sie den viel umfassenden Umfang derselben sehr deutlich vor Augen legen, bestätigen immer die Lehre des Plato, der in dem Gespräche: Von der Regierung, beweiset, daß alle übrigen Wissenschaften dieser gleichsam nur zu Diensten sind. Daher erkläret er die Staatswissenschaft: Die Wissenschaft, welche bey anderen Wissenschaften den Vorsteher führt, die Gesetze und alle anderen Vorkehrungen besorget, und alles in Verbindung bringt.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Hauptgrundsatz der Staatswissenschaft und ihrer Zweige.

#### §. 26.

**W**ann ein Gesetz, eine Anstalt zur Handhabung und Vergrößerung der allgemeinen Wohlfahrt vorgeschlagen, in Berathschlagung genommen, zur Ausführung gebracht wird, so handelt die öffentliche Verwaltung, oder sie soll wenigstens nicht auf gerathe wohl handeln, sondern nur von Grundsätzen a) geleitet, zu Werk gehen. Sie muß sich also von dem Vortheile des Ausschlages vorhinein zu überzeugen; das ist: sich die Übereinstimmung des gewählten Mittels mit dem vorgesezten Endzwecke zu beweisen, fähig seyn. Bey diesem Beweise steigt sie stufenweise zurück, bis sie endlich zu einem Satze von anerkannter Wahrheit gelangt, zu welchem sich als

le anderen Sätze zurückführen lassen, von dem  
 alle anderen abgeleitet werden können. Eine solche  
 Wahrheit, die eigentlich dem Ganzen Einheit und  
 Haltung gibt, ist dann der Hauptgrundsatz, der  
 allgemeine Prüfungssatz aller Vorkehrungen 1).  
 Die Eigenschaften eines Prüfungssatzes sind  
 bekannt. Er muß wahr, das ist: erwiesen,  
 vollkommen eingesehen seyn: wie ließen sonst  
 sich andere Wahrheiten davon ableiten? Er muß  
 der erste seyn, sonst wäre er untergeordnet.  
 Eben darum muß es aber auch nur ein Satz seyn,  
 weil bey mehreren Sätzen noch vorher ihre Ver-  
 bindung unter sich durch einen höheren Satz  
 darzuthun seyn würde. Er muß allgemein gel-  
 tend seyn, um daraus die Ursache aller unter-  
 geordneten Sätze anzugeben. Er muß endlich nicht  
 zu entfernt stehen, in dem Sinne, daß der  
 Verstand bey den geführten Beweisen nicht schon  
 früher befriediget sey, als er zu dem angenomme-  
 nen Grundsatz gelanget, sonst ist der Grundsatz über-  
 flüssig; weiters auch in dem Sinne, daß er nicht  
 außer dem Gebiete seiner Wissenschaft  
 gestellt sey; sonst kann er nicht für diese Wissen-  
 schaft beweisen.

1) S. S. 17.

## §. 27.

Der einzige, der in der Staatswissenschaft einen allgemeinen Grundsatz aufzustellen suchte, war, so viel mir wenigstens bekannt ist, Gottlob v. Justi. 2) Er hat hierzu die Beförderung der allgemeinen Glückseligkeit angenommen. Unbeweist ist dieses ein wahrer Satz, aber nicht der beweisende Grundsatz. Die Beförderung der allgemeinen Glückseligkeit ist zwar das Augenmerk, und der immer fortdauernde Endzweck der Staaten. Aber eben, weil er dieses ist, kann die Aufgabe desselben nicht als Prüfungsatz oder allgemeiner Grundsatz angenommen werden, da durch den letzteren die Güte der Maßregeln, die in ihrer Übereinstimmung mit dem Endzwecke besteht, geprüft werden soll.

## §. 28.

Die Betrachtung, wie die bürgerlichen Gesellschaften entstanden sind, und durch welches Mittel sie ihren Endzweck zu erreichen, gesucht haben, kann allein zu dem Hauptgrundsatz der Staatswissenschaft leiten. Der einzelne Mensch war jedem An-



falle einer ungleichen Kraft, jeder überlegenen  
 List Preis gegeben. 3) Die Sicherheit desselben  
 war nicht grösser, als die körperliche, oder die  
 Geistes-Kraft, mit welcher er sich gegen den An-  
 griff vertheidigen, oder gegen Arglist vor-  
 sehen konnte. Schon zwey Menschen, deren ver-  
 einigte physische oder Verstandes-Kräfte die selb-  
 gen überwogen, konnten also seiner Sicherheit ge-  
 fährlich werden. Der Ursprung der Gefahr zeigte  
 ihm aber auch das Mittel, dieselbe abzuwenden:  
 dadurch, daß er die Vertheidigungs-Kräfte  
 durch Vereinigung seiner Kräfte und Eins-  
 sicht mit Mehreren zu vergrößern suchte.  
 Der einzelne Mensch entbehrte tausend Gemäch-  
 lichkeiten, deren Mangel er, selbst schon durch  
 die Fähigkeit, sie zu wünschen, durch die Fä-  
 higkeit, sie zu genießen, empfand; deren  
 Besitz seinen äusseren Zustand behaglicher, sein Da-  
 seyn glücklicher machen würde. Er suchte diese Ge-  
 mächlichkeiten durch Vergesellschaftung  
 mit anderen zu erhalten. Je grösser nun die Ge-  
 sellschaft war, worin er sich begab, desto grösser ward  
 das Maass des Widerstandes, den er auf je-  
 den Fall leisten, und dadurch seine Sicherheit  
 vergewissern konnte. 4) Je zahlreicher die Gesell-

schaft war, desto mehrere Fähigkeiten fanden sich vereinigt; desto mannigfaltiger waren also auch die Erzeugnisse dieser Fähigkeiten und des vereinten Fleisses: und dazugleich, je zahlreicher die Gesellschaft ward, desto häufiger auch die Bedürfnisse derselben nach Zahl und Eigenschaft wurden, so fand jeder Einzelne, indem er Andern das Abgängige verschaffte, das Mittel, von ihnen entgegen, was ihm mangelte, zu erhalten, und auf diesem Wege desto leichter jedes seiner Bedürfnisse, jede Gemüthlichkeit zu befriedigen. 5) Durch die Vergrößerung der Gesellschaft also, und nach dem Maße dieser Vergrößerung ward der Endzweck, der den bürgerlichen Gesellschaften Ursprung gab, die Sicherheit und Bequemlichkeit des Lebens erreicht. Dieser Endzweck bleibt in den bestehenden Staaten noch immer derselbe: es wird also dasselbe gemeinschaftliche Mittel, ihn zu erreichen, noch immer wirksam bleiben.

#### §. 29.

Die Vergrößerung der bürgerlichen Gesellschaft begreift daher alle untergeordneten einzelnen Mittel, welche in vereinigt-

ter Wirkung die allgemeine Wohlfahrt befördern. Sobald nun von einer Anstalt, von einem Gesetze erwiesen ist, daß sie der Vergrößerung der Gesellschaft vortheilhaft, oder wenigstens ihr nicht entgegen sind, so enthält dieser Beweis schon zugleich den höheren in sich: Daß sie die allgemeine Wohlfahrt entweder von Seite der Sicherheit, oder von Seite der Bequemlichkeit befördern, oder daß sie dieselbe wenigstens nicht beschränken. Ich nehme daher die Vergrößerung der bürgerlichen Gesellschaft durch Beförderung der Bevölkerung zu dem gemeinschaftlichen Hauptgrundsatz der Staatswissenschaft, und der darunter begriffenen Theile an: und der Prüfungssatz jeder Maßregel, 6) welche zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt genommen wird, heißt mir: Ist sie der Bevölkerung zuträglich? — Ist sie der Bevölkerung nachtheilig? 7).

### §. 30.

Ich muß jedoch diesem Satze mehrere Bestimmtheit zu geben, und dadurch die Mißdeutung desselben so viel als möglich zu entfernen suchen. Ich sage: Die

Bevölkerung enthält alle Mittel, 9) welche die gemeinschaftliche Wohlfahrt befördern. Alle Anstalten der Regierung sollen also darauf zulaufen, die Volksmenge zu erhalten, zu vergrößern. Die Volksmenge wird indessen immer nur eine bestimmte Grösse seyn, die nothwendig ihre Gränzen, oder ein sogenanntes Maximum hat: und diese Gränzen sind jedem Staate von seiner politischen und physischen Lage und von dem Zusammenflusse der Umstände von selbst vorgezeichnet. Genua, z. B. wird nie den Bevölkerungsstand von Frankreich erreichen: der kahle Felsen von Malta nie so viele Bewohner erhalten können, als das fruchtbare Kalabrien. Gleichwohl soll dieses weder die Verwaltung von Genua, noch den Orden der Johanniter abhalten, alle Mittel anzuwenden, ihrem Gebiete die größte Bevölkerung zu versichern, deren dasselbe fähig ist. So, wenn der Mensch mit allem Bestreben dennoch nie die Vollkommenheit erreichen wird, bleibt es in der Sittenlehre immer noch ein unumgestossener Satz: Man muß die größte Vollkommenheit zu erreichen suchen. In der Politik, wie in der Moral: wenn kleine, wenn von der Natur nicht sehr begünstigte Staaten gleich niemals so volkreich werden können, als diejenigen,

welche einen weiten Umfang mit der Glückseligkeit des Bodens vereknigen, so entkräftet dieses doch den Satz nicht: Daß die Regierungen, die Bevölkerung auf das höchste zu bringen, bemüht seyn sollen: auf das höchste nämlich, als solche zu erheben, durch die in der Gewalt jeder Regierung liegenden Mittel möglich ist. Diese Bestimmung wird die Auflösung der meisten Einwürfe geben, welche gegen den Grundsatz der Bevölkerung gemacht werden 9). Ich komme nun zu der Anwendung desselben auf die einzelnen Zweige der Staatswissenschaft 10).

### §. 31.

Je größer die Menge des Volkes, desto größer ist in dem Falle eines äußeren Angriffes das Maß des Widerstandes, das Maß der Verteidigungskraft, 11) worauf die äußere Sicherheit beruhet; folglich der Hauptgrundsatz der sogenannten Cabinets-Wissenschaft.

### §. 32.

Je größer die Menge derjenigen ist, auf deren

Erster Band.

berreichten Beystand man zählen darf, wenn man, auf was immer für eine Art, zunächst und einzeln angegriffen wird, 12) desto weniger hat man von innen zu fürchten; folglich der Hauptgrundsatz der Staatspolizey.

### S. 33.

Je mehrere Menschen, desto vermehrter sind die physischen und moralischen Fähigkeiten, hervorzubringen von einer, desto vermehrter die Bedürfnisse der Verzehrer von der andern Seite. Da nun die Bedürfnisse des Einen immer Erwerbungswege für den Andern werden, 13) so müssen, je mehr durch die Volksmenge die Bedürfnisse zunehmen, desto vielfältiger auch die Nahrungswege von innen werden. Je mehrere Fähigkeiten und Hände, desto häufiger werden die Erzeugnisse des Erdhans und Kunstfleisses, und mit denselben der Stoff zur äusseren Vertauschung 14); folglich der Hauptgrundsatz der Handlungs- Wissenschaft.



**S. 34.**

Endlich, je mehrere Bürger, desto größer ist die Anzahl derjenigen, die zum öffentlichen Aufwande beitragen; desto kleiner wird dann der Antheil eines jeden Beitragenden 15) insbesondere, ohne Verminderung der öffentlichen Einkünfte selbst; folglich der Hauptgrundsatz der Finanzwissenschaft. 16)

**S. 35.**

Das Kenntniß der Bevölkerung ist also bey allen Theilen der öffentlichen Verwaltung unentbehrlich. Die Mittel, die Bevölkerung im Ganzen und in ihren Theilen zu übersehen, gehören also keinem Zweige der Staatswissenschaft insbesondere an; sie gehören als Einleitungs-Kenntnisse zu allen.

---

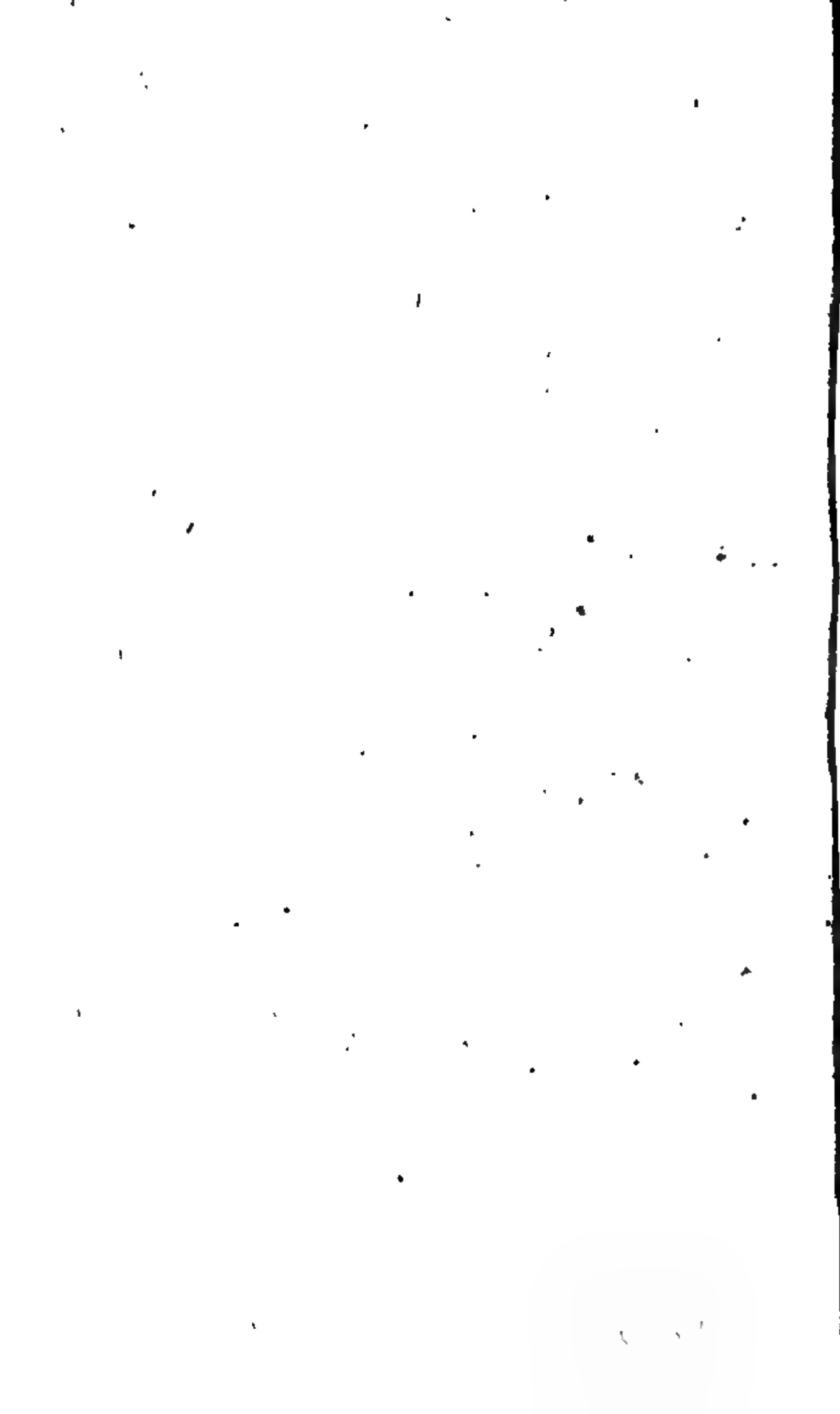




# **U n m e r k u n g e n**

zu dem

zweiten Abschnitte der allgemeinen Einleitung.



---

## I. Anmerkung.

Was der Verfasser des *Contract social* 4. B. 9. Hft. unter der Benennung: Merkmal einer guten Regierung verstanden haben mochte.

## II. Anmerkung.

In seiner Staatswirthschaft. Mit einiger Aufmerksamkeit ist es unmöglich, nicht wahrzunehmen, daß die Anwendung dieses Prüfungssatzes in einem sogenannten logischen Zerkreise herumtreibt. Soll ein Gesetz gegeben, eine Anstalt getroffen werden, von denen es zweifelhaft seyn könnte, ob sie dem Staate wirklich zuträglich sind, so ist die eigentliche Frage: Befördert das Gesetz, befördert die in Vorschlag gebrachte Anstalt die allgemeine Glückseligkeit? Diese Frage muß durch den Grundsatz untersucht, und, wenn von der Güte oder Schädlichkeit das Urtheil zu fällen

ist, durch den Grundsatz die Ursache gegeben werden. In dem Falle also, daß die Beförderung der allgemeinen Glückseligkeit als Prüfungssatz angenommen ist, wird der Ausspruch lauten: Sie befördern die allgemeine Glückseligkeit, weil sie die allgemeine Glückseligkeit befördern.

### III. Anmerkung.

How shall he keep, what sleeping or  
awake  
A weaker may surprise, a stronger take.  
*Pope.*

### IV. Anmerkung.

*L'homme ne peut que par le nombre, n'est  
fort que par la reunion, n'est heureux que par  
la paix.*

*Buffon: Vue de la Nature.*

### V. Anmerkung.

Sehe man hinzu, was bey Menschen einer ed-

Ihren Gesinnung vielleicht nicht für den unwichtigsten Beweis gelten wird: er fühlte in sich sittliche Fähigkeiten, von denen er in einem gewissen Umfange, nur in Gesellschaft Gebrauch machen, die er nur in der Gesellschaft entwickeln, vervollkommen kann: die Menschenliebe, und ihre Aeußerungen in der Wohlthätigkeit, die wissenschaftliche Anlage nach ihrem Zwecke, nach der Empfänglichkeit, nach der Mittheilungskraft. Die Verkettung der ganzen physischen Natur selbst liefert gewissermaßen zu diesem Beweise die Beyträge. Das Eisen z. B. liegt nicht in den Klüften der Gebirge, um zu so vielfältigem Gebrauche, den es anbietet, unbenützt zu bleiben: und könnten einzelne Menschen es nur bis zur Pflugschar gebracht haben?

## VI. Anmerkung.

Der Prüfungsatz jeder Maßregel der öffentlichen Verwaltung in Einzelnen, und nicht weniger der Prüfungsatz einer wohleingerichteten Regierung im Ganzen. „Ich bin immer äußerst verwundert, sagt Rousseau, Cont. Soc. 3. B. 9. Hst. von den Merkmalen einer guten Verwa-

„t<sup>u</sup>ng: daß man ein so einfaches Merkmal ver-  
 „kennet, oder so unbillig ist, es nicht eingestehen.  
 „Was ist der Zweck der politischen Gesellschaft? Die  
 „Erhaltung und Wohlfahrt ihrer Glieder. Und was  
 „ist wohl das untrüglichste Merkmal, daß sie  
 „sich erhalten, und glücklich sind? Ihre Zahl, die  
 „Vollsmenge. Man suche also dieses so sehr be-  
 „stimmte Merkmal nicht erst anderswo. Alle übrigen  
 „Umstände gleich angenommen: eine Regierung, un-  
 „ter welcher, ohne fremde Mittel, ohne Naturalisi-  
 „rung, ohne Pflanzvölker, die Bürger mehr bevöl-  
 „kern, stärker zunehmen, ist ungezweifelt die  
 „bessere: die schlechtere die, wo das Volk ab-  
 „nimmt, eingeht. Nun ist es — euer Geschäft,  
 „Berechnen; Zählen, messen, vergleichen!“

## VII. Anmerkung.

„Gudlin hat von dieser Prüfungsart durch eine  
 „eben so scharfsinnige, als unterrichtende Beobachtung  
 „Gebrauch gemacht. „Ich habe, schreibt er in der An-  
 „merkung N. des Supplement au Contract social,  
 „Ich habe durch meine Berechnung den Beweis vor-  
 „mir, daß jeder Fehler der Regierung auf die Be-  
 „völkerung einfließt;“ und er legt hierüber von 170, bis

1789 das Steigen und Fallen der Geburten in Frankreich vor, welches seinen Satz als unläugbare Thatfache bestätigt. Auf einem entgegengesetzten Wege hat der verdienstvolle Statistiker Crome aus der Grösse der Volksmenge auf die bessere Verwaltung der Staaten im Allgemeinen Schlüsse gezogen, in dem wichtigen, mühsamen Werke: über die Kulturverhältnisse der europäischen Staaten; ein Versuch mittelst Grösse und Bevölkerung den Grad der Kultur der Länder Europas zu bestimmen.

#### VIII. Anmerkung.

Wer sagt: die Bevölkerung enthält alle Mittel, den Endzweck zu befördern, sollte wenigstens nicht dahin mißverstanden werden: daß es die Bevölkerung zum Endzwecke des Staates mache, wie mir von H. V. Lamprecht in dem Versuche eines vollständigen Systems der Staatslehre 1. B. S. 125. wiederfahren ist. Das war nicht einmal dem guten alten Lön eingefallen, dem dieß, wie mir, zur Schuld gelegt wird, und der in seinem Entwurfe einer Staatskunst eine große Volksmenge zwar als den eigent-

lichen Grund eines Staates, aber nicht als dessen Zweck betrachtet. S. gleich am Eingange dieses Werkes: Hauptsatz — H. P. Lamprecht kann gleichwohl nicht in Verdacht genommen werden, als habe er mich bloß mißverstanden. Er hat meinen Grundsätzen der politischen Wissenschaften die Ehre erwiesen, sie so durchzudenken, und sich dieselben so eigen zu machen, daß ihm bey Verfassung seines Versuches aus den ersteren häufige Wiedererinnerungen in die Feder geflossen sind.

#### IX. Anmerkung.

Ungefähr die wichtigsten finden sich in Tucker Questions importantes sur le Commerce. Vieles, was da gegen die Bill of naturalisation, gesagt wird, sind zugleich Einwürfe gegen eine zu grosse Volksmenge. \*Im deutschen Merkur 7tes Stück, 1794. ist ein Aufsatz unter der Aufschrift: Nachteile der Bevölkerung eingerückt: worauf im zweyten Stück des Decembers 1795 geantwortet wird. Der Verfasser der ersten Abhandlung erhebt seine Zweifel und Einwürfe bloß aus Fehlern



der Verwaltung; und so konnte die Verantwortung nicht schwer fallen.

#### X. Anmerkung.

Millets hat diese Anwendung in einem gewissen Sinne vor mir gemacht: „Nach dem Verhältnisse der Anzahl von Menschen, (schreibt er) die ein Staat besitzt, kann er mächtig: nach dem Verhältnisse der Anzahl der Menschen, kann sein Boden besser angebauet seyn: nach diesem Verhältnisse sind die Hände bey Manufacturen, bey dem Heere zur Vertheidigung in grösserer Menge, sind die Abgaben und andere Entrichtungen für jeden Einzelnen weniger beschwerlich. *Avantag. et Disavantag. de la France et Grandbretagne. Art. 5.*

#### XI. Anmerkung.

Kleinere Staaten sind daher durch eigene Macht keines hohen Grades äusserer Sicherheit fähig. Sie vereinigen sich mit anderen, um mit denselben, in Ansehung des Zweckes der Vertheidigung eine mächtigere Gesellschaft auszumachen.

Selbst der Erfolg der Negotiation empfängt seinen Nachdruck nur von der Macht, auf welche sich der Staatsunterhändler entweder offenbar beziehen, oder auf welche er doch stillschweigend zurücksehen kann.

## XII. Anmerkung.

Wem die Deutlichkeit dieser Folge nicht sogleich in die Augen fällt, der werfe sich selbst die Frage auf: Ob er sich und sein Vermögen in unbefestigten Wäldern, oder in einer zahlreich bewohnten Stadt gesicherter hält? Zwar beruhet ein Theil der inneren Sicherheit auch auf Anstalten, z. B. Wachen; aber die Wirksamkeit dieser Anstalten selbst, hängt von der je größeren oder kleineren Zahl der Bürger ab, welche, um bey diesem Beispiele zu bleiben, eine von Bösewichtern übermannete Wache zu unterstützen, bereit sind.

## XIII. Anmerkung.

Durch ein Rechnungs-Beispiel würde dieser Satz auf folgende Art ausgedrückt, und deutlich gemacht werden: *gehe n Menschen haben gehe n Bedürfnisse; das*

Bedürfniß des Einen ist für den Andern Beschäftigung, Mittel der Erwerbung, Mittel des Unterhalts: gehen Menschen-verschaffen also gehen die Erwerbung; gehen hinzukommende Menschen mehr, bringen zwar gehen an Bedürfnissen, zugleich aber auch gehen an Erwerbung mit. Also, wie sich die Menschen, und mit ihnen die Bedürfnisse vermehren, vermehren sich auch die Mittel, solche zu befriedigen. Wo daher die öffentliche Verwaltung die Erwerbungen durch weise Leitung zu vertheilen weiß, wird die Klage über die durch zu viele Menschen erschwerte Erwerbung ungerecht seyn, weil 10 zu 10 sich eben so verhalten, wie 20 zu 20.

#### XIV. Anmerkung.

Die Handlungs-Wissenschaft in Ansehung der äußeren Handlung beruht auf der Geschicklichkeit, fremde Verzehrende den inländischen zuzugesellen, und mittelst der dadurch vermehrten Rationalbeschäftigung die Bevölkerung von Innen zu vergrößern. S. 2. Theil, die Handlungswiss. in der Einleitung.

## XV. Anmerkung.

Nicht als hielt ich selbst den Einwurf für wichtig, sondern, um in einem Beispiele zu zeigen, was man für wichtige Einwürfe hielt, oder dafür geltend machen wollte, um den aufgestellten Grundsatz der Bevölkerung zu Boden zu stürzen, führe ich folgenden an, den man der Anwendung auf die Finanz entgegen stellte. „Wann“, sagte man, die Menge des Volkes zunimmt, so wächst zugleich auch der Staatsaufwand. Also ist, wo z. B. zu 100 Aufwand, 100 beitragen, für den einzelnen Beitragenden nichts gewonnen, wenn 200 beitragen, und der Aufwand auf 200 erhöht ist.“ Aber, wächst denn der Aufwand gerade in dem nämlichen Verhältnisse mit der Volksmenge? Um nur ein Paar Rubriken anzudeuten: Wird der Unterhalt des Regenten kostbarer, weil die Bevölkerung um eine halbe Million gestiegen ist? Werden, weil der innere Wohlstand die Trauregister, und Geburtslisten vergrößert, mehrere Gesandte an auswärtige Höfe abgeschickt? die Grenzfestungen vermehrt? u. s. w. Also, wird gleich der Aufwand in einigen Rubriken erhöht, so wird er erwiesener Massen es nicht in allen. Und nun fällt der Vortheil der einzelnen

Beytragenden auf. Der Aufwand 100 sey z. B. auf 150, die Zahl der Beytragenden von 100 auf 200 vermehret, so ist der einzelne Beytragstheil um ein Viertel geringer.

## XVI. Anmerkung.

Der Mißbrauch verwandelt die wohlthätigste Arzney in Gift. Durch Mißbrauch ist auch System und Grundsatz in unseren Zeiten so sehr verrufen worden. Was alles auf der einen Seite hat die Eigenmacht nicht mit diesen Benennungen belegt? Wie nicht selten war System und Grundsatz ihm mehr nicht, als ein bloß willkürlicher, aber mit Eigensinn gegen Gründe und Überzeugung beybehaltener Satz? Auf der andern Seite, wie sehr hat die zu weit getriebene Begierde mancher Schriftsteller, alles nach selbst geschaffenen Hypothesen zu biegen, die Benennung Systemwuth gerechtfertiget? Der schwache Kopf, dem schon eine Verbindung von zwey Edgen Schwindel zuzieht, ist dann froh über jedes, tieffinniger als Noßschöne Nacht geschriebene Werk aufrufen zu können: System! System! Man muß von Ausschweifungen zu beyden Seiten gewarnt seyn? Erst mit lang-

gem Umwege durch den Grundsatz der Bevölkerung beweisen: daß z. B. die Beleuchtung der Straßen zur Nachtzeit nützlich ist, wäre lächerlich, wäre Pedanterey. Aber, wenn über wichtige Anstalten von nicht so auffallendem Nutzen, wenn über Einrichtungen, bey welchen Gründe dafür und dawider sich das Gleichgewicht zu halten scheinen, zu entscheiden ist: dann kann der Ausschlag nur von einem höheren, festgesetztem Grundsatz herrühren. In solchen Fällen auf diesen Grundsatz sich beziehen, heißt nicht systematisiren, sondern sich überzeugen wollen. Der Mann von Wissenschaft, wie der Mann im Geschäfte muß beides, das Lächerliche vermeiden, und die falsche Beschuldigung desselben geringschätzen.

---

---

## Dritter Abschnitt.

### Mittel die Bevölkerung zu berechnen.

---

#### §. 36.

Aus den Bemühungen aller Seiten und Staaten, die Menge des Volkes zu kennen, läßt sich schließen, daß, wenn die Vergrößerung der Bevölkerung gleich nicht als der Hauptgrundfaß der Regierung betrachtet ward, man wenigstens von der Wichtigkeit einer grossen Volksmenge in Absicht auf die öffentliche Wohlfahrt, und von der Nothwendigkeit, die Staatskräfte durch Volkszählungen einzusehen a). überzeugt war. Man kennt die Volkszählungen der ältesten Könige von Egypten, der Könige von Israel, des Demetrius Phalareus von Athen, der Censoren des freyen, der Kaiser des unterjochten Roms. Die neueren Nationen haben die Untersuchungen über die

Bevölkerung ungleich weiter getrieben; 1) die englischen Politiker besonders, denen französische, schwedische, holländische, und deutsche Schriftsteller gefolgt sind. Wir haben heute zwei Wege, die Volksmenge zu kennen: die politische Berechnung, und die wirkliche Überzählung. Die je grössere oder kleinere Zuverlässigkeit dieser Volksberechnungen verdient näher untersucht zu werden.

- a) Ut se ipsam nosset respublica, schreibt Florus bei Erzählung des Jahr von Servius Tullius eingeführten Census.

### S. 37.

Die politische Berechnung, auf die Volksmenge angewendet, zieht aus Verhältnissen, welche durch Beobachtungen bestimmt werden, Schlüsse auf die Menge der Menschen. Diese Verhältnisse beziehen sich auf die Zahl der Sterbenden gegen eine gegebene Anzahl Lebender; auf die Zahl der Gebornen von einer gegebenen Anzahl. Gewissermassen können auch die aus Verzehrungstabellen, und wohl vorzüglich aus der Kornverzehrung gezogenen Schlüsse un-



ter diese Berechnungsarten gezählt werden, wenn die Verzehrung eines Kopfes auf so viel angeschlagen, und dann von der ganzen Verzehrung die wirkliche Anzahl der Verzehrenden berechnet wird. Aber man muß sich erinnern, daß diese Verhältnisse selbst immer auf eine gegebene Zahl fassen, und ihre Bestimmung nicht anders, als durch Gegen-  
einanderhaltung der gefundenen Theilzahlen mit der wirklich überzählten Volksmenge erhalten werden konnten.

### §. 38.

Die Zahl der Sterbenden ward aus Todesverzeichnissen erhoben a). Solche Verzeichnisse wurden von Kirchspielen, des offenen Landes und der Städte eines Landes, selbst von verschiedenen Ländern und Staaten durch mehrere Jahre gesammelt und verglichen. Nothwendig mußten dabey zwar die gemeinen Jahre, das ist: solche, wo die Sterblichkeit durch außerordentliche Ursachen nicht vergrößert war, zum Grunde genommen, jedoch die Einwirkung besonderer Fälle, welche eine ungewöhnliche Sterblichkeit veranlaßten, nicht außer Acht gelassen wer-

den. Aus einer in diesen Verzeichnissen wahrgenommenen Übereinstimmung glaubte man das Gesetz, welches die Natur im Sterben der Menschen befolget, aufgespüret zu haben, und nach einer Mittelzahl festsetzen zu können: Der wie viele Mensch von einer gewissen Anzahl jährlich stirbt? Dieser Voraussetzung zu Folge wird dann die gegebene Zahl der Gestorbenen durch die angenommene Verhältnißzahl vermehrt: das Produkt gibt die Anzahl der wirklich Lebenden, oder die eigentliche Volksmenge. In einem Beispiele: wird mit Süßmilch 2) angenommen, daß im Ganzen von 36 jährlich 1 stirbt, so ist jeder Verstorbene ein Beweis von 36 Lebenden. Erscheinen also 300 Tode in dem jährlichen Todtenregister, so sagt man: 3) 36 mal 300 gibt 10800 zum wirklichen Bevölkerungsstande.

a) S. S. 37.

### §. 39.

Die Trauregister geben die jährlich geschlossenen Ehen: die Geburtsregister die Anzahl der jährlich Gebornen a). Die Vergleichung zwischen beyden zeigt den Grad der ehelichen

Fruchtbarkeit, oder: Aus wie viel lebenden Ehen jährlich ein Kind geboren werde? Die Zahl der Ehen gegen die wirkliche Bevölkerung gehalten, bestimmt dann das Verhältniß der ersteren gegen die letztere, oder: Wie viel Ehen von einer gewissen Anzahl Menschen geschlossen werden? Die Berechnung geschieht auf folgende Art: So viele Geböhrene sind ein Beweis von so viel Menschen: so viel Geböhrene beweisen also eine so grosse Volksmenge. Da Schömilch über dieses Verhältniß nichts mit Inverficht zu bestimmen wagt; so nehme man zu einem Beispiele das Kerseboomische 4). Dieser Schriftsteller setzt von 13 Ehen zwey jährlich als fruchtbar, und 13 Ehen von 70 Köpfen an. Mit Einrechnung der Zwillinge und Nachelichen, ist also ein Kind von 35 zu berechnen, oder das Verhältniß der Geböhrenen zu den Lebenden ist 1:35. Nach Kerseboom zeigen also 300 Geböhrene, durch 35 vermehret, 10500 an wirklicher Volksmenge.

a) S. S. 37.

## §. 40.

Die Folgerungen fanden sich bey diesen Untersuchungen gleichsam von selbst herbey, und sind von rechnenden Köpfen nicht übersehen worden. Die Gegeneinanderhaltung der Gestorbenen und Gebornen gab noch ein drittes Verhältniß, woraus nach dem Ueberschusse der Letzteren gegen die Ersten die Fortschreitung der Bevölkerung in einem Staate geschlossen werden konnte. Nach Kersebooms Berechnung, das Verhältniß der Sterbenden zu den Gebornen auf  $27\frac{7}{8}$  zu  $28\frac{7}{8}$  angenommen, würde die Fortsetzung der Bevölkerung zu unmerklich seyn. Süßmilch gibt daher zur allgemeinen Regel über das Verhältniß der Gebornen zu den Sterbenden die Vermuthung von 10 zu 12, bis 13 an; das ist: gemeine Jahre mit epidemischen aufgerechnet, werden im Ganzen gegen 10 Sterbende 12, bis 13 geboren. Man begleitete weiter den Menschen von der Geburt bis zu dem längsten Lebenszele, durch alle Stufen des Alters, um über die wahrscheinliche und mittlere Dauer seines Lebens nach Verschiedenheit der Jahre einigermassen einen Ausspruch thun zu können 5).

## §. 41.

Die Bestimmung der wahrscheinlichen Länge des Lebens, wie sie von Halley; oder des vermuthlichen Alters, wie sie von Süßmilch genannt wird, ist die Auflösung der Aufgabe: Wie viele Jahre ein Mensch von einem gegebenen Alter wahrscheinlicher Weise noch zu leben habe? Der Punkt der Wahrscheinlichkeit ist das Jahr, das zwischen der Hoffnung zu leben und dem Besorgnisse zu sterben, gleich steht; weil nach den darüber gesammelten Beobachtungen von einer gegebenen Zahl der Menschen dieses Alters, die Hälfte auch dieses Jahr erreicht; und bey Berechnungen der Wahrscheinlichkeit stets das Mittelverhältniß zum Grunde gelegt werden muß. Die Wahrscheinlichkeit des Lebens zu finden, kann folgende Tabelle gebraucht werden, bey welcher von 1000 zugleich Gebornen die Abnahme von Jahr zu Jahr bis zu dem gänzlichen Erlöschen ausgelegt ist. Dabey sind die süßmilchischen 6) Zahlenangaben, als für Deutschland hauptsächlich berechnet, angewendet, aber mit einiger Abänderung der Rubriken.

welche so eingerichtet sind, wie sie die größte Deutlichkeit anzubieten scheinen.

Von 1000 zugleich Gebornen sind:				
Im Jahre	Le- bend	Im Ver- laufe des Jahrs ge- storben	Überleben also dieses Jahr	Hieraus ist das Verhältniß der Sterbenden nach dem Fortgange d. Jahre Einer von:
Der Geburt	1000	260	740	4
1	740	80	660	9
2	660	40	620	16
3	620	24	596	25
4	596	12	584	49
5	584	10	574	58
6	574	10	564	57
7	564	10	554	56
8	554	8	546	69
9	546	6	540	91
10	540	5	535	108
11	535	5	530	107
12	530	4	526	132
13	526	4	522	131
14	522	4	518	130
15	518	4	514	129
16	514	4	510	128
17	510	4	506	127
18	506	5	501	101
19	501	5	496	100
20	496	5	491	99
21	491	5	486	98

Von 1000 zugleich Gebornen sind:

Im Jahre	Le- bend	Im Ver- laufe des Jahrs ge- storben	Überleben also dieses Jahr	Hieraus ist das Verhältniß der Sterbenden nach dem Fortgange d. Jahre Einer von:
22	486	5	481	97
23	481	5	476	96
24	476	5	471	95
25	471	5	466	94
26	466	5	461	93
27	461	5	456	92
28	456	5	451	91
29	451	5	446	90
30	446	5	441	89
31	441	5	436	88
32	436	5	431	87
33	431	5	426	86
34	426	6	420	71
35	420	6	414	70
36	414	7	407	60
37	407	7	400	58
38	400	7	393	57
39	392	7	386	56
40	386	7	379	55
41	379	7	372	54
42	372	7	365	53
43	365	7	358	52
44	358	7	351	51
45	351	7	344	50
46	344	7	337	49
47	337	7	330	48

Von 1000 zugleich Gebornen sind:				
In Jahre	Le- bend	Im Ver- laufe des Jahres ge- storben	Überleben also dieses Jahr	Hieraus ist das Verhältniß der Sterbenden nach dem Fortgange d. Jahre Einer von:
48	330	8	322	41
49	322	8	314	40
50	314	8	306	39
51	306	8	298	38
52	298	8	290	37
53	290	9	281	32
54	281	9	272	31
55	272	9	263	30
56	263	9	254	29
57	254	9	245	28
58	245	9	236	27
59	236	9	227	26
60	227	9	218	25
61	218	9	209	24
62	209	9	200	23
63	200	9	191	22
64	191	10	181	19
65	181	10	171	18
66	171	10	161	17
67	161	10	151	16
68	151	10	141	15
69	141	10	131	14
70	131	10	121	13
71	121	9	112	13
72	112	9	103	12
73	103	9	94	11



Von 1000 zugleich Gebornen sind:

Im Jahre	Le- bend	Im Ver- laufe des Jahres ge- storben	Überleben also dieses Jahr	Hieraus ist das Verhältniß der Sterbenden nach dem Fortgange d. Jahre Einer von:
74	94	8	86	11
75	86	8	78	10
76	78	8	70	9
77	70	7	63	10
78	63	7	56	9
79	56	6	50	9
80	50	6	44	8
81	44	6	38	7
82	38	5	33	7
83	33	4	29	8
84	29	4	25	7
85	25	4	21	6
86	21	3	18	7
87	18	3	15	6
88	15	2	13	7
89	13	2	11	6
90	11	2	9	5
91	9	2	7	4
92	7	2	5	3
93	5	1	4	5
94	4	1	3	4
95	3	1	2	3
96	2	1	1	2
97	1	1	0	1

Von dieser Tabelle wird zur Bestimmung der wahrscheinlichen Lebensdauer auf folgende Art Anwendung gemacht. Anfangs sucht man in der ersten Spalte das Alter desjenigen auf, dessen wahrscheinliche Lebensdauer gefunden werden soll. Man sucht weiter in der zweyten Spalte die Anzahl der in diesem Jahre Lebenden. Diese werden in zwey Hälften getheilet. Dann sieht man in der dritten Spalte nach, in welchem Jahre die gegebene Hälfte ganz gestorben ist. Von diesem gefundenen Jahre wird das Alter des in der Frage stehenden abgezogen; das Produkt, oder der Unterschied der Jahre gibt die gesuchte Wahrscheinlichkeit des Lebens. In einem Beispiele: Frage: Wie lang hat ein Mensch von zwanzig Jahren wahrscheinlich zu leben? Neben 20 Jahren der ersten Spalte finden sich in der zweyten Spalte 496 Lebende angesetzt: die Hälfte ist 248; diese 248 sind zwischen dem 57 — 58ten Jahre sämmtlich verstorben: 20 von 57 — 58 abgezogen, ist die Lebens-Wahrscheinlichkeit 37 — 38.

## S. 43.

Es wird nicht ohne Nutzen seyn, noch auf einige andere Resultate, welche diese Tabelle sonst in Ansehung der Sterblichkeit an die Hand gibt, aufmerksam zu machen. Die größte Sterblichkeit ist zurückschreitend bey 97, 96, 95, in welchem Alter sich solche wie 1 zu 1, 1 zu 2, und 1 zu 3 verhält. Aber im 94sten Jahre ist die Sterblichkeit gleich dem 1sten Jahre der Geburt, und in beyden Lebens-Epochen 1 von 4. Die kleinste Sterblichkeit zeigt sich zwischen dem 12ten und 13ten Jahre, wo 1 Sterbender von 131 — 132 Lebenden angesetzt wird. Diese Beobachtungen sind 7) wesentlich in der Berechnung aller Arten von Lebensrenten, wo der Einzelne, der die Rente nimmt, nach der je größeren oder kleineren Wahrscheinlichkeit des Lebens mehr oder weniger fordert und erhält. Aber derjenige, welcher die Rente gibt, und hauptsächlich der Staat, pflegt mehr gewisse Stufen des Alters zum Grunde der Berechnung zu legen. Diese Stufen selbst sind nicht ganz willkürlich, oder nach einer bloß zufälligen Untertheilung zu bestimmen, da die Natur durch auffallende Veränderungen in dem Gange der Sterblichkeit gleichsam eigne Stufenjahre bezeichnet.

Man sieht nämlich auf der letzten Spalte der Tabelle, daß das erste Geburtsjahr, wo 1 von 4 stirbt, eine einzelne eigene Epoche für sich ausmacht. Von 1 bis 4 Jahren nimmt die Sterblichkeit nach einem mäßig fallenden Verhältnisse bis 1 zu 25 ab: zwischen 3 bis 4 Jahren ist der Abfall gäh von 25 auf 49; also um noch einmal so viel, und verhältnißmäßig der stärkste. Durch die folgenden 5 Jahre geht die Abnahme abermal nach einem gemäßigtem Fortschritte; wird aber vom 8ten zum 9ten Jahre gäh von 69 auf 91; vom 9ten bis zum 11ten abermals mäßig, wo wiederholt vom 11ten zum 12ten Jahre die Sterblichkeit von 107 auf 132 sich vermindert. Das 12te Jahr, in welchem von 132 nur 1 stirbt, ist die höchste Stufe der Lebensdauer, von welcher Zeit an bis zum 97. Jahre die Sterblichkeit nach folgender Zunahme, bis auf das hin und wieder Schwanken zwischen 81 und 94 beständig sich vergrößert. Von 12 bis 18 hält sie den ordentlichen Stufengang. Bey 18 steigt das Verhältniß der Sterbenden 1 von 127, auf 1 von 101: und nun hat die Sterblichkeit, wie in der dritten Spalte der Tabelle zu sehen ist, eine nicht eilig vorschreitende Zunahme von 17 bis 33 Jahre; oder eigentlich: bis 35 Jahre stirbt jährlich eine gleiche Anzahl: von 35 bis

48 gleich: von 48 bis 53 gleich: von 53 bis 64  
gleich: von 64 bis 70 gleich: bey 71, wo von  
1000 zusammen Gebornen nur noch 121 am Leben  
sind, bis an das 95te Jahr, gibt die allmählich  
steigende Sterblichkeit eine Untertheilung von 5 zu 5  
Jahren. Die noch übrigen zwey oder drey Menschen  
endlich im Jahre 95 können als eine besondere Stu-  
fe schließen.

### §. 44.

Die vorausgesandte Untertheilung gibt also nach  
Stufenjahren folgendes Verhältniß der Sterb-  
lichkeit:

Von der Geburt bis zum 1sten Jahre stirbt einer

von . . . . . 4

Im 4ten Jahre stirbt einer von . . . 49

— 9ten . . . . . 91

— 11ten . . . . . 107

— 12ten . . . . . 132

— 18ten . . . . . 101

— 35ten . . . . . 70

— 48ten . . . . . 41

— 58ten . . . . . 22

Im 64sten Jahre stirbt einer von	•	•	•	•	•	•	19
— 71sten	•	•	•	•	•	•	13
— 75sten	•	•	•	•	•	•	10
— 80sten	•	•	•	•	•	•	8
— 85sten	•	•	•	•	•	•	6
— 90sten	•	•	•	•	•	•	5
— 95sten	•	•	•	•	•	•	3
— 97sten	•	•	•	•	•	•	1

## §. 45.

Die Bestimmung der mittleren Lebensdauer a) löset die Aufgabe: Wieviel Jahre von einer gegebenen Anzahl Menschen jeder derselben leben würde, wenn sie sämtlich eine gleiche Zeit hindurch lebten? Es kommt hier auf eine Gleichung verschiedener Größen an, die man erhält, wenn, was Ueberschuß bey der einen ist, dem Abgange der andern zugerechnet wird. Es ist bekannt, daß sonst, wo die Zahlenvorschreitung von Einheit zu Einheit geht, die Mittlere auch zugleich die Gleichungszahl ist. Aber das ist nicht genau der Fall bey gegenwärtiger Berechnung, da das Verhältniß der Sterblichkeit nicht nach einer ordentlichen Zahlenreihe

steigt, und fällt. Daher man nach der von Deparcieus angewendeten und erklärten Weise zu Werk geht, nämlich: es werden alle Jahre, welche die gegebene Zahl von Personen gelebet hat, in eine Summe zusammengezogen: diese Summe wird durch die Zahl der Personen wieder getheilt; der Quotient ist dann die gesuchte mittlere Lebensdauer dieser Personen. In einem Beispiele: 4 Personen leben, die eine 10, die zweyte 12, die dritte 15, die vierte 19 Jahre; alle 4 haben gelebet zusammen 56 Jahre: fallen auf jede derselben 14 Jahre aus: denn viermal 14 ist 56.

\*) S. S. 41.

### §. 46.

Obgleich nach Büßmilchs richtiger, und durch eine beygefügte Tabelle in der wirklichen Berechnung sich bestätigenden Anmerkung die wahrscheinliche Hoffnung des Lebens und die mittlere Dauer desselben, wenigstens durch Annäherung, sehr übereinstreffen, so ist dennoch wegen Verschiedenheit der Anwendung nothwendig, dieselben nicht durchaus zu vermengen; und sicherer bey der letzteren die deparcieusche Berechnungsart

vorzuziehen. Die Wahrscheinlichkeit des Lebens wird meistens nur in Ansehung einzelner Menschen gesucht: oder, wenn ja die Aufgabe eine Anzahl zum Gegenstande hat, so ist es erstens, stets eine Anzahl von gleichem Alter, und die Auflösung kann immer bloß auf einige Einheiten, nicht auf alle der gegebenen Zahl angewendet werden. Denn, wenn gleich wahrscheinlich ist, daß z. B. von einer Anzahl 20 jähriger Menschen ein jeder noch 38 Jahre leben, das ist: bis zu dem Alter von 58 Jahren gelangen kann, so ist doch auch gewiß, daß nicht jeder dahin gelangen wird, weil 38 bey 20 Jahren der Mittelfap zwischen dem kürzesten und längsten Ziele, eigentlich also die mittlere Lebensdauer dieser Klasse ist, von welcher einige viel früher sterben, einige dagegen weit über dieses Ziel ihr Leben hinaus verlängern. Die Frage im Gegentheile über mittlere Lebensdauer hat in Ansehung Einzelner nicht statt, sondern immer nur bey einer Anzahl, und zwar nicht allein von demselben Alter, sondern auch von einer aus mehreren Lebensjahren zusammengesetzten Epoche des Menschenalters: z. B. von 20 bis 30; und die in der Auflösung ausfallende Zahl von Jahren hat Anwendung auf jeden Einzel-



nen, der gegebenen Anzahl: denn, wenn z. B. auf die Frage: Welche ist die mittlere Lebensdauer des 20jährigen Alters? nach Deparcieux geantwortet wird: 40; so ist es wahr, daß auf jeden Menschen dieses Alters, einen in den anderen gerechnet, 40 Jahre fallen; daß also in einem gewissen Sinne die mittlere Lebensdauer der Klasse oder Anzahl, aus der einzelnen Wahrscheinlichkeit dieser Klasse oder Anzahl zusammengesetzt ist. Noch auf eine andere Verschiedenheit zwischen beiden Berechnungsarten muß ich aufmerksam machen. Die Frage über die mittlere Lebensdauer kann nicht verändert werden: denn mittlere Lebensdauer kann nur eine seyn. Aber die Frage über die wahrscheinliche Lebenslänge kann und ist wirklich in der Ausübung mannigfaltig: so ist z. B. in der Berechnung der Fontaine die Aufgabe: Bey einer gegebenen Anzahl Menschen, welches ist die wahrscheinliche längste Lebensdauer derselben? das ist: Wo ist das Ziel, an welchem diese Klasse nur erst ganz erloschen seyn wird? Worüber Büßmilch a) seine Wahrscheinlichkeits-Berechnung zur Grundlage annimmt; nach derselben gelanget.

Von	4 Personen eine zu 57, nicht vollen 60 Jahren	
—	5	63 —
—	6	68 —
—	10	73 —
—	20	80 —
—	40	85 —
—	100	90 —
—	1000	95 —

Die über 95 hinaus lebenden sind seltene Erscheinungen, welche in keine Berechnung mit einge-  
 zogen werden können.

a) Am angez. Orte. S. 467.

### §. 47.

Da bey verschiedenen Vorkehrungen und Einrich-  
 tungen von der öffentlichen Verwaltung auf die mitt-  
 lere Lebensdauer mit zurückgesehen werden muß,  
 so nehme ich hier aus dem süßmilchischen Werke  
 die Tabelle auf, in welcher die nebeneinander ste-  
 henden Angaben der mittleren Lebensdauer  
 von Süßmilch, Holley, Kersboom, Smart,  
 und Deparcienz verglichen werden können.

Jap. re.	Süß- milch.	Galley.	Kerfe- boom.	Smart.	Depar- teur.
0	19	—	34 $\frac{1}{2}$	19 $\frac{1}{2}$	—
1	42	33 $\frac{1}{2}$	41 $\frac{3}{4}$	27 $\frac{1}{2}$	—
2	46	38	42 $\frac{1}{2}$	32 $\frac{3}{4}$	—
3	47	39 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	35	47 $\frac{1}{2}$
4	48	40 $\frac{1}{2}$	44	36	48
5	47	41 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	36 $\frac{1}{2}$	48
6	47	—	44 $\frac{1}{4}$	—	48
7	47	—	44	—	48
8	46 $\frac{1}{2}$	—	43 $\frac{1}{2}$	—	47 $\frac{1}{2}$
9	46	—	43 $\frac{1}{4}$	—	47 $\frac{1}{2}$
10	45	40 $\frac{1}{2}$	42 $\frac{3}{4}$	35	46 $\frac{3}{8}$
11	44	—	42	—	46 $\frac{1}{2}$
12	44	—	41 $\frac{1}{4}$	—	45 $\frac{1}{2}$
13	43	—	41	—	44
14	42 $\frac{1}{2}$	—	40 $\frac{1}{4}$	—	44
15	42	37 $\frac{1}{2}$	39 $\frac{1}{2}$	32	43 $\frac{1}{2}$
16	41	—	39	—	42 $\frac{5}{8}$
17	40	—	38 $\frac{1}{2}$	—	42 $\frac{1}{2}$
18	39	—	37 $\frac{1}{2}$	—	41 $\frac{1}{2}$
19	38 $\frac{1}{2}$	—	37	—	40 $\frac{5}{8}$
20	38	34 $\frac{1}{2}$	36 $\frac{1}{2}$	29	40 $\frac{1}{2}$
25	34	31	33 $\frac{1}{2}$	26	37 $\frac{1}{2}$
30	30	28	30 $\frac{1}{2}$	23 $\frac{1}{2}$	34
35	27	25	28 $\frac{1}{2}$	21 $\frac{1}{2}$	31
40	24	22 $\frac{1}{2}$	25 $\frac{1}{2}$	19 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{1}{2}$
45	20	19 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{5}{8}$	24
50	17	17 $\frac{1}{4}$	19 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{5}{8}$	20 $\frac{1}{2}$
55	15	14 $\frac{5}{8}$	16 $\frac{3}{4}$	14	17 $\frac{1}{2}$
60	12	12 $\frac{1}{2}$	14	12 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$
65	9	9 $\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	11 $\frac{1}{2}$
70	8	7 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$
75	6	5 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{5}{8}$	6 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$

Jahr.	Sup- milch.	Halley.	Kreis- boom.	Smart.	Depar- cieur
80	5	$4\frac{1}{2}$	5	$4\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
85	4	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	—	$3\frac{1}{2}$
90	3	—	$2\frac{1}{2}$	—	$1\frac{1}{2}$
95	1	—	$1\frac{1}{2}$	—	—

## §. 48.

In der wirklichen Ausübung werden nicht leicht Fälle vorkommen, wo sich der Mann von Geschlecht aus den bis hierher angegebenen Verhältnissen, und den über das Vorschreiten der Sterblichkeit, wie auch die mittlere Lebensdauer eingeschalteten Tabellen nicht zureichend beholfen finden sollte. Von einigem Nutzen kann demselben noch die Einteilung der Volksmenge in Familien seyn. Man nahm im Durchschnitte 9 Köpfe 8) auf zwey Familien an, und schloß nach diesem Verhältnisse wechselseitig, aus der Zahl der Familien auf die Volksmenge, aus der Volksmenge auf die Anzahl der Familien, und hieraus wieder, da man von jeder Familie einen Streitbaren berechnet, auf die Zahl der Streitbaren Mannschaft 9). Mancher anderer politischer Berechnungs-Aufgaben, an der Aus-

zahl der Häuser, der Feuerstellen, u. d. g. zu erwähnen, halte ich für überflüssig, da die meisten derselben mehr durch das Besondere, als durch das Nützliche sich empfehlen 10).

### S. 49.

Zur Berechnung aus der Verzehrung a) findet sich hauptsächlich in solchen Ländern Gelegenheit, wo das Korn ein allgemeines Nahrungsmittel 11) und einer genauen Aufsicht der Polizei, oder einer Abgabe, unter was immer für einem Namen, als z. B. dem Regentechte unterworfen ist. Man nimmt nämlich an: Ein Mensch verzehre des Jahres an Korn so viel. Wann nun aus den Polizeiregistern oder der Einnahme der Abgabe die Summe des in einem Jahre verzehrten Kornes erhoben ist; so wird mit der ersten Zahl unter die letztere gegangen, wo dann die Theilung die wirkliche Bevölkerung geben soll. Beispielsweise, ist die Verzehrung von einem Kopfe an Korn oder Brod auf 6 Meßen angesetzt, so beweisen 60000 Meßen verzehrtes Korn eine Volksmenge von 10000 Köpfen.

a) S. S. 37.

Alle diese Berechnungsarten haben als Beyhilfe, und überall, wo die äufferste Genauheit eben nicht gefordert wird, sondern nur ein bepläufiges Kenntniß der Volksmenge, eine Richtigkeit durch Annäherung zureicht, ihren unbezweifelten Nutzen; oder auch bey Thatfachen, bey welchen ein höherer Grad der Gewißheit auf andern Wegen nicht zu erhalten ist. Der öffentlichen Verwaltung liegt daher immer sehr daran, die Urkunden, worauf sich die politischen Rechnungsarten gründen, nicht zu vernachlässigen: die Pfarrer zu verhalten, daß die Trauungs-, Geburts- und Todtenbücher nach einer allgemeinen Vorschrift geführt, und daraus jährlich Sterberegister, Trauungslisten, und Geburtsstabellen mit der möglichsten Genauheit verfaßt werden 12). Indessen sind die daraus gezogenen Schlüsse immer nicht mehr, als Mathematische und Wahrscheinlichkeit, welche also diejenige Zuverlässigkeit bey weitem nicht haben, die der Staat in einer so wichtigen Sache wünschen muß, und durch andere Mittel, wenigstens bis zu einem gewissen Grade erhalten kann. Ich spreche nicht hauptsächlich von zufälligen Mängeln, daß

z. B. die Verzeichnisse der Todten selten die im Felde oder zur See Geforderten mit begreifen, und daher die Totalsumme manchmal zu klein ausfällt; daß sie auf einer andern Seite die Fremden gleichfalls mitaufnehmen, wodurch die herausgebrachte Totalsumme zu stark wird. Diese Fehler würden sich durch genaue Aufmerksamkeit heben lassen. Aber noch haben die politischen Rechner selbst, sich über die Grundverhältnisse der Sterbenden zu den Lebenden, der Gebornen zu den Sterbenden, der Gebornen zu den Ehen, der Ehen zu der wirklichen Bevölkerung nicht vollkommen vereinbart; und ihre Unübereinstimmung beweist wenigstens die Unsicherheit des Schlusses, wovon diese Verhältnisse Vordersätze seyn müssen. Auch scheint es in der That unmöglich, etwas Unbezweifeltes darüber zu bestimmen. Die Sterblichkeit ist nach den Jahren, nach wüthenden oder nur unbemerkt schleichenden Epidemien und Endemien, nach dem Himmelsstriche, den Nahrungsmitteln, den Gesundheitsanstalten, nach der freyen oder eingeschränkten Luft, nach Lebensart, Sitten, u. s. w. je grösser oder kleiner: und wenigstens ist es noch nicht geschehen, damit ich nicht sage, es ist unmöglich, daß man so

verschiedene Verhältnisse unter sich gänzlich berichtigt hätte. Eben diese Unsicherheit bey der Zahl der Geborenen! Die Fruchtbarkeit der Ehen selbst ist mit so vielen physischen Ursachen und Verschiedenheiten mit der Sterblichkeit; u. s. w. verflochten. Das Verhältniß der Ehen aber hängt von den Nahrungswegen, und den politischen Fehlern ab, welche die Ehelosigkeit begünstigen, oder von den weisen Anstalten, die sie beschränken. Und auch darin herrschet eine beständige Unstetigkeit, eine Verschiedenheit von Staat zu Staat, von Zeitumständen zu Zeitumständen, von herrschenden, und wechselnden Grundsätzen eines Staates. Die Ungewißheit der Berechnung aus der Kornverzehrung fällt in die Augen. In einem Lande, wo mehr Fleisch, wo mehr von andern Erdfrüchten, von Grundäpfeln u. d. g. verzehret wird, muß die Zahl zu klein werden. Reiche und Kinder essen weniger Brod, als das gemeine Volk, als Erwachsene. Eine Steigerung des Kornes fließt in die Verzehrung desselben ein, und vermindert sie nach dem Masse der Theuerung. Die Fremden werden gleichfalls zur Vergrößerung der Unrichtigkeit Anlaß geben.



## §. 51.

Wäre aber auch bey einer oder andern dieser Arten von Berechnung eine Gewißheit zu hoffen, so kann immer dadurch mehr nicht, als die allgemeine Summe, höchstens mit dem beplausigen Verhältnisse der Geschlechter erhalten werden; da dem Staate gleichwohl daran gelegen ist, alle nur möglichen einzelnen Untertheilungen und Verhältnisse herauszu bringen, von denen er so manche Vortheile erheben kann. Er wird sie leicht und mit mehrerer Zuverlässigkeit durch Überzählungen a) oder Beschreibungen erhalten, von deren Einrichtung ich vorher sprechen, dann ihren Vorzug vor den politischen Berechnungen darthun werde.

a) S. S. 37.

## §. 52.

Die Beschreibung der grösseren Städte ist am meisten zusammengesetzt: aber sie wird in der Ausführung und Übersicht erleichtert, wenn sie von dem Einfachen zu dem Zusammengesetzteren aufsteigt. Das Einfache ist die Selbstbeschreibung einzelner Familien. Die zweckmässigsten An-

briken dieser Beschreibung sind folgende: der Stand der Familie bey der letzteren Beschreibung; der Zuwachs von dieser Zeit; an Geborenen, an aus anderen Häusern, anderen Städten Übersehten, an Fremden; der Abgang an Gestorbenen nach den Stufen des Alters, an in andere Häuser, in andere Städte Versetzten; an Ausgewanderten. Die Gegeneinanderhaltung dieser beyden Fächer zeigt den gegenwärtigen Stand der Familie, wovon weiter in eigenen Untertheilungen das Geschlecht, das Alter unter gewissen Stufenjahren, die Religion, der Stand oder die Beschäftigung, die Mitarbeiter, Dienstleute, dann die Ehen, die lebenden Kinder beschrieben werden müssen. Jeder Familienvater 13) beschreibt sich selbst, nach dem ihm von dem Staate mitgetheilten Formular. Aus den einzelnen Familienbeschreibungen zieht der Hauseigentümer, der auf die Richtigkeit der ersteren zu sehen, und die an ihn abgegebenen Familienbeschreibungen beyzulegen hat, eine Beschreibung seines Hauses. Aus Handtabellen verfertigen die über die Richtigkeit der Handtabellen wachenden Straßenkommissäre Straßentabellen, oder Tabellen von Bezirken, je nachdem die Einteilungen

der Städte benennet sind; und dann die Viertelkommissäre Vierteltabellen. In diesen verschiedenen Tabellen können mit bloß wörtlichen Änderungen alle Rubriken der Familienbeschreibung beibehalten werden: und daraus ist es nicht schwer, eine Totaltabelle der Städte zu machen, welches die Pflicht der Magistrate seyn wird. Auf dem offenen Lande ist die Beschreibung mit wenigerem Umwege möglich. Jeder Dorfriether kann die Familien-Beschreibung mit Beziehung des Pfarrers oder Schullehrers vornehmen, und das Totale an die grundobrigkeitlichen Beamten händigen. Diese geben eine aus den verschiedenen Beschreibungen von ihrem Gerichtszwange oder anvertrautem Gute zusammengezogene ganze Tabelle an das Kreisamt ab, woraus die Kreisämter eine Kreistabelle aufnehmen, und an das Landesgubernium zur Zusammenziehung in eine Haupt-Landestabelle einsenden. Aus Landes- und Stadtabellen wird endlich die zuverlässige, allgemeine Beschreibung eines Staates gezogen, welche in den Händen des Staatsmannes die Richtschnur aller Anstalten, und nicht weniger eine Wegweisung werden kann, das Fehlerhafte in denselben aufzuspüren.

## §. 53.

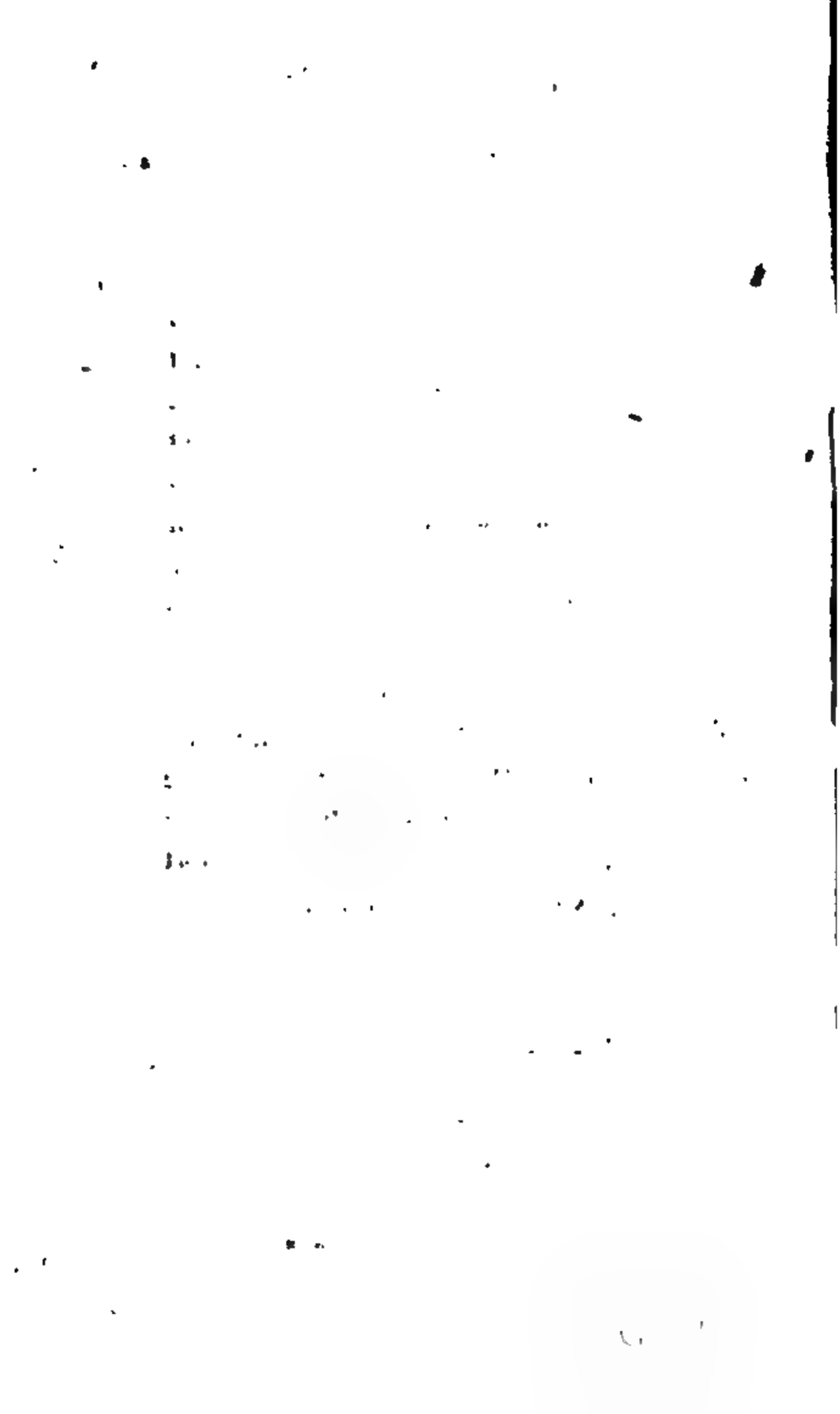
Man sieht nämlich daraus den ganzen Stand der Bevölkerung; das Verhältniß der Provinzialbevölkerung unter sich; das Verhältniß der Geschlechter; die Zahl der Ehen, und ihr Verhältniß zu den Ehelosen; das Verhältniß der Religionen, der Stände, oder Beschäftigungen; den Zuwachs und Abgang im Ganzen, und nach einzelnen Rubriken des Alters. Ich deute nur in einigen Beyspielen auf die Anwendung. Das Ganze der Bevölkerung wird der Magazinirung, dem Manufakturwesen, und den Beschäftigungen zum Grunde gelegt, weil es die Summe der Bedürfnisse anzeigt. Es ist zugleich die Grundlage der Finanzüberschläge, welche mit diesen Hilfsmitteln vorhin ein gewissermaßen eine arithmetische Zuverlässigkeit erhalten können. Das Verhältniß der Provinzialbevölkerung zeigt: Ob die Vortheile unter den verschiedenen Provinzen gleich vertheilt sind? oder, welche Provinz eine hilfreiche Hand einladet? Das Verhältniß der Ehen weist ihre Abnahme oder Vermehrung. Im ersten Falle führt es auf die Untersuchung zurück: Ob Mangel der Nahrungs-

wege, ob zu große Kriegsheere, zu viel Krieger, zu häufiges Dienstgestund u. d. gl. die Abnahme veranlassen? Die entdeckten Ursachen des Übels führen auch auf die Mittel, demselben abzuhelpen. Die Karte der Beschäftigungen zeigt, ob sie gegen einander in dem vortheilhaften Gleichgewichte stehen, wo sie sich die Hände helfen, nicht wechselseitig sich entkräften oder unterdrücken können? Der Abgang, welcher durch unvorsichtiger Sterblichkeit verursacht wird, deutet oft auf Unkeuschheit, Ausschweifungen, meistens auf Fehler der Gesundheitsansichten; die Abnahme von anderer Seite auf Auswanderungen, auf Mangel von Beschäftigung, auf zu schwere Abgaben, oder andere Arten von Bedrückungen. Wenn man endlich diese Beschreibungen von einer Zeit zur andern, z. B. alle fünf Jahre durch den Druck bekannt macht, so werden sie nachdenkenden Politikern zum Leitfaden mancher Betrachtung (14) dienen, welche für die öffentliche Verwaltung nicht selten der Fingerzeig zu nützlichen Einrichtungen werden können.

Die Bedenklichkeiten, wegen welchen die Volksüberzählungen oder Beschreibungen von einigen Schriftstellern den politischen Berechnungen nachgesetzt werden, sind entweder durch genauere Einrichtung zu heben, oder fallen auf solche Irrungen, wie sie in allen menschlichen Veranlassungen, wo selten Vollkommenheit von allen Seiten zu erreichen ist, unvermeidlich sind. Die Überzählungen, spricht man, lassen die gesuchte Inverlässigkeit nicht erwarten, weil die Soldaten gemeinlich nicht darunter begriffen sind; weil die Reisenden mit hinein gezogen werden; weil endlich viele Menschen sich der Beschreibung entziehen. Aber was hindert, daß in einer allgemeinen Überzählung nicht der Stand des Kriegsheeres gleichfalls mit eingezogen werden soll? Reisende sind in die Beschreibung nicht aufzunehmen; Ausländer nicht, weil sie nicht zur Nation gehören, eingeborne Reisende nicht, weil sie da beschrieben werden, wo sie ihre ordentliche Haushaltung haben. Und da die Garde vor den Beschreibungen hauptsächlich daher rühret, weil solche Anstalten meistens die Wirläuser neuer Anlagen oder Militärstellungen waren, so

kann die öffentliche Verwaltung durch Belehrung der Bürger über den Endzweck der Beschreibungen diese Furcht bald beseitigen. Allenfalls ist es auch nicht wohl möglich, sich der Beschreibung zu entziehen, sobald der Anfang von Familienvölkern gemacht werden muß. Nicht leicht kann ein Miethmann den Stand seiner Familie, seines Dienstgesindes vor dem Hauseigentümer verheimlichen. Die Ueberschätzung ist daher gewiß weniger Irrungen unterworfen, als alle anderen Arten von Berechnungen, die, um mit Melons Worten zu reden, stets bloß Berechnungen der Möglichkeiten sind, da jene die Berechnung über die Wirklichkeit liefert. Vielleicht läßt sich sogar behaupten, daß dadurch die möglichst größte Genauigkeit erreicht wird, welche der Staat fordert, denn in seinem grossen Plane auch einige Tausend darüber oder darunter gleichwohl keine Irrung oder Änderung verursachen.

---





# **A n m e r k u n g e n**

zu dem

**Dritten Abschnitte der allgemeinen Einleitung.**



## I. Anmerkung.

Die Geschichte der Volkszählung und politischen Berechnung ist am vollständigsten von Hrn. Crome ausgeführt, in dem bey der 7. Anm. des vorhergeg. Abschn. angeführten Werke: über die Kulturverhältnisse der europäischen Staaten ic. Herr Crome setzt nach der allgemein angenommenen Meinung den Ursprung der politischen Berechnung in die Mitte des 17ten Jahrhunderts. Aber Diodorus Siculus bringt, auf die Vermuthung, daß Rechnungsschlüsse über das Leben der Menschen bereits in den entferntesten Zeiten nicht unbekannt waren. Denn er erzählt 3. B. 13. Hest.: Die Ethiopier hätten ihre Zeitrechnung nach Geschlechtern geführt, und 30 Jahre für ein Geschlechtsalter angenommen. Eine solche Zeitrechnung setzt lange und fortgesetzte Beobachtungen über die Dauer des menschlichen Lebens voraus, und ist zugleich eine Zurechtweisung

für diejenigen, welche mit so vieler Zuversicht behaupten, daß die Menschen des Alterthums ungleich länger gelebt haben, als ihre Abkömmlinge: Dr. Schmelzer: *De probabilitate vitae, ejusque usu forensi, commentatio prior*: beweiset aus einer Stelle des florentinischen Kodex, daß auch den Römern die Berechnung über die Lebenslänge nicht unbekannt war, und daß die Resultate dieser Berechnung mit denen der neueren politischen Arithmetiker sehr nahe übereinstimmen.

## II. Anmerkung.

Öffentliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechtes aus der Geburt, dem Tode, und der Fortpflanzung desselben erwiesen u. s. w. wosbey die Schriften von Graunt, Petty, Davenant, Halley, Smart, u. m. a. mit großer Einsicht benützt sind. Das Werk selbst ist von 2 Bänden, denen Christ. Jac. Baumann einen dritten Band von nützlichen Bemerkungen und verschiedenen Tabellen nachgetragen hat. Lamberts Anmerkung über die Sterblichkeit, Todtenlisten, Gebürtslisten u.

### III. Anmerkung.

Es ist nicht überflüssig zu erinnern, daß das Verhältniß von 36 Lebenden gegen einen Sterbenden nur bey Todtenregistern einer ganzen Provinz gilt, nicht bey Verzeichnissen des flachen Landes allein, noch allein von Registern der Städte, und am wenigsten der Hauptstadt. Gemeinlich wird folgender Unterschied in dem Verhältnisse der Sterblichkeit angenommen: in Dörfern 1 : 40, in Städten 1 : 36, in Mittelstädten 1 : 28, in großen Städten 1 : 24. Hieraus das Mittelverhältniß 1 : 36, oder von 1000 sterben jährlich 27½.

### IV. Anmerkung.

Abhandlung zu einem Versuche der wahrscheinlichen Menge des Volks von Holland und Westfriesland &c. Diese Abhandlungen sind in einem Werke unter der Aufschrift: Proben der politischen Rechenkunst gesammelt.

## V. Anmerkung.

Essai sur la probabilité de la durée de la vie humaine.

## VI. Anmerkung.

Stollische Ord. 2. B. 22. Hft. 461. §. Süßmilch hat bey seiner Tabelle in der Spalte D eine Rubrik mehr aufgenommen, welche die nach der Fortschreibung von 1000 Gebornen in jedem Jahre zugleich Lebenden, mithin das fortschreitende Wachsthum der Volksmenge berechnet. Diese Spalte ist hier weggeblieben, weil die Berechnung im Grunde nicht ganz genau ist, da die von den im zwanzigsten Jahre Lebenden 11232, und so fort in weiterer Aufsteigung abermal Gebornen nicht mit eingezogen sind. Seyberth in seiner lateinischen Abhandlung: De redditu annuo etc. macht noch weiters die richtige Anmerkung: daß von den in einem Jahre Sterbenden nicht eben alle zu Anfang des Jahrs, sondern nach und nach durch dessen ganzen Verlauf sterben. Daher wenigstens, wo es um die höchste Genauigkeit zu thun ist, bey der Berechnung der wahrscheinlichen und mittleren Lebens-

dauer immer ein Weniger von 6 Monaten annehmen sey.

## VII. Anmerkung.

Noch wäre zu wünschen, daß die politischen Berechner, wie sie das Verhältniß der Sterbenden in Ansehung der Menschheit überhaupt angeben, durch genaue Beobachtungen solches auch in Ansehung besonderer Volksklassen und Beschäftigungen zu bestimmen, in Stand gesetzt würden, wie Deparcieux in der 13ten Tabelle von Nonnen und Mönchen solche angeben konnte. Denn es ist gewiß, daß z. B. das sitzende Leben der Kanzleyen, das sitzende Leben mit dem Anstrengen des Nachdenkens bey den Wissenschaften, die körperliche Anstrengung vieler Gewerbe die Lebensdauer mehr verkürzen; daß also in Ansehung solcher einzelnen Abtheilungen bey Angehalten (Pensionen), Versorgungsanstalten oder Kassen in den Berechnungen das allgemeine Sterblichkeits-Verhältniß stets unrichtig zum Grunde gelegt wird.

## VIII. Anmerkung.

Schmidt 1. Th. 6. Hft.

## IX. Anmerkung.

Diese Berechnung mußte gleichwohl in Athen und Rom nicht anwendbar gewesen seyn, da nach Montesquieu: Ursachen der Größe und des Verfalls von Rom. 3. Hft. bey den älteren Überzahlungen die Römischen in Athen nur den zwanzigsten, in Rom den vierten Theil des ganzen Volkes betragen haben.

## X. Anmerkung.

Man berechnet z. B. die Volksmenge einer Stadt nach der Anzahl der Häuser, indem man für jedes Haus im Durchschnitte eine bestimmte Anzahl von Köpfen annimmt, und mit dieser Zahl unter die Zahl der Häuser geht, um durch die Vermehrung die ganze Summe der Bewohner zu erhalten. In Wien setzt Hr. Erome nach Hrn. de Lucca 45 Köpfe an, nach welchem Vermehrer die Volksmenge von Wien bey 6575 Hausnummern 305875 Köpfe be-



tragen würde. Diese Berechnung trifft mit der wirklichen Beschreibung nicht überein, welche im gegenwärtigen Jahre nur 235098 Köpfe ausweist.

Man hat noch weiters berechnet oder doch berechnen wollen: Wie viel Menschen auf dem ganzen Erdboden leben: Wie viele von dem ganzen Menschengeschlechte in einem Jahre, Monate, Tage, in einer Stunde, Minute und Sekunde sterben: Wie viel ein Mensch in einem gewissen Zeiträume z. B. von 400 Jahren oder 20 Geschlechtern Nachkömmlinge haben könne; umgewendet also: Wie viele Menschen die Ehelosigkeit der Kleriker und der stehenden Armeen den Staaten geraubet habe? Varius Antoninus Heliogabalus hat die Größe Roms aus der Menge des Spinnengewebes berechnet. Er befahl, wie Lampridius erzählt, dasselbe zu sammeln; man brachte zehn Tausend Pfunde zusammen. Dem Mindesten ließ sich aus dieser Menge auf eine große Unsauberkeit schließen.

### XI. Anmerkung.

Hier wird inzwischen auf die Verzeßung des Kor-  
nes zu anderem Gebrauche nicht zurückgesehen. Un-  
gar von dem Preise des Kornes.

### XII. Anmerkung.

Am Ende des fünftenthischen Werkes. In der  
Abhandl.: Von dem Nutzen der Todtenregi-  
ster etc. in den Göttinger-Polizey-Amts-  
nachrichten von 1756, und Lamberti Anmerkungen über  
die Sterblichkeit, Todtenlisten; Gebur-  
ten und Ehen im 3ten Bande seiner Beyträge  
zum Gebrauche der Mathematik und deren  
Anwendung.

### XIII. Anmerkung.

Hr. Crome wirft in dem bereits angeführten  
Werke 4ter Abschn. S. 135. den Zweifel auf: „Ob  
„nicht zu besorgen sey, daß bey einem so weitläufigen  
„Verfahren, wo die Generaltabelle eines Orts oft aus  
„vielen Tausend einzelnen Tabellen zusammen gesetzt  
„werden muß, sich selbst gegen den Vorfall der damit

„beschäftigten Personen mehr Unrichtigkeiten einschleichen könnten, als wenn jede Dorfschaft oder Stadt zu einer solchen Konstriktion nur eines oder wenige Blätter gebraucht, wie dieses der Fall im Preussischen ist?“ Hätte dieser um die Staatenkunde so verdiente Schriftsteller Gelegenheit gehabt, die österreichische Volksbeschreibung in ihrem Gange genau zu verfolgen, so würde er gefunden haben, daß auch hier die Generaltabellen nicht aus vielen Tausenden, sondern nur aus wenigen Blättern, und daß selbst eine General-Landestabelle nur aus wenigen Kreisamts-Summarien zusammen gezogen wird. Eben so würde er sich überzeugt haben, daß die Staatsverwaltung sich für die unsägliche Mühe, (wie sie Hr. Erome mit Recht nennet) welche die österreichische Konstriktion anfangs gekostet hat, durch die Genauigkeit und Zuverlässigkeit derselben, die auf einem andern Wege (S. S. 54.) kaum zu erreichen seyn wird, zureichend belohnt findet.

#### XIV. Anmerkung.

St. Pierre de l'utilite des denombrements, im 4ten Buche seiner Oeuvres politiques. War

gentia vom Nutzen der jährlichen Verzeichnung der  
 Geborenen und Gestorbenen. In der Abhandlung  
 der schwed. Akad. der Wissenschaften 16ter und 17ter  
 Band.

# Staatspolizey.

---



## E i n l e i t u n g.

Die einfachsten Begriffe der Staatspo-  
lizey und hieraus der Umriss, wornach  
sie abgehandelt wird.

### §. 55.

**W**enn die Vereinigung in bürgerliche Gesell-  
schaften die zerstreuten Menschen zur gemeinschaft-  
lichen Abwendung der äusseren Gefahren ein-  
ander näher brachte, so sahen sie sich dagegen durch  
diese Vereinigung auch der Möglichkeit wechselseitiger  
Anfälle unter sich mehr gendhert, und dadurch Vor-  
fällen ausgesetzt, welche die Veränderung ihrer Stel-  
lung für sie von einer andern Seite gefährlich ma-  
chen würde. Hiervon sind sie ohne Zweifel durch früh-  
zeitige Erfahrungen überzeugt worden. Daher sah man  
alle Völkerschaften sogleich, als sie sich in einen Kör-  
per bildeten, mit Maßregeln und Vorkehrungen be-  
schäftiget, um Gewaltthaten und Mißhandlungen un-  
ter sich Einhalt zu thun, die Raubsucht zu bejah-

men, die Betrügereyen zu hindern, gefährliche Vorfälle von jeder Art abzuwenden. Wenn diese Vorkehrungen und Maßregeln gesammelt, in ein Ganzes geordnet, und auf gewisse aus der Natur des gesellschaftlichen Endzweckes abgeleitete Grundsätze zurückgeführt werden, so erwächst hieraus die Wissenschaft, die innere Sicherheit des Staats zu gründen, und handzuhaben, a) das ist, die Wissenschaft der Staatspolizey. (1.)

a) S. S. 21.

### §. 56.

In einem gewissen Verstande ist also die Staatspolizey vorzüglich Sicherstellung, Vertheidigung: Vertheidigung gegen Ereignisse, aus welchen, von was immer für einer Seite, für die innere Sicherheit Gefahr zu besorgen wäre. Ereignisse dieser Art werden entweder von menschlichen Handlungen, oder von Zufällen herbeygeführt. Die öffentliche Verwaltung wendet daher auch ihre Aufmerksamkeit auf beyde, auf Handlungen und Zufälle, in so fern beyde dem gemeinen Wohl nachtheilig werden können.



Für nachtheilig wird unter dieser Beziehung jede Handlung angesehen, sey es, daß sie dem gemeinschaftlichen Zwecke geradezu widerstrebet, sey es, daß sie der Erreichung desselben im Ganzen oder zum Theile, durch Thätigkeit oder Unterlassung Hindernisse legt. Von diesem Gesichtspunkte hält also die öffentliche Verwaltung auch jede Handlung schon für nachtheilig, welche mit der von dem Gesetze, hin nach dem gesellschaftlichen Endzwecke gegebenen Richtung nicht übereinkommt; nach Umständen, selbst jede Handlung, die diesen Endzweck nach der gesetzlichen Vorschrift nur nicht befördert. a)

a) S. §. 5.

### §. 57.

Um eine nachtheilige Handlung in Vollzug zu setzen, muß der Wille mit dem physischen Vermögen des Handelnden vereinbart seyn. Dem rechtschaffenen Manne, a) der in der Ausübung der Tugend sein Gesetz findet, fehlt es nicht an Gelegenheit zu Übelthaten; sie unterbleiben darum nur, weil es ihm an Willen, übel zu handeln, fehlt. Der gefangene Bösewicht hingegen, der, gleich dem Raubthiere an der Kette,

Stets noch die Begierde zu Lastern behält, ist gezwungen, nicht übel zu handeln, weil ihm seine Zettel das physische Vermögen nicht lassen, seinen Willen bis zur That auszuführen. Ohne Zweifel wäre es glücklicher für die öffentliche Leitung, wenn sie es dahin brächte, den Willen zu schädlichen Handlungen allgemein zu benehmen, und demselben überall eine Richtung nach dem Endzwecke der Gesellschaft zu geben. Aber, da sie dieses nicht bey jedermann, nicht unter allen Umständen zu erreichen fähig ist, so wird ihre Vorsorge für die innere Sicherheit immer noch Wirksamkeit und Erfolg haben, wenn sie durch ihre Vorkehrungen wenigstens das Vermögen zur Vollführung schädlicher Handlungen zu benehmen weiß. Hierdurch zerfällt die Staatspolizey in eine leitende, deren Absicht ist, daß Niemand nachtheilige Handlungen ausüben wolle, und in eine hindernde, die zu erreichen sucht, daß Niemand nachtheilige Handlungen ausüben könne.

a) Qui velit virtute tanquam lego vivere.

Cic. de off. lib. 1. c. 22. §. 56.

§. 58.

Der Wille des Handelnden, oder der Ent-

schluß zu handeln, wird durch Beweggründe bestimmt, und wird desto sicherer, desto wirksamer bestimmt, je zahlreicher die Beweggründe zu einer Handlung übereintreffen; oder von je größerem Gewichte auch nur der eine Beweggrund seyn wird, der auf den Handelnden wirkt. Das ist das unwandelbare Grundgesetz des Willens, worin allein das große Geheimniß der Gesetzgebung liegt 2). Der Gesetzgeber wisse seinem Volke einleuchtend überwiegende Beweggründe zum Guten anzubieten, und er sey versichert, daß er dasselbe stets nach seiner Absicht lenken wird. Die Beweggründe zu Handlungen sind einladend und abhaltend. Die einladenden Beweggründe bestimmen bejahend, durch das von dem Handelnden erkannte, ihm aus der Handlung selbst zugehende Gute, mithin durch Erwartung daraus fließender Vortheile; er handelt dann, damit er erhalte. Die abhaltenden Beweggründe bestimmen verneinend, durch das Besorgniß des Übels, welches der vollbrachten Handlung zur Seite geht oder folgt; also durch Nachtheile, welche der Handelnde sich durch die Übertretung zuziehen würde; er handelt dann, oder unterläßt, damit er vermeide. Die Natur der Vortheile

oder Nachtheile, die von einer Handlung erwartet oder befürchtet werden können, entscheidet auch von der Natur der Beweggründe. Haben die ersteren nicht sowohl eine unmittelbare Beziehung auf den einzelnen Handelnden, oder auf die vorfallende besondere Handlung, als vielmehr auf die allgemeine Ordnung, von welcher zwar mittelbar der Nutzen immer auf jeden Einzelnen zurückfällt; so kommt ihnen die Benennung allgemeine Beweggründe zu. Hat der angebotene Vortheil, oder der besorgte Nachtheil seine unmittelbare Beziehung auf den einzelnen Handelnden, oder doch auf die gegenwärtige Handlung, so ist es bloß ein besonderer Beweggrund.

### §. 59.

Die allgemeinen Beweggründe umfassen alle Handelnden, alle Handlungen zugleich. Sie verdienen daher schon aus diesem Grunde den ersten Rang in der Gesetzgebung. Hierzu kommt noch ein zweyter Grund. Es gibt Handlungen, wo es der öffentlichen Leitung schwer, es gibt welche, wo es ihr unmöglich ist, einen besonderen einzuordnen, nach der Lage der Umstände sogar unmög-

lich ist, einen besondern abhaltenden Beweggrund aufzufinden. Bey diesen Handlungen bleibt also derselben nur die Triebfeder der allgemeinen Beweggründe, welche sämmtlich (3.) sich unter zwey Klassen zusammen ziehen lassen; die Sitten und der hohe Begriff von der Vortrefflichkeit der Gesetze.

#### §. 60.

Die Sitten in derjenigen Beziehung, in welcher sie von der Gesetzgebung betrachtet werden, sind die Folge der Anhänglichkeit für die (allgemeine) gesellschaftliche Ordnung. „Sie vertreten (sagt Toussaint a) mit vieler Richtigkeit) ganz wohl die Stelle der Gesetze, aber nichts ist fähig, die Stelle der Sitten zu vertreten.“ Diese Anhänglichkeit für die allgemeine gesellschaftliche Ordnung wird die sich äussernde Wirkung der vereinbarten Anstalten seyn, welche den Verstand des Bürgers aufklären, (4.) damit er von der genauen, stetigen und untrennbaren Verknüpfung des einzelnen Wohls mit der allgemeinen Ordnung volle Überzeugung erhalte, und an seinem Standorte so viel möglich, was die allge-

meine Ordnung von ihm fordert, mit Richtigkeit beurtheile; welche den Neigungen des Bürgers, deren Einfluß auf die Entschliessung so mächtig ist, eine zweckmäßige Richtung geben; welche die Leidenschaften, deren stärkerer Zug oft die Beurtheilung überholt, oder zu Trugschlüssen verleitet, entweder unterordnen, oder auf einen Gegenstand lenken, wo ihr Ausbruch, anstatt der öffentlichen Absicht entgegen zu seyn, dieselbe vielmehr thätig befördern hilft. Den Zusammenhang dieser Anstalten begreife ich unter der Aufmerksamkeit auf den sittlichen Zustand.

a) Les Moeurs.

## §. 61.

Dieser Aufmerksamkeit nächst zur Seite geht das Bestreben, einen hohen Begriff von der Vortrefflichkeit der Gesetze a) allgemein einzufloßen; bey allen Bürgern es zu einem angenommenen, unumstößbaren Grundsatz zu erheben: Alles, was die Gesetze befehlen, ist gut; das ist: in Absicht auf das Ganze nothwendig, und in Absicht auf jeden Einzelnen nützlich. Diese Überzeugung wird stets, aber sie kann auch

nur die Folge von dem einleuchtenden Vorzuge der Gesetze, von dem Gefühle des Glückes, das jeder unter ihrem Schutze genießt, und von dem hieraus entspringenden unbegrenzten Vertrauen zu der Weisheit und Güte des Gesetzgebers seyn; und, wo es der obersten Verwaltung gelingt, eine solche Überzeugung allgemein zu bewirken, da hat die öffentliche Ordnung die sicherste Gewährleistung für die Beobachtung der Gesetze, als durch deren Übertretung dann ein jeder, sich selbst zu schaden, überzeugt seyn wird.

a) S. S. 59.

### §. 62.

Indessen, wenn der hohe Begriff von der Vortrefflichkeit der Gesetze, wor die Bereitwilligkeit, dieselben zu befolgen, und seine Handlungen nach dem Erfordernisse der gesellschaftlichen Ordnung einzurichten, zuwege bringt, so ist mit dieser Bereitwilligkeit nicht zugleich auch die Einsicht verbunden, die jeden von selbst erkennen läßt, wie er in allen Gelegenheiten seine Handlungen nach dem gesellschaftlichen Zwecke einzurichten habe. Der Mann von Rechtschaffenheit will immer für sich

selbst das Gute: aber er erkennt dasselbe nicht immer für sich selbst 5). Die öffentliche Verwaltung wird daher dem Mangel dieses Kenntnisses abhelfen, und, um die in der gesellschaftlichen Ordnung unentbehrliche Gleichförmigkeit der Handlungen zu erhalten, durch Gesetze bestimmt erklären, was zu thun, was zu unterlassen ist. Von diesem Gesichtspunkte konnte Hume die Gesetze als die Ergänzung der Einsicht jedes Einzelnen betrachten, weil sie eigentlich nur dasjenige vorschreiben sollen, was jedermann sich selbst vorschreiben würde, wenn er die wahren Verhältnisse des Ganzen und der Theile zu überschauen Gelegenheit, und sie gehörig zu verbinden, hinreichende Einsicht hätte. Die näheren Gegenstände dieser Gesetze sind die innere öffentliche, und die innere Privatlichkeit.

### §. 63.

Die innere öffentliche Sicherheit ist ein Zustand, wo die öffentliche Verwaltung nach Unterschied der Regierungsform, von innen, mithin von den eigenen Bürgern nichts zu fürchten hat. So lange jedermann demjenigen, was die öffentliche Verwaltung vorschreibt, ohne Widerrede



gehört, wird diese Sicherheit nicht gefährdet. Sollte Jemand der obersten Verwaltung den Gehorsam versagen, so wendet sie ihre Macht an, ihn zu dem versagten Gehorsame zu zwingen. Ist die öffentliche Macht stark genug, den Widerspenstigen zur Pflicht zu nöthigen, so leidet die öffentliche Sicherheit noch keine Gefahr. Aber wäre Jemand im Stande, der öffentlichen Macht, die ihn zum Gehorsam nöthigen soll, zur Unterstüßung seiner Widerspenstigkeit überwiegende, oder auch nur gleiche Kräfte entgegen zu stellen, dann würde die öffentliche Sicherheit, und mit ihr Ordnung und Ruhe verschwinden. Die öffentliche Sicherheit beruht also auf der allgemeinen Folgeleistung, die entweder freiwillig, oder erzwungen ist. Die freiwillige Folgeleistung entspringt aus der Folgsamkeit 6), davon die Quellen bereits a) angedeutet worden. Die erzwungene entspringt aus dem Bewußtseyn seiner Schwäche gegen die überwiegenden Kräfte der obersten Gewalt; mithin aus der Überzeugung von der Unmöglichkeit einer Widersehung mit Erfolg. Was Montesquieu b) in einer andern Beziehung zum Grunde der Staatsverfassung macht, läßt sich hier sehr genau anwenden: Es ist wesentlich

(spricht er) daß durch die natürliche Ordnung eine Gewalt die andere in Saum halte; wesentlich nämlich, daß das Maß der möglichen Kräfte der Widersehung von Seite der Bürger stets kleiner sey, als das Maß der Zwangskräfte von Seite des Staats. Daher wird die vorzügliche Aufmerksamkeit der öffentlichen Verwaltung ansgesordert, zu verhindern: damit kein Stand, oder einzelner Bürger zu solchen Kräften anwachse, wodurch er sich der öffentlichen Gewalt mit Erfolg widersezen könnte.

a) S. §. 61. 62.

b) Esprit des loix, L. 11. ch. 4.

#### §. 64.

Die innere Privatsicherheit a) ist der Zustand, da der einzelne Bürger nichts zu fürchten hat. Sie erstreckt sich auf alles, in Ansehung dessen dem Bürger, ohne Schutz der Geseze, ein Übel widerfahren könnte. Alles Gute, so dem einzelnen Bürger zufließen, alles Böse, wodurch seine Glückseligkeit gestöhret werden kann, läßt sich auf seine Rechte, und Handlungen, auf

seine Person, auf seine Ehre, sein Eigenthum 7) zurückführen. Dadurch zerfällt die Vorsorge der Gesetzgebung in folgende, diesen fünf Gegenständen zusagende Untertheilungen:

a) S. 5. 61.

#### §. 65.

Vorsorge für die Sicherheit der Rechte; das ist: für den Zustand, in welchem der Bürger in Ausübung seiner Rechte nichts besorgt.

#### §. 66.

Vorsorge für die Sicherheit der Handlungen; das ist: für den Zustand, in dem der Bürger um seiner Handlungen Willen nichts zu fürchten hat.

#### §. 67.

Vorsorge für die Sicherheit der Personen, das ist: für den Zustand, in welchem er für seine Person nichts zu fürchten hat.

## §. 68.

Vorsorge für die Sicherheit der Ehre, für den Zustand nämlich, wo er für seine Ehre nichts befürchtet.

## §. 69.

Vorsorge endlich für die Sicherheit des Eigenthums, oder den Zustand, worin er seines Eigenthums wegen nichts zu besorgen hat.

## §. 70.

Über diese Gegenstände sämmtlich erklärt sich die Gesetzgebung, entweder gebietend: wenn sie Handlungen vorschreibt; oder verbiethend: wenn sie Handlungen untersagt; wo dann die Ursache, welche bestimmt, ein Gesetz zu geben, zugleich den Beweggrund für den Bürger enthält, dasselbe zu beobachten. Größtentheils ist dieser Beweggrund bestimmend 8) bey gebietenden, und abhaltend bey verbiethenden Gesetzen. Und ohne Zweifel ist für die Gesetzgebung nichts erwünschter, als wenn sie den Beweggrund einleuchtend machen,

wenn sie den Antheil von Wohlfahrt, der von der Beobachtung des Gesetzes unmittelbar auf jeden einzelnen Handelnden zurückfällt, gleichsam berechnen 9), und dadurch einen besondern Beweggrund a) zu dieser Beobachtung aus dem Inneren des Gesetzes selbst holen kann. Aber, da der Privatantheil von Wohlfahrt, den die Folgeleistung gewährt, gegen denjenigen, welchen die Nichtbeobachtung anbietet, oft zu unbedeutlich scheint; da jener meistens nur in der Entfernung, der letzte in der Nähe 10) gezeigt wird, und in dem Sittlichen wie in dem Physischen, die Entfernung die Gegenstände verjüngt; so verlieren die besondern aus dem Inneren der Handlung geschöpften Beweggründe oftmals an Kraft und Nachdruck, und die Gesetzgebung sieht sich in der Nothwendigkeit, zu ihrer Verstärkung Beweggründe von aussen zu Hilfe zu rufen. Diese äusseren Beweggründe sind Belohnungen oder Strafen. Bey Handlungen, wo eine allgemeine Beobachtung gefordert wird, ist es durchaus unmöglich, von äusseren bestimmenden Beweggründen Gebrauch zu machen: das ist, die Beobachtung des Gesetzes mit einem besondern Nutzen 11), zu verbindern. Daher wird mit der Nichtbeobachtung ein Ubel, als eine so viel möglich,

unabsonderliche Folge verknüpft: auf die Übertretung nämlich eine Strafe verhängt, die dann der besondere abhaltende Beweggrund werden, und den Überlegenden, gegen die Vorschrift des Gesetzes nicht zu handeln, wirksam bestimmen soll 12).

a) §. 58.

### §. 71.

So umfaßt die Sorgfalt der Gesetzgebung nunmehr die Denkungsart aller Klassen. Der Untergeistigte unterläßt jede schädliche Handlung, weil er die allgemeine Ordnung liebt; der Ubelgeistigte aber Baghaste, weil er die Strafe fürchtet. Noch ist der entschlossene Bösewicht übrig, auf welchen selbst die Strafe keinen vollmächtigen Eindruck macht, und der sich mit der Hoffnung, nicht betreten zu werden, schmeichelt. Diesem endlich stellt die öffentliche Verwaltung hindernde Anstalten, a) im Weg, die ihm das physische Vermögen benehmen, einen gefaßten nachtheiligen Entschluß bis zur That hinaus zu führen; Anstalten, die den Vollzug der nachtheiligen Handlungen wenigstens erschweren, wenigstens die Wahrscheinlichkeit und Hoff-

nung vereiteln sollen, nach vollbrachter Übelthat unentdeckt und unbeftraft zu bleiben. Die Gewissheit, entdeckt, mithin ergriffen und bestraft zu werden, vergrößert nun das Gewicht der abhaltenden Beweggründe, und verwandelt, um genau zu sprechen, die Furcht in Schrecken, weil sie die Strafe herbey nähert, und als gegenwärtig vorstellt. Die Wirksamkeit der hindernden Anstalten erstreckt sich also zwar unmittelbar und hauptsächlich auf das physische Vermögen; aber sie fließt immer mittelbar auch auf den Willen des Bösewichts zugleich ein.

a) S. §. 58.

## §. 72.

Bei Zufällen a) hat die Gewalt der Gesetzgebung ungleich enger bezeichnete Grenzen, als bey den bis hierher betrachteten Handlungen. Unter Zufällen werden nach gegenwärtiger Beziehung Ereignisse verstanden, deren Ursache von keiner Seite in dem menschlichen Willen liegt. Diese Erklärung schließt Begebenheiten, die ihren Grund wenigstens in einer Unterlassung, in einer Nachlässigkeit haben, aus der Zahl der Zufälle.

Sie zeigt zugleich, daß die leitende sowohl als hindernde Verwaltung von Seite der Entstehung wahrer Zufälle nichts vermag. Aber die letztere vermag immer Vieles, wenigstens von Seite der Folgen, welche die Zufälle begleiten. Diese Folgen sind von zweifacher Art. Einige derselben können ganz vernichtet, andere wenigstens verringert werden. Es ist nicht möglich, zu verhindern, daß der Wetterstrahl auf ein Haus fällt. Aber durch Ableiter kann verhütet werden, daß der Wetterstrahl zünde. Dem aus der Unordnung der Witterung entspringendem Mißwache kann keine menschliche Macht zuvorkommen: doch kann die Wachsamkeit der Verwaltung dafür sorgen, daß der Mißwachs nicht Thierung und Hungersnoth nach sich ziehe. Bei Zufällen läuft daher die Absicht der öffentlichen Verwaltung einzig dahin aus, die schädlichen Folgen derselben zu verringern oder zu vernichten. Da dasjenige, was nach dieser Absicht vorzulehren ist, größtentheils mit dem übereinkommt, was nachtheiligen Handlungen entgegen gesetzt wird, so ist die Vorseege gegen Zufälle überhaupt kein besonderer Zweig der öffentlichen Vorkehrungen. Es kommt nur darauf an, daß in ungewöhnlichen größeren Unglücks-



fällen die bestehenden Anstalten mit Klugheit zu Hilfe genommen werden.

a) S. S. 56.

## S. 73.

Die Ordnung, nach welcher die Hauptbegriffe der Staatspolizey entwickelt worden sind, wird auch zum Leitfaden bey der Folge der Abschnitte dienen, in welchen diese Wissenschaft abgehandelt werden soll.

I. Die Aufmerksamkeit auf den sittlichen Zustand, und

II. Die Mittel, einen hohen Begriff von der Gesetzgebung zu erwecken, haben die freywillige;

III. Die Sorgfalt, die Privatkräfte gegen die Kräfte des Staats in einem untergeordneten Ebenmasse zu erhalten, hat die erzwungene Folgeleistung zum Endzweck.

Dadurch steht die Gesetzgebung die innere öffentliche Sicherheit befestiget, und zugleich den Bürger zur Beobachtung der Gesetze vorbereitet, welche die Privatsicherheit in ihren Anvertheilungen, nämlich:

IV. Die Sicherheit der Rechte:

V. Die Sicherheit der Handlungen:

VI. Die Sicherheit der Personen:

VII. Die Sicherheit der Ehre.

VIII. Die Sicherheit des Eigenthums:  
zum Gegenstande haben, aber

IX. Von Strafen, die mit der Übertretung verknüpft sind, eine größere Wirksamkeit erhalten.

Alles dieses zielt dahin ab, den Willen der Handelnden zu leiten, und von schädlichen Handlungen abzu ziehen.

Kommen endlich noch hinzu

X. Die Anstalten, deren Absicht ist, das physische Vermögen zur Vollführung jeder Übelthat zu erschweren, oder ganz zu vereiteln, und

XI. Durch die Anwendung dieser Anstalten ungewöhnlich größeren Zufällen, so viel möglich, die Folgen der letzteren zu verringern oder zu vernichten.

Ich habe mir erlaubt, da, wo der strengeren Eintheilung nach, eigentlich nur Gesetze vorkommen sollten, manchmal sogleich eine genauer mitverbundene Anstalt, auch eine Bestrafung unter Einem auf meinem Wege mitzunehmen. Nichts wäre leichter gewesen, als den Leser durch ewige Beziehungen und Verweisungen auf andere Abtheilungen zu ermüden. Wenn ich ihm diese Unannehmlichkeit erspart habe, so halte ich mich seines Dankes versichert. So sehr ich sonst in jeder Art des Vortrages auf die genaue Reihung der Begriffe und Gegenstände, überhaupt auf Ordnung halte, so fern bin ich jedoch, nutzlose Anglichkeit in der Eintheilung für Orde-

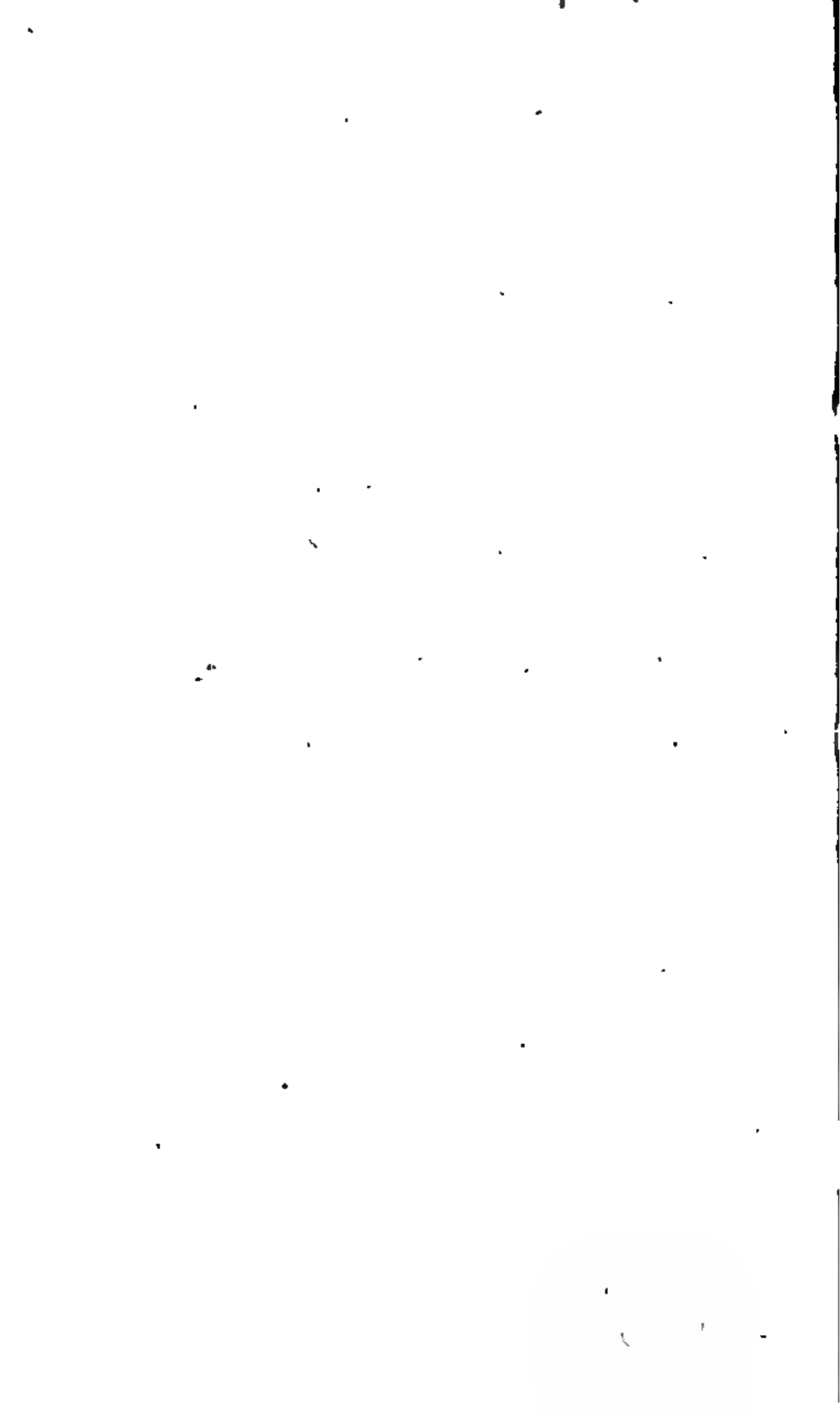
nung anzusehen. Zur Vermeidung einer solchen Kleinfängerey sind die Beyspiele eben so nothwendig, als Beyspiele einer bündigen Ordnung.

---

# **A n m e r k u n g e n**

zu der

**Einleitung der Staatspolizey.**



---

### I. Anmerkung.

**S**taatspolizey wird also nach der Absicht dieser Behandlung in der Folge mit Gesetzgebung (in Beziehung auf innere Sicherheit) gleichbedeutend gebraucht. Über die dem Worte Polizey sonst insgemein so wohl von Schriftstellern, als den Verwaltungen begelegte besondere Bedeutung kommt die weitere Erklärung in der zehnten Abtheilung vor.

### II. Anmerkung.

Der Wille ist der bestimmte, ist der einzige Gegenstand der Gesetzgebung, welche selbst, als Wissenschaft betrachtet, nur ein Zweig der angewandten Telemathologie ist, und unter diesem Gesichtspunkte erklärt werden kann: Die Wissenschaft, zu bewirken: daß der Bürger so wolle, wie er nach dem gesellschaftlichen Zwecke wollen soll. Die telemathologischen Werke eines Crusius, Febers, u. a. m. werden

also mit Unrecht bloß in die Hörsäle akademischer Vorlesungen, und in die Studierstube der spekulativen Gelehrten verbannt. Solche Bücher würden nützlich das Studium praktischer Geschäftsmänner von einer gewissen Klasse, und sollten unumgänglich Handbücher aller derjenigen seyn, welche auf die Gesetzgebung Einfluß nehmen. Darf ich es sagen? Ungehindert der tief sinnigen und vortrefflichen Schriften, welche über die Willenslehre, entweder als einen besondern Gegenstand, oder als einen Theil der allgemeinen Philosophie, vorzüglich in den späteren Zeiten an das Licht getreten, sollten nicht dennoch die eigenen Grundgesetze dieser Lehre noch erst zu entdecken seyn? a) Und,

a) Als ich diese Annahme von der Möglichkeit einer Mechanik des Willens bereits vor mehr denn fünfzehn Jahren zuerst niederschrieb, und einigen Freunden mittheilte, waren mir die verschiedenen Schriften F. V. Kants über die praktische Vernunft wenig bekannt. Nachher studierte ich die Werke dieses tiefdenkenden, eben so häufig in seinem Zwecke mißgefaßten, als vielfältig in seiner Darstellung von Gegnern und Anhängern mißverstandenen Philosophen in



wie kommt es, möchte man fragen, daß, indem hier und da Sätze im Einzelnen von einiger entfernten, zwischen

---

der Absicht, um meine Gedanken durch ihn zu berichtigen. Aber ich sah sehr bald, daß sein Ziel ganz verschieden von dem meinigen war: indem er als Lehrer einer Propädeutik der Moral in enger Beschränkung des Wortes, bey der objektiven Nothwendigkeit stehen bleibt, wo die Vernunft als Gesetzgeberin die Bestimmungsgründe, nach welchen ein bloß vernünftiges Wesen handeln soll, ganz und nur in sich selbst sucht; da entgegen die bürgerliche Gesetzgebung, (auf welche allein die hier zu entwerfenden Regeln sich beziehen) um den Menschen (das vernünftige, aber in untrennbarer Verbindung zugleich sinnliche Wesen) zu leiten (nicht zu unterrichten) einzig von subjektiven Bedingungen, nämlich, von Triebfedern der Neigung, Glücklich zu seyn, (die selbst nach der Kritik der praktischen Vernunft \*) nothwendig das Verlangen jedes vernünftigen aber endlichen Wesens, also ein unvermeidlicher Bestimmungsgrund seines Begehrens-Vermögens ist) Anwendung machen; nur

\*) 1ste Kppl., L. B. 1. Hauptst. 3ter Lehrsat., 2te Anmerkung.

der physischen und sittlichen Bewegung bereits wahrgenommenen Ähnlichkeit zu-

---

also durch die empirisch bedingte Vernunft, nämlich die Vernunft, welcher die psychologischen Momente, die natürlichen Neigungen zur Glückseligkeit nach ihrer Wichtigkeit zur Vergleichung vorgelegt werden, thätig wirken; zur Bestimmung des Willens nach gesellschaftlichem Zwecke nur die Kraft der sinnlichen Antriebe berechnen, und in Anschlag bringen, nur von dem Ueberschwunge dieser Antriebe der Sinnlichkeit den Erfolg erwarten: also, mit kritischer Genauigkeit zu sprechen, nicht dem Willen Gesetze, sondern technisch-praktische Regeln für das Handeln geben, und dadurch praktisches Wollen abhändigen kann. Libet addere propter imperitiores quosdam, etiam crassiore, ut vocant musa: Man würde mich unrecht deuten, mich unrecht beargwöhnen, indem ich bey der Gesetzgebung von dem Antriebe der Sinnlichkeit Gebrauch mache, daß ich da die Vernunft als leitend, die Freiheit als bestimmend aus ihrem Rechte verdränge, und die Beobachtung der Gesetze bloß durch das physische Gebieth der Selbstliebe zu erzwingen suchte. Zwar Folgeleistung zu erzwingen, das ist, in dieser Absicht Gebrauch von dem Ueberschwunge

gen, wie kommt es, daß diese Spuren unverfolgt geblieben, und da Newton der Ausleger von den Ge-

---

sinntlicher Antriebe zu machen, wenn dieses gleich die reine, oder wohl eigentlicher nur die transzendente Moral nicht thut, ist dennoch jede positive Gesetzgebung befugt; sonst wäre Strafe überall widerrechtliche Anmaßung: und selbst die positive (die geoffenbarte) Religion hält es nicht unter ihrer Erhabenheit, die Belohnungen und Strafen der Zukunft als Antriebe zur Tugend und als Schenkmittel gegen das Laster mitanzuwenden. Aber, — ich finde nothwendig, auf das schon Gesagte noch einmal zurückzukommen — aber die Vernunft erwehlet dabej nicht weniger ihr Amt, die Freyheit übet immer ihr volles Recht aus: weil, selbst nach dem Ausspruche des strengen Kant, die Selbstliebe in seine Maxime (Regel der Handlung) aufzunehmen, nothwendig ist; denn, wer wird nicht wollen, daß es ihm wohl ergehe? sie (die Selbstliebe) aber in so fern auch vernünftig ist, als theils in Aufsehung des Zweckes nur dasjenige, was mit dem größten, dauerhaftesten Wohlergehen zusammen bestehen kann, theils zu jedem dieser Bestandtheile des Glückseligkeits die tauglichsten Mittel gewählt wer-

setzen der physischen, Locke in einem gewissen Sinne der Ausleger von den Gesetzen der sittlichen b) Natur war, immer noch einem Dritten das Verdienst vorbehalten ist, zu zeigen, daß die Gesetze der physischen und moralischen Natur, obgleich verschieden im Gegenstande, dennoch nach den Mitteln und in der Anwendung diesel-

ben. Sieh: Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. 1tes St. S. 50. der zweiten Auflage in der Anmerkung. Nun ist Wählen eine Verletzung der Freiheit, und fordert Vergleichung der bestimmenden Momente, welches die Verletzung der Vernunft ist.

b) Nach dem, was die vorausgehende Anmerkung enthält, mag es vielleicht überflüssig seyn, hinzuzusetzen: daß sittlich, moralisch, hier nicht nach dem besengten Verstande der kritischen, sondern dem umfassenderen der dogmatischen Schule, also gewissermaßen mit intellektuell gleichbedeutend, im Gegensatz mit physisch genommen ist; in so fern nämlich dadurch die Handlung eines freien Willens angedeutet wird, das, um sich zu bestimmen, zwischen den, woher immer angebotenen Beweggründen die Vernunft zur Entscheidung anwendet.

Ben sind. Der Weg, auf welchem ein Mann von glücklichem Genie zu einer so wichtigen, an Folgen so fruchtbaren Entdeckung der auch hier bebehaltene erhabenen Einfachheit in den Naturgesetzen zu gelangen, suchen würde, dürfte ungefähr folgender seyn; er würde sagen:

1) tend. Alle Veränderungen im Physischen haben eine Bewegung zur Ursache, gehen sämtlich nach den Gesetzen der Bewegung vor, erhalten von der Bewegung ihre Richtung, hängen in ihrer Dauer davon ab. Die Handlungen des Menschen sind Veränderungen im Sittlichen; und keine Handlung geht ohne Vorbestimmung des Willens vor. Bewogen, das ist, bestimmt werden, zu wollen, ist also bewegt werden; c) bestimmt werden, auf eine gewisse Art zu wollen, ist eine gewisse Richtung erhalten haben.

- 
- a) Hier fällt der Unterschied zwischen der ethischen Bestimmung und der Bestimmung durch positive Gesetze am deutlichsten auf. Bey jener ist Wille selbstthätige Kraft, die bestimmt, bey dieser Last, welche bestimmt wird.

**Beharrlichkeit im Wollen, oder das Wollen nicht unterbrechen, ist die empfangene Bewegung fortsetzen, dauern lassen.**

2tenß. Um diese einmal wahrgenommene Gleichheit zu bekräftigen, würde er verfolgen: Im Physischen kommt jede Bewegung von einer Schwere, entweder der eigenen Schwere des bewegten Körpers, oder der fremden des bewegenden, das ist: von einer inneren, wie ich das von der Anziehungskraft entspringende Streben zu nennen mir erlaube, oder von dem Antriebe einer äußeren Kraft. Die eigene Schwere erhält d) den

---

d) Sich erhalten zeigt ein Streben an: Streben eine Thätigkeit, Thätigkeit eine Bewegung. Es gibt also, genau zu sprechen, in der Natur keine Ruhe. Aus diesem Grunde habe ich mir das sonst ungewöhnliche Wort: Unbewegung, als hier meinem Begriffe zusagender, erlaubt. Ein scheinbar nicht bewegter Körper drückt darum nicht weniger mit seiner Schwere beständig auf den Körper, der seine Unterlage ist, ohne dessen Widerstand zu überwinden. Auch hier ist eine Gleichheit zwischen Physischem und Moralischem. Eine Unterlassung ist bloß, nicht auf ei-

Körper auf seinem Plage, in seiner Stellung durch ununterbrochenes Streben nach dem Punkte der Schwere, oder sie fällt, durch dieses Streben, sobald die Hindernisse bey Seite geräumt sind, die sich demselben entgegen gesetzt hatten.

Drückung auf seine Unterlagsfläche, die dem Auge Ruhe, Unbewegung, und entgegen gedrückte Thätigkeit der Schwerekräftigung, die gleichsam Selbstbewegung ist, c) sind Wirkungen der eigenen Schwere.

Aber wenn die Schwere des wirkenden Körpers der Schwere des Körpers, auf den er wirken soll, entgegen kommt, so folgt Anstoß oder Aufhalten: je nachdem eine größere Schwere der geringeren auf einem Wege, in einer Richtung begegnet: je nachdem die äussere Kraft die innere durch Gleich-

ne verschiedene Art handeln; denn ein Stand, wo der Mensch ganz nicht handelte, läßt sich nicht begreifen.

a) Weil nicht äussere Kraft, sondern die dem Körper innewohnende Eigenschaft die Bewegung hervorbringt.

heit aufhebt, oder durch das Vorgewicht überwältiget.

Was die eigene Schwere der körperlichen Masse im Physischen ist, das ist im Sittlichen in Absicht auf die Handlungen das Gewicht der inneren Gründe. Das Gewicht innerer Gründe erhält in dem gegenwärtigen Zustande durch den Behaglichkeitstrieb, das ist, durch das beständige Bestreben nach dem Wohlstande, <sup>f)</sup> als dem Schwerpunkte, nach dem der Handelnde zieht; oder es treibt zu handeln an, wenn dasjenige bey Seite geschafft ist, was sich der inneren Kraft in ihrer Thätigkeit und in dem Streben nach dem Wohlstande widersetzt. Was also im Physischen die Schwere-  
 rehung, das ist, die Behaglichkeitsstrebung

f) Wohlstand für das Wort Gut, Lust, erschöpft den Begriff ungleich mehr; denn es weist deutlicher hin auch auf das Verneinende, auf die Abwesenheit des Übels, die Entfernung der Unlust, welche, im Durchschalte genommen, der größte, wenigstens der am häufigsten vorkommende Wohlstand ist.



(Streben nach Glückseligkeit) g) im Sittlichen. Die scheinbare Unbewegung (Ruhe) im Physischen ist im Sittlichen die Behaglichkeit des Zustandes: was im Physischen die scheinbare Selbstbewegung, das ist im Sittlichen Selbstbestimmung, h) innerer Trieb zu handeln.

---

g) Das Wort Glückseligkeit hat an dieser Stelle sämtliche darauf anwendbare Bedeutungen; die Tugend selbst, als Ursache der Glückseligkeit, oder diese letztere als die Wirkung, als Folge der Tugend: mithin ebenso die innere Glückseligkeit, wie den Wohlstand als Inbegriff, als Folge der befriedigten Neigungen, mithin äußere Glückseligkeit.

h) Da man bey gegenwärtiger Entwicklung das praktische Wollen überhaupt, bloß also das sogenannte Materiale, das ist, die Handlung selbst, nicht das Formale oder die Gesinnung (die Maxime, aus welcher gehandelt wird) im Gesichte behält, so begreift auch innerer Trieb nach dieser Berechnung alles, was der Handelnde nach der nöthigenden Vorschrift (das ist, dem Gesetze) zu handeln, zur Bestimmung in sich aufzuladet; sey es nun das nach Kant sogenannte Formalprinzip, bloß objektive Nothwendigkeit, Vernunftmäßigkeit; (mithin

3tenb. Wenn äußere Schwere einem Körper Anstoß und Bewegung gibt, so wird, um Zweydeutigkeit in der Bezeichnung i) zu vermeiden, die innere Schwere desselben, die Last, welche Bewegung empfangen, die äußere Schwere, welche Bewegung geben soll, Kraft genannt. Auf gleiche Weise ist Last der durch innere Gründe bestimmte Wille, und in Ansehung desselben sind die vom Außen angebotenen Beweggründe die bewegende Kraft. Das Gewicht der Gründe, die vom Außen kommen, gibt einen Anstoß, einen Trieb zu handeln. Was Anstoß dem Körper ist, der bewegt wird, das wird die Überredung, das wird Gebot dem zu bestimmenden Willen. Das Gewicht der äußeren Gründe widersezt sich dem Ge-

Freypwilligkeit) sey es das Materialprinzip, das ist: Rücksicht auf subjektive Bedingungen in Beabsichtigung des in der Handlung liegenden Vortheils.

- i) Vorzüglich die Verwechslung der einfachen Bewegung, wo eine Kraft auf eine Last wirkt, mit der zusammen gesetzten Bewegung, bey welcher zwey Kräfte auf eine Last wirken.

wichte der inneren Gründe, hemmet ihre Kraft, und hindert eine Handlung. Dem Aufhalten der körperlichen Bewegung sagt das Hinderniß der sittlichen, die Abmahnung, das nachdrücklich gemachte Verbot zu.

4ten. Die äussere Kraft (würde der Untersuchende fortfahren). erhält im Physischen durch die Geschwindigkeit eine Vergrößerung. Eine Kraft, die für sich nur 2 ist, aber mit der Geschwindigkeit wie 3 getrieben wird, wirkt gleich 6, die eine Last gleich 4 nothwendig von ihrem Plage hebt. Die sittliche Bewegung hat nicht weniger ihre Geschwindigkeit, wodurch das Gewicht der äusseren Gründe verdrängt wird, die Überraschung; von was immer für einer Seite oder Veranlassung dieselbe komme; welche nicht selten durch an sich ungleich schwächere, nur schneller wirkende äussere, die stärkeren inneren Gründe erschüttert, überwindet. Wie der Beobachter in dieser Vergleichung fortfähre, würde ihm jeder Schritt den folgenden ebnen.

5ten. Die Wirkung der Schwere im Physischen ist: a. Unbewegung zu erhalten, oder b. dazwischen zu versetzen, c. in der Bewegung zu er-

halten, oder d. eine Bewegung zu geben. Die Wirkung der Gründe im Moralischen ist ebenfalls in der Nichtthandlung zu erhalten, oder darein zu versetzen, in der Entschlossenheit zu handeln, zu erhalten, oder die Entschlossenheit dazu mitzutheilen: alles immer genau nach eben denselben Gesetzen, und gerade nach eben demselben Verhältnisse.

6ten. Die Unbewegung der Körper erhält sich durch sich selbst, wenn nichts dieselbe stört, wenn die Unterlagsfläche, worauf der Körper drückt, nicht verrückt wird, und denselben zu fallen, wenn keine stärkere Kraft ihn, Stellung und Ort zu verändern, zwinget. Die Nichtthandlung eben so. Der Behaglichkeitstrieb widersetzt sich jeder Handlung, so lange der gegenwärtige Wohlstand als die sittliche Unterlagsfläche nicht verrückt wird. Die Nichtthandlung erhält sich, so lange keine überwiegenden Gründe zu einer Veränderung der gegenwärtigen Lage bestimmen.

7ten. Der durch seine Schwere oder innere Kraft in Bewegung versetzte Körper wird in Unbewegung versetzt, wenn demselben eine gleiche Kraft ent-

gegen kommt, welche die Wirkung der ersteren aufhebt. Auf eben diese Weise, wo den inneren Gründen, welche zur Handlung bestimmt haben würden, äussere Gründe von gleichem Gewichte entgegen kommen, Kraft also und Last sich ausgleichen, heben sie die Wirkung der ersteren auf, und es muß die Nichthandlung erfolgen.

**Stens.** Der einmal in Bewegung gesetzte Körper erhält darin sich unanfschörlsch, bis eine andere Kraft die Bewegung schwächt, und zuletzt ganz einhält. So dauert die Entschlossenheit zu handeln ununterbrochen, dauert fort mit derselben Thätigkeit, welche ihr von dem Anstosse der bestimmenden Beweggründe zuerst sind mitgetheilet worden, bis andere Beweggründe in Weg treten, und dieselben schwächen, zurückhalten, zuletzt verschwinden machen.

**Stens.** Wird einem unbewegten Körper das Hinderniß weggerückt, das seiner Schwereftrebung im Wege stand, so tht die eigene innere Kraft ihre Thätigkeit aus, und setzt ihn in Bewegung; oder eine überwiegende äussere Kraft zwingt ihn, dem Anstosse zu folgen, den sie ihm mittheilet. So wenn das Hinderniß entfernt worden, das den inneren

**Beweggründen entgegen stand, oder wenn äußer. Beweggründe die inneren zur Nichthandlung überwiegen, wird die Entschlossenheit zu handeln die unfehlbare Folge.**

**10ten.** Die physische und sittliche Natur wirkt also einformig durch zurückhaltende und antreibende Kraft, und der Erfolg hängt in beiden abermals gleich von dem Verhältnisse ab, nach welchem eine und die andere Kraft angewendet werden.

**11ten.** Eine zu geringe Kraft kann die Bewegung einer größeren Kraft nur schwächen, aber solche nicht aufhören machen. Zu geringe abhaltende Beweggründe können die durch stärkere Beweggründe bestimmte Entschlossenheit bloß schwächen, nicht vereiteln; das ist: sie können nicht bis zur Nichthandlung bestimmen.

**12ten.** Eine zu geringe Kraft kann eine größere Schwere nicht zur Bewegung bringen. Von zu geringen einladenden Beweggründen bemächtigeren abhaltenden wird man die Entschlossenheit zu handeln vergebens erwarten.

13ten8. Gleiche sich entgegen kommende Kräfte können wechselseitig sich nicht bewegen, aber können wechselseitig ihre Bewegung hindern. Einladende Beweggründe, abhaltenden von gleichem Gewichte entgegen gestellt, bestimmen nicht bis zur Entschlossenheit zu handeln; aber abhaltende Beweggründe gleichen abhaltenden Beweggründen, gleich starke einladende, einladenden Beweggründen von gleicher Stärke zum Gegengewichte gesetzt, oder auch einladende und abhaltende, deren Größe auf sonst eine Art eine Gleichung gestattet, werden die Wagschale des Entschlusses im Gleichgewichte erhalten, das ist: gleiche Beweggründe im Gegensatze sind zureichend, zur Nichthandlung oder Unterlassung zu bestimmen.

14ten8. Aber zur wirklichen Handlung ist das Übergewicht der Gründe nöthig, wie zur wirklichen Bewegung der Körper das Übergewicht der Kraft. Und da jede Handlung ihre Absicht, wie jede Bewegung ihr Ziel hat, so geben Absicht und Ziel den Maßstab der Kraft, welche zur Handlung und Bewegung verwendet werden muß.

15ten6. Der Aufwand zu grosser Kraft ist Verschwendung, und von schädlichen Folgen. Zu grosse Kraft angewendet eine Bewegung hervorzubringen, reißt den in Bewegung gesetzten Körper mit sich fort, und hinaus über das bestimmte Ziel. Zu starke Beweggründe werden eine Handlung, aber nicht diejenige Handlung zuwege bringen, auf welche die Absicht sich beschränket hat.

16ten6. Zu grosse Kraft angewendet, einen bewegten Körper in den Stand der Nichtbewegung zu versetzen; wirft ihn über den Punkt, wo er stehen bleiben sollte, in eine gegenseitige Bewegung. Zu starke Beweggründe angewendet, um Handelnde zur Nichthandlung zu vermögen, versetzen auf gleiche Weise ihre Wirkung, und veranlassen, anstatt der Unterlassung eine der Absicht von der Gegenseite widerstrebende Handlung.

17ten6. Eine Last, die von zwey Kräften, deren jede, wenn sie einzeln wirkte, eine Bewegung nach ihrer (der Kraft) Richtung geben müßte, zugleich nach verschiedenen Richtungen Anstoß empfängt, wird durch die zusammengesetzte Bewegung auf eine



Quermittellinie (Diagonal) getrieben. Bey zwey verschiedenen zu einer Handlung sich begegnenden äusseren Beweggründen, deren jeder nach einer andern Richtung bestimmen würde; desgleichen auch bey zusammen treffenden zwey verschiedenen Handlungen k), zu deren je-

k) In der Voraussetzung einiger Anwendung von gegenwärtiger Theorie auf den Willen, würde die Lehre über den Zusammenstoß (der Collision) das ist, über die Antinomien der Bestimmungsgründe von den Grundätzen der zusammengesetzten Bewegung ihre Leitung zu entlehnen haben. Nach der Beispiet der Naturgesetze ist es geradezu unmöglich, einen praktischen Widerspruch in Naturpflichten zu denken; so nämlich, daß bey zwey sich ausschließenden Pflichten gleiche, ganz gleiche Beweggründe in den nämlichen Zeitraum fallen sollten. Man hat also wohl bis jetzt Zusammenstoß von Pflichten genannt, wo nur scheinbare Gleichheit zwischen den Beweggründen zu verschiedenen Pflichten vorhanden war. Der Beweis liegt selbst in den Regeln, welche für die Collisionsfälle gegeben werden. „Wahrer Widerspruch läßt weder Zueignung noch Aufhebung zu: und sobald sich ein Grund zu einer Handlung vor der andern auffinden läßt, (ist

der die bestimmenden Beweggründe von gleicher Stärke sind, treibt der zusammengesetzte Anstoß denjenigen, welcher zu handeln hat, auf einen Mittelweg, entweder, um von einer der beyden Richtungen sich nicht mehr, als von der andern zu entfernen (das ist dann das so genannte Mittelnehmen, die sogenannten Mezzi termini) oder, um der beyderseitigen Richtung gleich auszuweichen, welches dann die Ausfluchtmittel (Echappatoires) seyn werden.

---

erlaube mir, was ich bey einem andern Anlasse geschrieben habe, hier zu wiederholen) wo eine Reibung von Pflichten, wo eine Ordnung, ein Zuerst und Nachher statt findet, da ist keine Begegnung, keine Durchkreuzung möglich. Wenn sich aber, wie es nur zu oft übersehen wird, bey positiven Gesetzen ein Widerspruch von Pflichten findet, so ist dieses einer der grausamsten und schädlichsten Fehler der Gesetzgebung. Der rechtschaffene Mann steht sich zwischen beyden gegebenen Pflichten in eine folternde Unentschlossenheit gestellt: und derjenige, der die Gesetze als Zwang betrachtet, hat in der Unmöglichkeit, auf beyden Seiten Genüge zu leisten, einen Vorwand, keinem von beyden Gesetzen zu gehorchen."

zstens. Wie in dem Gesetze der Bewegung, so ist die physische und moralische Natur auch in den Gesetzen der Richtung und Dauer übereinstimmend. Doch ein Mann von grösserer Fähigkeit wird vielleicht einst ausführen, wovon ich hier nur in der Ferne, und gleichsam im Dunkeln die Möglichkeit einzusehen, nur von der Gelegenheit eingeladen, eine *Muthmassung* zu äussern, gewagt habe 1). Dann aber würde die Leitung einzelner Menschen, so wie die öffentliche Leitung ganzer Nationen eben den Grad der Zuverlässigkeit, den Grund der Gewissheit erhalten können, der allen Theilen der untrüglichen Wissenschaft, der Mathematik eigen ist. Ein Gesetz würde dann, wie eine Aufgabe aus der Mechanik oder Statik aufgelöst, die Wirkung der Erman-

- 1) Die weitere Vorarbeit würde in der Untersuchung und Berechnung der auf das Begehrungsvermögen als bestimmend wirkenden, das ist, der bewegenden Kräfte bestehen, wozu von der empirischen Psychologie, oder, wie es auch sonst genannt worden, der praktischen Anthropologie die Erfahrungssätze gegeben, und die Werke von Platner, Jakob, Moriz, Manhart, Schmid, Jth' u. d. g. als wichtige schätzbare Beiträge anzusehen sind.

terungen und Belohnungen, die Wirksamkeit der Strafen nach den Grundsätzen dieser Wissenschaft, wie bestimmte Verhältnisse m) berech-

---

m) Ich habe einen Zweifel, der sich gegen alles Vorausgehende anzubieten scheint, bis hieher verschoben, weil selber nur erst, nachdem ich meinen Gedanken mehrere Entwicklung gegeben, Verständlichkeit haben, und gehoben werden kann. Ob nämlich, da bey den angegebenen Regeln der moralischen Bewegung stets auf subjektive Bedingungen Rücksicht genommen wird, diese Regeln objektive Realität oder Gemeingültigkeit haben werden. Doch sollte ich diesen Zweifel kaum von Lesern besorgen, die sich die Mühe genommen haben, den Gang meiner Entwicklung mit einiger Aufmerksamkeit zu verfolgen. Denn diese würden beobachten: daß das Subjektive nur auf die bestimmenden Momente (die Beweggründe) Beziehung hat, nicht auch auf die Regeln, nach welchen diese Momente anzuwenden sind: daß also die Ersteren bey aller Verschiedenheit der Letzteren, an sich stets die nämlichen, folglich allgemein gültig bleiben: ungefähr, um die Sache durch ein populäres Beyspiel zu erläutern: wie die Waage beständig nach den nämlichen Gesetzen Gleichung und Verschiedenheit andeutet, von was für einer Art immer das seyn mag,

net, auf Gleichungen von Größen nach Summe und Differenz zurückgeführt werden können.

### III. Anmerkung.

Man verliere an diesem Orte den eigentlichen Gegenstand nicht aus dem Gesichte. Die Rede ist nur von denjenigen allgemeinen Beweggründen, welche die öffentliche Verwaltung den Hansdelnden anbietet. Dabey sind diejenigen Beweggründe, welche aus der Natur des Menschen abgeleitet, und nach einer andern Beziehung ebenfalls allgemein genannt werden können, als Grundlage vorausgesetzt.

### IV. Anmerkung.

Hier wird zuerst von der Aufklärung Grundlegung gemacht. Schon die Verbindung, in welcher dies

was in die Schale gelegt wird. Man sehe übrigens den 9ten Abschnitt: Von Strafen, woselbst von diesen Grundsätzen der Willenslehre einige Anwendung gemacht wird.

selbe gestellt ist, läßt wenigstens vor der Hand über den wahren Begriff des Wortes keinen Zweifel. Die weitere Berichtigung folgt in dem nächsten Abschnitte, wo von den öffentlichen Vorkehrungen zur Pflege der Wissenschaften gehandelt wird.

### V. Anmerkung.

Da der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft hypothetisch ist, nämlich Mittel zur Verbesserung des Zustandes der in die Gesellschaft übertretenden einzelnen Menschen; so enthält der Begriff des gemeinschaftlichen Guten nicht bloß den Begriff der Rechtlichkeit, sondern auch den der Gütlichkeit, und zwar in Rücksicht des Ganzen. Daher ist das Erkenntniß dessen, was in der bürgerlichen Gesellschaft gut heißt, nicht allein aus der objektiven Vernunftmäßigkeit geschöpft; demselben muß noch das Kenntniß der subjektiven Bedingungen, der bürgerlichen Glückseligkeit, und der Benützung der nicht sich überall gleichenden physischen Umstände und politischen Verhältnisse zur Beförderung dieser Glückseligkeit zugesellt werden. Solchergehalt ist der moralisch praktischen Vernunft in der gesellschaftlichen Ordo-

kung, das ist: in der Anwendung auf das Gesamtwesen, den Staat, eine ganz verschiedene Vertheilung von derjenigen zugewiesen, welche ihr bey dem einzelnen Menschen, und in dem Gebiete der Sittlichkeit zukommt. Bey diesem ist die Vernunft unmittelbar Gesetzgeberin, und schreibt vor, sowohl was zu thun, als was zu unterlassen ist. In Beziehung auf die gesellschaftliche Ordnung aber hört diese Autonomie auf. Die Zuträglichkeit, über welche nach den Regeln der Klugheitslehre entschieden wird, hat hier die Initiative der Gesetze, wenigstens in den meisten Fällen: und Vernunft von ihrer Seite, übet bey den von der Zuträglichkeit gemachten Anträgen nur das Veto aus, in so fern als diese Anträge sich mit der Moralität, das ist, mit der allgemeinen Gerechtigkeit im Widerspruche fänden. Auch also unter der Voraussetzung, irgend eines Staates von Weisen, den die Gelehrten nur gedichtet nie gekannt haben \*), unter der Voraussetzung, die sich mancher Schriftsteller so leicht verwirklicht: die Aufklärung sey bey einem Volke so allgemein verbreitet, zu einem solchen Grade gestiegen, daß jedermann sich alle Gesetze der Moralität selbst entwickeln, mithin von dieser Seite die Vorschriften und Leitung der Gesetzgebung vollkommen

entbehren könnte; auch unter dieser Voraussetzung wird die einzelne Vernunft (Privatvernunft) dennoch in Ansehung der Glückseligkeit nach den verschiedenen Abstufungen derselben, immer einer Gemeinvernunft (öffentlichen oder Regierungs-Vernunft) bedürfen, indem es der ersteren schlechterdings unmöglich ist, alle Umstände, deren Kenntniß, als bloßer Thatfachen, nur durch Wahrnehmungen erhalten wird, in Verbindung zu bringen, und den Handlungen eine solche Gestalt zu geben, daß hieraus in der Richtung derselben allgemeine Zweckmäßigkeit, Übereinstimmung, und Gleichförmigkeit nach dem Erfordernisse der bürgerlichen Ordnung und Glückseligkeit zu erwarten wäre.

\*) Si qua sit Sapientum civitas, quam docti fugunt magis quam norunt. Livius hist. l. 26 c. 22.

## VI. Anmerkung.

Folgsamkeit, und Folgeleistung sind im strengeren Verstande ganz verschiedene Begriffe. Die Folgsamkeit wirkt stets Folgeleistung. Aber nicht immer wird aus Folgsamkeit Folge gekieft; in so fern nämlich die materielle Handlung



zwar mit der Vorschrift des Gesetzes übereinkommt, aber nicht aus freyer Unterwerfung unter Bürgerspflicht, sondern mit dem Rückblicke auf die Zwangskraft, gehandelt wird. Nach dem hier angenommenen Sinne aber, wo die freywillige und erzwungene Befolgung unter dem Ausdrucke: allgemeine Folgeleistung zusammengefaßt wird, geht die Absicht der öffentlichen Verwaltung dahin; daß Niemand, — man erlaube mir diesen Neologismus, — unfolgsam seyn wolle, noch jemand unfolgsam seyn könne.

## VII. Anmerkung.

Die englischen Schriftsteller fassen alles unter Liberty (Freiheit) und Property (Eigenthum) zusammen. Freyheit hat Beziehung auf Personen, Rechte, Handlungen; Eigenthum auf Ehre und Vermögen.

## VIII. Anmerkung.

Wennbey manchem gebietendem Gesetze nicht sogleich auffällt, daß der Beweggrund bestimmend ist, so rühret es daher, weil das Gesetz nach der

Form der Auflage gebietend lautet, indessen selbes in der Wesenheit bloß untersagt. So wird z. B. verordnet: „Jeder hat im Handel sich berichtigter Waare (Eile, Gewicht, u. s. w.) zu gebrauchen.“ Eigentlich wird, um den Betrug zu hindern, verboten, mit unberichtigtem Waare zu verkaufen.

## IX. Anmerkung.

In dem Ausfalle dieser Berechnung sucht die Gesetzgebung die Gründe auf, bey welchen Gesetzen a) die Beobachtung für sich, ohne alle andere Befestigung erwartet werden kann b): bey welchen der Entgegenhandlung durch die bloße Erklärung der Ungültigkeit zureichend Inhalt geschieht c): welche Gesetze endlich durch hinzugefügte äussere Beweggründe befestiget werden müssen. Der erste etwas seltenere Fall ist: wenn der Vortheil aus dem beobachteten Gesetze unter allen Umständen von einleuchtend überwiegender Grösse gegen den Vortheil der Nichtbeobachtung ist. Ein Beispiel eines Gesetzes oder einer Verordnung dieser Gattung wäre: „Niemand soll über den gefrorenen Fluß gehen, bis das öffentliche Zeichen aufgestellt ist, daß es nunmehr ohne Lebensgefahr geschehen kann.“ Der

zweyte Fall ist, wo die Folgen der Nichtbeobachtung, mithin der gänzliche Vortheil derselben, mit der Ungiltigkeit der Handlung vollkommen verschwinden. So ist die Vorschrift bestimmter Förmlichkeiten bey Testamenten, oder bey gewissen Verträgen schon dadurch genug gesichert, daß ein Testament, ein Vertrag ohne Beobachtung dieser Förmlichkeiten recht unngiltig sind. Der dritte Fall wird in der Folge dieses Paragraphes behandelt,

#### X. Anmerkung.

Selflove still stronger, as its objects nigh,  
Reasons at distance and in prospect lie.

*Pope.*

#### XI. Anmerkung.

Mit einem Guten, das ist: mit einer Belohnung. Man hat mir in verschiedenen Recensionen die Erinnerung gemacht; ich hätte unter den Trewen zur bürgerlichen Folgsamkeit die Belohnungen übergangen. Ich glaube hierüber rechtfertigende Gründe anführen zu können. Ich wußte,

daß der Redner Isokrates behauptet: Gleichheit sey nur da, wo Jedermann nach Verdienst belohnet und bestraft wird. Ich habe bey Xenophon die Antwort gelesen, die man dem Cyrus auf die Frage gab: Ob er an dem gemeinen Krieger, wie an den Anführern, alles eben so belohnen sollte, als er alles an beyden bestrafen werde? Die Hand, welche der Kriegsrath, die alles straft, muß auch alles belohnen. Selbst der Gesetzgeber Justinian nimmt zur Absicht, wie er am Eingange zu den Pandekten sich ausdrückt: „Nicht allein durch Furcht der Strafen, sondern auch durch den Antrieb der Belohnungen zu bewirken; daß die Menschen gut seyn sollten.“ Und überhaupt, wer kennet nicht, was über Belohnungen von den alten und neueren Schriftstellern gesagt worden? Aber so sehr auch Dragonetti geübt hat, den Enthusiasmus des Augenblicks zu benützen, und Beccarias gesepertem Traktate: Von Verbrechen und Strafen, seine billig vergessene Deklamation: Von Tugenden und Belohnungen zum Seltenstücke zu geben, so wird es immer nur eine rednerische Antithese bleiben, nie ein in der Ausübung anwendbarer Grundsatz der öffentlichen Leitung werden können, wenn man Belohnungen als

ein allgemeines Triebwerk zur Befolgung der Geseze den Strafen gegenüber stellt. „Die „Hoffnung der Belohnung kann, wie Humepolit. „Ess. V. beobachtet, das Ansehen der Geseze zwar „in Beziehung auf einige einzelne Menschen vergrößern, aber in Beziehung auf das Allgemeine dasselbe „nie entstehen machen.“ Die Übertretung, worauf Strafe verhängt ist, muß in der Absicht der öffentlichen Verwaltung, wie in der Wirklichkeit des Erfolgs Ausnahme, die Beobachtung des Gesezes muß Regel seyn. Wo es sich umgekehrt verhielte, da wären Geseze fruchtlos gegeben, da wären der öffentlichen Verwaltung die Bügel entföhren. Nun kann zwar der Richter z. B. einen Gewichtsälcher zum Schandpfahle verurtheilen. Doch, wie soll der Gesezgeber alle diejenigen belohnen, welche mit berichtigtem Masse und Gewichte verkaufen? Außer dem Vortheile also, der aus der inneren Güte des Gesezes selbst fließet, kann die Nichtübertretung keine andere Belohnung erhalten, noch ansprechen, als die Nichtbestrafung.

Non furtum feci — — — — —

— — Habes pretium: loris non ureris.

Non hominem occidi: non pascas in cruce

corporis.

Auch steht dem bisher Gesagten nicht entgegen, dafern die Regierung der Verwendung und Ausschaffung bey Aemtern und Beförderungen den Vorzug gesetzlich zusichert, oder eigentlicher: Niemand ohne Verwendung, ohne Eiltten zu einem Amte befördert. Denn, man wird doch nicht Belohnung heißen, daß der Staat bloß die gemeinste Klugheitsregel nicht überseht, und sich von dem Schwachkopfe nicht Rath geben läßt, oder dem Schurken kein Rasse anvertrauet; daß er da Fähigkeit und Rechtlichkeit fordert, wo der Abgang des einen oder des andern ihm selbst zum Nachtheile gereichen würde. Wie also? und wann kann in der öffentlichen Verwaltung von Belohnungen Anwendung gemacht werden? Die ganze Lehre darüber läßt sich in wenigen Sätzen erschöpfen. Bürgerpflicht in dem unbeschränktesten Umfange der Bedeutung ist: die Verbindlichkeit, dem gemeinen Wesen alles zu leisten, was jeder, demselben zu leisten, fähig ist. In diesem Sinne wird die Bürgerpflicht untergetheilt in vollkommene oder Zwangspflicht, deren Nichterfüllung einer Verantwortlichkeit unterwirft, und in unvollkommene oder Verdienstpflicht, deren Unterlassung keiner Verantwortlichkeit unterwirft. Pflichten der ersten Gattung sind alle

gesetzlich auferlegten allgemeinen Bürgerpflichten, Standespflichten, Amtspflichten; Pflichten der zweyten Gattung sind alle diejenigen, die nicht unter den vorhergehenden begriffen sind. Daß für Erfüllung derjenigen Pflichten, auf deren Nichterfüllung Strafe verhängt wird, für Belohnungen kein Platz gelassen ist, kann von Niemand in Zweifel gezogen werden. Belohnungen bleiben also nur anwendbar: a) bey Verdienstplichten, in so fern durch die Leistung derselben dem gemeinen Wesen ein vorzüglichlicher Vortheil zuwächst. b) Bey Zwangspflichten eines Standes oder Amtes, deren Erfüllung eine nicht gewöhnliche Anstrengung voraussetzt, zu deren Übernahme also besondere Aufmunterungen angeboten werden müssen, da der Antrieb gewöhnlicher Bestimmungsg Gründe unzureichend seyn würde. c) allenfalls auch noch bey einer langen genauen Erfüllung von Zwangspflichten, wo eine solche Beharrlichkeit als Bepspiel aufgestellt zu werden verdienet.

## XII. Anmerkung.

An sich ist die durch das Gesetz gedrohte Strafe als Be-

weggrund nur verneinend, Vermeidung, Nichtgefühl des Übels. Aber der Handelnde, der von einer Seite sich zur Übertretung gereicht, von der andern durch die Strafe von der Übertretung abgezogen findet, nimmt bey Gegeneinanderstellung der einladenden und abhaltenden Beweggründe die vermiedene Strafe in seinen Überschlagn als ein positives Gutes auf; gleich groß mit dem Übel, das er sich durch die Übertretung zugezogen haben würde. Folgendes ist die Formel der Berechnung, die, mit mehr oder weniger deutlichem Bewußtseyn des Handelnden, zwischen Kraft und Gegenkraft (siehe den 3ten und 14ten Satz der zweyten Anmerkung) gemacht wird. Das aus der Beobachtung der Gesetze selbst zugehende Gute sey eine Größe 3; die Übertretung dagegen verheisse einen Vortheil gleich 4; also wird der Überschuß 1 zur letzteren bestimmen. Die Strafe aber bedrohe mit einem Übel gleich 2, dessen Vermeidung der Handelnde als ein Gutes gleich 2 betrachtet. Diese 2 zu dem 3 des Vortheils aus der Befolgung des Gesetzes geschlagen, ist die Summe des Vortheils aus der Beobachtung 5. Hier von den Vortheil der Übertretung gleich 4 abgezogen; bleibt noch überwiegender Vortheil 1, als Bestimmungsgrund zur Befolgung. Oder unter andern gegebenen



Verhältnissen: Vorthell der Beobachtung gleich 2, Vorthell der Übertretung gleich 4; bestimmt das Mehr von 2 zur Übertretung. Aber die Strafe bedrohe mit einem Übel gleich 3, dessen Vermeidung als ein Gutes, gleich 3 zu dem 2 gerechnet wird, so die Beobachtung des Gesetzes für sich gewähret; Summe des Vorthells aus der Beobachtung 5; hiervon die Grösse 4 des Vorthells aus der Übertretung abgezogen, bleibt in dem Überschusse 1 ein Bestimmungsgrund zur Beobachtung.

Ich widerstehe dem Reize der Gelegenheit nicht, schon hier, obgleich mit einiger Überholung, auf die einleuchtende Deutlichkeit aufmerksam zu machen, mit welcher durch Anwendung der Berechnung auf Gegenstände der Gesetzgebung der sonst gleichsam an Dunkel empfundene Satz anschaulich wird; Daß in allen Güte der Gesetze und Grösse der Strafen stets in umgekehrtem Verhältnisse stehen; daß also nur asiatische Willkühr und Eigenmacht, wo der Wohlstand des Volkes in keine Betrachtung kommt, durch Henker und Mordbeile gehandhabet werden müssen. Dieser wichtige Satz, durch dessen Nichtverkenntung eine Regierung nicht weniger sich als die Gefinnungen der Nation und der Menschheit ehret, ist in folgenden zwey Fällen dargestellt:

I. a. Güte des Gesetzes sey 2

b. Übertretungsgrund 4

muß c. Strafe, als Übergewicht zur Befolgung 3 seyn;  
Denn, wenn die Kraft b. 4 (als Bestimmungsgrund  
der Übertretung) durch 1 Mehr (als Bestim-  
mungsgrund zur Befolgung) überwältiget wer-  
den soll, muß zu a. 2, b. 3 hinzugefügt, und so-  
hergestalt mit 5 gegen 4 in vereinigter Kraft gewirkt  
werden. Dagegen sey

II. a. Güte des Gesetzes 3

b. Übertretungsgrund 4

braucht c. Strafe als Übergewicht nur 2 zu seyn;  
Denn, um die Kraft b. 4 (als bestimmend zur Übe-  
tretung) durch 2 Mehr (als Bestimmungsgrund  
zur Befolgung) zu überwältigen, wird zu a.  
3 der Zuwachs mit c. 2 zureichen, weil dadurch  
gegen b. 4 eben so eine überwältigende Kraft  
von 5 erhalten wird.

## Erster Abschnitt.

### Von der Aufmerksamkeit auf den sittlichen Zustand.

---

S. 74.

Die Sitten sind ein gemeinschaftlicher Gegenstand der Moral, der Religion, und der bürgerlichen Gesetzgebung: aber jede behandelt die Sitten nach ihrer besonderen Absicht; die beyden ersten als Zweck, um Sittlichkeit zu befördern, die letzte nur als Mittel a), um durch die Sittlichkeit die Übereinstimmung der Handlungen mit den Gesetzen desto zuverlässiger zu erhalten. Die Gesetze schreiben also nicht Sitten vor, aber sie machen, daß Sitten entstehen. Nach dieser Verschiedenheit ist auch der Grundbegriff der politischen Tugend von dem Begriffe der Tugend, wie Sittenlehre und Religion sie fordern, verschieden. Die politische, die Gesellschafts-Tugend, oder

eigentlich die bürgerliche Tugend ist die Fertigkeit, die Handlungen mit den Gesetzen der Gesellschaft übereinstimmend einzurichten. Das Triebwerk, wodurch diese Übereinstimmung erhalten wird, die Gesinnungen, die *Maxime* des Handelnden, kommen nicht mit in die Erklärung, da sie bey der Tugend, wie Moral und Religion sie betrachten, nicht hinweg bleiben dürfen. Indessen ist das Besorgniß ohne Grund, als wäre die gesellschaftliche Tugend für Religion und Sittenlehre gefährlich. Sie würde es dann seyn, wenn gesellschaftliche und moralische Tugend gegen einander in Widerspruch ständen. Aber nichts weniger, als dieses. Zwar, nach dem Endzwecke des Gesetzgebers ist die erste, wo er auch nur diese erhält, zureichend; doch wird die zweyte dadurch nicht ausgeschlossen, sondern dabey sogar vorausgesetzt. Denn eine weise Gesetzgebung wird stets darnach streben, die Gesellschaftstugend überall vorzüglich auf die moralische zu gründen 1); ist es gleich aus Unzulänglichkeit der in ihrer Gewalt liegenden Mittel nicht möglich, zu erkennen, ob jeder Handelnde seine gesellschaftliche Tugend in der Ausübung ebenfalls auf Sittlichkeit gründe. Zufrieden also, wie

Kant mit scharfsinniger Unterscheidung spricht: Bürger von guten Sitten, wenn gleich nicht durchaus sittlich gute Bürger zu haben, muß die gesellschaftliche Leitung sich begnügen, auf das Äußere, gleichsam auf den Körper der Handlungen allein zu sehen, und es dem aufklärenden Unterrichte überlassen, den Geist der höheren Gesinnungen und inneren Uebergang mit der gesellschaftlichen Tugend zu verbinden.

a) S. 5. 68.

### §. 75.

Die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung in Ansehung des sittlichen Zustandes läßt sich unter zwey Gesichtspunkte zusammenziehen: 1ten. Daß sie gute Sitten durch die schädlichsten Mittel zu bilden suche: 2ten. Daß sie sich bestrebe, alles dasjenige abzuschaffen, was diese Mittel entkräften, und dem Fortgange guter Sitten entgegen stehen kann.

### . 76.

Die vorzüglichsten und wirksamsten Mittel zur  
Erster Band

Bildung der Sitten sind Religion, Erziehung, und Wissenschaften.

§. 77.

Unter diesen behauptet die Religion zuverlässig den ersten Platz. Sie ist das sanfteste Band der bürgerlichen Gesellschaft; sie unterrichtet durch ihre verehrungswürdigen Lehren im Guten; sie muntert durch Verheissungen zur Ausübung desselben auf; sie schreckt durch Drohungen von Übelthaten ab, und bewirkt durch die Wiederkehr zur Tugend, die sie dem Verbrecher einschärft, und die Ausöhnung, die sie dem Wiederkehrenden anbietet, die Besserung der Lasterhaften. Sie vermehret also die bestimmenden sowohl als die abhaltenden Beweggründe, recht zu handeln, und unrecht zu unterlassen. Und bey dem Mangel einer, ihre Wirkung bis auf die thätige Bestimmung des Willens allgemein sich erstreckenden Überzeugung von den Vortheilen der gemeinschaftlichen Ordnung würde die Gesetzgebung sich in unzählbaren Fällen unbesolten finden, wenn die Religion ihr nicht wohlthätig die Hände böte. Wohin das Auge des menschlichen Gesetzgebers, und darum auch die Stra-

se des bürgerlichen Richterstuhls nicht verlassen kann, ist der erhabene Grundsatz der Allgegenwart Gottes 2), als eines Zeugen und Richters aller, selbst der geheimsten Handlungen, das einzige Mittel 3), bösen Unternehmungen Einhalt zu thun. Die Erfahrung unterzeichnet auch in der Ausübung den Ausspruch Warburtons 4): Daß die Lehre von einem zukünftigen Leben, von Belohnungen und Strafen, jeder bürgerlichen Gesellschaft unentbehrlich ist 5). Daher kann die öffentliche Verwaltung diesen Leitriemen in ihren Händen nicht vernachlässigen, und ihr Wunsch muß selbst nach Rousseaus Lehre a) darauf gerichtet seyn: Daß jeder Bürger im Staate eine Religion habe 6) die ihn seine Pflichten lieben mache.

a) Cont. Social, L. 4. chap. 8.

## §. 78.

Unter diesem Gesichtspunkte erscheinet also erklärte Freygeisterei, wie überhaupt jede absichtliche Ausrufung und Verbreitung von Sätzen, welche die gesellschaftliche Ordnung untergraben, als ein politisches Verbrechen, weil sie der

öffentlichen Verwaltung ein auf alle übrigen einwirkendes Mittel, die allgemeine Folgeleistung zu erhalten, entreißet. Bacon und Montesquieu sind nie als Verfolger verdächtig gewesen: Niemand, schreibt der erste, läugnet Gott, als die, denen daran liegt, daß keiner wäre; a) und der zweyte: b) Aus der Meynung: Es sey kein Gott, fließt unsere Unabhängigkeit, oder unsere Empörung. Nach ihrem Ausspruche wird also der Gottessläugner entweder ein laßerhafter und zügelloser, oder ein widerspenstiger, aufrebellischer Bürger seyn. Sey man noch den Ausspruch des über diesen Gegenstand gewiß unverdächtigen Rousseau hinzu, der dem Staate das Recht der Verbannung gegen einen Menschen ohne Religion einräumet, c) nicht zwar als gegen einen Gottlosen, aber als gegen einen Ungefelligten, als gegen einen, der, die Gesetze und die Gerechtigkeit aufrichtig zu lieben, unfähig ist. Es liegt folglich der Ruhe und Glückseligkeit des Staates daran, erklärte Freygeister nicht zu dulden.

a) Sermones fideles etc.

b) Esprit des loix, L. 24. ch. 2.

c) Contr. social. L. 4. ch. 8.



## §. 79.

Aber Verschiedenheit in Religionsmeinungen, wodurch von der herrschenden Religionslehre abgewichen wird, ist nicht Freygeistererey, (7) mit welcher sie nur die Wuth der Unbuddsamkeit, (der Fanatismus der Intoleranz) vermengen kann. Der erste Ursprung der Intoleranz ist ungezweifelt in den Theokratien zu suchen. Die Geschichte der Egyptier, wo der Orden der Priester, die Geschichte des älteren Galliens, wo der Druidismus eine theokratische Aristokratie errichtet hatte, die ältere Geschichte der Juden, der Kalife, des Lama von Tibet, des Dairi von Japan, wo die Theokratie die Gestalt der Monarchie und des Despotismus annahm, die Geschichte des Papstthums in den mittleren Zeiten, als die Thiara ihre Ansprüche bis zur Untermwürfigkeit der Kronen empor trieb, sind darüber pragmatische Beweise. Wo die bürgerliche und religiöse Gewalt sich in einer und derselben Person vereinigen, das heißt: wo der Begriff des Regenten und des kirchlichen Gewaltträgers der Gottheit in einander fließen, (8) da hat jedes Gesetz den Charakter eines Glaubenssatzes, und jeder Glaubenssatz den Charakter eines politi-

schen Gesetzes. Dadurch wird jede politische Über-  
 tretung Empörung gegen die Gottheit; und  
 jede Abweichung von Glaubensmeinungen wird als Ver-  
 rath gegen den Staat angesehen, oder geltend  
 gemacht. Nichts indessen ist einfacher und bestimmter,  
 als die Grundsätze, welche über Religionsfrey-  
 heit und Duldung leiten sollen. Die öffentliche  
 Verwaltung wird von dem Grundsatz ausgehen:  
 Daß die Religion in der Leitung der bürger-  
 lichen Gesellschaft unter keiner Beziehung stand,  
 (9) sondern nur Mittel ist. Sie wird an diesem  
 Grundsatz den zweyten reihen: Daß dieses Mittel in  
 der Ergänzung der in der politischen Verwaltung  
 mangelnden ermunternden und abhaltenden  
 Beweggründe, und vorzüglich der letzteren be-  
 steht. Diese Beweggründe aber bietet jede Religion an,  
 welche das Richteramt der Gottheit anerken-  
 net. Also liegt die Aufnahme jeder Religion,  
 (10) die für die Zukunft eine Belohnung der  
 Rechtchaffenheit und Tugend, eine Strafe des La-  
 sters lehret, in der Natur der bürgerlichen Verfas-  
 sung.

## §. 80.

Jedoch die Religionen sind zugleich Lehrgebäude von Sätzen und Meinungen, deren Einwirkung auf die bürgerliche Gesellschaft keineswegs aus den Augen gesetzt werden darf. Nicht, als stünde der öffentlichen Verwaltung über Meinungen auf irgend eine Art ein Recht oder eine Gewalt zu. Sie kann nicht verordnen, diese Meinung anzunehmen, oder nicht anzunehmen. Denn es gebührt ihr zu einer solchen Verordnung an allen Mitteln, dieselbe handzuhaben; selbst an Mitteln, nur um zu wissen, ob ihre Verordnung befolget werde. Aber die Meinungen der Religion können auf äussere Handlungen einfließen; und Handlungen in ihren Beziehungen auf die gesellschaftliche Ordnung sind ein Gegenstand der bürgerlichen Aufsicht und Gewalt. Wosern nun diese Meinungen, woraus das Lehrgebäude einer Religion besteht, nicht von Erfüllung einer Bürgerpflicht abhalten; wosern sie also durch ihren Einfluß die bürgerliche Ordnung nicht stören, so ist keine Ursache vorhanden, den Anhängern solcher Meinungen, von welcher Gattung diese auch seyn mögen, die unbefchränkte Aufnahme in alle bürgerlichen Rechte zu verweigern. Der gesellschaftliche Vertrag

kann hier ganz gegenseitig geschlossen, und erfüllt werden: Genuß aller Rechte, gegen Leistung aller Pflichten. Hindern die Meinungen einer Religionslehre zwar die Erfüllung irgend einer Pflicht, jedoch einer solchen bloß, für welche die öffentliche Verwaltung einen Ersatz annehmen kann, z. B. das Waffentragen; alsdann ist, wenn dieser Ersatz von der öffentlichen Verwaltung angenommen wird, die den Gliedern einer solchen Religionsparthey gewährte Ausnahme schon im eigenen Verstande Duldung: denn sie stehen gegen die bürgerliche Gesellschaft in einem ungleichen Vertrage. Da sie gleich anderen Bürgern nicht alle Pflichten erfüllen, können sie auch nicht alle Rechte ansprechen. Aber, wären die Meinungen einer Religion von der Art, daß sie sogar von unersehbaren, und daher unerlässlichen Pflichten abwenden; wie die Lehre der Ebnaiten, die nach dem Epiphanius das Arbeiten für sündhaft gehalten haben sollen; die Anhänger einer solchen Lehre können auch nicht einmal geduldet werden. Der Staat muß zu ihnen sprechen: „Die Erfüllung der Bürgerpflichten ist die Bedingung der Ausnahme in dem gesellschaftlichen Vertrag; ihr aber seyd unvernünftig, diese Bedingung auf irgend eine Art zu er-

fallen." Wenn man dieser Entwicklung folget, wird man sich leicht überzeugen, daß die Staatsverwaltung eigentlich keine religiöse, sondern bloß eine politische Duldung oder Nichtduldung kennet, wobey nicht die Religion als Religion in Betrachtung kommt, sondern als ein System von Meinungen, die ihrer Folgen wegen duldbar oder nicht duldbar sind; unter welchem Gesichtspunkte dann auch eine philosophische Sekte, der Stoiker z. B., wegen ihrer Meinung über die Selbstentleibung, nicht geduldet werden könnte; oder wie man den Orden nicht geduldet hat, der beschuldiget ward, durch Lehren und Schriften den Dolch fanatischer Ungeheuer gegen das Leben der Fürsten geschärft zu haben.

### § 81.

Auß der engen, untrennbaren Verbindung der Religion mit der zeitlichen Glückseligkeit der Bürger, und mit der gemeinschaftlichen Sicherheit, wird die Verbindlichkeit (11) und das Recht der Gesetzgebung abgeleitet, ihre Sorgfalt a) auf den Unterricht des Volkes in Religionspflichten zu erstrecken, b) den Mißbräuchen in der Religion

zu wehren, und c) über die äussere Ordnung der Religionsübungen und Geberlichkeiten zu wachen.

### §. 82.

Dem Unterrichte in den Pflichten der Religion hat der Staat überall eine zweckmässige Richtung zu geben:stens damit er der gesellschaftlichen Ordnung in keinem Stücke widerstrebe:stens damit er zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung mitwirke. (12) Dieser Unterricht, auf dem offenen Lande besonders, ist darum der größten Aufmerksamkeit würdig, weil bey dem Landvolke die Lehre der Religion meistens die Stelle der Sittenlehre vertritt, und gleichsam das einzige ist, was auf die Denkungsart desselben einen wirksamen Eindruck macht. Das erste, worauf die Vorsorge der öffentlichen Verwaltung in dieser Absicht gerichtet werden muß, sind zureichende und gebildete Seelforger. (13)

### §. 83.

Zureichend werden sie seyn, wenn die Pfarrbezirke nicht zu groß (14) ausgemessen werden. Die

Volksmenge, welche der Pfarrer zu besorgen hat, die Größe und Beschaffenheit der Landstrecke, auf die seine Amtsverrichtungen sich verbreiten müssen, geben zur Ausmessung der Pfarrbezirke den Maassstab, größtentheils in einem zusammengesetzten, wechselseitig umgekehrt einwirkenden Verhältnisse, so, daß eine gewisse Volksmenge auf einer kleineren Strecke vertheilet, einer zwar kleineren Volksmenge, die aber auf einer größeren Strecke zerstreuet ist, daß eine größere Strecke Flachlandes einem kleineren Gebirgslande, also auch eine kleinere Volksmenge im Gebirge einer größeren im Flachlande gleich zu halten sind. Bey zu grossen Pfarrbezirken ist ein zweysacher Nachtheil unvermeidlich. Der Pfarrer kann weder zu dem Unterrichte des Volkes, noch zu den übrigen Religionshandlungen, die ihm sein Amt auferleget, zu reichen: und dem Volke selbst ist die Entfernung, besonders zur Winterszeit, oft ein scheinbarer Vorwand, oft eine gegründete Ursache, Gottesdienst und Unterricht zu verabsäumen. Diese Betrachtung ist im gewissen Masse auf alle Länder, die dem Christenthume zugethan sind, aber vorzüglich auf katholische anwendbar, wo die Religionsübung und Auspendung der Sacramente die Versammlung

der Gemeinde um ihren Seelsorger, und wieder den Besuch des Seelsorgers bey einzelnen Eingepfarrten zur wesentlichen Pflicht machen. Da es nicht wohl möglich ist, jedem kleinen Dorfe seinen eigenen Pfarrer zu geben, so soll wenigstens der zeitliche Nutzen der Seelsorger der geistlichen Bestimmung stets untergeordnet bleiben.

#### §. 34.

Religion und Staat können nur dann sich gebildete Seelsorger a) verheissen, wenn der junge Klerus in zweckmäßigen und gleichförmigen Grundsätzen zu seinem Berufe heranwächst; aber der gebildete Mann auch hinlängliche Beweggründe, einem so mühevollen Amte sich zu weihen, findet.

a) S. §. 32.

#### §. 35.

Die Zweckmäßigkeit der Grundsätze, worin der Klerus heranwachsen soll, liegt ganz in seiner künftigen Bestimmung zur Seelsorge. Er soll bey der Gemeinde, der er vorstehen wird, wie



für die Lehren und Gebote der Religion Verehrung, in gleichem Maße auch Bürgergesinnungen und ehrerbietige Folgsamkeit gegen die Gesetze durch Unterricht und Beyspiel einflößen. Die Bildung des jungen Klerus muß daher nach dieser Absicht hin gerichtet, die Gleichförmigkeit aber, und was für die allgemeine Ordnung von der äußersten Wichtigkeit ist, die Zuverlässigkeit einer solchen zweckmäßigen und gleichförmigen Bildung läßt allein sich von Häusern erwarten, worin der junge Bürger, der sich dem geistlichen Stande widmet, ohne Ausnahme, nach einem von dem Staate festgesetzten Plane Unterricht und Gefinnungen empfängt, und nicht weniger zum Bürger als Priester herangezogen wird. Die Einsicht der Zeit hat alle Einwendungen gegen das Recht des Staates über die Priesterschaft von selbst zum Schweigen gebracht. So bald es entschieden ist, daß die Seelsorge auf die gemeinschaftliche Ordnung Einfluß nehmen kann, nehmen soll, tritt der Seelsorger in die Klasse der Staatsbeamten über. Dieser Übergang gibt seinem Stande eine politische Wichtigkeit, unterwirft ihn aber, gleich andern Beamten, der allgemeinen Leitung. Oder, gewinne das Amt des Seelsorgers, auch in Rücksicht auf seine geistlichen Amtspflichten

dabey, wenn er in der bürgerlichen Verfassung sich ohne Beziehung, ohne Haltung, bloß als ein unverbundenen Nebenwerk hingestellet fände?

### §. 86.

So lange das Amt einer Seelsorge Gegenstand der Bewerbung seyn wird, seyn soll, werden dabey die nämlichen Beweggründe a) wirken, wie bey jedem andern Amte, bey der Wahl eines jeden Standes: Unterhalt, Aussicht und Achtung.

a) S. §. 84.

### §. 87.

Ein zu sparsam getheilter Unterhalt wird natürlich fähige Männer von Ämtern entfernen, welche nach ihrem vielfachen Einflusse nur mit fähigen Männern besetzt seyn sollten. Die Einkünfte der Pfarrer bestehen entweder in Geld, in angewiesenen Grundstücken, in Beheuten, oder in zugewiesenen Abgaben. Schon die Sorgen einer Landwirthschaft an sich selbst werden den Seelsorger zu sehr zerstreuen, (16) und ihm zu viel von einer Zeit rauben, die seinem Berufe, dem Unterrichte und

Dem Lesen angehört. Und wie ansehnlich ist sonst für einen Mann, dessen Handlungen seiner Gemeinde Beispiel werden sollen, eine Art von Einkünften, zu deren Einbringung er, beynahe Kornwucher gleich, auf höheren Kornpreis zu spekuliren, in die Lage gesetzt ist. Auch Abgaben und Entrichtungen, unter welcher Benennung ihm solche bey seiner Gemeinde zugewiesen seyn mögen, wenn sie gleich nicht mit Strenge, sondern nur mit Genugthuung eingefordert werden, machen den Hirten in den Augen der Herde verhaßt. Man beschuldigt ihn einer gefühllosen Härte, und alle Lehren der Menschenliebe sind dann in seinem Munde kraftlos. Läßt er im Gegentheile sich nachsehend finden, so läuft er Gefahr, den größten Theil seiner Einkünfte zu verlieren. Keine (17) Welcheinkünfte sind also für den Unterhalt der Pfarrer die schicklichsten; und diese müssen keineswegs nach einer kargen Berechnung des nothwendigsten Bedürfnisses ausgemessen, sondern zureichend seyn; zureichend, nicht bloß um dem Pfarrer ein von Unterhaltungsorgen freyes Leben zu versichern, sondern ihn auch in dem äußeren Amtsaufstande zu behaupten, worauf bey dem Volke immer ein Theil der Achtung mit beruhet. (18) Auch bis dahin sollen die Einkünfte zureichen, um den Pfarrer in Stand

zu setzen, durch Werke der Wohlthätigkeit brüderlichen Beystand zu geben, und die Lehre der Liebe durch Handlungen als Beispiele zu unterstützen. Der Staat kann um die Mittel zur Bestreitung dieser Einkünfte nicht verlegen seyn. An sich wäre dazu kein neuer Aufwand, sondern bloß eine ebenmäßiggere Vertheilung der überreichen Pfründen und Pfarreinkünfte erfordert. Denn es ist bekannt, daß wohl meistens diejenigen Pfründen, die ohne Seelsorge sind, die stärksten Einkünfte genießen; daß, da manche Pfarrer nicht einmal ihren dürftigen Unterhalt haben, andere hingegen übermäßige Einkünfte besitzen. Für beyde kann es zureichen, wenn, wo an einem Orte Ueberfluß ist, abgenommen, und an dem andern der Nothwendigkeit zugelegt wird:

### §. 88.

Ich führe nur die Gleichstellung zwischen dem Amte des Pfarrers und anderen Ämtern im gemeinen Wesen weiter aus, wenn ich für den ersteren eine Aussicht a) zur Verbesserung seiner Umstände, als Antrieb und Ermunterung, und in der Folge als Belohnung seines mit Eifer und Auszeichnung bekleideten Amtes nothwendig halte. Diejenigen haben über die

Zriehwerke menschlicher Handlungen nie Beobachtungen gemacht, die sich überreden können, daß ohne Hoffnung irgend eine Thätigkeit sich rege erhalten, das ist: daß, der sich bereits am Ziele sieht, noch erst zu laufen bemühen werde. Der einfachste Plan, Seelsorgern eine ermunternde Aussicht zu eröffnen, würde seyn: wenn das Einkommen der Pfarrämter nach einer dreysachen Klasse bestimmt, und die Vorrückung in eine offen gewordene höhere Klasse bloß nach dem Dienstalter festgesetzt wäre, sobald dem, an welchem die Vorrückung hält, über seine Pflichten nie eine ämtliche Erinnerung gemacht worden. Die weitere Beförderung zu Decanaten, Kanonikaten, Kirchenwürden und Bischofthümern bliebe verhältnißmäßig dem ausgezeichneteren Verdienste bey der Seelsorge, welches der Erfolg und die Äußerung der öffentlichen Meinung nie zweifelhaft lassen, vorbehalten. Wofern der Verwirklichung dieses Planes Patronatsrechte und Verfassung der Domstifte hier oder da im Wege stehen, so beweiset dieses nichts gegen die Nützlichkeit desselben. Es beweiset nur, daß die öffentliche Verwaltung sich die Gelegenheiten nicht soll entgehen lassen, wo sie, ohne gleichwohl durch gewaltsame Mittel Rechte zu vereiteln, die unter dem Schutze

der Geseze erworben worden, die Hindernisse eines nützlichen Planes nach und nach vermindern kann.

a) S. 5. 86.

### S. 89.

Es wird genug seyn, darauf zu deuten, daß auch eine beruhigende Aussicht in die Zukunft, wann Alter und Gebrechlichkeit dem Amte der Seelsorge vorzustehen, nicht mehr erlauben, unter die Gründe der Berufswahl mitgehören; daß also auch im Gegentheile, eine Aussicht, die am Ende einer mühevollen Laufbahn Verlassenheit, oder was ungefähr der Verlassenheit gleich kommt, einen auf das länglichste Bedürfniß des Lebens berechneten Gehalt zeigt, abschrecken muß. Bey der Unmöglichkeit, jedem abgelebten Pfarrer einen verhältnißmäßigen Ruhegehalt zu geben, bietet die Ehelosigkeit des Klerisey in den katholischen Ländern den Vortheil an, die Pflicht der Versorgung gegen diese verdienten Beamten in wohl eingerichteten Presbyteraten oder sogenannten Emeritenhäusern abzutragen.

## §. 90.

Von der Achtung, a) die einem sowohl in Beziehung auf die Kirche als den Staat so wichtigen Amte versichert werden soll, will ich ebenfalls nur ein Wort hinzusetzen. Der Einfluß auf die bürgerliche Glückseligkeit soll billig den Rang in der bürgerlichen Gesellschaft entscheiden. Dadurch wird der Pfarrer natürlich über die Besitzer der sogenannten einfachen Pfründen zu stehen kommen, die in der Kirche und in dem Staate ohne Nutzen wie ohne Zweck, höchstens nur als eine Verzierung, stets als Nebenwerk angesehen werden können. So bald zureichender Unterhalt, Rang, Aussicht zur Verbesserung seiner Umstände, Aussicht zur Beförderung und in ein versorgtes Alter, mit dem Amte der Seelsorge verbunden sind, so wird an geschickten Mitwerbern um dasselbe nie Abgang zu besorgen seyn. Unter diesen Mitwerbern muß dann die Wahl durch vorgeschriebene Prüfung, ohne andere Rücksicht, als den Vorzug der Gäßigkeit (19) und Sitten bestimmt werden.

a) S. §. 86.

Es läßt sich erwarten, daß ein wohl geleiteter Religions-Unterricht, und die vorsichtige Besetzung der Pfarren mit zweckmäßig gebildeten Priestern von selbst Mißbräuchen größtentheils den Eingang in die Religion wehren wird. Gleichwohl darf die öffentliche Aufsicht die Sorgfalt nicht aus den Augen verlieren, überhaupt alles, was einen so wichtigen Gegenstand in der Meinung des Volkes abwürdigen könnte, zu hindern, oder abzustellen. Der Aberglaube, diese Entweihung der Vernunft, dieser schändliche Mißbrauch der Religion und des heiligsten Vertrauens, untergräbt auf einem andern Wege als die Freygeisterey, aber gleichmächtig die Religion; oder vielmehr: der Aberglaube führt zu und ist, und desto schneller, desto allgemeiner Freygeisterey herbey, je häufiger und gröber die Trugklünfte sind, durch die er zu wirken sucht. Denn, da der Aberglaube seine Irrthümer und Übungen unter dem Namen der Religion selbst aufdringt, und sie dadurch mit dieser verähdlicht, so ist es natürlich, daß bey dem wahrgenommenen Betruge auch die Verachtung beyde nicht trennet, und mit dem Aberglauben zugleich die Religion weggeworfen wird.



Die Völker Italiens 20), deren Leichtgläubigkeit zu unterjochen, der Aberglaube alle Künste erschöpft zu haben schien, können Regierungen Beweis und Warnung seyn, wie reißend und unaufhaltsam der Übergang vom Aberglauben zum Unglauben ist. Die Ereignisse unserer Zeiten liefern das unläugbarste Beispiel, daß die religiöse wie die politische Unterdrückung bey dem ersten Anstöße in Zügellosigkeit und Anarchie überspringt. Wenn daher Verbreitung des Unglaubens als ein politisches Verbrechen anzusehen ist, so hat die öffentliche Verwaltung gleiche Gründe der Strenge gegen Verbreitung des Aberglaubens, worin sie stets in dem Verhältnisse sich unerbittlicher zu zeigen, aufgefordert findet, in welchem der Standort desjenigen, der dabey handelt, oder Rücksicht zeigt, Zutrauen einflößen, und der Sache Ansehen geben kann. Der Stufengang der Hierarchie stellet hier die Dechanten zu Aufsehern ihrer Bezirke, die Bischöfe zu Aufsehern ihrer Sprengel. Aber es wird nicht überflüssig seyn, der politischen Magistratur die Aufsicht gegen diejenigen zu übertragen, welche abergläubische Lehren und Übungen einzuführen, oder zu verbreiten suchen.

## §. 92.

Gleiche Gründe empfehlen auch der Sorgfalt der öffentlichen Verwaltung, durch die kleineren, so mannigfaltig verkleideten **Schleichläuſte** 21), welche nicht selten unter der Benennung und Beschönigung *piarum fraudum* (frommer Trugläuſte) Eingang oder Duldung gefunden haben, die Wirkung der wesentlichen Religionstheorie nicht schwächen, die verehrungswürdigen Religionsübungen nicht entstellen zu lassen.

## §. 93.

Aber, wie nichts der Religion vor dem Volke mehrere Verehrung erwirbt, nichts ihren Lehrern größeren Nachdruck gibt, als wenn der äussere Wandel derjenigen, welche sich dem Altare adhären, von der eigenen inneren Überzeugung den Beweis ablegt, und ihre Handlungen gleich ihrem Munde unterrichten: so setzt die Religion auch nichts so sehr herab, entkräftet nichts ihr Ansehen so sehr, als Widerspruch der Worte und des Wandels bey dem Klerus. Die sogenannte *Disciplina* der Klerisey ist also ein wesentliches Stück der Aufsicht, welche die Regierungen der Religion 22) schuldig sind.

## S. 94.

In dieser Aufsicht gehöret nicht weniger, daß bey den Geprängen und Feyerlichkeiten a), welche den äusseren Religionsdienst ausmachen, Anstand und Ordnung herrsche. Die Wachsamkeit wird hier nicht ohne Nachtheil verabsäumen: und wenn die Gesetzgebung es für wichtig hält, den Geprängen ihrer öffentlichen Verhandlung durch Anstand und Ordnung Ansehen zu geben, so kann sie die Nothwendigkeit eines gleichen Schutzes für die ehrwürdigen Gepränge der Religion unmöglich verkennen. Die öffentliche Aufsicht wache daher, damit die Religionsübungen von Niemanden gestört, und alles, was dieselben unterbrechen könnte, entfernt werde. Aus dieser Wachsamkeit fließen die Verordnungen von der anständigen Begehung der Feyerstage, von Beschränkungen des öffentlichen Verkaufes an diesen Tagen, die Verbote, vor oder während des Religionsdienstes Gasthäuser und Schenken offen zu halten, in denselben spielen, tanzen, oder sonst Lärmen zu lassen. Diese Verbote sind mehr oder weniger streng, auch in manchem Staate bis zur Einstellung aller öffentlichen Ergötzlichkeiten, bis zum jüdischen Sabbathe übertrieben. In man-

den Ländern sind als eine Nachahmung der alten Kirchenzucht Kirchenaußseher bestellt, welche diejenigen, so sich in den Bethäusern unehrerbietig betragen, öffentlich abmahnen, oder hinaus geben heißen. Da die Klerisey zur Handhabung der äußeren Ordnung keine Zwangsmacht hat, so kommt hier der weltliche Arm, wo es nöthig ist, durch seine Zwangsmittel zu Hilfe, und hält die Störer der Ordnung durch Sucht und Strafen von Anstößen und Unanständigkeit ab.

a) S. S. 81.

## §. 95.

Nach der Religion hat die Erziehung<sup>a)</sup> auf die Sitten ungezweifelt den größten Einfluß. Zwar ist die Erziehung der Kinder, die eigene Pflicht der Eltern und Familien: aber in dem Kinde wird nicht nur dem Privathause ein Sohn, eine Tochter, auch dem gemeinen Wesen wird ein Bürger, wird eine Bürgerin erzogen. Die Erziehung kann also dem Staate nicht bis dahin gleichgültig seyn, daß sie, von der Gesetzgebung unbeforgt, bloß der Privatwillkühr und Privateinflüß überlassen werde. Die Gesetze der Erziehung sind

nach der wichtigen Bemerkung Montesquien's, die ersten, denen der künftige Bürger unterworfen wird. Die öffentliche Verwaltung arbeitet daher vergebens, wenn die erste Richtung, die der Wille und die Fähigkeiten der Jugend erhalten, verschieden von derjenigen läuft, welche die Gesetze dem reiferen Alter geben sollen. Zwey Linien, die nach einer anfangs auch unwahrgenommenen schiefen Richtung gezogen werden, können nie wieder in einen Punkt zusammentreffen. Die Entfernung wird desto stärker, je mehr die Linien sich verlängern. Dennoch sind bey nahe in allen heutigen Staaten Vorschriften abgängig, welche die Erziehung des einzelnen Bürgers mit dem Plane des gemeinen Wesens und der öffentlichen Gesetze in Verbindung und Übereinstimmung bringen 23). Es wäre nützlich, es wäre nothwendig, auf die Mannigfaltigkeit der bürgerlichen Bestimmungen gerichtete Erziehungspläne, dergleichen verschiedene Schriftsteller versucht haben, zu entwerfen, wornach Altern ihre Kinder zu erziehen, verpflichtet würden. Und dieser Theil der öffentlichen Sorgfalt ist ohne Zweifel nicht zu unwichtig, um seine eigene Magistratur zu haben 24), wozu Männer von geprüfter Rechtschaffenheit und Erfahrung gewählt, und durch begelegtes An-

sehen in den Augen des Volkes ehrwürdig gemacht werden müßten. Man könnte sie **Aufscher der Erziehung** 25) nennen, unter deren mehrere die Bezirke zur Aufsicht vertheilet würden. Die öffentlichen Schulen könnten die Berrichtungen dieses Amtes erleichtern, wenn jeder Bürger seine Kinder ordentlich zur Schule zu senden, verbunden wäre, und die Aufsicht über die Schulen sich mit der Aufsicht über die Erziehung vereinbarte. Solche Erziehungsplane für beyde Geschlechter 26) und eine zur Befolgung derselben bestellte Magistratur hielten dann das Mittel zwischen der allgemeinen öffentlichen 27) und der nur sich überlassenen Privaterziehung, wodurch den Nachtheilen von beyden ausgewichen, aber ihre Vortheile glücklich vereinbaret werden könnten.

a) §. 76.

## §. 96.

Ist es von Seite der Altern Pflicht, ihren Kindern die gehörige Erziehung zu geben, so hätte die Magistratur der Erziehung darüber zu wachen, damit diese Pflicht nach dem Zwecke des allgemeinen Erziehungsplanes erfüllt werde. Die nachlässigen Altern

müssen zur Erfüllung derselben durch Zwangsmittel gehalten, Lasterhaften aber ihre Kinder abgenommen, jedoch ein Theil ihres Vermögens zur Erziehung festgesetzt werden, damit das Laster nicht das manchem willkommene Mittel werde, sich einer mühsamen und Aufwand fordernden Pflicht zu entziehen, welcher wohlgestaltete Altern unterworfen sind. (28)

### §. 97.

Bey Kindern aber, die keine Altern, keine vermöglichen Verwandte (29) haben, oder eigenes Vermögen nicht besitzen; bey Kindern, denen ihre Altern der Jahre, der Mittellofigkeit wegen, selbst Erziehung zu geben, nicht fähig sind; bey denen, zu welchen sich, wie bey abgesetzten Kindern, niemand bekennet, muß der Staat an die Stelle der Altern treten, und für die Erziehung besorgt seyn. Verordnungen, wodurch Grundobrigkeiten aufgetragen wird, Kinder von herumschwefelnden Altern, oder verlassene Kinder, die ihre Altern nicht kennen, auf ihre Kosten zu erziehen; Verordnungen, welche die Unterbringung der Findlinge Gemeinden, in deren Bezirke,

oder Hauseigentümern, unter deren Dach-  
traufe Kinder hingelegt werden, zur Pflicht machen;  
Verordnungen, welche den Handwerksinnun-  
gen Alternlose Kinder in die Lehre zu nehmen, befeh-  
len, sind zwar ein Beweis, daß man die Notwen-  
digkeit und Pflicht dieser Vorsorge erkennet: sind  
aber bey weitem unzureichend, solche zu erfüllen.  
Dazu sind Erziehungsanstalten notwendig,  
die nach Verschiedenheit der Absicht und Volks-  
klassen Akademien, Findlings- und Wai-  
senhäuser genennet werden.

### S. 98.

Der ursprünglichen Bestimmung nach waren die  
sogenannten Akademien, Kollegien, Pension-  
ate und ähnliche Stiftungen für beyde Geschlechter  
Waisenhäuser, wo die Kinder der höheren  
Stände, die entweder alternlos, oder deren Äl-  
tern nicht vermögend genug sind, ihren Kindern  
eine angemessene Erziehung zu geben, auf Kosten  
des gemeinen Wesens erzogen werden sollten. Nach  
der Hand sah man, daß diesen Kosten ein Beytrag  
verschafft werden könnte, wenn auch gegen Bezah-  
lung Kinder darin aufgenommen würden. Und dieses



ward zugleich für diejenigen ein nützlich angebotenes Hilfsmittel, welchen Geschäfte, Entfernung, oder ähnliche Hindernisse die häusliche Erziehung und Bildung ihrer Kinder erschwerten. Zuletzt fand die Häuslichkeit der Familien und die Gemüthslichkeit der Altern ihre Rechnung dabey, sich die Erziehung der Kinder weniger kostbar zu machen, oder sich der Aufsicht darüber ganz zu entladen. In manchem katholischen Staate ward, und wird noch, bey nahe der ganze Adel beyder Geschlechter, in Akademien und Pensionaten unter der Aufsicht von Ordensmännern und Nonnen erzogen. Unter dem Vorwande, die Zöglinge nicht aus dem Gesichte zu lassen, legte man es endlich darauf an, daß die für die männliche Jugend bestimmten Häuser eigene Lehrer und ordentliche Studien erhielten. So wurden sie zugleich hohe Schulen für den Adel, und die Erziehungsanstalt änderte sich nach Zweck und Gestalt größtentheils in eine Unterrichtsanstalt um. Es ist für den Staat von äußerster Wichtigkeit, diese Häuser überhaupt zu ihrer ersten Absicht wieder zurück zu führen, oder wenigstens den Unterricht der Jugend, die darin aufwächst, nicht von dem öffentlichen Unterrichte abzusondern. Es ist hier weder der Ort, noch meine Absicht, umständ-

lich darauf einzugehen, wie sehr jede Art von gemeinschaftlicher Erziehung, selbst die überdachten Plane und die vortrefflichste Ausführung vorausgesetzt, in Ansehung der Bildung des Verstandes, des Herzens und der Gefinnungen der gut geleiteten besondern, oder Privaterziehung nachsteht. Ich würde nur wiederholen, was ich (30) und andere vor mir bereits oft gesagt haben. Aber folgende Betrachtungen sind vielleicht nie gemacht worden: Daß die öffentlichen Schulen an ihrem Nutzen verlieren müssen, wenn sie von der adelichen Jugend unbesucht, gewissermassen nur für die unteren Klassen des Volkes bestimmt zu seyn scheinen; daß der Adel, wenn bey dem öffentlichen Unterrichte der Sohn des Ministers sich nicht selten von dem Sohne eines Werkmannes verdunkelt sähe, zu mehrerer Verwendung angereizt; daß bey einem gemeinschaftlich ertheilten, gemeinschaftlich erhaltenen Unterrichte zwischen dem Adel und den übrigen Klassen kein solcher Abgrund bestehen würde, welcher Bürger eines und desselben Staates so sehr von einander entfernt, und sie unter sich gleichsam zu Fremdlingen macht. Die Jugend ist zur Vertraulichkeit geneigt, ihr Herz steht den Eindrücken der Freundschaft offen; der Erbsohn eines Fürstenthums würde den fähigen, gesitteten Bürgersohn

als Jüngling und Schulgenosse lieb gewinnen, und ihn auch als Mann schäzen und unterstützen. Die Umstände und Ereignisse des Augenblicks machen es jedem wohlmeinenden Schriftsteller zur Pflicht, sich die Gelegenheit nirgend entgehen zu lassen, wo die Regierungen erinnert werden können, daß sie den verschiedenen Bürgerklassen nicht zu viele Annäherungspunkte geben, die wechselseitige Eintracht derselben nicht durch zu viele Fäden unter sich verbinden und befestigen können.

### S. 99.

Die Findelhäuser a) sind öfters zugleich wirkliche Waisenhäuser: aber die eigene Bedeutung des Wortes Findelhaus bezeichneth nur den Ort, wo Kinder abgelegt, und, gleichsam dem Staate zu erziehen, übergeben werden. Sie sind also der erste Rettungsort für unglückliche Früchte der Schwachheit, der Ausschweifung und des Elendes. Eine solche Anstalt an sich selbst ist ganz nicht kostbar: sie fordert mehr nicht, als ein in einer unbefuchteren Strasse dazu gewidmetes Haus von wenigen Zimmern, eines oder zwey Weiber an der Wunde, bestellt die Kinder aufzunehmen, eine Wehmutter, die abgelegten Kinder zu besorg-

gen, einige Sängammen, um sie für den Augenblick zu stillen, einen Schreiber, sie in das Protokoll (30) einzutragen. Aber soll diese wohlthätige Einrichtung wahren Nutzen schaffen, so muß die Aufnahme darin leicht und unentgeltlich seyn. Keine Formalität, keine Umwege, keine Empfehlung müssen gefordert werden. Die verlassenen Kinder haben immer den nächsten Anspruch auf die öffentliche Vorsorge; und diejenigen, für welche auch Niemand den Aufwand eines Wortes macht, sind die verlassenen. Alle Unterscheidung also, alle Nachforschung, ob es ein eheliches oder uneheliches Kind, das Kind vermögender oder unvernögender Ältern sey, muß entfernt werden. Weil es an diesen Ort gebracht wird, so ist es ein Kind der Dürftigkeit oder Verlassung: das soll seine kräftigste, seine einzige Empfehlung seyn.

a) S. 97.

§. 100.

Und ich besorge weder, daß die unbefchränkte Leichtigkeit der Aufnahme die Ausschweifung vergrößern, noch daß der Staat durch zu häufig abge-

legte Kinder zu sehr werde beschwert werden. Die Ausschweifung denkt nie, Kinder zu zeugen; und es enthält einen offenkundigen Widerspruch, den abhaltenden oder bestimmenden Beweggrund einer Handlung davon herzuleiten, woran bey der Handlung selbst nicht gedacht wird. Das Mädchen, das noch so viel über sich gewinnt, um in dem Augenblicke der gereizten Leidenschaft den Folgen nachzudenken, welche ihre Verirrung begleiten können, braucht keine andere Zurückhaltung. Wo also an Kinder vorgebracht wird, unterbleibt, wenigstens in den meisten Fällen, die Ausschweifung. Aber die Schwachheit hat unverwahrte Augenblicke; die Verführung weiß den Blick von der Aussicht in die Zukunft abzulenken; die Überlegung schweigt. Die Kinder, welche dann geboren werden, sind unerwartete, sind wider Wunsch und Absicht eintreffende Folgen, für deren Erhaltung die Menschlichkeit immer das Wort führt, und denen ihre Schuldlosigkeit an der Vergeltung der Eltern ein Recht auf den öffentlichen Schutz gründet.

### §. 101.

Der Staat ist diesen Schutz um desto mehr verpflichtet.  
 Erster Band. M

lichen Kindern schuldig, welche von ihren Ältern ver-  
lassen werden. Man erkennet die Festigkeit des Ban-  
des, das die vorsorgende Natur zwischen Ältern und  
Kindern geknüpft hat, nicht genug, wenn man glaubt,  
Ältern würden die ihnen durch solche Häuser angebote-  
ne Gelegenheit, ihrer Kinder los zu werden, mit so  
vieler Begierde ergreifen. Die Erfahrungen sind viel-  
mehr häufig, beynähe täglich, wo die dürftigsten, oft  
selbst die lasterhaftesten Menschen, nur durch den stärk-  
sten Zwang dahin gebracht werden müssen, ihre Kin-  
der von sich zu lassen. Auf jeden Fall sind die ebeli-  
chen Kinder, denen das Findelhause zu Nutzen  
kommen soll, entweder von dürftigen Menschen, wel-  
che, indem sie die Kinder von sich lassen, mit widerstre-  
bendem Gefühle nur der Nothwendigkeit weichen: in  
diesem Falle sind es die Ältern, denen die öffentli-  
che Vorsorge Beystand schuldig ist: oder es sind Kin-  
der bösgenater, leichtsinniger, Kinder sol-  
cher Ältern, die froh sind, die Pflicht der Erzie-  
hung von sich zu wälzen: in diesem Falle sind es die  
Kinder, welchen der Staat seinen Schutz schuldig  
ist. Er ist diese Sorgfalt sogar sich selbst schuldig,  
damit aus verwahrlosten Kindern nicht lasterhafte  
Männer heranwachsen, in welchen er einst Feinde der  
gemeinschaftlichen Sicherheit zu bestrafen haben würde.

## §. 102.

Von dieser letzteren Betrachtung geleitet wird man einsehen: die öffentliche Vorsorge habe damit noch nicht genug gethan, daß sie die Aufnahme bey freiwillig überbrachten Kindern erleichtert. Sie muß die Hilfsbedürftigen in den Häusern selbst aufsuchen, oft von den Strassen wegholen, und in die Erziehung übernehmen. Sie wird in diesem Stücke von den Hauseigenthümern, Weshmüttern und Pfarrern Nachricht erhalten können, als welche anzuzeigen hätten, wann von Leuten, die entweder sehr arm oder Langenichts sind, Kinder geboren, oder zur Laufe gebracht werden.

## §. 103.

Die in das Findelhaus überbrachten Kinder erwarten nun die Erziehung, die ihnen auf eine zweysache Art gegeben werden kann: einzeln, gegen bezahltes Kostgeld, oder gemeinschaftlich in eigenen Waisenhäusern. Daß die Säuglinge, wo man nicht den größten Theil davon verloren geben will, nicht zusammen in einem Hause behalten, sondern auf das Land zur Stillung, und gleichsam zu

der ersten physischen Erziehung vertheilt werden sollen, darüber ist man einig. Man ist es weniger darüber: ob es vortheilhafter sey, solche Kinder nach zwey oder drey Jahren weiter noch bey ihren Pflegältern zu lassen? oder, sie zur Fortsetzung der Erziehung in eigens veranstaltete Waisenhäuser zurück zu rufen? Das Bürgerspital in Wien war zum Theile auch ein Waisenhaus. Ungeachtet nun bey diesem Versorgungsorte die Kosten des Hauses, des Dienstoffes, der Ärzte und Apotheker, die sonst einem eigenen Waisenhause allein zur Last fallen, gemeinschaftlich getragen wurden, so geben die Auszüge aus den Registern dennoch den Unterschied des Aufwandes bey einem Kinde, das in dem Hause unterhalten ward, gegen die Erziehung auf dem Lande mit 44 zu 30 Gulden an, nämlich: für 660 Gulden wurden in dem Hause fünfzehn, auf dem Lande aber zwey und zwanzig Kinder erzogen. Die Erziehung außer dem Hause kommt also um ein Drittheil weniger zu stehen: oder der Staat kann mit gleichen Kosten um ein Drittheil mehr Kinder erziehen. Mit diesem wichtigen Unterschiede in Ansehung des Aufwandes vereinbaret sich die weniger ausgefegte Gesundheit, die einfachere, der künftigen Bestimmung angemessenere,



Lebensart der Söglinge, die natürliche Anleitung zu häuslichen Verrichtungen u. d. gl., welche die Fortsetzung der Erziehung bey einzelnen Pflegältern vor den Waisenhäusern empfehlen. Da bey Knaben im Durchschnitte das sechszehnte, bey Mädchen das vierzehnte Jahr ungefähr das Alter ist, wo der Körper einen festeren Stand zu nehmen anfängt, so muß bey Erreichung dieser Jahre auf Unterbringung der Kinder zur Handwerkslehre, oder in Dienste gedacht werden. Die Kreisämter, die Obrigkeiten des Orts, die Pfarrer können den Austrag erhalten, über die bey ihnen vertheilten Waisen die Aufsicht zu führen.

#### §. 104.

Indessen werden auch wirkliche Waisenhäuser a) immer einigen Nutzen schaffen, besonders, wo man so glücklich ist, daß die Wohlthätigkeit reicher Bürger solche Stiftungen errichtet, oder wo sonst zur Unterhaltung dieser Häuser ergiebiger Beytrag gehofft werden kann; den die öffentliche Aufsicht nicht aus der Hand der Mildthätigkeit allein, sondern auch aus der Hand der Ruhmbegierde und des Stolzes empfangen wird, wenn sie die Mittel nicht verschmäht, welche die Eitelkeit der Menschen in das

Spiel setzen. Die Erziehung in diesen Häusern muß dann dem Endzwecke gemäß eingerichtet werden. Vor allem muß der Unterschied zwischen Findlingen und Waisen ganz aufgehoben, und dadurch einem solchen Erziehungs Hause alle Bweydeutigkeit benommen werden. Ubrigens werden in diesen Häusern überhaupt nur Kinder erzogen, deren künftige Bestimmung Gewerh und Handarbeit ist. Sie müssen also nicht lecker, aber zureichend genähret, zur Keinslichkeit und Ordentlichkeit, die auf ihren künftigen Stand einfließt, angehalten, in den Pflichten der Religion und des bürgerlichen Lebens gehörig unterrichtet, auch zum Lesen, Schreiben und Rechnen angeführt werden. Sie müssen den Müßiggang, als ein Last, sogleich von Jugend auf verabscheuen lernen, und daher, so bald es ihre Kräfte zugeben, nach Unterschied des Geschlechtes und der Fähigkeit, zu denjenigen Arbeiten angeführt werden, die für sie schicklich, und in der Folge nützlich sind. Dieses letztere zu erreichen, ist es zuträglich, die Waisen Häuser mit Arbeits- und Manufaktur-Häusern in einigen Zusammenhang zu bringen, woraus auch noch der Vortheil gezogen werden kann, daß die Kinder in Stand gesetzt werden, bald etwas zu ihren Erziehungslosten beyzutragen.

## §. 105.

Je stiefmütterlicher die Natur einige Kinder behandelt, und ihnen entweder Geistes- oder körperliche Fähigkeiten versaget, oder es an den zureichenden Mitteln zur Entwicklung und dem Gebrauche dieser Fähigkeiten hat gebrechen lassen, um desto mehr muß die öffentliche Verwaltung Sorge tragen, damit solche Unglückliche bey Zunahme der Jahre sich nicht ohne alle Mittel, ihren Unterhalt zu erwerben, finden; nicht dem öffentlichen Mitleiden nothwendig zur Last liegen müssen. Seit der menschenfreundlichen Bemühung L'Esperes ist die Aufmerksamkeit der Regierungen, wenigstens in größeren Staaten, bereits auf die Taubstummen gezogen worden. (32) Aber das blind, das mit unordentlichen Einrichtungen un gelenken, mangelhaften oder mangelnden Gliedern geborne, auch das durch Zufall in einen solchen Zustand versetzte Kind ist nicht weniger ein Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit und Sorgfalt, sowohl um seiner selbst willen, als um dasselbe nicht einst auf Kosten der wahren Dürftigkeit erhalten zu müssen. So lange für diese Gattung von Kindern größere und gemeinschaftliche Anstalten abgehen, kann inzwischen ein Ersatz dafür in einer Verordnung gesun-

den werden, welche Altern (auch wohl Wehemüttern und Pfartern) auferleget, die Geburt eines auf gedachte Art verunstalteten Kindes der Obrigkeit des Ortes anzuzeigen; deren Pflicht es dann seyn wird, insbesondere darauf zu sehen, daß ein solches Kind, sobald es Alter und körperliche Beschaffenheit zugeben, zu einer ordentlichen, zu derjenigen Beschäftigung (33) angehalten werde, welche in der Folge zu treiben, und sich dadurch Unterhalt zu verschaffen, die Gattung des Gebrechens kein Hinderniß seyn wird.

### §. 106.

Die Wissenschaften a) machen in Beziehung auf die Jugend einen wichtigen Theil der Erziehung mit aus, und vervollkommen dieselbe für die Jahre der Reife. Von der Bildung, die die Vernunft durch Wissenschaften empfängt, hängt dann die Richtigkeit der Einsicht ab, welche die Wahl der Handelnden zum Guten leiten muß. Die Gesetzgebung kann also die Vorsorge für die Aufklärung des Bürgers nicht ohne ihren eigenen Nachtheil verabsäumen. Man hat zu einer akademischen Preisaufgabe gemacht, was niemals in Zweifel hätte gezogen werden sollen: (34) Ob es nützlich sey, ein Volk auf-

zu klären? Eine solche Frage kann offenbar in dem  
 Divan aufgeworfen werden, vor einem Despoten  
 auf dem Throne, von Viziren, die kriechen und  
 unterdrücken, von Mustis und Emiren, denen  
 allein es wichtig seyn kann, die Binde der Dumm-  
 heit über die Augen des niedergetretenen, gemißhand-  
 elten Volkes zu befestigen. Die Unwissenheit krümmt  
 den Nacken einer Nation zu knechtlichem Gehor-  
 same, auch wenn Laster geboten würden. Die Auf-  
 klärung macht zur ehrethätigen Folgeleistung gegen  
 Weisheit und Tugend geschmeidig. Das dumme Volk  
 gehorcht, weil es muß: das unterrichtete, weil es  
 selbst will. Eine billige und erleuchtete Regierung  
 schenkt also die Einsicht ihrer Bürger nicht: Sie sol-  
 len aufgeklärt seyn, spricht sie, um das Gu-  
 te zu erkennen, das ihnen erwiesen wird.  
 Die Akademie von Dijon erkannte dem Verfasser der  
 Abhandlung: Über die Ungleichheit der Men-  
 schen, den Preis zu, weil er mit vieler Beredsam-  
 keit bewiesen hatte: daß, um sicher vor Unver-  
 dauung zu seyn, man gar nicht essen müsse.

Es muß also für gemeine und höhere Unter-  
 richtsanstalten gesorgt, bey ihrer inneren  
 Einrichtung aber zur Absicht genommen werden, daß  
 die Jugend in demjenigen vorzüglich unterrichtet wer-  
 de, was zudem besseren Vollzuge der Pflich-  
 ten des bürgerlichen Lebens und künfti-  
 gen Berufes gehöret. Agasilas wurde befragt:  
 was seine Kinder lernen sollten: dasjenige war  
 seine Antwort, was sie als Erwachsene zu  
 thun haben werden. Auf diesen Grundsatz sind die  
 Pläne des Nationalunterrichts 36) nach Ver-  
 schiedenheit der Klassen und Bestimmung zur Bür-  
 gerbildung und Berufsbildung zu erbauen.  
 Daher umfassen die Unterrichtsanstalten die  
 allgemeine nothwendige Bildung für alle  
 Volksklassen in gemeinen Volks- oder  
 Landschulen: die unteren Berufskenntnis-  
 se für Gewerbe und Kunstfleiß in Bürger-  
 schulen, deren Verschiedenheit unter den gemein-  
 schaftlichen Namen der Realschulen zusammen ge-  
 zogen wird: die höheren Vorbereitungskennt-  
 nisse und Berufswissenschaften in Gymna-  
 sien, Lyzeen, Universitäten. Die schönen

oder eigentlicher Kulturkenntnisse, die ein heutiger Schriftsteller Prachtwissenschaften nennet, mit den gelehrten Gesellschaften oder Akademien der Wissenschaften sind in dem Systeme eines Nationalunterrichts nur nach der Beziehung mit enthalten, als sie entweder Vorbereitungskenntnisse werden, oder zur Bervollkommenung der Berufswissenschaften beitragen.

# §. 108.

Die öffentliche Vorsorge muß vor allem es anzureichenden Land- oder Volksschulen für die Landjugend, für die Jugend aller Volksklassen nicht gebrechen lassen. Die Engländer haben in dieser Absicht sogar wandernde Schulen mit gutem Erfolge eingeführt, die vom Jahre 1737 bis jetzt über siebenzehn hundert vermehrt worden sind. Diese Einrichtung kann in Gebirgsgegenden, wo die Bauernhöfe einzeln zerstreut liegen, nachgeahmet werden. In dem preussischen Schulplane wird der Unterricht für das offene Land in Sommer- und Winterjahrgänge eingetheilt, damit die durch die Feldarbeiten zur Sommerszeit von dem Schulbesuche ab-

gehaltene Landjugend, im Winter den Unterricht nachholen möge. Die Volksschulen müssen wenigstens in ihrem Hauptbestande auf öffentliche Kosten unterhalten werden, und in so fern Freyschulen seyn, daß Armuth niemand abhalten könne, den nothwendigen Unterricht zu empfangen 37). Die Kinder des ärmeren Volkes wachsen nicht weniger als die Kinder der Reichen zu Bürgern heran. Den Ältern soll aber alsdann auch nicht frey stehen, ihre Kinder von dem Unterrichte abzuhalten, dessen Gegenstände in den Landschulen sich auf Lesen, Schreiben, die einfachen Rechnungsregeln, die gemeinnützigsten Vorkenntnisse des Feldbaues, die Religion, und die Pflichten gegen den Staat und seine Mitbürger beschränken, und den armern Kindern unentbehrlich gegeben werden muß. In dieser Absicht kann ein mäßiges Schulgeld der wohlhabenderen Klasse zwar ein Beitrag, aber der so genannte Schulmeister muß von dem gemeinen Wesen ordentlich befördert werden. Man war bereits bedacht, das abgewürdigte Wort Schulmeister durch den Namen Lehrer und Schulgehilfe zu ersetzen. Es würde die Achtung gegen dieses nützliche Amt vergrößern, wenn mit demselben auch bey den Gemeinden



ein Vorrang verbunden wäre. Jeder Pfarrer ist auf dem offenen Lande der Aufseher seiner Ortschaftschule. Darum wird in dem Zusammenhange der österreichischen Unterrichtsanstalten von den Anwerbern um ein Pfarramt auch ein Zeugniß über das Kenntniß des deutschen Schulunterrichts gefordert.

### §. 109.

Zwischen den Lands- oder gemeinen Volksschulen und der höheren wissenschaftlichen Bildung stehen die Bürger- oder Realschulen a) für Handwerker, den Kunstleiß, die Handlung, für alle diejenigen Klassen, denen zu besserem Betriebe ihrer künftigen Beschäftigung der Unterricht der Landschulen unzureichend, die höheren Wissenschaften aber nach dem Umfange und der Lehrart der Universitäten überflüssig sind. Ihre Bestimmung weist auf die Gegenstände hin, welche in solchen Schulen aufgenommen werden sollen. Aber von dem Plane ihrer Einrichtung, die nicht so sehr Beförderung der Eitelkeit, als Vervollkommenung der Manufakturen und Gewerbe zur Absicht hat, wird deutlich in der Handlungswissenschaft,

zu sprechen seyn. Nur die kurze Bemerkung steht hier an ihrem zukünftigen Orte. Man hat den Nutzen, oder vielmehr die Nothwendigkeit der Bürgerschulen erst spät eingesehen. Vor ihrer Einführung war, oder wo sie nicht eingeführt sind, ist die Klasse der Handwerker, Künstler und Handelsleute größtentheils ohne Kultur; oder derjenige, der gleichwohl das Bedürfniß einiger mehrerer Kenntnisse zu seinem Berufe ahndete, war bemüßiget, auf lateinischen Schulen vieles für ihn Unbrauchbares mitzunehmen, und kostbare Jahre der Jugend und Verwendung nutzlos zu verschwenden.

a) S. 107.

### §. 110.

Die Gymnasien, die auch Humanitätsklassen genannt werden, stehen als erste Vorbereitung und gewissermaßen als Instrumentalkenntnisse in Verbindung mit den höheren Berufswissenschaften, welche letztere nach einem mehr oder minder erweiterten Umfange auf Lyzeen a) und Universitäten gelehrt werden. Zu der Zeit als die Pflege der Wissenschaften gleichsam unter der Vormundschaft des Klerus stand, und über die Er-

richtung einer Universität Erlaubniß und Bestätigung  
 erst von Rom eingeholt wurde, hieß Universität  
 schon jede Unterrichtsanstalt, die ein philosophi-  
 sches und theologisches Studium hatte. Nach  
 dem Plane der österreichischen Studien, heißen dieje-  
 nigen Schulen, an denen zwar höhere Wissen-  
 schaften gelehrt werden, die aber in Ansehung der Gegen-  
 stände, folglich auch in Ansehung der Lehrer be-  
 schränkt sind, Lyzeen. Es ist für jede einzel-  
 ne Provinz Bedürfnis, daß diejenigen Ältern, deren  
 Umstände ihnen die Versendung der Kinder außer der  
 Provinz entweder ganz nicht zugehen, oder ihnen solche  
 doch sehr beschwerlich machen, denjenigen Unterricht in  
 der Nähe finden, der zu den überall unentbehrlichen  
 Beschäftigungen, der zu Privatdiensten, welche eine  
 gewisse wissenschaftliche Ausbildung voraussetzen, der  
 auch zu öffentlichen Diensten, wenigstens bis zu einer  
 gewissen Stufe, fähig macht. Von dieser Betrachtung  
 ward ausgegangen, als im Jahre 1781 die vielen Uni-  
 versitäten der österreichischen Monarchie bis auf 5 ver-  
 mindert wurden. Jede Provinz befiel ein Lyzeum,  
 an welchem nebst dem philosophischen Unter-  
 richte, und den wesentlichsten Rechtstheilen  
 insbesondere darauf zurückgesehen ist, daß der Seel-

forger und Wundarzt daselbst seine ganze Ausbildung empfangen könne.

a) §. 107.

### §. 111.

Die Universitäten a) oder hohen Schulen endlich müssen der Nation in allen notwendigen, nützlichen und verschönernden Wissenschaften und Kenntnissen nach dem größten Umfange Anleitung und Hilfsmittel anbieten. Die Universitäten als ein Theil der Nationalabildung, als Grundlage nicht nur der Kenntnisse, sondern auch der Gesinnungen, müssen von einer Seite mit dem Systeme der Erziehung, von der andern mit dem Systeme der Verfassung und Gesetze genau zusammenstimmen, und daher einen auf alle Theile sich verbreitenden Plan 38) haben, der bey jedem Theile die Gegenstände, die Ordnung und Verbindung dieser Gegenstände, die Zeit nach und in welcher sie gelehret und erlernt werden sollen, vorschreibt. Wenn zur Handhabung gesetzlicher Vorschriften bey allen übrigen Theilen der öffentlichen Verwaltung die Nothwendigkeit einer eigenen Aufsicht nicht verkennet wird,

so kann auch bey Universitäten sowohl eine Oberaufsicht über den allgemeinen Zusammenhang der Studien, als eine besondere Aufsicht über jeden Haupttheil, oder die so genannten Fakultäten nicht für überflüssig angesehen werden 39). Ubrigens darf ich nicht erst bemerken, daß der vollkommenste Plan, mit aller Pünktlichkeit der Aufsicht, ohne gute Lehrer fruchtlos seyn, daß aber gute Professoren, Männer nämlich, mit gründlicher Wissenschaft, der Gabe der Mittheilung in einem wohlgeordneten, deutlichen Vortrage, von einer dem Zeitalter immer zur Seite haltenden Verwendung, Sittlichkeit des Charakters, Liebe zu ihrem Berufe und der Jugend, mit Annehmlichkeit des Betragens und des gesellschaftlichen Umgangs, daß Männer, die diese vielen, aber zur besseren Bekleidung eines Lehramtes unentbehrlichen Eigenschaften an sich vereinigen, ohne verhältnißmäßigen Gehalt, ohne zusagenden Rang, und eine ermunternde Aussicht vergebens erwartet: und was soll mich abhalten, zu sagen: daß solche Professoren auch nicht zu reichlich besoldet, nicht durch zu viele Merkmale der öffentlichen Achtung unterschieden werden können.

a) S. 107.

Da die Wissenschaften in so unendlichen Beziehungen zur Bildung des Verstandes und der Sitten wichtig sind, so kann die Regierung die Merkmale der Achtung gegen dieselben nicht zu sehr vervielfältigen. Als ein Zeichen dieser Achtung hat man es betrachtet, daß die hohen Schulen, um sie in den Augen des Volkes desto angesehenener zu machen, durch Vorrechte und Befreyungen unterschieden wurden; z. B. mit einer eigenen Gerichtsbarkeit. Diese Befreyungen jedoch müssen nicht über die Sittenaufsicht ausgedehnet, noch selbst in Ansehung dieser der ordentlichen Magistratur die Überaufsicht benommen seyn, dafern dieselben dem Endzwecke der Wissenschaften und sittlichen Bildung nicht entgegen stehen, und vielmehr die Zügellosigkeit, die Wildheit der studierenden Jugend unterstützen sollen. Die Rücksicht der Lehrer, welche meistens zugleich den Akademiemagistrat ausmachen, ist vielleicht die eigentliche Quelle der Unordnungen, wovon viele Universitäten, besonders manche protestantische, so verrufen sind. Zum Theile ist diese Rücksicht da eine natürliche Folge, wo die Lehrer ihres Unterhalts wegen von dem Honorarium des Schülers abhängen. Dadurch sind sie gewissermassen,

nachsehender zu seyn, gezwungen. 40) Denn der Zuhörer würde die Strenge seines Lehrers durch Entfernung gleichsam bestrafen können. Solche Rücksichten hören auf, wenn die Professoren einen zum Nutzen und der Wichtigkeit ihres Amtes verhältnißmäßigen Gehalt aus den Händen des Staats zu empfangen haben. Auch die Hauptstädte scheinen dem Endzwecke des höheren Unterrichts im Allgemeinen weniger günstig, als Mittelstädte, wo die Gelegenheit zu Zerstreuungen seltner, das Ansehen der Akademie-Aufsicht weniger unterdrückt, und unter der studirenden Jugend mehrere Gleichheit einzuführen ist. Man kann für die Versetzung der hohen Schulen in Mittelstädte noch den Grund anführen: daß die Unterrichtsanstalten dadurch für den Staat weniger kostbar gemacht werden.

### §. 113.

Wenn in dem Zusammenhange der Unterrichtsanstalten die Mittel zur allgemeinen Bildung der Bürger vorbereitet sind, so muß die öffentliche Vorsorge dann darauf gerichtet seyn, daß von diesen Mitteln nach ihrem Zwecke die Anwendung gemacht werde. Dieses geschieht durch Vorschriften, die eine allge-

meine unmittelbare, oder nur eine beziehungsweise und mittelbare Verbindlichkeit, den Unterricht zu empfangen, auferlegen. Die allgemeine Verbindlichkeit findet Statt in Ansehung der Volksschulen, weil die Gegenstände dieses Unterrichtszweiges für alle Bürger gleich nothwendig sind. Es ist bereits an einem andern Orte a) gesagt worden, daß es den Eltern auf dem Lande nicht frey gelassen seyn kann, ihre Kinder in die Schule zu schicken, oder nicht zu schicken. Um diese Verbindlichkeit bey den arbeitenden Klassen zu verstärken, ist in den österreichischen Ländern verordnet, daß kein Junge bey einem Gewerbe ohne Schulzeugniß in die Lehre genommen werden soll; daß auch bey dem Landvolke, um getrauet zu werden, das Zeugniß über den Besuch der Schule abzufordern ist.

a) S. S. 108. und die Anmerk. 39.

#### S. 114.

Die beziehungsweise Verbindlichkeit, nämlich, sich bestimmte Kenntnisse zu erwerben, kommt in Ansehung bestimmter Beschäftigungen, vorzüglich aber in Ansehung derjenigen Ämter anzulegen, zu deren besserer Bekleidung eigene Be-



rufswissenschaften die Grundlage seyn müssen.  
 Diese Betrachtung fällt hier nicht hauptsächlich auf die  
 Ermunterung, die es dem Wettseifer der Stu-  
 direnden geben muß, wenn bey ausgezeichnete Ver-  
 wendung und Fähigkeit der Vorzug in Amts-  
 werbungen als eine Belohnung hingestellt wird;  
 sie fällt auf die Nothwendigkeit, zu dem Ein-  
 tritt in die öffentlichen Dienste die Studienzeu-  
 gnisse, je nachdem die erste Anstellung in der Folge  
 zu höhern Ämtern führen kann, als ein unerläß-  
 liches Bedingniß vorzuschreiben. Diese Vor-  
 schrift, die schon an sich mit der Handhabung eines  
 National-Studienplans verbunden seyn muß,  
 wird für die Pflege der Wissenschaften von darum noch  
 wesentlicher, weil diejenigen, die ohne eine Vorber-  
 eitung zu Diensten gelangen, aus einer auf sich zu-  
 rückzulehrenden Überlegung stets 41) die beschie-  
 denen Widersacher der wissenschaftlichen  
 Kenntnisse, die gebornen Vertreter der  
 Unwissenheit, oder doch derjenigen seyn werden,  
 welche, gleich ihnen, sich ohne die vorgeschriebenen  
 Erfordernisse in eine Anstellung zu schleichen suchen.  
 Ist durch den Studienplan der Gang des wissen-  
 schaftlichen Unterrichts, sowohl nach Verblutung der  
 Gegenstände, als Dauer der Zeit bestimmt,

sind Vorschriften über die wissenschaftlichen Eigenschaften der Dienstwerber gegeben, so muß darüber mit Strenge gehalten, und weder zur Abkürzung der Studienjahre eine Ausnahme bewilliget, noch jemand ohne die gesetzlichen Erfordernisse angestellt werden. 42)

### §. 115.

Wenn durch die Lehren einer aufgeklärten Religion, durch die Erziehung und Wissenschaften der Verstand und das Herz der Jugend gebildet werden, und ihre Neigungen eine Richtung nach dem Endzwecke des Staates empfangen, so müssen sich die Folgen dieser vereinigten Sorgfalt an den erwachsenen Bürgern vortheilhaft offenbaren. Indessen soll die öffentliche Verwaltung auch andere Mittel nicht verabsäumen, die auf die Sittlichkeit des Volkes einwirken. Kenntniß des menschlichen Herzens wird ihrer Aufmerksamkeit und Einsicht in dem Temperamente, und selbst in dem bey nahe jedem Himmelsstriche eigenen Hange und Leidenenschaften hundert Anlässe entdecken, von denen sie, um den grossen Endzweck der Sitten zu befördern, Gebrauch machen kann. Die Weisheit des

Alterthums, besonders der griechischen und römischen Gesetzgebung hat verschiedene Beispiele 43) hinterlassen, deren Anwendung oder Nachahmung auch auf die gegenwärtigen Zeiten, bey den heutigen Staatsverfassungen nicht unmöglich ist. Aber eines der wirksamsten Friedwerke der besseren Sitten kann die dem Gemüthe der heranwachsenden Bürger tief eingetragte Selbstachtung werden.

#### §. 116.

Ist gleich der Einfluß der Selbstachtung auf die öffentlichen Sitten einer Nation von den Regierungen nicht ganz mißkannt, wenigstens ist nie genug erkannt worden, in wie vielen Beziehungen es nützen würde, Jedermann Achtung für sich selbst einzuflossen. Eine erniedrigende Mönchen-Moral hat das billige Gefühl seines Werthes mit unbilliger Herabsetzung des fremden Verdienstes, und, durch Mißdeutung des Wortes, den Begriff der Demuth mit Wegwerfung seiner selbst vermengt. Anstatt die Jugend bescheiden von sich denken zu machen, macht man sie in ihren eigenen Augen verächtlich. Was nun wird ein Mensch, der sich selbst

verächtlich ist, sich nicht erlauben, sobald er keine Zeugen zu scheuen hat? Und im Gegentheil: Was wird ein Mensch sich erlauben, der vor sich selbst Ehrerbietung zu tragen, vor sich selbst zu erröthen 44) gewohnt ist? Auch da, wo ihm sonst keine Bestrafung drohet, wird er die Bückung seines Selbstbewußtseyns 45) fürchten.

### §. 117.

Aus Unbekanntheit mit dem Gefühle der Menschen haben die Volksleiter diese Triebfeder zu wenig benützt, die, wie bey Einzelnen, also auch bey einer Menge, bey einem ganzen Publikum 46) bey einer Nation in das Spiel gesetzt werden kann. Eine Nation, die sich zu einem gewissen Grade von Bildung, zu einer gewissen Verfeinerung der gesellschaftlichen Sitten aufgeschwungen hat, wird sich gewiß hochachten, wenn die öffentliche Verwaltung gegen sie Hochachtung zeigt. Sie wird sich schämen, unter der Meinung gefunden zu werden, die man öffentlich von ihr äußert; sie wird sich bestreben, mit einer solchen Meinung sich in Gleichheit zu sehen, oder darin sich zu erhalten. Alle Vorkehrungen und Gesetze sollten also durch die

deutlichsten Merkmale der öffentlichen Achtung gegen die Nation bezeichnet seyn. Aber die meisten Gesetzgebungen wollen lieber durch Furcht zurückhalten, als durch Ehre leiten, 47).

§. 118.

Überhaupt können die Sitten nicht durch zu häufige Beweggründe anempfohlen werden. In China hält der Befehlshaber jeder Provinz jährlich im Namen des Kaisers eine Tafel, zu welcher diejenigen gezogen werden, die das beste Zeugniß eines tugendhaften Wandels für sich haben. Die Tugend ist hier gleichsam die Tochter des Ehrgeizes. Die Rosenfeste in Frankreich waren eine ähnliche Erfindung, mit dem allgemeinen Gepräge der National-Ländelei bezeichnet. Die Gesetzgebung sehe den Menschen so an, wie er wirklich ist. Der mächtigste Beweggrund für das Allgemeine wird ohne Zweifel immer der Eigennutz bleiben. Wenn daher bey Vergabungen von Aemtern der für den Staat in so vielen Rücksichten wichtige Grundsatz angenommen würde: den Gutgesitteten eben darum, weil er gutgesittet ist, seinen Mitwerbern vorzuziehen: wenn bey Beförderungen auf Unbescholtenheit der Sitten, als eine unent-

behrliche Bedingung zugleich gesehen würde, und un-  
 anständiger Wandel, besetzter Ruf, die billige Aus-  
 schließung von öffentlichen Ämtern, von  
 Beförderungen gäbe, so würde ganz ungezwei-  
 felt eben der Wettstreit besserer Sitten veranlaßt  
 werden, den man in der Anwendung auf Wissenschaf-  
 ten wahrnimmt, wo immer Wissenschaften den Weg  
 zur Beförderung haben.

S. 119.

Und da das Vorurtheil des Ansehens gleich-  
 falls mächtig auf die Gemüther wirkt, so werden die  
 Sitten durch lehrende Beispiele derjenigen, welche  
 bey dem Volke oder einer Bürgerklasse, oder  
 Familie in Ansehen stehen; durch die Sitten des  
 Hofes, des Adels, der obrigkeitlichen  
 Personen, der Geistlichkeit, der Lehrer,  
 der Ältern, der Hausväter vorzüglich befördert;  
 wie im Gegentheile, die Beispiele des Sittenverderb-  
 nisses von den Höfen auf den Adel, von diesem  
 auf die übrigen Klassen, von den Ältern und  
 Hausvatern auf ihre Kinder und die Haus-  
 haltungen, von den Lehrern der Jugend und  
 des Volkes auf die Jugend und ein ganzes

Volk übergehen und sich verbreiten. Das war der Gang von dem Verfall der Sitten bey allen Völkern. Die Ansteckung des Sittenverderbnißes wirkt in diesem Stücke nur von oben herab; und wenn einem ganzen Volke Sittenlosigkeit vorgeworfen werden kann, so ist ein solcher Vorwurf stets eine heftige und erwiesene Anklage der höhern Klassen. Einzig in ihrer Art sind vielleicht die Verordnungen der Kaiser Ferdinand des Zweyten, und Leopold des Ersten im Codex austriacus unter der Rubrik: Tugendsame Lebensführung; in deren ersterer der Geistlichkeit, in der letzteren den Altern und Hausvätern anbefohlen wird, den Layen, Kindern, und Hausgenossen mit gutem Bepspiele vorzugehen.

§. 120.

Die öffentliche Verwaltung kann, gute Bepspiele zu geben, nur anempfehlen: aber sie kann und soll durch Geseze und Strafen von dem Argernisse böser Bepspiele abzuhalten suchen. Die Handlungen des Adels, der obrigkeitlichen Personen, der Kleriker, der Lehrer, der Altern und Hausväter müssen daher von

der Gesetzgebung nach einer zweyfachen Beziehung betrachtet, und die Sittenlosigkeit an denselben zweyfach bestraft werden, da sie die öffentliche Ordnung von zwey Seiten stöhret: für sich selbst als vereinzelte Übertretung, und als verderbendes Beyspiel, das zur Nachfolge reißet 48). Die Mittel der Strenge gegen geistliche und weltliche Beamte durch zeitliche oder gänzliche Entsehung von ihren Ämtern, nach dem je grösseren oder kleineren Grade des strafbaren Beyspieles bietet sich von selbst an. Aber auch gegen den Adellichen, welcher der Anständigkeit und Sittlichkeit durch sein Betragen öffentlich Hohn spricht, gegen Ältern, welche durch ihre unftitlichen Handlungen die Denkungsart ihrer Kinder in der ersten Anlage verderben, kann es der öffentlichen Gewalt an Einhalts-Mitteln nicht gebrechen. Für den Adel würden der verbotene Zutritt bey Hof, die Verweisung auf die Landstube, der endliche Verlust der Standesrechte bey Rückfall und Unverbesserlichkeit: für Ältern die Wegnehmung der Kinder, der Verlust der älterlichen Gewalt, der älterlichen Rechte u. s. w. eben so billige als aus der Natur der Sache hergeleitete Bestrafungen seyn.



## §. 121.

Gleich einem geschickten Architekten, der auch die Verzierungen des Gebäudes so anwendet, daß sie zur Stärke beitragen, ist es möglich, die Ergößungen des Volkes zu einem Mittel der Bildung und Sitten zu gebrauchen. Unter diesen sind die Schauspiele vorzüglich seiner Aufmerksamkeit würdig, die, wofern sie eine schickliche Einrichtung empfangen, das Ergößende mit dem Nützlichen vereinigen, und, wie Bielefeld sagt, eine Schule der Sitten, der Höflichkeit, und Sprache werden können. Die Schauspiele haben wechselweise den Philosophen und schönen Geist, aber meines Wissens nie den Politiker besonders beschäftigt. Ich habe mir daher eine etwas umständlichere Betrachtung darüber zum Zwecke genommen.

## §. 122.

Soll die Schaubühne eine Schule der Sitten seyn, so ist darauf Bedacht zu nehmen, daß vorzüglich Stücke aufgeführt werden, die diesem Endzwecke zusagen. Das Laster muß also in seiner abscheulichen Larve 47), und mit der Strafe, als einer un-

absönderlichen Folge, die Tugend mit allem ihrem Reize, in ihrer liebenswürdigsten Gestalt, und wenigstens am Ende siegend erscheinen. Man kann daher zweifeln: Ob Trauerspiele, wo meistens das Gegentheil geschieht, wo die Tugend den Nachstellungen des Lasters so oft unterliegt, in Ansehung der Sitten Vorzug und Empfehlung verdienen 49). Die einzige, aber erhabene Bestimmung des Trauerspieles von Seite des Unterrichts ist, daß dasselbe freymüthig zu Fürsten und Reichthabern sprechen kann, an die sonst nicht leicht Jemand eine Erinnerung oder einen Vorwurf wagen würde. Der Verfasser des *Britannicus* zog Ludwig den Vierzehnten, der, wie einst Nero und Commodus sich dem Volke oft zum Schauspiele gab, durch wenige Verse von dieser Unanständigkeit ab 49).

### §. 123.

Sollen die Schauspiele auf die Sitten wirken, so kann eine allgemeine Wirksamkeit nur dann erwartet werden, wenn der Zuschauer ähnliche Fälle besorgen, gleiches Glück hoffen, von der handelnden Person auf sich und die Seinigen eine Anwendung machen, wenn man über das Stück

setzen kann, was einst Hannibal zu seinem Heere bey dem Übergange über die Alpen sprach, als er demselben durch die Vorstellung eines Kampfes zwischen einem römischen und punischen Soldaten Entschlossenheit einflößen wollte: Nicht ein Schauspiel nur, sondern gleichsam das Bild eures eigenen Zustandes a). Stücke, welche Könige und Helden zum Gegenstande haben, tragen zu dem Endzwecke der allgemeinen Sitten weniger bey, als diejenigen, wo die handelnden Personen gleichsam aus der Mitte derer genommen sind, auf die der Eindruck gemacht werden soll. Der Staatsmann nimmt also die bürgerliche Tragödie gegen Voltair und die Kritik der Dramaturgisten, die sie unter dem Namen des weinerlichen Schauspieles verwarfen, in Schutz.

a) Livius Dec. 3. L. 3. C. 17. Non spectaculum modo, sed quaedam veluti imago conditionis vestrae.

#### §. 124.

Aus eben dem Grundsatz, daß die Schaubühne eine Schule der Sitten seyn soll, kann nicht zugegeben werden, daß Unflätigkeiten, Pöffen,

oder sonst alles darauf zum Vorschein komme, was Sitten und Anstand beleidiget; setze man noch bey, was die Kultur und den Geschmack einer Nation entehret, auf welche der beobachtende Fremde nicht ohne Grund zum Theile aus der Beschaffenheit der Schaubühne schliesset. Eine Theatral-Censur ist also unumgänglich erforderlich. Doch ist, um Unsitlichkeit und Unsinn abzuhalten, nicht genug, daß nur die ganz entworfenen und sogenannten einstudirten Stücke in Übersicht genommen werden. Diesem Endzwecke gemäß sollen nie andere, als ganz censurirte Stücke aufgeführt werden. Die ungezwungenste Folge hieraus ist: daß weder das Extemporiren ganzer Stücke erlaubt, noch Schauspielern die Freyheit, aus dem Stegreife ihre Einfälle beyzumengen, gestattet werden könne. Man hat gesehen, daß Schauspieler unter Begünstigung des Extemporirens sich die schändlichsten Zweydeutigkeiten und Anspielungen erlaubet, und gegen die verdienstvollsten Bürger die giftigsten Verläumdungen gewaget haben. Ohnehin ist keine andere Ursache, als die Gemüchlichkeit der Schauspieler und Theatraldichter, welche diesen Quellen so vieler Albernheiten das Wort führen konnte. Deutschland nahm die wiederholten österreichischen Verordnungen vom dem Jahre 1771.

mit allgemeinem Beyfalle auf, welche durch eine strengere Censur nicht nur den extemporierten Stücken, sondern auch den Fragen und Unanständigkeiten auf der Schaubühne von Wien den Zutritt für immer zu verschließen, zum Ziele hatten.

### §. 125.

Um desto weniger sind Gliedermdanchenspiele, oder sogenannte Marionetten, wenigstens mit derjenigen Ungebundenheit, mit welcher sie die unständigen Boten vorbringen, und das zu theuer auf Kosten der Anständigkeit erkaufte Geldtheater a) erwecken, zu gestatten. Sie sind den Sitten desto nachtheiliger, da bey denselben nicht nur ungebildetes Volk überhaupt, sondern hauptsächlich Kinder die Zuschauer sind, deren Gemüth jedem Eindrücke offen steht, und dadurch oft frühe angepestet wird. Es wäre also keine überflüssige Vorsorge, auch die Gliedermdanchenspiele, in Ansehung der Sitten und Anständigkeit einer Aufsicht zu unterwerfen, wo es nicht schicklicher ist, dieselben ganz abzustellen.

a) *Nimium risus pretium, si virtutis impendio constet.*  
Lactant.

Zuverlässig würden die Schauspiele der Beförderung guter Sitten zuträglich seyn, wenn die Schauspieler, welche die Tugend liebenswürdig, die Laster verabscheuungswerth vorzustellen haben, selbst von guten Sitten wären. Die Rolle Penelope von einer Schauspielerinn vorgestellt, welche als eine Pbyrrus der Stadt bekannt ist, scheint Verhöhnung: das Lob der Keuschheit, Sitten und Ordnung in dem Munde eines Wüßlings wird Satyre. Die Strenge der römischen Gesetze gieng ohne Zweifel zu weit, als sie die Schaubühne ehrlos machten. Eine Beschäftigung, die ehrlos erkläret zu werden verdienet, verdienet auch nicht, geduldet zu werden. Aber eben so geht die Rücksicht zu weit, wenn, wie einst in Frankreich, auf dem Verzeichnisse der Oper zu stehen, schon der Aufsicht der Polizei entzieht. Die Sitten der Schauspieler und Schauspielerinnen, dieses Wort im weitläufigsten Verstande genommen, verdienen also vorzüglich die öffentliche Aufmerksamkeit. Und wo die Schaubühne denen, so sie betreten, gleichsam einen Freyprief erteilet, den Sitten und der Keuschheit öffentlich Hohn sprechen zu dürfen, da kann die Strenge des Klerus

gegen Schauspieler, selbst noch in dieser Zeit nicht vermißbilliget werden, wo gleichwohl die gereinigten Schauspiele nichts mit den sittenlosen Vorstellungen des Alterthumes 50) gemein haben, gegen welche die Väter der Kirche mit Recht geeifert, und den Neubekehrten dabey gegenwärtig zu seyn, unter Sünde und Ausschliefung von der christlichen Gemeinde verboten haben.

### §. 127.

Mit geringer Veränderung ist alles, was in Beziehung auf die Sitten gesagt worden, auch auf die Höflichkeit und Sprache anzuwenden. Die Schaubühne ist vermögend, dem Umgange einer Nation einen gewissen Anstrich der Artigkeit zu geben, und die Sprache des gesellschaftlichen Umganges zu reinigen. Aber um diese beyden Endzwecke mit dem ersten zu vereinigen, muß vorzüglich die National-Schaubühne der Gegenstand der öffentlichen Vorsorge werden. Neben den erwähnten Endzwecken kann die Schaubühne manchmal dienen, herrschende Thorheiten, mindere Mißbräuche, oder sonst Neigungen, die den Absichten der Gesetzgebung im Wege sind, auf eine gelinde Weise abzuschaffen. Man

übergebe den Thoren der Schaubühne, sagt Diderot, so darf man ihn nicht in das Irthaus sperren.

§. 128.

Vielleicht aber wird die Schaubühne in keinem Staate als Sittenschule, sondern überall nur als Ergeßung des Volkes betrachtet. Doch auch unter diesem Gesichtspunkte noch, darf sie der öffentlichen Aufsicht nicht gleichgiltig seyn, oder sich selbst überlassen werden. Gemeinshaftliche Ergeßlichkeiten sind in mehr als einer Rücksicht 51) nothwendig; aber es ist nicht weniger nothwendig, das Volk auf gesittete Ergeßungen zu leiten, und bey denselben wenigstens über den verneinenden Grundsatz strenge zu halten: Daß sie den Sitten nicht nachtheilig werden. Dadurch sind abermal die extempoirten und Fragen-Stücke, deren Anlage Unanständigkeit, deren Ausführung Schmutz und cynische Aufspielungen sind, nicht weniger von den Schaubühnen polizirter Nationen zu verweisen. Ich habe es gewagt, 52) diesen Stücken einst den Krieg anzukündigen. Man hat meinen Gründen Schwäbungen und dramatische Pasquille entgegen gesetzt. Wer-



kunst und Sittlichkeit waren darum nicht weniger auf meiner Seite, und haben zuletzt gesiegt.

§. 129.

Der Grundsatz: Die gemeinschaftlichen Ergeßungen sollen den Sitten nicht nachtheilig werden, beschränket sich nicht auf die dramatische Schaubühne allein; alle Gattungen von Schauspielen sind demselben unterworfen, in sofern sie in der Gemüthsart der Zuschauer nach und nach Eindruck und Folgen zu unterlassen, fähig sind. Hierdurch ist also Fechterspielen, Stierkämpfen, oder wo sonst Menschenleben ausgesetzt zu sehen, als ein Vergnügen müßiger Stunden betrachtet wird, das Urtheil gesprochen. Aber eine Verwaltung, die den Werth sanfter Nationalitäten gehörig zu schätzen weiß, wird auch Thierkämpfe, Hesen und ähnliche Volksunterhaltungen nicht begünstigen, deren Wirkung keine andere seyn kann, als das Gefühl abzunutzen, und den Gefinnungen eine Art von Kanzigkeit mitzutheilen. Es ist nicht Empfindeley, es ist genauere Wahrnehmung der Verwandtschaft der Neigungen und des Stufenanges der Gewohnheit: Derjenige, der

die schmerzhaften Blicke eines schwachen Thieres unter den zerfleischenden Zähnen des Löwen ohne Mitleid sieht, wird vorbereitet, bey Menschenleiden gefühllos zu bleiben, und, wie einst der Pöbel Roms Fecterpaare forderte, zuletzt durch das Spiel der Guillotine als ein Schauspiel unterhalten zu werden.

### §. 130.

Wenn solchergestalt von der öffentlichen Verwaltung alles vorgelehrt worden, was die allgemeine Sittlichkeit zu gründen, die besseren Sitten in der Ausübung zu befördern, fähig ist, so muß nun ihre Sorgfalt demjenigen entgegen gehen, a) was diese Vorkehrungen in der Wirksamkeit hindern, oder kräftlos machen, und dadurch Verderbniß der Sitten herbey führen könnte. Die Handlungen der Menschen sind Folgen ihrer Gefinnungen und Meinungen. Die gegen Verbreitung sittenverderblicher, schädlicher Gefinnungen und Meinungen gekehrte Sorgfalt ist also, Sorgfalt gegen unsittliche, gegen schädliche Handlungen. Da Gefinnungen und Meinungen durch Schriften und Lektüre verbreitet

werden, so gehört es unter die nothwendigsten Maßregeln; so ist es eine der vorzüglichsten Pflichten der öffentlichen Verwaltung, Pressen und Buchhandlungen unter ihre Aufsicht zu nehmen, und der Gefahr, mit welcher eine unbegränzte Freyheit zu schreiben, zu drucken, und mit Büchern von allen Gattungen Handel zu treiben, die gemeinshafilichen Sitten und die davon so sehr abhängende öffentliche Ordnung bedrohet, durch Gesetze zuvor zu kommen. Diese Gesetze heißen Büchergesetze, und die Aufsicht, welche über die Vollstreckung derselben wacht, die Censur. Die Meinungen sind nicht leicht über einen Gegenstand wechselnder und entgegen gesetzter, als über diesen. 55) Die Gerechtigkeit, die Nothwendigkeit einer Censur ist mit Festigkeit bestritten und behauptet worden; und auch, wo man sich der Überzeugung von der Nothwendigkeit einer Vorkehrung in diesem Stücke nicht versagen zu können glaubte, beweiset noch die Verschiedenheit in der Art dieser Vorkehrungen, wie verschieden wenigstens der Gesichtspunkt dabey genommen worden. Was stets geschieht, daß erhöhte Leidenschaft, oder besondere Absicht den Zweck verschieben, geschah auch bey diesem Streite über die Pressfreyheit und Censur. Eine Parthey for-

berte unter dem Namen der Pressfreiheit Gesetzlosigkeit und Ungebundenheit für den Schriftsteller, auch wenn er zur Empörung aufruft, und Sittenlosigkeit predigt; die Gegenparthey übertrieb das Recht der Censur bis zur Unterjochung des menschlichen Verstandes unter dem Drucke eines Index. Die Weisheit und Gerechtigkeit des Gesetzes liegt in der Mitte zwischen Zügellosigkeit und Unterdrückung.

a) S. 75.

### S. 131.

Die Bestimmung der Büchergesetze und einer Censur ist also: ohne irgend einem für die Vorschritte der öffentlichen und Privat-Einsicht, für die Bildung der Bürger, in dem umfangendsten Wortverstande, nützlichen Werke die Bekanntwerdung zu erschweren, nur diejenigen auszuschließen, wodurch gefährliche moralische und politische Meinungen verbreitet, und Unsittlichkeit aufgereizt oder unterhalten werden können. Hiernach sind die zwey grossen Zwecke der Censur: Öffentliche Ordnung und Privatsitten. 56) Nach diesen Zwecken muß ihre Aufsicht nicht bloß auf Bücher sich

erstrecken, sondern auch auf Schauspiele, Zeichnungen, auf Predigten 57) und sonst alle an das Volk gerichteten Reden. Noch mehr: Bilder und Kupferstiche, und was immer eine Art von Öffentlichkeit, wie man sagen darf, empfängt, wenn es zum Verkaufe oder zur Schanausgesetzt ist, was vielleicht irgend einer Volksbewegung Aufstoß geben, 58) oder die Sittlichkeit und Anständigkeit empören kann, gehört unter ihre Aufsicht. Das Gesetz der Thebaner, (bey dem Alianus) welches die Künstler verpflichtete, in ihren Werken die Anständigkeit zu beobachten, verträgt heute wenigstens in so weit eine Anwendung, daß der Fortgang der Künste nicht auf Kosten der Sittlichkeit gesucht werden soll. Ein wollüstiges Gemälde, das in einem Kunstsaale, in einer öffentlichen Sammlung, in dem Kabinete des Liebhabers ein Gegenstand des Studiums der Schüler und der Bewunderung der Kenner ist, wird auf dem Markte ein Gegenstand der Verführung, der Leidenschaft und der Ausgelassenheit. Künste und Geschmack verlieren also nichts, wenn Werke dieser Art frey auszusetzen, nicht erlaubt wird.

Die Aufsicht der Censur in der Ausübung theilet sich, über Schriften, welche in dem Lande gedruckt, und die, welche von aussen eingeführt werden. Eben diese Eintheilung sondert auch andere in ihren Geschäftskreis gehörige Gegenstände. In Ansehung der ersteren sind die Buchdrucker an sie anzuweisen, daß ohne vorhergehende Durchsichtung des Manuscripts nichts gedruckt werde. Es wird dadurch zur nothwendigen Vorsicht: Haus- oder andere Winkel-Buchdruckereyen, worunter alle Buchdruckereyen, wo keine Censur bestellt werden kann, zu rechnen sind, nicht zu dulden. In Ansehung der fremden Schriften haben die Buchhändler bey Einführung jedes neuen Werkes der Censur einen Abdruck zu beehändigen, und vor erhaltener Zulassung unter der bestimmten Strafe kein Exemplar zu verkaufen. 59) Die Vorschrift mit Kupferstichen und andern Kunstwerken läßt auf eben dasselbe hinaus.

Übrigens ist die äussere Verfassung der Censur

gleichgültig. Es können einzelne Personen aufgestellt, sie kann einer eigentlich dazu verordneten Stelle aufgetragen, nur soll sie nicht leicht einem Körper, einer Gemeinde ausschliessend eingeräumt werden. 60) Auf welche Weise aber eine Censur immer eingerichtet sey, so ist erforderlich, daß sie aus Männern bestehet, die in allen Theilen der Wissenschaften gründliche Einsicht besitzen. Doch, wie die Ungebundenheit der Presse und Lectüre, welche ohne Unterscheidung allen alles erlaubt, die Mutter der schrecklichsten Unordnung und der schändlichsten Ausgelassenheit werden kann, so stünde eine übertriebene Strenge der Bücheraufsicht, die einen Despotismus über den Verstand und die Meinungen ausüben wollte; eine Censur, die eine anständige Freymüthigkeit des Schriftstellers mit Verwegenheit vermengte, die ohne Unterscheidung allen alles zu lesen untersagte, der Aufklärung eines Volkes im Wege, und setzte dasselbe in Wissenschaften, Kenntnissen und Geschmack um Jahrhunderte zurück. Um nun dem Willkürlichen vorzubeugen, und die billigen zweckmäßigen Schranken auf beyden Seiten zu bewahren, sind den Censoren bestimmte Regeln zur Richtschnur vorzuschreiben, müssen ihre Urtheile die weitere

**Beurtheilung** zur höhern Entscheidung nicht ausschließen. Die Art, wie dem schädlichen Unterschleife mit fremden Schriften und der Übervorteilung in Ansehung der inländischen Pressen vorzubeugen ist, wird ihrer eigenen Vorsichtigkeit überlassen; nur soll diese nicht in hässliche Untersuchung ausarten. Ein Buch kann der Gegenstand der Zensur-Aufsicht nie anders werden, als wenn es in Handlungsanlauf kommt. Damit aber die Buchhändler, wenn sie Bestellungen machen, durch vergebliche Her- und Rückfrachten nicht zu Schaden kommen, ist nothwendig, daß denselben von Zeit zu Zeit das Verzeichniß der Werke, die man ganz zu verbieten, oder nur unter gewissen Beschränkungen, nur gewissen Personen zu erlauben, für nöthig befindet, mitgetheilet werde. Doch ein solches Verzeichniß im Druck erscheinen zu lassen, wäre das sicherste Mittel, schädliche Bücher mehr bekannt zu machen, und ihnen durch das Verbot gleichsam einen größeren Reiz zu geben.

#### §. 134.

Die Erfahrung bestätigt, daß der **Mißgong** gewissermaßen die Pflanzschule der Laster ist. Der



überlichste Mensch kann nicht sicherer, als durch strenge Forderung des Tagwerthes geschützt werden. a) Man beugt also den Laster vor, wenn man dem Müßiggange vorbeugt. Es ist kein Zweifel, daß unter gewissen Umständen schon der Müßiggang allein von der öffentlichen Verwaltung geahndet, 61) und jeder Bürger, auch den das Glück durch Mittheilung größerer Güter der Nahrungsorge entladen hat, zu einer Beschäftigung angehalten werden mag. Die Gesetzgebung hat ein Recht, alles bey Seite zu räumen, was dem Fortgange guter Sitten nachtheilig, was den Lastern beförderlich ist; sie hat ein Recht, den schicklichsten Gebrauch der gemeinschaftlichen Kräfte zu bestimmen. Ist nun der Müßiggang den Sitten nachtheilig, befördert er die Laster, wird durch denselben ein Theil der Kräfte, welche nützlich angewendet werden könnten, unthätig und unnütz, so ist das Recht, demselben bey allen Bürgern zu wehren, ganz nicht zweydeutig. Jedem Rechte der obersten Gewalt aber muß von Seite der Bürger eine Pflicht zusagen, da sie ihr Folgeleistung schuldig sind. Dürfen sie ihre einzelnen Kräfte zu keinem andern Zwecke anwenden, als wozu die gemeinschaftliche Kraft bestimmt ist, so kann

ihnen um desto weniger fern stehen, dieselben gänzlich unnütz zu lassen.

a) Nulla est major vel nequissimi hominis custodia, quam operis exactio. Columella l. 2.

### S. 135.

Die gesetzgebende Klugheit muß hier die allgemeinen und besonderen Mittel an die Hand geben, durch welche dem Müßiggange am schädlichsten vorgebauet wird. Allgemeine Vorkehrungen sind: daß die Nahrungswege durch eine geschickte Leitung der Handlung für das Maß der Bevölkerung zu reichend, und nicht etwa durch Hindernisse ausschließender Zünfte und Gewerbe verengt werden: daß jede nützliche Beschäftigung ehrbar, aber Müßiggang und jede unnütze Beschäftigung veranehrend sey: daß dieser Grundsatz der Jugend durch die Erziehung wohl eingepreget; daß den Seelsorgern aufgetragen werde, das Volk zu belehren: Almosen, welches zur Arbeit tauglichen Menschen gegeben wird, weit entfernt, verdienstlich zu seyn, werde vielmehr eine Nahrung des Müßigganges, und das zur Unzeit sich äussernde Mitleiden eine Ursache und Gelegenheit der Laster, das gleichsam selbst in

Laster ausartet. 62) Die besonderen Vorkehrungen sind vorzüglich folgende: Abstellung des Bettelns: eine genaue Aufsicht, wodurch sich im Staate jedermann ernähre: die Einschränkung aller unnützen, dem Müßiggange ähnlichen Beschäftigungen: die Verminderung der Studirenden: eine gute Zucht des Dienstgesindes; und um diesem allen die volle Wirksamkeit zu geben, wohl eingerichtete Arbeits- und Zucht Häuser.

#### §. 136.

Wenn diejenigen Armen, welche Leibesgebrechlichkeit, des hinfälligen Alters, oder auch anderer augenblicklichen Umstände wegen ganz keinen, oder nicht einen hinlänglichen Unterhalt gewinnen können, verpflegt oder unterstützt werden, so ist keine Ursache, warum nur ein einziger Bettler im Staate geduldet werden sollte. Es muß daher das Almosen gehen auf der Straße, in Kirchen, in Häusern, in Klöstern 64) abgestellt werden. Es muß das Betteln verboten, und zwar unter was immer für einer Bemerkung 65) verboten seyn. Es müssen Wachen bestellet werden, sey es nun eigene,

oder, daß den ordentlichen Wachen der Polizei zugleich der Auftrag gemacht werde, diejenigen, welche diesem Gebote entgegen handeln, einzuziehen. Dem Verbote des Bettelns Gewicht beizulegen, werden gegen Übertreter Strafen verhängt, die nach den Stufen der Unverbesserlichkeit zu verschärfen sind. Der zum ersten Male Betretene wird in das **Arbeitshaus** gebracht. Die Verschließung in ein Arbeitshaus ist eigentlich keine Strafe; sie ist ein Mittel, den Versprochenen durch die Erfahrung zu belehren, daß eine **ehrbare** Erwerbung nicht so ermüdend und beschwerlich, und dem strafbaren Betteln vorzuziehen ist. Wenn einige zum zweiten Male ergriffen werden, soll das **Büchthaus** durch härtere Arbeit, der nach Umständen eine Züchtigung beigesellt wird, an ihrer Zurechtweisung arbeiten. Wo auch dieses nicht fruchtet, so sehe ich nicht, was die öffentliche Aufsicht abhalten könnte, einen **unthwilligen** und gegen alle Züchtigung süßlosen **Müßiggänger** auf einige Zeit zu dem Festungs-**baue**, oder sonst zu einer öffentlichen Arbeit in Fesseln zu verurtheilen.

#### §. 137.

Um aber Bettlern einigermaßen selbst den Auf-

enthalt unmöglich zu machen, muß nicht nur von Leuten, die das Betteln als ihr Brod-Gewerbe treiben, die Aufnahme in Häusern, und die Beherbergung in Gasthöfen bey schwerer Strafe untersagt, auch dieserwegen öftere Nachsuchung gehalten, und sonst ihnen jeder Unterschleif zur Sommerzeit, allenfalls in Hütten oder Höhlen an der Straffe benommen werden; es muß auch den Magistratspersonen selbst, nicht ungestraft dahin gehen, wenn sie in einer so wichtigen Sache einer Nachlässigkeit überzeuget werden.

### §. 138.

Diese oder ähnliche Befehle und Anstalten gegen die Bettler sind bey nahe in allen Ländern vorhanden. Dennoch ist der Erfolg mit der Absicht in den meisten nur wenig übereinstimmend gefunden worden. Man ist also darauf verfallen, fremde Bettler aus dem Lande zu schieben, fremden Bettlern den Eintritt über die Grenzen zu versagen, den Zollbedienten die Aufsicht aufzutragen, damit keine Hereindrängen; den Schiff- und Fuhrleuten zu verbieten, keine in das Land zu bringen, endlich auch die Freyheit zu beirathen, durch Verordnungen einzuschränken, und

brodlosen Leuten 66) selbe gang zu benehmen. Der Gesetzgeber, der den Werth der Menschen kennet, und Hände zu nützen weiß, wird Gesetze dieser Art aufheben, und anstatt Jemanden abzuschaffen, Jedermann zu beschäftigen suchen. Wenn übrigens so viele und wohl überdachte Gesetze ohne Folgen sind, so lag der Fehler meistens nur darin, daß der wahre Arme nicht versorget war, und es der Regierung dann nie Ernst seyn konnte, die Anstalten gegen Bettler mit Nachdruck handzuhaben.

### §. 139.

Dafern jeder Bürger verbunden ist, Rechenschaft zu geben, womit er sich beschäftigt, und seinen Unterhalt gewinnt, a) und wenn dann die, bey welchen diese Rechtfertigung geschieht, keine andere Beschäftigung gelten lassen, als die der Bestimmung eines rechtschaffenen Bürgers zusaget, so wird die Zahl derjenigen, welche sich auf eine der gemeinen Wohlfahrt nachtheilige, auf eine den Sitten gefährliche Art zu ernähren pflegen; der Spieler von Gewerbe, der Alchymisten, Schatzgräber, reisenden Schauspieler, 67) Seiltänzer, Taschenkünstler und anderer dergleichen entweder betrügeri-

scher, oder mit dem Müßiggange übereinkommender Erwerbswege gar bald von selbst abnehmen, und durch dieses einfache, in der Ausübung gar nicht schwere Mittel dem Müßiggange, und mit ihm Unsitlichkeiten und Lasten die Thüre verschlossen werden. Eben das Familien-Verzeichniß, woraus bey Seelenbeschreibungen die Haustabelle gemacht wird, kann die Beschäftigung zugleich mit anzeigen. Diejenigen, welche der Hausbesitzer über die Treue ihrer Anzeige in Verdacht hätte, sollen den Kommissären, oder der Grundobrigkeit gemeldet, die Gründe des Verdachtes angeführt, und die in Verdacht Genommenen, die Wahrheit ihrer Anzeige darzuthun, angehalten werden. Es ist, wenigstens bey der arbeitenden Klasse, dem Hauseigenthümer nicht schwer, zu sehen, ob ein Miethmann sich in der That nach seiner Angabe beschäftige. Wenn z. B. jemand sich als einen Handwerker ansetzt, der sein Gewerbe mit Hammer und anderen lauten Arbeiten treiben muß, und man hätte nie, was dergleichen Arbeit ankündigt, im Hause vernommen, so wäre gegen ihn gegründeter Verdacht vorhanden.

a) S. S. 135.

Die Neigung, sich ohne Mühe und Anstrengung zu ernähren, war die Erfinderinn von unzähligen Beschäftigungen und Künsten, 68) durch welche der Müßiggang fortgepflanzt, den Manufakturen und Gewerben Hände und Fähigkeiten, dem Staate nützliche, anwendbare Bürger entzogen werden. Welcher Widerspruch! so viele nützliche Beschäftigungen und Gewerbe sind in Künste beschränket, und zu einer gewissen Zahl herabgesetzt, indessen den unnützen Brodkünsten die Freyheit überall unbenommen ist, sich in das Unendliche zu vermehren. Die Gesetzgebung soll diese Erwerbungsarten, so viel sie kann, in den Augen des Volkes unwerth machen, und in die engsten Orдын, in welche es möglich ist, und so sehr die zum Theile gleichwohl notwendigen Erholungen der gemeinen Volksklassen es zugeben, einschließen. Sie wird ihre Absicht leicht erreichen, wenn sie neben der im vorhergehenden Capitel empfohlenen Aufsicht, solchen unnützen Beschäftigungen noch das Gewicht der Abgaben so schwer auflegt, daß die Beschwerlichkeit, sein Auskommen dabey zu finden, eben so davon abhalte, wie vorher die Leichtgläubigkeit eine Anlockung war, sich dahin zu wenden.



## §. 141.

Das Uebermaß der Studirenden a) fällt dann am deutlichsten auf, wenn man ihre Menge gegen die Ämter hält, zu welchen sie einst angewendet werden sollen. Diese Gegeneinanderhaltung überführt alle Welt von der Nothwendigkeit, die Zahl der Studirenden in ein Verhältniß zu ihrer künftigen Bestimmung zu bringen. Leute, die ihre Jugend 69) in den Schulen verleben, werden in dem Schatten der Hörsäle zu Handarbeiten träge; und, war einst ihre einzige Zuflucht, sich irgend in ein Kloster zu werfen, so bleibt ihnen jetzt meistens nur die, aus der Betrügerey ein Brodgewerbe zu machen. Man würde also nicht jedermann, aber auch nicht eben nur die gewähltesten Talente, wie man vielleicht dafür halten dürfte, zu den Studien lassen. Es gibt in dem Staate so manche Federbedienungen, welche ein mittelmäßiges Talent, oft eine Hand allein, sehr wohl versehen kann. Die Künste hingegen, die Handlung, die Manufakturen fordern nicht weniger als die Wissenschaften Genien, wenn sie auf einen gewissen Grad der Vollkommenheit erhoben werden sollen. Die Gesetzgebung muß die Talente unter die

verschiedenen Stände mit einsichtsvoller Unpartheplichkeit zu verschellen, bedacht seyn.

a) S. S. 135.

### S. 142.

Die Bu<sup>ch</sup>t des Dienstge<sup>fi</sup>ndes wird durch eine wohl eingerichtete Dienstge<sup>fi</sup>nd-Ordnung erhalten. Wenn von den Dienstgebern und der öffentlichen Aufsicht darüber strenge gehalten wird, so ist sie eines der kräftigsten Mittel, die Zahl der Müßiggänger zu verringern, indem sie bey einer so grossen Volksklasse den Müßiggang gleichsam unmöglich macht. Das Wort: Dienstge<sup>fi</sup>nd bezeichnet zwar indgemein alle diejenigen, die sich auf längere Zeit in Privatdienste begeben; vorzüglich aber begreift man hier die minderen Klassen, Liverey, Mägde, Stallleute, Hausknechte u. d. gl. Der Endzweck einer Gefindordnung ist dreyfach: dem Muthwillen von Seite des Dienstvolkes, der Härte und Unbilligkeit von Seite der Herren vorzubeugen, und die Anzahl des herrenlosen Gefindes zu vermindern. Hierauf also muß bey Entwerfung einer Gefindordnung 70) das Augenmerk gerichtet seyn.

## §. 143.

Der Muthwille des Dienstgefindes äußert sich in dem unzeitigen Dienstverlassen, in unbilligen, unmässigen Forderungen, in Verweigerung der Arbeit, in Betrügereyen und Untreue, in merklicherer Nachlässigkeit, und dem dadurch den Gehndhållern verursachten Schaden, und in Unehreerbietigkeit gegen die Gehndhålder.

## §. 144.

Das unzeitige Dienstverlassen zu hindern, müssen zu den Dienstveränderungen eigene Fristen festgesetzt, ausser dieser Zeit aber, etwa den Fall einer Heirath, oder merklichen Glückverbesserung ausgenommen, nicht erlaubt seyn, den Dienst zu verlassen. Wo dergleichen gesetzmässige Riethzeit nicht eingeführet ist, muß wenigstens eine Aufkündigungszeit festgesetzt werden, binnen welcher sich der Gehndhålder nach einem tauglichen Dienstboten umsehen könne. Sowohl in den Fristen zu Dienstveränderungen, als in der Aufkündigungszeit ist zwischen dem offenen Lande und den grösseren Städten nothwendig

ein Unterschied zu beobachten. Die Zeit des Dienstwechsels muß bey dem ersten auf die Wintermonate verlegt seyn, wo die Gehirthealter durch Austretung des Gefindes in ihren landwirthschaftlichen Verrichtungen nicht gehemmet werden. Auch ist für beyde Theile nothwendig, zur wechselseitigen Aufkündigungzeit auf dem Lande eine längere Frist zu bestimmen. Sowohl Dienste als Gefind sind auf dem offenen Lande nicht so häufig, daß die Verabschiedeten sogleich anderwärtig unterkommen, oder die Gehirthealter anständige Dienstleute auffinden könnten. Alles Dienstverlassen außer diesen gesetzmäßigen Wechselzeiten muß der Strafe unterliegen; um desto mehr auf das heimliche Entlaufen, auf Zusammenschwörungen des Gefindes, auf das sogenannte Abreden aus einem Dienstorte eine empfindliche Züchtigung gesetzt, und sowohl heimlich entlaufene Dienstboten, das ist, die aus ihrem letzten Dienstorte keinen Abschied zeigen können, zu verherbergen, als überhaupt Dienstleute ohne Abschied (wie man das Dienstzeugniß nennt) anzunehmen, streng verboten seyn. Das letztere ist bey nahe der wirksamste Theil der Gefindordnung, wenn noch damit die Verbindlichkeit von Seite der Diensthalter verelabaret wird, dem entlassenen Dienstboten

den Abschied nach der Wahrheit, so gut oder übel er denselben verdienet, zu geben. Durch Vereinigung dieser zwey Punkte wird das Dienstgefind in die Nothwendigkeit gesetzt, sich wohl zu verhalten, weil es bey Verabschiedung aus einem Dienste ohne Zeugniß, oder mit einem übeln Zeugnisse, nirgend angenommen zu werden, fürchten muß. Zwar sollte die eigene Vorsichtigkeit jedermann von selbst anrathen, keinen Dienstboten ohne Abschied anzunehmen; aber um Gefindhälter auf jeden Fall dazu zu vermögen, wird genug seyn, dem Dienstgeber, wenn ihm von einem so unvorsichtig in Dienst genommenen Dienstboten auf irgend eine Art Schaden zugesüget wird, den Rechtsbeystand zu versagen. Dieses verneinende Zwangsmittel hat die Polizei gegen jedermann, auch gegen den es ihr sonst an jedem andern gebricht.

#### S. 145.

Den unbilligen und unnüßigen Forderungen des Dienstgefandes Schranken zu setzen, kann, wenigstens für die geringeren Gattungen der Dienstkente, in Ansehung des Lichlohes, der Nahrung, der Kleidung, der Darangabe und

üblichen Geschenke, als zum neuen Jahre u. d.  
 gl. eine Taxe gesetzt werden, welche zu überschreiten,  
 nicht erlaubt seyn soll. An sich selbst sind die Dienste  
 des Gefindes nicht weniger, als die Arbeit so vieler  
 Handwerke ein Gegenstand der Taxe: und es  
 muß überhaupt zum Nutzen der Diensthälter, und zur  
 Zucht des Gefindes gereichen, wenn dem Dienstbo-  
 ten zwar im Allgemeinen eine zureichende Verpflegung  
 und verhältnißmäßiger Lohn versichert, aber ihm, sich  
 durch bloßes Wechseln des Dienstes seine Umstände  
 auffallend zu verbessern, die Aussicht benommen ist.  
 Um diese Taxe nicht durch Seitenwege zu verei-  
 teln, würde den Gefinshältern nützlich untersagt wer-  
 den, die Liveren nicht mit Gold oder Silber  
 zu besetzen. Denn da am Ende des Jahres die Liveren  
 den Bedienten heimfällt, so ist diese Pracht in der  
 That nichts anders, als eine Erhöhung des Lohnes  
 unter einem andern Namen. Selbst der Freygebig-  
 keit gegen Dienstleute können einige Gränzen ge-  
 setzt werden. Eine solche Beschränkung würde wenig-  
 stens nicht unbilliger seyn, als die Beschränkung der  
 Freygebigkeit zwischen Eheleuten in dem römischen Rech-  
 te. Man wende nicht ein, daß man dadurch den Her-  
 ren das Mittel entreisse, bessere Dienstboten zu  
 belohnen. Es ist dem Staate nicht daran gelegen,

daß hier und da ein Gefindhälter einen besseren, sondern daß alle Diensthälter gute Dienstboten haben. Sollten außerordentliche Dienste, z. B. eine Wartung bey langwierigen Krankheiten oder d. gl. einer besonderen Belohnung würdig scheinen, so könnte dieselbe durch die Hände der Obrigkeit, der die Ursache des Geschenkes mit anzuführen wäre, gegeben werden. Das Geschenk würde auf diese Art für die Klasse ermunternd, und die verderbende Freygebigkeit wäre gehemmet.

#### §. 146.

Es ist unmöglich, alle Fälle, worin man der Dienste des Gefindes benöthiget seyn kann, zu bestimmen, folglich eben so unmöglich, die verschiedenen Arbeiten von denselben vorhinein ausdrücklich zu bedingen. Damit also durch unzeitiges Weigern des Gefindes der Dienstherr nicht zu Schaden komme, oder wenigstens in Verlegenheit gesetzt werde, so soll kein Dienstbot berechtiget seyn, eine ihm aufgetragene Arbeit zu versagen, sie wäre denn augenscheinlich von solcher Art, welche zu verrichten, er unvermögend, oder auch, welche für den Dienst, zu dem er sich bedungen hat, offenbar unschicklich ist. Die Gefindhälter

müssen zur Wirksamkeit dieses Verbotes mit einer häuslichen Zwangsmacht bewaffnet seyn. Besondere Widerspenstigkeit aber, bey welcher die häusliche Zwangsmacht ohne Wirkung seyn würde, soll über geschehene Anzeige, andern zur Warnung, von dem Gerichte selbst streng, und nach Umständen öffentlich gestraft werden.

#### §. 147.

Untreuen und Betrügereyen von einer gewissen Wichtigkeit und Betrage, wodurch dem Gefindhälter ein merklicher Schaden zugefügt wird, werden als Verbrechen dem Kriminal-Verfahren unterworfen. Aber auch kleineren Entfremdungen, kleineren Vernuntrenungen, welche durch höheres Untreuen, durch Übervorteilung an Maß und Gewicht verübet werden, und in der That Hausdiebstähle sind, muß, wenn sie öfters geschehen, durch die daraufgesetzte Strafe des Zuchthaus, oder sonst einer gerichtlichen Züchtigung Einhalt gethan werden. Es wird sehr viel zur Treue des Gefindes beytragen, wenn den auf einer Untrene betretenen Dienstboten, wosern es dem Gefindhälter ansteht, sogleich zu verabschieden, erlaubt, aber zugleich vorge-



schrieben ist, dem Abschiede die Ursache seiner Entlassung einzuverleihen. Überhaupt müssen die Abschiedsbriefe nicht bloße Förmlichkeiten seyn, sondern, wie schon gesagt worden, nach dem wahren Verdienste des Gesindes, nach Wohl- oder Übelverhalten desselben ertheilet werden. Um die Gesindshälter hierzu zu zwingen, würde derjenige, welcher einem wegen Untreue, oder sonst übler Anführung entlassenen Dienstboten einen Abschied ertheilte, ohne seines Vergehens darin zu erwähnen, der also dadurch denjenigen, welcher den Dienstboten auf guten Glanzen des Zeugnisses angenommen, zu Schaden brächte, zu verbinden seyn, diesen Schaden zu vergüten. Damit das Gekind auf des Herrn Namen nichts erborgt, nicht sonst unter dem Scheine, als geschähe es für die Dienstgeber selbst, verpfänden, und heimlich verkaufen könne, muß Erdlern, Erdmern u. d. gl. allen, welche mit Kauf und Verkauf alter Sachen Gewerbe treiben, ohne Vorwissen der Gesindshälter etwas von dem Dienstgesinde zu kaufen, nicht nur bey unentgeltlicher Zurückstellung, sondern auch unter besonderer Strafe verboten seyn. Diejenigen, welche, ohne sich anzufragen, dem Dienstvolke für ihre Diensthälter geborgt

hätten, sollen weder an den Herrn, noch an den Dienstboten eine gültige Forderung stellen können.

### §. 148.

Die Nachlässigkeiten des Dienstgesindes, die Unachtsamkeiten, wodurch die Gesindehalter entweder mit einmal, oder, da sie öfters geschehen, durch die verschiedenen kleineren Nachtheile beträchtlichen Schaden leiden, werden dadurch verhütet, daß der Dienstbot, der durch sein Versehen Schuld trägt, den Schaden von seinem Lohne zu ersetzen habe. So hart eine solche Verordnung scheinen dürfte, so ist sie dennoch beynahe unumgänglich: nicht nur, weil Verweise und Ermahnungen wenig ergiebig sind, das Gesinde vorsichtiger zu machen, sondern auch, damit dem Muthwillen vorgebauet werde, durch welchen boshafte Dienstleute sich unter dem Scheine der Unvorsichtigkeit und des Versehens an ihren Herrschaften zu rächen, keinen Anstand nehmen würden, wenn es nicht erlaubt wäre, sich darüber auf was immer für einen Fall zu entschädigen.

## §. 149.

Wenn gleich die übrigen Wege des Muthwillens beschränket sind, so kann das Dienstgesind noch durch Unanständigkeit und Unehreerbietung des Betragens beschwerlich fallen, wofern es hier an gesetzmäßiger Vorsichtigkeit mangelt. Nothwendig muß zwischen Herrn und Diensthoten das Verhältniß von Ansehen und Ehreerbietigkeit gehandhabet werden, ohne welches die häusliche Ordnung nicht bestehen kann. Wenn das Gesinde dieser Ehreerbietigkeit durch Frechheit des Betragens, oder auf irgend eine noch beleidigendere Art zu nahe tritt, so müssen dem Herrn verhältnißmäßige Mittel zugestanden seyn, die Ordnung herzustellen und handzuhaben. Die Fälle sind oft so beschaffen, daß die gerichtliche Beschwerde eine zu langsame Abhilfe seyn würde; sie sind oft zu unerheblich, als daß die Gerichte darüber erst angegangen werden sollten. Ein Haushälter, besonders von der arbeitenden Klasse, dessen Stunden seiner Erwerbung zugedihlet sind, würde durch solche Weltläustigkeiten zu viel verdammen, und, um nichts zu verdammen, die Beleidigungen des Gesindes meistens zu ertragen gezwungen seyn. Bepnahe alle Gesindordnungen sind darin mangelhaft, da sie über diesen Gegenstand schwe-

gen, oder wohl ausdrücklich das Dienstvolk gegen die Gefindhälter begünstigen. Eine den Hausvätern mit gehöriger Mäßigung zugestandene häusliche Züchtigung und Zwangsmacht ist zur Vollständigkeit dieser Vorschriften unentbehrlich; und sie kann so wenig, als die Zwangsmacht der Ältern in Ansehung ihrer Kinder, weder für ungerecht, noch für entehrend angesehen werden. Nur kommt es darauf an, mit Billigkeit zu bestimmen, worin diese Züchtigung bestehen soll. Geldstrafen würden dem Geitze mancher Gefindhälter willkommen seyn, um den Dienstboten seines mühsam verdienten Lohnes zu berauben. Die Dienstentlassung ist in Städten keine Strafe, weil da leicht andere Dienste gefunden werden; auf dem Lande aber, wo die Dienstleute, wie die Anmerkung bereits gemacht wurde, weniger zu entbehren, und nicht so leicht zu ersetzen sind, würde sie dem Herrn so sehr als dem weggeschickten Dienstboten empfindlich fallen. Es ist also nur die körperliche Strafe übrig, allenfalls gemildrigte Stöße, worin dann die Strenge der Gesetze dem Gefindhälter genaue Gränzen auszeichnen müßte.

Der zweite Endzweck einer Gefindordnung ist: diejenigen, welche das Schicksal zum Dienem verurtheilt, gegen Härte und Unbilligkeit der Gefindhalter zu schützen. a) Es muß daher durch die Gefindordnung dem Dienenden von dem Gefindhalter Nahrung, Kleidung und Lohn nach Verschiedenheit des Dienstes versichert seyn. Gegen die Verminderung seines mit Schweiß und Mühe erworbenen Lohnes, durch Abzug eines jeden unbeträchtlichen, ohne Vorsatz und Nachlässigkeit, aus bloßem Versehen zugefügten Schadens muß Vorsehung gemacht werden. Der Gefindhalter muß bey der ihm zugestandenen häuslichen Beschäftigung nicht ungebundene Hände, noch wegen jeden leichten Versehens ein unbegränztes Recht haben, dem Diensthoten hart mitzufahren. Wenn es dem Gefinde nicht erlaubt ist, nach Willkühr aus dem Dienste zu treten, so muß auch den Gefindhaltern nicht frey stehen, das Gefind ohne vorhergehende Aufkündigung fortzuschicken, noch einen Diensthoten, der nach gesetzmäßig festgestellter Aufkündigung seine Entlassung verlangt, mit Gewalt zurück zu halten, ihm seinen Abschied zu verweigern, oder, wenn er sich anständig und tren

verhalten hat, einen schlechten Abschied zu ertheilen, und was solche mißempfehlende Ränkegriffe mehr seyn mögen.

a) C. §. 149.

## §. 151.

Zu mehrerer Befestigung der wechselseitigen Pflichten und Rechte hat man in verschiedenen Orten für nothwendig erachtet, ein eigenes Gesindgericht aufzustellen, wo sowohl die Gesindhälter gegen die Dienstkleute, als diese in Fällen, worin sie gegen die Herren Schutz bedürftig sind, ihre Beschwerden anzubringen haben. Das Dienstgesind macht eine sehr große Volksklasse in dem Staate aus, bey welcher tägliche Entscheidungen, und, nach Beschaffenheit der Umstände, augenblickliche Vorkehrungen nothwendig werden; daß also eigene Diensthofengerichte, wenigstens in grossen Städten, zur besseren Handhabung der Gesindordnung ohne Zweifel vieles beytragen können. Eine solche Gerichtsstelle muß, wenn sie anders die gehörige Wirksamkeit haben soll, in den in ihre Gerichtsbarkeit einschlagenden Fällen, ohne Aufsehen der Personen, zu verfahren, berechtigt seyn. Sie hat die vorkommenden Streitigkeiten zu entscheiden, die

boshafteu Diensthöten zu strafen; aber auch der Tyranney der Diensthälter Einhalt zu thun, dem Diensthöten zu seinem voreuthaltenen Lohne vergiltlich zu seyn, und wosern der Diensthälter den Abschied verweigert, oder wider des Diensthöten Verschulden einen mißempfehlenden Abschied ertheilet, nach vorgehender Untersuchung eine gerichtliche Urkunde zu geben. Es fließt aus der Natur der bey einem solchen Gerichte vorkommenden Fälle, daß das Verfahren ohne Formlichkeit seyn, daß seine Gerichtshöfungen nicht nur täglich, sondern, wenn es nöthig ist, zu jeder Stunde des Tages gehalten werden, und seine Urtheile ohne weitere Berufung seyn müssen.

### §. 151.

Der öffentlichen Ordnung liegt endlich eben so viel, als an beyden vorhergehenden Endzwecken, an Verminderung des dienstlosen und unbeschäftigten Gesindes. a) Es ist daher ein wesentlicher Theil einer guten Gesindordnung, daß dem länger unbedienteten Gesinde aller Orten wenigstens der Aufenthalt erschweret, und solches dadurch, eifrig nach Dienst zu suchen, gezwungen werde. Man erhält diese Absicht zum Theile, wenn den Gastwirthen, auch sonst

jedermann verboten wird, einen heimlich entlaufenen, oder mit keinem Abschiede versehenen Diensthoten zu beherbergen. Aber dadurch ist der längeren Dienstlosigkeit derjenigen, welche ordentliche Abschiede haben, nicht vorgebaut. Überhaupt also muß die Obrigkeit das dienstlose Gesind stets unter einer näheren Aufsicht behalten, und nur kurze Fristen festsetzen, nach deren Verlauf Unbedienstete ohne Erlaubniß nicht weiter dürfen beherberget werden. Insbesondere aber werden geschworne Gesindzubringer und Gesindherbergen zu dieser Absicht eine wirksame Anstalt seyn.

a) C. §. 142.

### §. 153.

Die geschwornen Gesindzubringer sollen vom Gesindgerichte bestellt, und in Eid genommen werden. Nach der Größe der Städte müssen derselben mehrere, z. B. in jedem Viertel zwey seyn. Nur sie allein werden berechtigt, für die austretenden Diensthoten nach Verschiedenheit der Geschlechter Herberge zu halten, wofür ein geringes Herberggeld bestimmt seyn muß. Der austretende Diensthote wird angewiesen, an dem Tage seiner Dienst-



losgkeit sich bey ihnen zu melden, und seinen Abschied vorzuzeigen, welcher in ein eigenes Gefindaprotokoll mit Tauf- und Zunamen, den Eigenthümlichkeiten, dem Namen des ehemaligen Dienstgebers, und dem Tage der Anmeldung eingetragen werden muß. Der Gefindzubringer hat nun für den sich Meldenden um Dienst zu sorgen; diese zu finden kann nicht schwer werden; denn so bald eine solche Einrichtung bekannt ist, wird sich jeder, der eines Dienstboten nöthig hat, von selbst an den Gefindzubringer wenden. Sind acht, höchstens vierzehn Tage vorüber, ohne daß sich ein Dienst findet, so würde der herrnlose Dienstbot, wenn es ihm sonst an einer dem Gefindzubringer bekannten Erwerbung gebricht, an das Arbeitshaus gewiesen, um da seinen täglichen Unterhalt so lange zu suchen, bis er wieder in einen Dienst unterzukommen, Gelegenheit hat. Die Mühe des Gefindzubringers wird zur Hälfte von dem Herrn, zur Hälfte von dem Dienstboten nach einer bestimmten geringen Tage bezahlt werden. Eine solche Anstalt wird wenigstens den Umlauf des herrnlosen Gefindes in vielen Anlässen hindern, die Aufsicht darüber erleichtern, und die Wirkung haben, sowohl, daß das Gefind nicht so leicht,

stänvig Dienste verläßt, als auch unter neuen Diensten weniger wählet.

### §. 154.

Alle Vorkührungen gegen den Müßiggang erwarten den lezten Nachdruck von einem wohl eingerichteten Arbeitshause und Suchthause. a) Ein Arbeitshaus ist mit einem Suchthause nicht zu vermengen; ihre Absicht ist durchaus unterschieden; sie sind daher in der inneren Verfassung eben sowohl zu unterscheiden. Die Absicht bey einem Arbeitshause ist, den Arbeitslosen vor dem Müßiggange, vor Ausschweifungen wie vor der Noth zu retten, da er an diesem Orte zu allen Zeiten eine Beschäftigung bereit findet, womit er sich luzwischen Unterhalt erwerben kann. Das Arbeitshaus ist also für folgende Gattungen von Menschen gewidmet: stens für solche, die zwar sonst einen eigenen Nahrungsstand haben, aber durch Umstände an diesem Tage, zu dieser Zeit ohne Erwerbung gelassen sind. Diese Klasse schließt Niemanden aus, der nach Arbeit anfragt, keinen Handwerker, keinen Tagelöhner, keinen Ausländer, kein

Geschlecht, kein Alter: 2ten. Für herrenloses  
 Dienstgefind in der Zwischenzeit einer längeren  
 Dienstlosigkeit: 3ten. Für junge Leute, welche etwa  
 das erste mal im Betteln, auf unbedeutenden  
 Bernntrennungen betreten worden, oder sonst auf  
 dem Wege der Ausschweifungen nur die ersten Schritte  
 gewagt haben. Für diese ist es zwar eine Art von  
 Strafe, aber, wie es genannt wird, nur Medica-  
 linalstrafe, wobey nicht der gegenwärtige  
 Zwang, sondern die künftige Besserung allein das  
 Augenmerk ist, und worunter nicht nur diejenigen, wel-  
 che durch ihr Vergehen der öffentlichen Aufsicht sich  
 selbst überliefern, sondern 4ten auch die, an denen  
 Eltern, Anverwandte und Vormünder bey  
 fehlgeschlagenen andern Mitteln, diesen Weg zur Bes-  
 serung zu versuchen, für nöthig finden, gegen Beza-  
 lung und Erfaß der Kosten aufgenommen werden  
 könnten. Auf diese Art würde durch das Arbeitshaus  
 zugleich der hässlichen Nacht hilfsreiche Hand ge-  
 reicht.

Ihr eine so liebevolle Anstalt, welche die Abstellung des Müßigganges und die Zuflucht gegen augenblickliche Armut zugleich zur Absicht hat, ist die gelindeste Benennung, z. B. ein Rettungshaus, die angemessenste. Die innere Verfassung muß dieser Benennung nicht widersprechen. Ich kann mich nicht auf einen umständlichen Entwurf einer solchen Verfassung einlassen. 71) Ich beschränke mich auf einige, aber wesentliche Punkte. Alles Aufser eines gezwungenen Aufenthaltes muß daraus verbannt seyn. Die Arbeiter sollen in dem Hause Kost und Herberge finden; aber niemand soll gezwungen seyn, Kost und Herberge daselbst zu nehmen. Die Wahl der Arbeit soll jedermann gelassen, auf jeden Fall gegen vorgesehene Sicherheit die Arbeit auch nach Haus gegeben werden. Die Beschäftigungen, welche bereit gehalten werden, müssen für alle Gattungen Menschen seyn, für unterrichtete, und auch für diejenigen, welche keine bestimmte Arbeit gelernt haben. Von dieser letzten Art von Beschäftigungen sind alle ersten Zubereitungen in Manufakturen, alle Vorbereitungen der Handa-

gewerbe, um welche für diese Häuser vorgesorgt werden muß. Man kann die Unterweisung in nützlichen Arbeiten zwar anbieten, aber aufgedrungen soll sie niemanden werden, als der dritten und vierten Gattung; diesen eigentlichen Zöglingen des Hauses, gegen die jedoch noch immer mit Gelindigkeit verfahren, alles, was in ihren Unterricht einschlägt, mehr auf Ordnung, als auf Zwang hinandlaufen, und auch dann, wenn Ungelährigkeit oder Fehler sie strafwürdig machen, nur eine kleinere Züchtigung, z. B. eine Verschließung in abgesonderte Kämmerchen, Fasten u. d. gl. erlaubt werden muß.

### §. 156.

Diesenigen, welche einer größeren Züchtigung nöthig haben, gehören nicht hierher, sondern in ein **Zuchthaus**, a) dessen Bestimmung für öfters betretene Müßiggänger, für hartnäckige Bettler, für unverbesserliche Ausschweifer und Bösewichter, mehrere Strenge, eine in den Arbeiten und in der Züchtigung in die Augen fallende Verschiedenheit fordert. Der Aufenthalt in dem

Zuchthaus muß immer durch einen Gerichtsspruch bestimmt werden. Der hierher gebrachte Züchtling ist also ein verurtheilter Übeltäter, und wird als ein solcher behandelt. Er empfängt bey dem Eintritte eine Zuchthaus-Kleidung, wird in eine Art von Gefängniß verschlossen, aus welchem er nur zur Arbeit entlassen wird, die nach dem Masse seiner Schuld und dem Grade der Unverbesserlichkeit verschweret werden, die er nach eben diesem Masse manchmal in Fesseln verrichten, und sich, welches in einem Zuchthause ein nothwendiger Punkt ist, durch diese Arbeit seinen Unterhalt erwerben muß. Die Arbeiten, an die er gewiesen wird, sind mühsame Verrichtungen, welche die Kräfte starker mitnehmen, und geringer bezahlt werden. Die Widerspenstigkeit, oder andere Fehler, selbst nur die Weigerung des Arbeitens werden mit Schlägen gezüchtigt. Ein noch einfacheres und vielleicht wirksameres Zwangsmittel ist der Hunger. Jeder Züchtling soll nur von dem Gewerbe seiner Arbeit genähret werden. Der nicht arbeitet, kann also nicht genähret werden. Schläge werden den Züchtlingen manchmal auch schon durch das Urtheil zuerkannt. Bey diesem härteren Verfahren ist die Absicht

Der öffentlichen Strenge, dem Büchtlinge einzelen-  
 zend zu machen, wie viel besser es ist, sich im  
 Genuße der Freyheit, mit leichterer Arbeit,  
 einen besseren Unterhalt zu erwerben, als  
 sich durch Müßiggang und Ausschweifung der Ge-  
 fahr auszusetzen, zu einem so elenden Leben  
 verurtheilt zu werden. Es ist übrigens immer noth-  
 wendig, daß die Buchthäuser ohne zweydenki-  
 gen Ruf und Entehrung seyn, damit sie, an-  
 statt zur Besserung zu dienen, nicht vielmehr den Weg  
 dazu abschneiden. Daher sind die zu dem Buchthau-  
 se Verurtheilten niemals zu etner öffentlichen Ar-  
 beit zu gebrauchen, und zur Schau zu geben, noch  
 die Gefangenhäuser der zur öffentlichen  
 Arbeit verurtheilten Missethäter Buchthäu-  
 ser zu nennen.

a) S. S. 135.

S. 157.

Eine Menge Menschen würde jedoch zuverlässig  
 entweder nie in größere Unordnungen und Un-  
 sittlichkeit verfallen, wenn sie nicht hierzu ver-  
 führt würden, oder wenigstens, sie würden damit

nie so vertraut geworden seyn, wenn nicht Gelegenheit sie eingeladen, und Leichtigkeit die Unordnung zur Gewohnheit veraltet hätte. Die öffentliche Aufsicht muß also diese Gelegenheiten, so viel als möglich, zu verringern 72) suchen, und daher auf die Verführer von aller Art, besonders auf Kuppler und Kupplerinnen, auf die geheimen Schandwirthe ein wachsames Auge haben, und wenn sie dieselben entdeckt, solche mit einer auffallenden Strenge züchtigen. So sehr bin ich entfernt, zu glauben, daß öffentliche Schandhäuser geduldet, oder, wie einige Schriftsteller mit vielem Ernste vorschlagen, 73) sogar vom Staate selbst veranstaltet werden sollen.

#### §. 158.

Die Gründe, die man, um dieser Reliquie Eingang zu verschaffen, mit großem Wörteraufwande aufgeführt hat, laufen sämmtlich darauf hinaus; einmal sey für unmöglich anerkannt, in großen, besonders in Hauptstädten, bey dem Zusammenflusse von Ehelosen, von Müßiggängern und Fremden den Ausschweifungen Einhalt zu thun. Die öffentliche Vorsorge



müsse also ein Übel, das sie in der Entstehung nicht hindern kann, doch in den Folgen weniger schädlich zu machen suchen. Sie leiste dieses, wenn sie durch solche Häuser die zerstreute Unordnung gleichsam unter ihren Augen zusammenzieht, sich darüber die Aufsicht erleichtert, sich in den Stand setzet, besonders über die Gesundheit der feilen Dirnen besser zu wachen, deren Krankheiten sonst gleich verbreitenden Seuchen um sich greifen; daß sie endlich dadurch Verführung und Schande von dem Inneren der Familien abwendet. 74) Die Erfahrung stürzt alle diese schönen Erwartungen über den Haufen. Darf man es widersprechen, daß in denjenigen Hauptstädten, wo öffentliche Schandhäuser, unter was immer für einer Benennung, geduldet sind, die Zahl der Strassendirnen, der unterhaltenen Mädchen immer noch äußerst groß, 75) daß die Verführung noch immer nicht seltener geworden, daß die Treue der Gattinnen und die Sittsamkeit der Töchter nicht unangestasteter geblieben ist? Keine Unordnung ist also dadurch vermindert, aber die Gelegenheiten zur Unordnung sind vermehrt worden. Nein, nie kann, was sittlich übel ist, bürgerlich gut werden. Und, ge-

brähe es auch sonst an Gründen, so wird in meinen Augen stets als einer der wichtigsten gegen die Einführung solcher Häuser gelten: daß sie, ohne den Verführungen der niedlicheren, feineren Wollüstlinge 76) Einhalt zu thun, der Jugend, welche Schamhaftigkeit und Unbekanntheit, wenigstens für einige Zeit, zurückhält, eine einladende Leichtgläubigkeit anbieten, sich sehr frühe um Sitten, Gesundheit und Mannskraft zu bringen.

S. 159.

Alles, was von einer vorsichtigen Verwaltung gefordert werden kann, besteht darin: daß sie ihre Aufsicht nicht bis zur Ausspähung und häuslichen Durchsuchung erweitere: daß sie durch übertriebene Strenge gegen Schwächen nicht etwa zu größeren und schädlicheren Lastern Anlaß gebe: daß sie sich begnüge, öffentliche Unanständigkeit, 77) ausbrechende Argernisse nicht zu dulden, und Altern, Verwandten, Ehegatten, der Nachbarschaft, welche über Verführung ihrer Angehörigen, über Störung der häuslichen Ordnung, des häuslichen Wohles, über Argerniß Klage füh-

ren, Beystand zu geben. Die Sittenlehre, die Erziehung, die Verminderung der Ehelosigkeit 78) müssen übrigens das Meiste zur Beschränkung eines Übels beitragen, welches ganz ausgerottet, keiner Vorsichtigkeit gelingen wird.

### §. 160.

Die öffentliche Wachsamkeit muß endlich auch, so viel sie hierin leisten kann, die Gelegenheiten abzustellen bedacht seyn, welche mittelbar oder unmittelbar die sittlichen Unordnungen von anderer Art zu vermehren fähig sind. Hierher gehöret die Beschränkung der Schenkhäuser 79) zur Verminderung der Trunkenheit und der daraus entstehenden übeln Folgen: in kleineren Städten die Verordnung, nach einer gewissen Zeit Niemanden, und zu allen Zeiten und überall denjenigen, welchen bereits eine Trunkenheit angemerkt wird, in den öffentlichen Schenkhäusern nichts mehr zu verkaufen: gegen eingekeltete Trunkenbolde zum Bespiere und Abmahnung anderer verhängte, auch öffentliche Züchtigungen: hierher gehöret die in den österreichischen Ländern bestehende Verordnung, welche dem Dienstvolke und den Handwerksgefallen in

Schenkt hause um Geld, wäre es auch noch so gering, zu spielen, untersagt: hierher gehöret das Verbot, Jemanden, ausser in Gasthöfen und in dazu eigens gewidmeten Herbergen über Nacht zu behalten. Hierher gehöret endlich und vorzüglich die von so vielen katholischen Staaten angesuchte und nur nach langem Widerstreben von Rom bewilligte Verminderung der Feiertage. 80) Denn es ist durch allgemein übereinstimmende Beobachtungen nur zu unwidersprechlich bestätigt: daß Unordnungen und Verbrechen 81) am häufigsten da begangen werden, wo die grosse Anzahl von Feiertagen das Volk von der Arbeit abzieht: 82) daß also jede Zeit, die man der Arbeit einräumet, dem Laster und der Ausschweifung entzissen wird.

---

**A n m e r k u n g e n**  
zu dem  
**ersten Abschnitte der Staatspolizey.**

---

**Von der Aufmerksamkeit**  
auf den  
**sittlichen Zustand.**



## I. Anmerkung.

Diejenigen, sagt Rousseau, Emile L. 4., welche die Politik und Moral getrennt behandeln wollen, werden in keiner von beyden Etwas zu Stand bringen. Wenn das Volk einst einen gewissen Grad der Einsicht erhalten wird, oder vielmehr: wenn das Volk für einen solchen Grad von Einsicht empfänglich wäre, so würde der Unterschied zwischen der Gesellschaftstugend und der moralischen ganz hinwegfallen: Denn im Grunde, ist die Tugend, wie sie die geläuterte Religion und Sittenlehre einflößen, von der Tugend nicht verschieden, welche die gesellschaftliche Ordnung fördert.

## II. Anmerkung:

Die Nothwendigkeit dieser Lehre zur Befestigung der Gesetze ward von den Gesetzgebern, von den Weisen des Alterthums stets außer Zweifel gesetzt. Sallustius, bey dem Diodor. Sicul. L. 12., lehrt

tet zu seinen Befehlen durch den Eingang ein? „Men-  
 schen, die in einem Staate vereint leben wollen,  
 „müßten vor allem glauben, daß es eine Gotte-  
 „heit gebe.“ Aber Cicero hat die Weise, wie der  
 Glaube an eine Gottheit auf die Handlungen  
 des gesellschaftlichen Menschen einwirken soll, be-  
 nahe in dem Geiste eines Augustinus geschildert. „Da-  
 her, sagt er, gleich anfangs die Bürger allge-  
 mein überzeugt seyn sollen, daß die Gottheit alles be-  
 herrsche, alles leite: daß, was immer vorgeht, durch  
 ihren Willen, ihre Gewalt, unter ihrem Einflusse  
 vor sich gehe; daß sie um das menschliche Geschlecht  
 sich stets vorzüglich verdient mache, wie jeder  
 handle, was jedermann begehe, unab-  
 gewendet beobachte, und den Lasterhaften  
 zur Rechenschaft fordere.“ *Sit igitur hoc a*  
*principio persuasum civibus, dominos esse*  
*ac moderatores omnium rerum Deos, eaque,*  
*quae geruntur, eorum geri vi, ditione ac nu-*  
*mine, eosque optime de genere hominum me-*  
*reri, et qualis quisque sit, quid in se*  
*admittat, intueri, et impiorum habe-*  
*re rationem. De leg. c. 7.*



### III. Anmerkung.

Auch das einzige Mittel, welches Völker noch gegen die Unterdrückungen der mit Gewalt gewaffneten Eigenmacht, wenigstens einigermaßen, schützen kann: und wenn den Regierungen sehr daran liegen muß, daß die Unterthanen eine Religion haben; den Unterthanen ist es noch unendlich wichtiger, daß Fürsten, und diejenigen, in deren Händen die öffentliche Verwaltung liegt, die Furcht eines Gottes im Saume halte, vor dessen schrecklichem Richterstuhle auch sie unfehlbar zu erscheinen, dem sie von jeder Unterdrückung, von dem aus Herrschaft, oder aus Vergrößerungsbegierde, oder aus Sucht des Heldenruhmes wie Wasser verschwendetem Menschenblute Rechenschaft zu geben haben werden.

Voltaire, dessen spottender Witz der Religion so manche unheilbare Wunde geschlagen, hat durch die vortreffliche Abhandlung über die Nothwendigkeit, einen Gott zu glauben, (Quest: encyclop: article Dieux) sich beynahe mit der Religion wieder ausgesöhnet. Aber nichts übertrifft das ihm gleichsam abgezwungene Geständniß; da er in seinem

Briefe an den Verfasser des untergeschobenen  
Werkes: De trois imposteurs, anrust:

Si les cieux depourvus de leur emprunte auguste  
Pouvoient jamais cesser, de le manifester;

Si Dieu n'existoit pas, il faudroit l'inventer,  
Que les sages l'annoncent! et que les rois le  
craignent!

Rois! si vous m'opprimez, si vos grandeurs de-  
daignent,

Les pleurs de l'innocent, que vous faites couler,  
Mon vengeur est là haut: apprenez à trem-  
bler.

Hätte Voltaire gelebet, um Zeuge von den  
Gräueln der Revolution zu seyn, er würde seinen Aus-  
ruf nicht an Könige, er würde ihn an diese Ver-  
sammlung von Unterdrückten gerichtet haben, wo man  
es Candeur nannte, als ein Mitglied sich öffentlich  
für einen Gottesläugner bekannte. Zwar äuffer-  
te die Unterdrückung sogleich vom Anbeginn ungezügelter  
Wildheit, als alles gesetzmäßige Ansehen vernich-  
tet, die Gesetze aufgehoben, die gesellschaftliche Ord-  
nung um- und übergestürzt ward. Aber, als die Kon-  
vention, um die Tempel zu berauben, allen Gottes-

diens verfluchte, und der Gottheit offenbar Krieg ankündigte, da ward ihr Karakter unwiderstehliche Wuth. Der Fanatismus hat nie so schreckbar gewüthet, wie der Atheismus. Seit der Zeit auch, als der Schild der Religionsmeinung nicht mehr über das verführte Volk schwebte, blutete Frankreich ohne Unterlaß, und dem Blutdurste seiner Henker war das stets geschäftige Beil der Guillotine oft noch zu träge. Möchten wenigstens so viele Grausamkeiten für die Warnung aller Nationen und Zeiten nicht ganz unverloren seyn, und sie von der Nothwendigkeit und der Wohlthätigkeit einer Religion überführen! Discite — moniti non temnere Divos!

#### IV. Anmerkung.

On the immortality of Soul. Einfluß der Religion auf das Staatssystem der Völker. Reders Werk Sur l'importance des opinions religieuses, verdient über diesen Gegenstand gelesen zu werden, so sehr es auch, gleich den meisten Schriften des Verfassers, manchmal den Prunkredner anstatt des untersuchenden Philosophen, und überall den Wendesinn des Mannes zeigt, dessen Rei-

nungen mit seinen Zeitabsichten mehr, als mit einem wirklichen Systeme zusammen hängen.

### V. Anmerkung.

Der Verfasser des Werkes: *Sur les lettres de cachet et les prisons d'état*, im 1ten Thl. 3. Kap. bestrittet die Nothwendigkeit der Religion, und ihre Wirksamkeit zur Erhaltung der bürgerlichen Ordnung mit dem zuletzt sich darauf zusammenziehenden Grunde: daß die Belohnungen und Strafen der Religion zu fern von dem Handelnden liegen, um zur Bestimmung für, oder zur Abhaltung wider eine Handlung einzuwirken. Er fordert daher die bürgerliche Tugend einzig von einer guten Gesetzgebung, als von welcher Strafe und Belohnungen näher gelegt werden können. Wenn hierdurch etwas bewiesen seyn sollte, so ist es höchstens, daß die Religion allein zur Leitung der bürgerlichen Handlungen, und Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung unzulänglich ist; ein Satz, den Niemand zu widersprechen, versucht seyn möchte. Aber es war sonderbar von Mirabeau, nicht wahrgenommen zu haben, daß er eben durch die Gründe, die er zu Hülfe gerufen, den Satz, den er bestritt, geradezu befe-

figte. Denn, da er nun einmal den Belohnungen und Strafen nicht nur Wirksamkeit, sondern auch Nothwendigkeit zur Erhaltung der bürgerlichen Folgsamkeit zugesetzt; Belohnungen und Strafen der weltlichen Gesetzgebung aber bey Handlungen, die sich dem Kenntnisse der Menschen entziehen können, kraftlos sind; so gestand, oder vielmehr, er bewies dadurch unlängbar den Nutzen, die Nothwendigkeit der Religion zur Ergänzung der bürgerlichen Gesetzgebung gegen diejenigen Verbrechen, die, wie Shakespear sagt, so vorflüchtig begangen werden, daß sie der Geseze spotten. Um alles unter einem Gesichtspunkte zu fassen: wer mit unbefangenen Verstande wird zu behaupten wagen, daß auch selbst fern liegende Abhaltungsründe von Verbrechen, der bürgerlichen Wohlfahrt nicht immer noch wichtig seyn, und wenigstens da für unentbehrlich angesehen werden müssen, wo sonst nichts, was vom Verbrechen zurückhalten könnte, vorhanden seyn würde?

## VI. Anmerkung.

Selbst der philosophische Doctor, der Verfasser der vortreflichen Briefe über die Toleranz, hat dieses

für so notwendig gehalten, daß er in seinem Gesetzbuche für die *Karoline*, wo die Aufnahme aller Religionen gleichsam die Grundlage der Verfassung ist, dennoch vorschreibt: Jeder Kolonist müsse sich zu einer Religionsgemeinde bekennen.

## VII. Anmerkung.

Auch ist nicht Freygeisterey eine zufällige Ausfertigung des Unglaubens in gesellschaftlichen Gesprächen, die auf die bürgerliche Ordnung keinen Einfluß haben können. Ein erklärter Freygeist, von dem die öffentliche Verwaltung Kenntniß zu nehmen, Ursache und das Recht hat, ist bloß der Apostel der Freygeisterey, der seine Meinung in Umlauf zu bringen, sie zu verbreiten, gemein zu machen, bemühet ist. Die Beschuldigung dieser Absicht und Lehre ward auch stets für so schwer angesehen, daß *Xenophon* am Eingange der sokratischen Denkwürdigkeiten vor allem sich bestrebet, das Andenken seines Lehrers vor Athen und der Welt gegen die Anklage des Atheismus zu rechtfertigen.

## VIII. Anmerkung.

Es ist eine, selbst von vielen Katholiken mit Vorliebe geduldette Meinung: die bürgerliche Wohlfahrt und Ordnung müßten sehr dabei gewinnen, wenn die politische und Religionsgewalt in einer Hand vereinigt lägen. Die schrecklichen Unordnungen, welche die Mißthelligkeiten der Regierung und des Priesterthumes über Staaten und Völker gebracht haben, scheinen diese Meinung zu rechtfertigen. Rom, wo zuerst der Senat, späterhin die Cäsarn, das Augurat und Pontifikat mit der Regentemacht in sich vereinigten, war, sagt man, von Religionsunruhen frey. Hobbes hat daher eine solche Vereinigung in Vorschlag gebracht, und Heinrich der Achte von England, und Peter der Große in Rußland scheinen sie verwirklicht zu haben. Aber, wie Rousseau mit scharfsinniger Unterscheidung bemerket: „sie haben (dadurch) nicht das Recht, zu ändern, sondern nur die Gewalt handzuhaben erhalten; sie sind (in der Religion) nicht Gesetzgeber, sondern nur Fürsten geworden. „Wo der Klerus einen Körper ausmacht, ist er immer Meister und Gesetzgeber in seinem „Antheile. Also sind in England und Rußland zwey

„verschiedene Mächte, zwey Gesetzgeber, wie überall.“ Und nichts ist weniger beweisend, als das Beispiel der römischen Verfassung. Da man dasselbe anführt, ist das Augenmerk einzig darauf gerichtet, daß durch diese Vereinigung der Zusammenstoß der Regierung und des Priestertums, der so manche heftige Staaterschütterung verursacht hat, vermieden würde. Von einer andern Seite aber vergißt man, daß das alte Rom nur einen Religionsdienst, keine Glaubenssätze hatte, keine Macht der Priester über die Seelen, keine Schlüsselgewalt kannte. Denke man nunmehr die fürchterliche politische und religiöse Macht in der Hand eines Unterdrückers vereinigt, der, wie Tacitus, (Geschichte B. 5. L. 8.) von den jüdischen Regenten zu Zeiten des Aristobulus und seiner Nachfolger nach einer gräßlichen Schilderung sagt, die Würde des Priestertums zur Befestigung der Tyrannenmacht an sich zog, und der dann nicht nur gegen meinen Körper in diesem Leben wüthet, dessen Grausamkeit mich selbst der Tod nicht entziehen, und von dem ich glauben, fürchten würde, daß er mich auch in einer endlosen Zukunft noch verfolgen könne.



## IX. Anmerkung.

Martini allgemeines Recht der Staaten. 1.  
Th. 8. Spß. S. 206.

## X. Anmerkung.

Von der Religion als Vereinigungskraft  
einer Parthey wird in dem dritten Abschnitte zu  
handeln seyn.

## XI. Anmerkung.

Diese Verbindlichkeit zu vollziehen, ist die  
Regierung mit denjenigen Rechten ausgerüstet, wel-  
che die Schriftsteller des Staatsrechts unter dem Na-  
men: Rechte in Religionsfachen, *jura cir-  
ca sacra*, zusammenfassen, die von einigen, wiewohl  
nicht sehr eigentlich, Religionspolizey genen-  
net werden. Hier behandle ich nur diejenigen, welche,  
und so weit sie auf die Religion als Mittel der Sit-  
tenbeförderung Beziehung haben. Die ausführ-  
liche Behandlung dieser Rechte gehört in ein System  
des allgemeinen Staatsrechts.

## XII. Anmerkung.

Auf das erste muß die Sorgfalt der öffentlichen Verwaltung bey allen Religionspartheyen gerichtet seyn; das zweyte bezieht sich auf die Nationalreligion. Daher, was weiter von der Religionsaufsicht gesagt wird, auf das Christenthum hauptsächlich seine Anwendung hat. Nothwendig erstreckt die Sorgfalt der Regierung sich auch auf die Wachsamkeit in Ansehung der Lehre, und selbst derjenigen Sätze, welche unter dem Namen Dogma eingeführt werden: sonst wäre dieser so leicht gemißbrauchte Name ein Freybrief für alle Vermegenheiten der Bulle In coena, für die Lehren der Bellarmine, Molinae, Salmerone, Mariana, für alle Sätze, deren Verbreitung bürgerliche Ordnung und Verhältnisse zerstört, Throne gestürzt, die Grundseße mancher Staaten erschüttert hat. Wosern Kommand die in den Grundsätzen der Bellarmine genährte Theologen den Regierungen das Recht, von dem Dogma Kenntniß zu nehmen, 'auszudecken; so sind die streitenden Partheyen unter sich leicht zu vereinigen. Wenn mit dem Worte: Dogma, der Begriff verbunden wird, der einzige, den das Staatsrecht damit verbinden kann, und soll: Ein Satz, der bloß

innerhalb der Gränzen der Meinung stehen bleibt, und auf äussere Handlungen weder im bejahenden noch verneinenden Verstande Einfluß hat, so wird die politische Verwaltung auf die Prüfung des Dogma nie einen Anspruch machen.

### XIII. Anmerkung.

Die Staatsverwaltung kennet in Beziehung auf ihren Zweck bey der Geistlichkeit nur den Beruf und das Amt des Seelsorgers. Auch das Bisthum kommt bey derselben nicht anders, als unter dem Gesichtspunkte der Seelsorge in Betrachtung. Der Bischof ist in seinem Sprengel der oberste Seelsorger, und führt in dieser Eigenschaft, wie der Name selbst andeutet, die Aufsicht über die übrigen. Das im Jahre 1795 erschienene Werk: Von dem Nutzen der Landgeistlichen mit Rücksicht auf unsere Zeiten etc. verdient nicht bloß von den geistlichen Fürsten und Gutsherren, denen es gewidmet ist, sondern in mancher Rücksicht auch von weltlichen Regierungen beherzigt zu werden.

## XIV. Anmerkung.

Die grossen Pfarbezirke können keinen andern Ursprung haben, als daß kleinere Ortschaften eigene Pfarrer nicht unterhalten konnten: sie verlebten sich also der nächsten Pfarre ein. Waren viele solche kleine Orte hinter einander, so konnten sich die entfernteren der nächsten nicht einverleiben, weil diese schon eine sogenannte Filial war. Sie mußten also eine Pfarr wählen, welche manchmal einige Stunden entfernt lag. Es fällt von selbst in die Augen, wie beschwerlich es von einer Seite dem Landmanne, sowohl zur Winterszeit, als in der Sommerhitze seyn muß, einige Stunden hin, und so viele zurück auf dem Wege zu dem Gottesdienste; zu dem Katechetischen Unterrichte u. s. w. zuzubringen: auf der andern Seite, daß es dem Pfarrer eben so wenig möglich ist, den Unterricht einer solchen Menge zu besorgen, den Bedürftigen zu rechter Zeit in einer Krankheit und am Sterbelager beizustehen u. s. w. Diese Unzukommlichkeiten, die in katholischen Ländern vorzüglich empfunden werden, gaben Anlaß zu der schon durch eine Verordnung vom 8ten Oktob. 1759 in den österreichischen Provinzen angefangenen Pfarrabsonderung.

### XV. Anmerkung.

Ich denke nicht, daß hier im Allgemeinen zwischen Katholischen und protestantischen Ländern ein Unterschied zu machen ist. Nur kann der Seelsorger bey den letzteren wegen der weniger häufigen Verrichtungen seines Amtes, und da er ohnehin eine Familie hat, vom Staate zu unterrichtenden Versuchen der Landwirthschaft nützlich mit gebraucht, und ihm in dieser Absicht ein Feldbau beygelassen werden.

### XVI. Anmerkung.

Keine Geldeinkünfte sind eine bestimmte Besoldung, unabhängig, so viel geschehen kann, von den unter der Benennung: Rechte der Stola, eingeführten Abirdgen, deren Bedrückung für die armeren Volksklassen die Regierungen hier und da bewogen hat, die Amtshandlungen der Seelsorge gleichsam unter einer Polizeystaxe zu halten. Bey einer bestimmten Besoldung wird auch der Schein des Vorwurfs hinwegfallen, den Ehler im zweyten Bande seiner Winkte für gute Fürsten, Prinzen, erzherzoge u. der katholischen Geistlichkeit macht: daß sie von dem Aberglauben des

Wolles lebe. Wollte man aber die Religion um alles Ansehen bringen, wollte man mit den heiligsten Handlungen derselben ein ärgerliches Gewerbe getrieben, und das ehrwürdige Amt der Seelsorge zur Gaukelkunst herabsinken sehen, so führe man Raynolds Vorschlag (Hist. polit. et phil. T. 3.) aus, und lasse die Einkünfte der Pfarreyn einzig darauf ankommen: daß der geistliche Beystand von denjenigen bezahlt werde, die ihn verlangen.

Einen Einwurf gegen Seldeinkünfte der Pfarreyn darf man nicht übergehen, der von dem Besorgnisse herrühret, daß, da nach Verhältniß, alle Preise der Nothwendigkeiten beständig steigen, die Einkünfte in Geld solche weniger bedecken, der Pfarrer also bey einer bestimmten Besoldung endlich nicht zu leben haben würde. Dieses Besorgniß ist gegründet, trifft aber den Pfarrer nicht mehr als jeden besoldeten Beamten, und deutet zuletzt darauf hin, daß nach einem gewissen Zeitumlaufe die Besoldungen immer gegen den Preis der Dinge ausgeglichen, und im Verhältnisse desselben erhöht werden müssen.

## XVII. Anmerkung.

Die Pfarrer, wie sie hier betrachtet werden, sind Staatsbeamte von Wichtigkeit und Einfluß, auf welche dasjenige Anwendung hat, was bey den Egyptiern in Ansehung der Priesterschaft Staatsmaxime war: Man hielt es für unbillig, daß es den Dienern des öffentlichen Rathes und Wohls an Gemüthlichkeiten des Lebens mangeln sollte. Diodor. Sic. L. 2. c. 3.

## XVII. Anmerkung.

Wohlmeinende Schriftsteller wünschen dem Pfarrer unter seinen Kenntnissen auch Begriffe von der Heil- und Wundarzneykunde. Wäre der Pfarrer also Gottesgelehrter, Wirtschaftskundiger, Heil- und Wundarzt.

## XX. Anmerkung.

Der Text, dem ich diese Anmerkung beysehe, war bereits lange zuvor niedergeschrieben, als die schnelle politische und religiöse Umstürzung in Italien sich ereignete. Diese Begebenheit ist nach ihrem Ursprunge und

Fortgange ein, obgleich trauriges, aber zu lehrreichem, zu warnendem Bepspiel, von in Aberglauben versunkenen Völkern weder standhafte Anhänglichkeit an Religion, noch Treue gegen die Regierung zu erwarten, als daß ich dasselbe nicht wie eine beweisende historische Belege zu meinem Eope hätte aufnehmen sollen.

## XX. Anmerkung.

Die Gesetzgeber des Alterthums mögen, um sich und ihren Vorschriften Ansehen zu verschaffen, Vertraulichkeit mit Göttern und Göttinnen vorgegeben, Pythagoras sich einen Schenkel von Gold gelogen, Numa die Gränzsteine, um sie unverrückt zu erhalten, zu Göttern geweiht, Griechen ihre Sibyllen, ihre Orakel, die Römer ihre Flugbeobachtungen und heiligen Hühner gehabt haben, um durch solche Maschinerien Volksversammlungen und Kriegsheere nach Umständen und Absicht in Bewegung zu setzen, oder zurück zu halten. Diejenigen, welche sich auf solche Bepspiele beziehen, um dadurch den Nutzen religiöser Trugkünste zu erproben, sollten bedenken, wie sehr sie das Christenthum entheiligen, wenn sie neben der Erhabenheit seiner Wahrheiten Kunstgriffen der Lüge



einen Platz einkäumen, und auf die reinste Lehre Muster und Beispiele von Religionen anwenden, die ohne Moral, wie ohne Lehrsätze, Tempel und Altäre Gottheiten weihen, deren ärgerliche Geschichte ihren Dichtern und Künstlern der ergiebigste Stoff war.

#### XXI. Anmerkung.

De l'autorité du clerge et du pouvoir du magistrat politique sur les fonctions et l'exercice du ministère ecclésiastique.

#### XXII. Anmerkung.

Der Ausdruck: Die Gesetze der Erziehung mit den allgemeinen Gesetzen in Übereinstimmung bringen, ist nur mit Rücksicht auf das, was man überall vor sich sieht, aufgenommen, und daher nicht gerade der eigentliche. Es sollte heißen: Die Gesetze der Erziehung müssen in dem Systeme der allgemeinen Gesetze mitbegriffen werden. Ihre Verbindung muß also die Verbindung eines Theiles mit seinem Ganzen, ihre Übereinstimmung nicht bloß die Übereinstimmung im verneinenden Sinne, bloß nicht wi-

versprechend, sondern eine Übereinstimmung gleichförmiger, nach der Zunahme der Jahre, in in einander greifender, die Anhänglichkeit für die Gesetze des reiferen Alters verbreitender Grundsätze seyn. Nur von solchen Gesetzen der Erziehung erwartet das gemeine Wesen mit Grund den Erfolg, den Plato (im Eutripheo) zum Zwecke der den Jünglingen gewidmeten Sorgfalt nimmt: daß sie zu den besten Männern heranwachsen. Aber man sieht auch sehr deutlich, daß solche Erziehungspläne, welche Kenntniß aller politischen und bürgerlichen Verhältnisse und des Nationalcharakters mit den tiefsten psychologischen Einsichten vereinigt fordern, nicht das Werk einzelner Menschen an ihrem Pulte werden können. Den Senat einer Nation, die Rathöverksamlungen unter dem Vorsitze der Könige könnte nichts weder wichtiger, noch würdiger beschäftigen, als ein Gegenstand, der, wenn zugleich die wissenschaftliche Bildung als ein Theil der Erziehung damit verbunden wird, nicht weniger umfasset: als dem Körper der Bürger die Gesundheit und Festigkeit, dem Verstande Richtigkeit und Entwicklung seiner Fähigkeiten, dem Charakter und den Gesinnungen Güte und Erhabenheit zu geben.

## XXIII. Anmerkung.

Das ehemalige Pohlen, wahrscheinlich durch den Rath geleitet, den Rousseau diesem Reiche in seinen Betrachtungen über die Regierung von Pohlen ertheilet, gab dem heutigen Europa zuerst das nachahmungswürdige Bepspiel einer öffentlichen Kommission, die sich mit der National-Erziehung beschäftigte. Die konstituierende französische National-Versammlung, die anfangs auf den Weg einlenkte, die Anmaßung der Selbstbestellung durch verschiedene wohl gesehene Vorkehrungen vergesse zu machen, empfand es, wie unzer trennlich die Verbesserung der Gesetze mit der Verbesserung der Erziehung verbunden ist: und es war eines ihrer dringendsten Geschäfte, einen Ausschuss des öffentlichen Unterrichtes zu bestellen. Die verschiedenen Entwürfe, welche Mirabeau über die National-Erziehung hinterlassen hat, und die nach seinem Tode in einem mäßigen Octavbände gesammelt sind, enthalten manchen Wink, der in allen Staaten benutzt werden könnte. Die meisten Staaten haben für die Künste, die Sprache, die Alterthümer u. d. eigene Akademien, keine für die Erziehung. Was muß daraus geschlossen werden? Was

anders, als daß man überall alles für wichtiger als die Erziehung ansieht.

#### XXIV. Anmerkung.

Die Erziehungs-Magistratur der Spartaner und ihre unteren Aufseher, die Pædonomen sind bekannt. Auch in Athen waren öffentliche Aufseher der in das Jünglingsalter übertretenden Knaben, wie aus folgender Stelle in dem Gespräche des Plato: *Arthophus*, oder: über den Tod, erhellen: Die ganze Zeit des Jünglings wird unter Aufsehern hingebracht, welche nach des Areopagus Rath gewählt, der Jugend vorstehen.

#### XXV. Anmerkung.

Für beyde Geschlechter. Die öffentliche Verwaltung scheint eine ganze Klasse, die künftigen Mütter ihrer Bürger, beynahe durchaus vergessen zu haben. S. Sulzers Anweisung, zur Erziehung der Töchter; und: Über die Erziehung der Töchter des Mittelstandes. Stendal, 1783. Die Werke von Locke, Ne-

semitz, Campe, Willaume von der Erziehung überhaupt sind in allen Händen.

## XXVI. Anmerkung.

Die Verschiedenheit der Erziehung genau zu bezeichnen, wird man die öffentliche, die gemeinschaftliche, und die besondere häusliche oder Privat-Erziehung unterscheiden müssen. Die öffentliche Erziehung ist, wo der Staat selbst alle Kinder zusammen erzieht. Solche öffentliche Erziehungen, wenn die Nachrichten, die uns Schriftsteller davon hinterlassen haben, nicht vielmehr Ausgeburten ihres Witzes als historische Wahrheiten sind, waren bey den Persern, Kretensern, und in Sparta. Das Beyspiel des letzteren Staats, und der Name Lylurg hat der öffentlichen Erziehung noch manche Anhänger erhalten, die nicht wahrnehmen, daß in einer kleinen Republik, wo die Gemeinschaft der Güter eingeführet war, wo alle Bürger nur einen Stand, den Stand des Soldaten hatten, wo der Feldbau Sklaven überlassen, und sonst jedes Gewerh, jede Kunst unbekannt, oder verrachtet war, daß, was bey einer solchen Verfassung nützlich, vielleicht auch nicht nützlich gewesen, für größere Staa-

ten, bey dieser Verschiedenheit der Stände, des Vermögens, der Lebensart, der ganzen Verfassung nicht bloß nicht vortheilhaft und ungeschicklich, sondern in der Ausführung unmöglich seyn würde.

Man zählt gewöhnlich Quintillian (1. B. 2. H.) und Rollin in seiner Abhandlung über das Studiren unter die Vertreter der öffentlichen Erziehung: aber beyde handeln nicht von der Erziehung, sondern nur von dem Vorzuge des Unterrichts in öffentlichen Schulen. Wer indessen diese an sich für unsere Zeiten und Verfassungen ganz und gar unnütze Frage umständlich behandelt sehn will, findet sie bey Sedoya, in der Abhandlung: *De l'education des enfans*; und in dem aus dem Englischen übersetzten: *Dialogues sur les moeurs des Anglois, et sur les voyages, comme faisant partie de l'education de la jeunesse*. Addison hält die Privat-Erziehung für die Jugend, die öffentliche für die Ausbildung zu Geschäftenträglichen. Aber, was Addison öffentliche Erziehung nennet, ist eigentlich nur die gemeinschaftliche, wo eine grössere Anzahl von Jünglingen zusammen in Pensiona-

gen, Kollegien und Akademien erzogen werden, deren Erziehung dort für nützlich angesehen werden muß, wo sie als notwendig an die Stelle der besondern, häuslichen oder Privat-Erziehung tritt. (§. 98.)

Diese letztere ist ohne Zweifel die vorzüglichste, ist die, welche den Absichten der Natur und dem Bande des süßen Verhältnisses zwischen Altern und Kindern am meisten zusaget. Der Vortheil der öffentlichen Erziehung ist Gleichförmigkeit der Richtung in den bürgerlichen Grundsätzen und Gesinnungen: der Nachtheil liegt in der unvermeidlichen Allgemeinheit der Vollstreckung, bey welcher auf die Einzelheiten der Charaktere und Fähigkeiten Rücksicht zu nehmen, unmöglich ist. Der Nachtheil der sich überlassenen Privat-Erziehung ist Vereinzelung und vielleicht Verschiedenheit der Richtung in Grundsätzen und Gesinnungen: der Vortheil, die Wahrnehmung der besondern Beschaffenheit von Fähigkeiten und Charakteren. Der Punkt, in welchem die nach einem allgemeinen Plane geleitete häusliche Erziehung beyde Vortheile vereinigt, beyde Nachtheile beseitiget, ist:

daß die Allgemeinheit der Grundsätze der bürgerlichen Bildung, bey jedem Böglinge nach der Verschiedenheit und dem Bedürfnisse der einzelnen Fähigkeiten und Charaktere Anwendung erhält.

## XXVII. Anmerkung.

Ich werfe, um nicht von dem Hauptgegenstande abgeführt zu werden, eine darum nicht minder wichtige Erinnerung in diese Anmerkung. Die Gewohnheit, den Kindern beyder Geschlechter sogenannte Hofmeister und Gouvernantinnen zu halten, hat sich in alle nur etwas wohlhabende Familien gedrungen. Es kann daher dem Staate nicht gleichgiltig seyn, aus welchem Lande, von welchen Sitten, von welchem Stande diejenigen sind, von denen die Denkart des Adels, der künftigen Staatsbeamten, der vorzüglichsten, wohlhabendsten Bürger so sehr abhängen wird. Darf man sich verheissen, daß der Fremdling bey seinem Böglinge Gefühle der Vaterlandsliebe erwecken? daß ein französischer Flüchtling ihm Verehrung für die vaterländische Verfassung und Gesetze einflößen? daß eine französische unbekannte, nicht selten irgend einem Suchtorte entlaufene, in den Gefinnungen der



Hallen aufgewachsene Dirne Deutschland eine gefittete Dame heranziehen? daß ein nach seinem Stande an die bürgerliche Gesellschaft durch nichts gebundener Mönch einen Bürger bilden werde? Solon, schreibt Cholutais, in seinem Pläne der National-Erziehung eben so nachdrücklich als treffend: Solon würde Spartiaten, und um so weniger Ploten, wie die Erziehung der Athenienser, und Lykurg die Erziehung seiner Spartiaten nicht Atheniensern anvertrauet haben. — Das Pensionat für Mädchen, von Weiland Kaiser Joseph in der Absicht errichtet, um ausländische Erzieherinnen entbehrlich zu machen, verdient, in so weit es geschehen kann, eine Anwendung auch für männliche Erzieher. Bis dahin aber, daß eine solche oder ähnliche Vorkehrung zu Stand gebracht werden kann, würde wenigstens die Vorsicht etwas leisten, daß Niemand zum Hauslehrer angenommen werden dürfte, der nicht von der bestellten Erziehungs-Aufsicht nach einer strengen Prüfung, sowohl in Ansehung der Sitten als der Fähigkeiten, dazu für tänglich wäre erkannt worden.

## XXVII. Anmerkung.

Nirgend ist die Erziehung von Kindern, die ohne Vermögen verwaist werden, der bemittelten Anverwandtschaft zur gesetzlichen Pflicht gemacht, und was hätte sich der Gesetzgebung gleichwohl natürlicher anbieten können, als diese Vorsorge für hilflos zurückgelassene Kinder? Bevor man darauf verfiel, von der Zufälligkeit des Orts, wo ein Kind geboren, abgesetzt, verlassen wird, einen Grund zur Verbindlichkeit für Grundbesitzer, Gemeinden, Bünde, Hauseigenthümer herzuholen, wie ungleich näher lag nicht der Grund der Erbfolge, und der billigen Wechselseitigkeit des Nutzens und der Last, besonders, da dieser Grund bey Bestimmung der Pflichtvormundschaft von allen Gesetzgebungen wirklich benutzt ist? Die Gerechtigkeit eines Gesetzes außer Zweifel zu setzen, welches den vermögenden Anverwandten, die Erziehung eines mittellosen Waisen zu tragen, auferlegte, denke man den Fall: ein solches Kind erhalte von Jemanden nach der Hand ein beträchtliches Vermächtniß, sterbe aber, bevor es darüber zu verordnen, das Alter erreicht. Dem Anverwandten, der das Kind dem Elende, das vielleicht den frühen Tod desselben herbey ge-

führt, überlassen hätte, fiel dennoch die Erbschaft zu. Aber auch die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes ist nicht zu verkennen, um hilflosen Kindern den nahen Beystand der Anverwandtschaft zu versichern, ohne welchen ihre Erziehung entweder dem gemeinen Aufwande aufgebürdet, oder jedes solche unglückliche Geschöpf dem Elende Preis gegeben werden, zu Grunde gehen müßte.

### XXX. Anmerkung.

Im 3ten Bande meiner gesammelten Schriften:  
Mann ohne Vorurtheil. S. 374. und folg.

### XXX. Anmerkung.

Dieses Protokoll muß den Namen des Kindes, Tag und Stunde seiner Einnahme, die bey der Niederlegung mitgegebenen Kennzeichen, und andere sonst das Kind betreffende, der Niederlegung vielleicht mit beygefügte Umstände genau enthalten. Es ist gleichsam die Geschichte des Hauses. Die Kennzeichen, welche bey der Einnahme dem Kinde beygelegt werden müssen, ein Bruchstück eines Ringes, einer Münze u. d. gl. dienen dazu, die

Erkennung des Kindes ohne Offenbarung des Namens zu erleichtern und zu versichern, wenn vielleicht Ältern oder Anverwandte nach der Hand ein Kind zurück verlangen sollten.

Schulz Nachricht von dem Zustande des Kinderhauses der Freymäurer in Stockholm in dem 3ten Th. der Schreberischen Sammlung aus den Kammeralwissenschaften enthält alles, was bey einem Waisen- und Findlingshause in Betrachtung gezogen zu werden verdient.

### XXXI. Anmerkung.

Ausser dem Institute von Paris, Bourdeaux und einem in Holland bestehen solche die Menschheit ehrende Anstalten auch in Berlin, Leipzig und München. Das Taubstummeninstitut in München ist nach dem Muster des wienerischen Instituts errichtet, und steht unter der Leitung eines Zögling's von H. Direktor May, dem seine vorzüglichen psychologischen Kenntnisse, und ein menschenfreundlicher, dulbender Charakter wesentliche Verbesserungen in der Lehrmethode und zur absichtsmässigen

ren Erziehung der unglücklichen Böglinge, die seiner Aufsicht anvertrauet sind, an die Hand gegeben haben. Er ist der Verfasser der Einleitung zum Unterrichte der Taubstummen nach der Lehrart des H. A. L'Epée. Wien 1786: worin die Nachricht von der Entstehung des hiesländischen Taubstummeninstituts enthalten ist. Auch hat er in einer Einladungsschrift zur öffentlichen Prüfung der Taubstummen die Frage: Welches ist die eigentliche den Taubstummen nützlichste Lehrart? beantwortet, und im Jahre 1797 eine kurze Nachricht von der Verfassung und Einrichtung des k. k. Taubstummen-Instituts besonders herausgegeben. Gegenwärtig arbeitet Hr. Direktor May an einem Schulbuche für Taubstumme und an dem Methodenbuche über dasselbe. Man kennet das Werk des A. L'Epée: Institution des sourds et muets par la voie des signes methodiques: woben der Verfasser die über diesen Gegenstand vorhandenen älteren Werke des Spanier Bonet's, und des Amsterdamer Arztes Amman mit so glücklichem Erfolge benützet und erweitert hat. Juan. Pablo Bonet's Werk ist von 1620, in spanischer Sprache, unter dem Titel: Reduccion de las letras y arte para enseñar a ablar los mudos. Johann

Conrad Amman's Werk ist von 1692 in Latin, und führt den Titel: *Surdus loquens, seu methodus, qua, qui surdus natus est, loqui discere possit.* Im II. Buche vor dem IV. Kap. von Sanct i., das dem Taubstummen - Unterrichte zum Grund liegende Handalphabet unter der Benennung *Abecedario demonstrativo*, auf 8 Kupfertafeln verrieth enthalten.

### XXXII. Anmerkung.

Man hat die Beobachtung beynahe allgemein bestätigt gefunden, daß diejenigen Kinder, welche mit wesentlichen Gebrechen geboren werden, irgend von einer andern Seite eine hervorragende körperliche, oft auch eine ausgezeichnete Geistesanlage zeigen: beynahe sollte man sagen, die Natur habe durch einen solchen Ersatz ihnen für das erwiesene Mangel genug thun wollen. Die Wahrnehmung dieser Anlage müßte bey diesen Kindern hauptsächlich benutzt werden. Die Reisenden und Reisebeschreiber haben Europa mit so manchem Spielwerke der Chineser bekannt gemacht, dessen Mittheilung wir ihnen gerne erlassen würden, wenn sie uns dafür die Mittel bekannt gemacht hätten, wodurch

nach du Halde in China kein Mensch, weder Mann noch Weib, so vorgerückt sie in Jahren, mit welchem Gebrechen sie auch behaftet seyn mögen, selbst kein Tauber und Blinder zu finden ist, die nicht leicht ihren Unterhalt gewinnen.

### XXXIII. Anmerkung.

Ein solcher Zweifel ist wenigstens den Weisen des Alterthums niemals befallen, die im Gegentheile die Irrthümer des Verstandes stets als die Wurzel alles Übels, als eine Krankheit betrachtet haben. Übergeben wir uns, sagt Cicero, der Weisheit, um uns zu bilden, und lassen wir uns von ihr zur Gesundheit bringen. Denn, so lange wir mit diesem Übel (den Irrthümern) behaftet sind, werden wir nicht nur nicht glücklich, nein, selbst nicht gesund seyn können. *Demus nos huic (philosophiae) excolendos; patiamurque nos sanari. His enim malis imbuti non modo beati, sed ne sani quidem esse possumus; Quæst. Tusc. L. 4.*

## XXXIV. Anmerkung.

Die heftigste Beschuldigung gegen eine Regierung wäre also der Vorwurf: die Aufklärung unterdrücken zu wollen. Und da keine Regierung dem Verdacht einer solchen Absicht in der öffentlichen Meinung Bestand gewinnen lassen kann; vielmehr der Achtung, dem Ruhme, selbst der Sicherheit je der Regierung daran liegen muß, diese Beschuldigung, als die schwärzeste Verläumdung von sich zu wälzen, so könnten diejenigen, welche die Sache der Wissenschaften vertreten, vielleicht hier stehen bleiben. Die Aufklärung bedarf keiner anderen Schutzrede, als dieser: daß, die gegen sie gekehrten Mittel zu gestehen, für Schande gehalten wird. Aber überall, wo die Regierung ihre Sorgfalt auf die Pflege der Wissenschaften richtet, ist diese Beschuldigung auch dadurch schon von selbst widerlegt. Wer Tag und Sonnenlicht einläßt, kann nicht verfinstern wollen.

Wenn es indessen einige Wahrscheinlichkeit erhält, als wäre hier und da, die Aufklärung zu hemmen, mit unter die Maßregeln gegen die Störung der öffentlichen Ordnung aufgenommen, so tren-



gen dazu ungleich weniger manche Fehlgriſſe zubeforgter Regierungen bey, als vielmehr die Schriften derjenigen, die, indem ſie ihre nicht verkannten Urſachen haben, die Vorſchritte der menſchlichen Einſicht als die Quelle der gegenwärtigen Berrüttungen zu pertruſen, ſich in ihren Diatriben meiſtens das Anſehen geben, als Bevollmächtigte der Regierungen das Wort zu führen. Der unabefangene Mann kann ſich hingegen auch nicht verkleiden, daß manche von denjenigen, die als Sachwalter der Aufklärung zu ſprechen ſcheinen, die Reinigkeit ihrer Abſichten zu bezweifeln, gegründeten Anlaß geben. Eigennuß und Ehrſucht, Begierde, durch Berwegenheit der Meinungen zu glänzen, vielleicht auch Wunſch und Hoffnung, bey einer neuen Ordnung der Dinge empor zu ragen, ſind bey manchem Schriftſteller unverkennbar; und wann nun von der einen Parthey der Brand der Bibliothek von Alexandria als das Meiſterwerk der Regierungsklugheit geprieſen wird, bey der andern jeder Regent ein Omar heißt, der gegen Verbreitung der nur zu häufigen Brandſchriften einige Vorſicht gebraucht, und die heilige Pflicht des Aufzuhaltens nicht auf den Marktplätzen predigen läßt;

wann bey der Menge für und wider die Aufklärung erschienenener Schriften von beyden Parteyen Täuschung und Scheingründe aufgeboten, Beschuldigung und Verläumdung zu Hilfe gerufen wurden, so mußten Ungewißheit und Dunkel über einen Gegenstand brüten, der an sich die größte Klarheit zuläßt, sobald die Streitpunkte so einfach hingestellt werden, wie sie hingestellt werden müssen, wo es auf Erforschung der Wahrheit ernstlich abgesehen ist.

Vor allem muß der Begriff der Aufklärung nach der Beziehung auf gegenwärtige Untersuchung genau bestimmt werden. Mendelsohn (Berl. Monatssch. Sept. 1784.) beschreibt die Aufklärung: „als vernünftiges Erkenntniß und vernünftiges Nachdenken über Dinge des menschlichen Lebens nach Maßgebung ihrer Wichtigkeit und ihres Einflusses in die Bestimmung des Menschen.“ Kant (in der nämlichen Monatssch. Dez.) nennt Aufklärung; „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.“ Berrenner, (über Volksaufklärung) „die angewendeten Bemühungen, dem Volke gerade so viel nützliche Kenntnisse mitzutheilen, als zu seinem Glücke nöthig ist.“ Bey Ewald (über

**V**olksaufklärung, ihre Gränzen, und Vortheile) ist Aufklärung: „der Zustand, wo man „richtig erkennen kann die Dinge um sich her, so weit „unser Auge und unser Gesichtskreis reicht.“ Barth (Ein Wort Deutsch gesprochen) läßt die Aufklärung bestehen: „in einer gewissen Reihe menschlicher „Einsichten über Staat und Religion, dabey eine „schnelle Verbreitung dieser Einsichten, nebst dem sicht- „baren Einflusse derselben auf moralische und bürgerliche „Veredlung der Nation.“

Ohne zu entscheiden, wie weit diese Erklärungen an sich richtig oder unrichtig sind, so kann wenigstens keine derselben hier zur Grundlage angenommen werden, weil sie sämmtlich mehr als den Gegenstand der Untersuchung umfassen. Denn, bey allem Streite des Lichtes und der Finsterniß sind die Wissenschaften gleichwohl nie im Allgemeinen angefochten worden. Keinem Stättler, keiner Eudæmonia fiel jemals ein, den Vorschriften der Kenntnisse in der Mathematik in Weg zu treten: kein Zimmermann fand je gefährlich, wenn die Arzneywissenschaft sich immer mehr vervollkommet. Die Fehde gegen die Aufklärung beschränkt sich

also einzig auf diejenigen Wissenschaften und Kenntnisse, welche über Rechte und Pflichten Deutlichkeit zu verbreiten, fähig sind. Als Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist also Aufklärung: verbreitetes richtiges Kenntniß der Rechte und Pflichten aller Stände, dessen Wirkung sich in der Überzeugung offenbaret, daß mit der wechselseitigen Beobachtung dieser Rechte und Pflichten das allgemeine, und das Wohl jedes Einzelnen verbunden ist.

Und nun werden die Streitpunkte unter folgenden drey Fragen erörtert werden müssen: Soll diese Aufklärung gehindert werden? Kann diese Aufklärung zu weit gehen? Wo sind die Grenzen derselben?

„Soll diese Aufklärung gehindert werden?“ Man wäre versucht, anstatt der Beantwortung die Gegenfrage zu stellen: Kann sie gehindert werden? bey diesen allgemein so weit gelangten Vorschritten, diesen so vervielfältigten Hilfsmitteln zur Mittheilung der Einsichten? und hauptsächlich bey diesen großen Weltereignissen, deren ununterbrochene,

schnelle, immer wechselnde Folge die Theilnahme aller  
 Völker, aller einzelnen Menschen, deren Wohl oder  
 Wehe dadurch entschieden werden soll, nicht unbeschäf-  
 tigt lassen kann? Aber, um bey der eigentlichen Fra-  
 ge: Ob die Aufklärung in dem gegebenen Sinne ge-  
 hindert werden soll? ohne Seitenblick stehen zu blei-  
 ben, so kann die Forderung der lichtischenen Par-  
 tey in folgende kurze Aussage zusammen gefaßt  
 werden: „Das Volk, sagen sie, soll nur seine  
 „Pflichten, nicht auch seine Rechte, das Volk soll  
 „nur die Rechte, nicht auch die Pflichten der Re-  
 „gierung kennen.“ Das muß allerdings die Spra-  
 che der Publizisten an dem Hofe des grossen Jag-  
 ga seyn, wenn die Unterthanen desselben, nach dem  
 Reisebeschreiber Carly, sich nicht berechtigt halten  
 sollen, vor dem grimmigen Löwen zu fliehen, der an  
 dem Geburtstage des Despoten gegen das versammelte  
 Volk losgelassen wird. Der Regier unter dem mörderi-  
 schen Zahne der Bestie muß freylich glauben, es  
 sey seine Pflicht, sich zur Ergezung seines Fürsten  
 zerfleischen zu lassen. Wahrscheinlich lehren dieses Dog-  
 ma auch die Theologen des Königreichs Arrakan, da-  
 mit die Verehrer des Nulap-Pora und Jagre-  
 nat nicht etwa ein Zweifel über die Pflicht befallt,

sich dem in jährlicher Feyer herumziehenden Prachtwagen des Götzenbildes in Weg zu werfen, und, wie Sheldon erzählt, sich von den Rädern des heiligen Fuhrwerkes zermalmen zu lassen. Aber wir, die wir weder Unterthanen des grossen Jagga, noch Anbeter des Jagrenat oder Quigay-Pora sind, wir fragen: Warum sollte ein Volk über seine Rechte unwissend gelassen werden? Es kann sie kennen, ohne nachtheilige Folgen zu besorgen, wenn keine Willkühr solche zu verletzen; es kann eben so die Pflichten der Regierung kennen, wenn diese ihre heiligen Pflichten stets zu erfüllen, Willens ist. Freymüthig, und mit innigem Gefühle seiner Glückseligkeit sehet unter einer ihrer Gerechtigkeit sich bewußten sanften Regierung der österreichische Bürger hinzu: Das Volk soll seine und der Regierung wechselseitigen Rechte und Pflichten kennen, damit Willkühr sich nicht erlaube, die Rechte des Volkes gering zu schätzen, damit die Verwaltung sich nicht erlaube, ihre Pflichten nicht zu erfüllen. Jedoch, wenn jede Maßregel der öffentlichen Verwaltung die gemeinschaftliche Wohlfahrt vergrößert oder befestiget, o dann besorget nicht Untersuchung oder Grubeley des Volkes: Ob die Verwaltung auch zu diesen Maßregeln berechtigt sey? An-

set hingegen, so laut ihr wollet, dem Sklaven zu, der unter der Last seiner Fessel erliegt: Du bist frey und glücklich; saget dem Vater, dessen Kinder vor Hunger verschmachten, indem der Eintreiber ihm die letzte Garbe entreißt: Du schwimmest im Ueberfluß. — Sie brauchen die Werke eines Laquet, oder Sidney nicht gelesen zu haben, um zu fühlen, daß die Bitterkeit des Spottes die Ungerechtigkeith, die sie glend macht, noch vergrößert.

„Aber, fahren sie fort, wie leicht wird es dann geschehen, daß ein Volk, das über seine Rechte und über die Pflichten der Regierung aufgekläret ist, seine Forderungen in Ansehung beyder übertreibe?“ Welch ein Widerspruch! Ein Volk, das zwar seine Rechte, aber auch seine Pflichten, das zwar die Pflichten der Regierung, aber nicht weniger die Rechte derselben kennet, wie kann es beyde zugleich auch mißkennen? Mißkenntniß seiner Pflichten, und übertriebene Forderungen in seinen Rechten sind nur von der Unwissenheit eines Volkes zu besorgen; da jedes Volk auch ohne Aufklärung gleichwohl immer, wenigstens von einigen seiner Rechte, und von einigen

Pflichten der Regierung Gefühl, und aus diesem Gefühl Ansprüche hat. Nur da, wo Aufklärung herrscht, kennt der Gebietende wie der Gehorchende den Umfang seiner Pflichten, kennen beyde eben dadurch auch die Gränzen ihrer Rechte: und nun leistet für deren Nichtüberschreitung, für deren sichere Bewahrung ihnen wechselseitiges Gewöhr, die durch die Aufklärung verbreitete Ueberzeugung, daß das Allgemeine, und das Wohl jedes Einzelnen nur von der gegenseitigen Beobachtung der Rechte und Pflichten erwartet werden darf.

„So gäbe es denn, fragt der Gegner der Aufklärung, keine schädlichen Kenntnisse?“ Obgleich diese, in das Allgemeine hingeworfene Frage mit dem besondern Gegenstande, der hier behandelt wird, nicht zusammenhänget, so kann dennoch mit voller Zuversicht der Wahrheit geantwortet werden: Nicht nur, daß kein Kenntniß an sich selbst schädlich, sondern, daß nach dem weisen Plane der Natur jedes Kenntniß sogar nothwendig ist. Das Kenntniß der giftigsten Pflanze ist nach dem Zweck, in dem es dem Menschen gegeben worden, heilsame Warnung. Aber, so wie dieses Kenntniß in der Hand des Giftmischers gemißbraucht werden kann,



so kann durch Mißbrauch der Anwendung jedes andere Kenntniß, so kann die Vernunft selbst durch Mißanwendung schädlich werden. Die Aufklärung allein ist fähig, Nationen und Fürsten, und einzelne Menschen gegen Mißbrauch der Kenntnisse, und Mißanwendung der Vernunft zu schützen.

Hierdurch ist also die Frage: Ob die Aufklärung nicht zu weit getrieben werden könne? bereits zum voraus beantwortet. Nein, die Aufklärung kann nicht zu weit getrieben werden: ihre Gränzen sind nur da, wo sie, was sie ist, wo sie Aufklärung zu seyn, aufhört, und in Irrthum umschlägt. Nicht die Aufklärung ruft Völkern zu: Empöret euch! Nicht die Aufklärung sagt Nachhabern: Unterdrückt! Aber, wenn Rousseau den Volksaufstand heiligt, wenn die Sorbonne decretirt, daß Ludwig der Vierzehnte von dem Vermögen aller Franzosen Herr ist: weder der Verfasser der Confessions, noch die Fakultät, die über des Königs Mörders Klement Heiligsprechung berathschlagte, sind die Aufklärung. Die abentheuerlichen Sätze des Anstohrs und der Tyranney sind nur Rousseaus, sind nur der Sorbonne empörende Irrthümer,

gegen welche, man kann es nicht zu oft wiederholen, nur die wohlthätige Aufklärung Völker und Throne warnen und beschirmen kann. Die Aufklärung gleicht in ihrem Bestande und Umfange vollkommen der Jugend, die ebenfalls kein Ziel zuläßt, und so gleich nicht mehr Jugend bleibt, sobald die Linie überschritten wird. Dennoch ist nie einem Sittenlehrer eingefallen, die Menschen vor der Gefahr der Jugend zu warnen, und nie hat ein Theolog eine Abhandlung gegen die Anpacht geschrieben, um von Frömmelery abzuhalten.

Man hat so oft den verhaßten Kunstgriff aufgedeckt, dessen die Gegner der Aufklärung sich gebrauchen, daß sie ihr die Verbrechen des Irrthums zur Schuld legen. Man hat so oft gesagt, daß nicht alles Aufklärung ist, was irgend ein Buch enthält, was irgend ein Schriftsteller wähnet und verbreitet. Man hat gesagt, daß der Mißbrauch so wenig gegen die Aufklärung beweiset, als er gegen Religion und Fürstengewalt, und Richtersthühle und Gesetze, und gegen sonst alles beweiset, was in den Händen des Lasters gemißbraucht werden kann, so unzähligemal gemißbraucht worden ist. Vergebens! In den Augen der Unmässung und

Willkühr wird es stets ein unvergeßliches Verbrechen der Aufklärung bleiben, daß sie den Blick der Nationen über die Vorkehrungen der öffentlichen Verwaltung schärfet. — Ich werde zum Schutze der Aufklärung mir nur die Frage erlauben: Hat eine gerechte und weise Verwaltung Ursache, den scharfen Blick eines durch sie glücklichen Volkes zu scheuen? Und wäre die Forderung gerecht, wäre das Gesandniß ehrenvoll: daß die Völker blind erhalten werden sollen, um sie desto unbesorgter mißhandeln zu können? In den Augen des Hochmuths wird es stets als das größte Unrecht gelten, daß die Aufklärung auf die Leitung der Völker Anspruch macht. Soll denn die Leitung der Völker und ihre Wohlfahrt in die Hände der Unwissenheit gelegt werden?

Diese Erörterung wird im gegenwärtigen Zusammenhange zur Beantwortung einer Frage zureichen, die aufgeworfen zu haben; immer als ein pragmatischer Beweis gegen die so sehr gerühmten Vorschriften der Aufklärung unserer Zeiten gelten kann. In den Jahrhunderten, die wir die barbarischen nennen, waren Kenntnisse selten; ja, aber Kenntnisse

wurden als ein Vorzug geachtet, und man fragte nicht: ob ihre Verbreitung auch zu hindern sey? Das Volk konnte nicht lesen, noch schreiben: aber man hob die wenigen Schulen, wo etwa das Volk im Lesen und Schreiben unterrichtet werden konnte, nicht als staatsgefährlich auf.

Warme Vaterlandsliebe gab mir die Feder in die Hand, als S a b a t i e r im Jahre 1793 in Wien gegen die Aufklärung schrieb. Der Gedanke war mir unentzäglich, eine Regierung, der die durch keinen Wechsel der Umstände gestörte Ergebenheit und Treue der Nation das vollgiltigste Zeugniß der Gerechtigkeit und Milde leistet, durch einen französischen Flüchtling in Verdacht gebracht zu sehen, als hätte sie seine Schandhschrift auch nur gut geheissen. Ich schrieb die Betrachtungen eines österreichischen Staatsbürgers an seinen Freund, veranlaßt durch das Schreiben des H. v. M. an S a b a t i e r. Daß ich diese Betrachtungen schrieb, sie mit solcher Freymüthigkeit und Unbesorgtheit schrieb, daß ich in einer censurirten Schrift sagen konnte: „Wenn die Aufklärung dem Minister- und „Regenten-Despotismus Einhalt thut, so beweiße dies „ses ihren Nutzen, ihre Nothwendigkeit mehr als hun-

„dert gekrönte Abhandlungen.“ (auf der vorletzten Seite.) das war die blündigste Widerlegung eines so beleidigenden, von dem Lasterer der Aufklärung sorgfältig genährten Verdachtes. Ich habe in dieser Schrift alles, was zur Erörterung einer für die Ehre und das Wohl der Menschheit so wichtigen Frage beitragen kann, zusammen zu ziehen gesucht. Sabatier ward darüber ergrimmt: er schrieb: *Pensées et observations morales et politiques*, einen dicken Band voll Schmähungen gegen die Aufklärung und mich, den diese Zusammensetzung stolz machen sollte. Um dem Leser zu zeigen, von welchen Gesinnungen der Mann, der mit frecher Stirne der Vernunft Hohn sprechen durfte, beseelt ward, will ich einige Stellen aus seinem Werke übersehen. „Dem Volke die Wahrheit zeigen wollen, hieße dasselbe, allem, was es glaubt, entsaugen, alles, wofür es Ehrerbietung trägt, verachten machen.“ S. 62. „Ein Volk ist begründet, seine Freiheit zurück zu nehmen, sobald es dazu die Kräfte und Mittel hat.“ S. 388. Sogleich auf der folgenden Seite: „Ein allgemeines Sittengesetz, eine allgemeine Gerechtigkeit besteht nur in dem düstigen Gehirn einiger Philosophen.“ S. 362. „Es ist sonderbar, man bildet die Weiber zur Liebe, und untersagt ihnen davon Gebrauch zu machen, wenigstens für jeden

„anderen als für ihren Mann; das heißt, gerade für  
 „den, der unter allen Menschen ihren Werth am we-  
 „nigsten zu schätzen weiß.“ S. 67. „Den Untugenden  
 „der Völker und einzelner Menschen mehr als ihren  
 „Tugenden ist das menschliche Geschlecht alles, was  
 „Großes, Erhabenes, Nützliches geleistet worden, sind  
 „die Staaten ihren Ruhm, ihren blühenden Zustand  
 „schuldig.“ Doch genug von solchen Sätzen, welche  
 die Menschheit und Vernunft empören, der Sittsam-  
 keit, der öffentlichen und Privattugend, der Ruhe  
 aller Völker, wie aller Familien, den Krieg und Un-  
 tergang ankündigen. Wie schrecklich hat sich die Auf-  
 klärung an ihrem Verläumder gerächt!

### XXXV. Anmerkung.

*Chalotais* sur l'éducation nationale: ou  
 plan des études pour la jeunesse etc. in der  
 Schlösserischen Übersetzung, mit Anmerkungen  
 von demselben. System einer öffentlichen Natio-  
 nalerziehung. Gedruckt: Aristoteles und Bas-  
 sedow, oder: Fragmente über Erziehung und  
 Schulwesen bey den Alten und Neueren.

## XXXVI. Anmerkung.

Charondas war der erste Stifter öffentlicher Schulen, der von dem gemeinen Wesen besoldete Lehrer aufstellte, und durch ein Gesetz der Jugend zur Pflicht gemacht hat, die Schulen zu besuchen. Er hielt, schreibt Diodor. Sicul. 12. B. das Amt eines Lehrers der Beforgung und des Aufwandes der öffentlichen Verwaltung vorzüglich würdig, als eines Amtes, das für das gemeine Wesen höchst wichtig ist. Nothow: von Verbesserung des Volkscharakters durch Volksschulen. Die letzten 20 Jahre her sind über Schule und Erziehung Bücher und Vorschläge ohne Zahl erschienen. Eine Sammlung derselben enthält die allgemeine Bibliothek für Schule und Erziehungswesen in 10 Bänden nur bis 1773.

## XXXVII. Anmerkung.

Man hat an dem Plane der österreichischen Unterrichtsanstalten vielfältig ausgespart, daß er durch zu genaue Vorschriften die Talente einengt, und der Fähigkeit Fesseln anlegt. Dieser Einwurf verliert aus dem Gesichte, daß die Unterrichts-

anstalten in dem österreichischen Staate nach der Ansicht der Gesetzgebung einen Theil der Nationalbildung ausmachen. Unter diesem Gesichtspunkte (schreibt Rousseau in seinen Betrachtungen über die Verfassung von Polen) muß das Gesetz die Gegenstände, die Ordnung, und sogar die Art der Studien vorschreiben. Sobald die wissenschaftliche Bildung in den Umfang der gesetzlichen Vorschriften gezogen wird, ist ihr Gegenstand, wie der eines jeden Gesetzes, das Gewöhnliche, (die Regel) nicht das Außerordentliche (die Ausnahme). Daher ist der Zweck der Unterrichtsanstalten einer Nation nicht, einige vorzügliche Gelehrte, sondern viele brauchbare Männer zu erhalten. Man sey übrigens ruhig, und für die außerordentlichen Talente unbesorgt: sie bahnen sich ihren eigenen Weg, der nur der ihrige ist. Grotius und Kepler haben zwar auf Universitäten studiert: aber den Verfasser des *Mysterium cosmographicum* hat nicht Tübingen, auch Löwen nicht den Verfasser des Werkes: *De jure belli et pacis* gebildet. Wie also nicht auf Universitäten die großen Gelehrten einer Nation gebildet werden, so werden Universitätsplane gewiß nicht hindern, daß sich bey einer Nation große Gelehrte bilden.



## XXXVIII. Anmerkung.

Diejenigen Universitäten, welche nicht die Bildung der inländischen, sondern die Herbeiziehung ausländischer Jugend zum Hauptzwecke haben, die also in Ansehung der Staaten, worin sie sich finden, nicht sowohl für eine Lehranstalt angesehen werden können, als für ein Mittel, fremdes Geld auf diesem Wege in das Land zu ziehen, sind keiner Aufsicht über Lehrer und Studierende bedürftig, können sogar keine Aufsicht haben, dafern sie ihrer Absicht nicht entgegen arbeiten wollen. Die Studien haben an solchen Orten, außer der Allgemeinheit, unter sich keine Verbindung, keinen vorgeschriebenen, diese beständige Aufsicht und Leitung fordernden Plan, weil Leute, die aus verschiedenen Staaten und Ländern dahin zusammenfließen, ein und derselbe Plan nicht zukommlich seyn, weil Ausländer sich dem Plane einer fremden Regierung zu unterwerfen, nicht geneigt, weil auch die überdachteste Vorschrift über den Gang der Verwendung als ein Zwang betrachtet werden, und Fremde entfernen würde. Auf einer solchen Universität, wo die öffentliche Verwaltung an dem Fortgange der Studierenden eben so

wenig Antheil nimmt, als sie davon Vortheil zieht, sind Lehrer und Zuhörer ganz sich selbst überlassen: diese besuchen für ihr Geld, welchen Lehrer, welches Kollegium sie wollen; jene lehren, was ihren Lehrsaal am meisten zu füllen, hoffen läßt, was man von ihnen fordert, wofür man sie bezahlt.

Ganz anders verhält es sich, wo die wissenschaftliche Verfassung, wie in den österreichischen Staaten, mit der allgemeinen Nationalerziehung als ein wesentlicher Theil derselben verbunden ist, und ihren dahin übereinstimmenden Plan hat. Hier kann diese Unabhängigkeit nicht zum Beispiele genommen, hier müssen Lehrer und Schüler einer Aufsicht unterworfen werden, die jedoch in Ansehung der ersteren sich nicht weiter, als auf die Ordnung, in Ansehung der letzteren auf den Gang der Verwendung und die Weise des Fortganges erstrecken soll, oder sie geht in einen den Wissenschaften schädlichen Despotismus über. Der Name dieser Aufsicht ist gleichgiltig: Direktor, Senator, Dekan, Censor u. d. gl. Bei den hierländischen Universitäten hieß er Direktor, und jede Fakultät hatte den ihrigen. Sein Amt und Ansehen war darauf beschränkt, die Aufsicht zu führen, ob die Lehrer die

ihnen vorgeschriebenen Vorlesungen hielten, und sonst ihre Pflichten erfüllten. Er saß auch den Prüfungen der Studierenden bey.

Da man bey Männern von Wissenschaft und Ehre immer voraussetzt, daß sie sich in ihrer Pflicht nichts werden zur Last kommen lassen, so war der Direktor in Ansehung der Professoren weniger Aufsicht als Zeuge ihrer Verwendung, auf den sie in jedem Falle sich zu berufen, berechtigt waren, der von seiner Seite die Verbindlichkeit hatte, sie stets zu vertreten.

Wenn ein Lehrer krank, abwesend, oder ein Lehrstuhl aus sonst einer Ursache unbesezt war, so trug der Direktor Sorge, daß die Jugend durch einen solchen Umstand nicht einen Jahrgang verlor. Bey kürzeren Unterbrechungen bestimmte er den Supplenten: bey offenen Lehrstühlen leitete er den Konkurs ein, oder brachte einen Mann von großem Rufe oder bekannten vorzüglichen Eigenschaften in Vorschlag. Wo ein Direktor sich über diese Verrichtungen einmengte, war es vorchriftwidrige Anmaßung. Die Verfassung der Lehranstalten und Universitäten findet man zusammen in Ellard's litterarischem Handbuche aller

bisher bekannten Lehranstalten: und Heun's allgemeinen Übersicht sämmtlicher Universitäten Deutschlands.

### XXXIX. Anmerkung.

„Denn sie suchen alsdann Schüler zusammen zu bringen, nicht durch Strenge der Aufsicht, noch durch Beweise der Fähigkeit, sondern durch bewerbende Höflichkeiten und Anlockungen der Schmeicheley.“ Colligunt enim discipulos non severitate disciplinae, nec ingenii experimento, sed ambitione salutationum et illecebris adulationis. *Dialogus de oratoribus* c. 29.

### XL. Anmerkung.

Ein Mann, der ohne die vorgeschriebene wissenschaftliche Vorbereitung zu einem höheren Amte gelangt, ist in einem gewissen Sinne in die Nothwendigkeit versetzt, hartnäckig zu behaupten, daß eine solche Vorbereitung überflüssig ist. Wäre sie als Grundlage einer besseren Auszubereitung erforderlich, die Frage kommt von selbst entgegen: Wie er, dem sie mangelt, sein Amt

gut zu bekleiden, fähig sey? Das Verhängliche und Demüthigende dieser Frage entgeht ihm nicht; er sehet derselben sein Ansehen entgegen; sein zu sehr mitbefangener Stolz wendet die Säge um, und gelangt dadurch auf eine ganz andere Folge. „Ich be-  
 „kleide, spricht er, mein Amt mit so vielem Ruhme:  
 „und ich habe meine Zeit mit dieser Schulgelehrsam-  
 „keit nicht verloren; sie ist also zu Ämtern ganz über-  
 „flüssig.“ Man begreift, daß, je wichtiger der Mann  
 ist, der so spricht, je weniger es Jemand wagen wird, et-  
 was gegen den Vordersatz einzuwenden: und so kann  
 die öffentliche Verwaltung versichert seyn, daß bey  
 einer Stelle, an deren Spitze sich ein Mann fin-  
 det, bey dem die wissenschaftliche Vorbereitung ver-  
 absäumer worden, der Verwendung la Studien der  
 Eintritt, wo nicht verschlossen, wenigstens äusserst er-  
 schweret ist.

### XLI. Anmerkung.

Solche Ausnahmen, nebstdem, daß sie den Zweck  
 eines Studienplanes vereiteln, den Studienkurs  
 in ein bloßes Wettrennen, um sich in der Zeit zu  
 überholen, und vor anderen angestellt zu werden,  
 verändern, die Stellen mit unreifer Jugend bevol-

tern, sind auch wahre Ungerechtigkeiten gegen diejenigen, die es für Pflicht halten, die durch die Vorschriften vorgezeichnete Ordnung und Zeit genau zu beobachten. Am Ende ihrer akademischen Verwendung sehen sie aller Orten die Plätze voreingenommen, und sich für ihre Folgsamkeit gewissermaßen bestraft. Bey den Studiengesetzen, wie bey jedem anderen Gesetze, wäre es ungleich besser, das Gesetz geradezu aufzuheben, als solches durch Annahmen mittelbar zu entkräften. Aber wenn es in dem allgemeinen Bildungsplane festgesetzt ist, daß zu gewissen Anstellungen auch der Beweis bestimmter Vorkenntnisse gefordert werden soll, so wird es leicht seyn, diese Vorschrift unüberschreitbar zu machen. Die gesamte Stelle hätte nämlich für die Übertretung dergestalt verantwortlich zu seyn, daß der ohne die vorgeschriebenen Erfordernisse Angestellte bey einer hierüber, zu was immer für einer Zeit, einkommenden Anzeige entlassen werden, demselben aber durch einen Gesammbeytrag aller Mitglieder bis zu einer anderen Anstellung der Gehalt abzureichen wäre. Die Bestrafung ist streng, ohne Zweifel; aber sie hört auf, es zu seyn, da es in der Macht der Stelle steht, sie nicht zu verurtheilen.

## XLII. Anmerkung.

Mittel dieser Art, um nur wenigstens einige anzuführen, waren: Das Gesetz des Solon, welches Ausschweifen in den öffentlichen Versammlungen zu sprechen, untersagte: eine Gewohnheit von Sparta, wenn ein übel berufener Bürger auch eine heilsame Anstalt vorschlug, darauf keine Rücksicht zu nehmen, aber den nämlichen Vorschlag durch einen tugendhaften Mann thun zu lassen, und dann erst darauf zu stimmen: das Todtengericht der alten Egyptier, wovon auch Könige nicht frey waren: der Ausspruch der römischen Priesterschaft, daß der rechtschaffenste Mann die Göttinn von Pessinunte empfangen und beherbergen, daß die keuscheste Matrone die Bildsäule Venus der Herzenswenderinn einweihen soll. — Den Senat, sagt Livius, beschäftigte eine nicht leichte Entscheidung, wer in der Stadt der rechtschaffenste Mann wäre. Ohne Zweifel wünschte sich diesen Sieg jedermann weit eifriger, als jedes Amt, jede Würde, die ihm durch die Stimme des Senats oder des Volkes übertragen wer-

den konnte. — Auch die Beynamen der Aeltern, die Ehre, von dem Censor zum Princeps des Senats gewählt zu werden, die Ehre, eine öffentliche Inschrift oder Bildsäule von dem gemeinen Wesen zu erhalten, oder eine solche nur sich selbst setzen zu dürfen, wozu noch unter den Cäsaren die Erlaubniß angesucht werden mußte, gehören unter die Liebwerte der grossen Handlungen des Alterthums.

#### XLIII. Anmerkung.

„Wenn du es so weit gebracht haben wirst, auch vor dir selbst Ehrerbietung zu tragen, — dich dir zu denjenigen zu machen, vor dem du es nicht wagst, übel zu handeln.“ Cum profeceris tantum, ut sit tibi etiam tui reverentia — dum te efficiis eum, coram quo peccare non audeas, *Seneca* epist. 25.

#### XLIV. Anmerkung.

Poena autem vehemens et multo saevior illis,  
Quas et Caeditius gravis invenit, aut Rhadamanthus:

Nocte dieque suum gestare in pectore testem,

Juven. Satyr. 13.



Die Züchtigung seines Selbstbewußtseyns ist, was man Gewissensangst, Gewissensrüge, Gewissensbiß nennet, welche das sinnreiche Alterthum durch das treffende Bild der Eumeniden bezeichnete, deren Schlangen den Verbrecher nirgend Ruhe finden ließen. Als eine der bedenklichsten Lehren für die menschliche Gesellschaft muß der Satz des Helvetius betrachtet werden, der die Gewissensangst für eine bloße Wirkung der physischen Empfindlichkeit hält, und sie daher erklärt: Das Vorhersehen der physischen Strafen, denen uns das Verbrechen aussetzt. Ein Mensch, fährt er fort, der ohne Furcht, der über die Geseze ist, wird ohne Reuegefühl eine üble Handlung begehen, die ihm nützt. Und in der Anmerkung sagt er: Die Gewissensangst fängt an, wo die Straflosigkeit aufhört. De l'homme, et ses facultes intellectuelles. Ch. 7. Remords. Die Fürsten auf dem Throne wären also über Gewissensrüge weggesetzt? wären unfähig, vor einer domitianischen Handlung die Warnung innerer Vorwürfe, nach derselben die Geißelstreiche ihres Selbstbewußtseyns zu fühlen? Die Mark Aurele sind also aus eben dem Grunde

unfähig, wenn sie die Menschheit glücklich machen, die Belohnung des Selbstbeyfalls zu empfinden? Ehrgefühl und Schande sind also Wörter ohne Bedeutung? Wehe über die Menschheit! Wehe über die Völker, wenn Helvetius mit Richtigkeit geschrieben hat. Doch zum Glücke widerlegt er sich in der Fortsetzung der obigen Stelle selbst. „Der über die Gesetze stehende Mann wird nicht ohne Reuegefühl übel handeln, heißt es, wenn er die Gewohnheit der Tugend angenommen hat. Denn, wo diese Gewohnheit angenommen ist, da ändert man nicht ohne ein Mißbehagen, ohne eine geheime Unruhe zu empfinden, die man auch Gewissensbiß nennt.“ — Und die es wirklich ist: aber nicht bloß leichtes Mißbehagen, Unruhe, sondern nagender, folternder, überall begleitender Vorwurf. Die Gewissensrüge des Helvetius ist die Furcht des gemeinen Bösewichts vor dem Galgen und Rade: die wahre Gewissensrüge, die Selbstverurtheilung, die den Übelhandelnden in seinen Augen erniedriget, diese Gewissensrüge verfolgt selbst den Titus noch auf dem Sterbelager, und fängt an, wo die Strafe aufhört.

# XLV. Anmerkung.

So viele Feldherrn der ältesten und neueren Zeiten haben durch die Ruhmbegierde ganze Heere zu befeelen gewußt; warum wären die übrigen Bürgerklaffen weniger für den Trieb der Ehre empfänglich? Es sey mir erlaubt, eine Ereignung als Bepspiel anzuführen, bey der ich ganz Wien zu Zeugen habe. Als dem Lustsegler Blanchard auch sein zweyter Versuch (in Wien) mißlang, war die gestauchte, und durch die Unanständigkeit seiner Erklärung aufgeregte Menge so sehr wider ihn aufgebracht, daß er nur mit äußerster Vorsicht gegen Mißhandlung geschützt wurde, ungeachtet ein zahlreiches Militär zu Fuß und zu Pferd zur Hand war. Wirklich nahm man die Fassung der Menge sehr deutlich wahr, sich durch die Soldaten nicht in ihrer Absicht hindern zu lassen, und die Polizei sah sich in der Nothwendigkeit, um dem Ausbruche einer Unordnung zuvor zu kommen, Blancharden öffentlich in Verhaft führen zu lassen. Nach einigen Tagen kündigte er einen dritten Versuch an. Es war möglich, daß dieser abermal mißlänge. Auf einen solchen Fall, wie sollte man einem Ausbruche der Menge Einhalt thun? Das Militär zu verstärken, schien nach den letzten Erfahrungen zu bedenklich. Die Polizeylei-

zung ergriff ein glücklicheres Mittel: sie stellte Blandarden unter den Schutz der Sittlichkeit des Publikums, indem sie am Ende der gewöhnlichen Ankündigung bekannt machte: „Es wäre bey einem von so vielen Umständen abhängenden physischen Versuche möglich, daß auch dieser verunglücke: gleichwohl finde man bey einem Publikum verstärkte Vorsetzungen überflüssig, welches durch seine Liebe zur Ordnung und durch Anständigkeit des Betragens sich die Achtung der Fremden, und selbst der öffentlichen Aufsicht erworben habe.“ Man hatte sich an dem Publikum von Wien nicht getretet. Bey verringertem Militär war, ungeachtet mehrere Stunden gewartet werden mußte, die größte Ruhe. Aber man sah die Ankündigungen zu Hunderten von Hand zu Hand gehen, und den Ausdruck des Befalls und der Zufriedenheit auf dem Gesichte aller, die sie lasen.

#### XLVI. Anmerkung.

Nirgend wird dieser Achtung, und man ist versucht zu sagen, dem Leim und e eines Volkes so nahe getreten, als in Kriminalgesetzen. Man sollte die bey jedem Volke herrschenden Laster aus seinem



„nicht allein sie selbst sich an Untugenden gewöhnen,  
 „sondern solche auch unter das Volk verbreiten, und  
 „mehr noch durch ihr Bepspiel, als Selbstver-  
 „schulden schaden.“ Quò perniciosius de republi-  
 ca merentur vitiosi principes, quod non  
 solum vitia concipiunt ipsi, sed ea infun-  
 dunt in civitatem; neque solum obsunt, quod  
 ipsi corrumpuntur, sed etiam corrumpunt, plus-  
 que exemplo, quam peccato nocent. Cic.  
 de legib. l. 3. Das ganze Hofgesolge Alexanders,  
 und Alphonsus von Arragonien gab sich eine schiefe  
 Kopfwendung, weil die Könige ihren Kopf zur Seite  
 zu wenden, die Gewohnheit hatten. Franz der Erste  
 führte durch sein Bepspiel Wissenschaften und Galan-  
 terie an dem französischen Hofe ein. Als Ludwig der  
 Felfte, seinem Sohne Karl Lateln zu lernen verbot,  
 war es bald unter den Höflingen Schande, Lateln zu  
 können; und als Ludwig der Vierzehnte gefragt hatte:  
 Wozu das Lesen gut wäre? ward es sogleich  
 am Hofe von Versailles Mode, nicht zu lesen, und  
 zu fragen: Aber, wozu könnte auch das Le-  
 sen tugen?

## XLVIII. Anmerkung.

Die Spartaner berauschten an festlichen Tagen die Heloten, und ließen sie dann in der Trunkenheit alle Ausschweifungen begehen, die eine Folge der Unmäßigkeit sind. In diesem thierischen Zustande zeigten sie die Sklaven der Jugend, um sie dadurch, daß das Laster zugleich mit seinen Folgen erblickt ward, von der Trunkenheit abzusprechen. Die gereinigte Sittenlehre läßt uns diese abmahnenden Schauspiele nicht anderst, als durch die Schaubühne anbringen. Hier kann, was dort Wahrheit war, in der Nachahmung geschehen, und in dem Gemüthe der Zuschauer eben so glückliche Folgen hervor bringen.

## XLIX. Anmerkung.

Man könnte die tragischen Empfindungen, die des Dichters Mühe krönen, durch das Glück hindurch herrschen, und den Ausgang für die Tugend glücklich seyn lassen: so wäre der Ruhm des Genies mit dem Endzwecke der Sitten vereinbaret. Wenn die Tugend immer im Kampfe erliegt, werden nicht gemeine Seelen zu sich sprechen: Die Tugend bringt Nachtheil, das Laster ist glücklich: und ich will

glücklich seyn? Also soll wenigstens kein Trauerspiel geendiget werden, wo nicht der Tugend Vorzug erkennet, und das Laster bestraft wird.

### L. Anmerkung.

Das Geständniß Alexanders, des Tyrannen von Theffalien, ist der Triumph des Trauerspiels, der von mir schon in einer andern Schrift und Veranlassung angeführt worden. „Als er, erzählt Plutarch in dem Leben des Pelopidas, eines Tages bey den Trojanerinnen des Euripides zugegen war, die von einem sehr berühmten Tragödienspieler vorgestellt wurden, trat er plötzlich von dem Schauspieler ab, ließ aber dem Schauspieler melden: er sollte darüber nicht unruhig werden, und wie vorhin fortspielen; denn seine (Alexanders) Entfernung käme nicht von einiger Unzufriedenheit über den Schauspieler, sondern bloß, weil er sich schäme, daß ihn jemand über Hekubens und Andromachens Unglück weinen sehen sollte, ihn, der nie gegen diejenigen, welche er getödtet, Mitleid gefühlt habe.“

### LI. Anmerkung.

Von welchen Lactanz in Epitome ad



**Pentadium** mit wenig Worten die nachdrückliche Schilderung macht: „Eine Schule des Verderbnisses, wo Schandthaten in einem Bilde vorgestellt werden, um dann wirklich schamlos zu handeln.“ *Corruptelarum disciplina, ubi fiunt per imaginem, quae pudenda sunt, ut fiant sine pudore, quae vera sunt.* Ich erwähne nicht der selbst in unseren Zeiten erneuerten Streitfrage über den Nutzen, oder die Schädlichkeit der Schaubühne, welche die theologische Fakultät in Göttingen in ihrer Beurtheilung der Eögischen Schrift über die Sittlichkeit der heutigen deutschen Schaubühne entschieden hat. Rousseau und Alembert haben über diesen Gegenstand sich ebenfalls bekämpft. Man findet eine kleine Geschichte der Streitfrage: über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Schaubühne in dem zweyten Bande der *Querelles litteraires*: der Ausgabe der *Lettres de M. Desprez de Boissy* wider die Schaubühne ist ebenfalls ein Verzeichniß vieler Schriftsteller angehängt, welche für und gegen die Schaubühne geschrieben haben.

## III. Anmerkung.

Gemeinschaftliche Ergeßlichkeiten, wo sich die Menge versammelt, sind hauptsächlich für die Hauptstädte unentbehrlich, in denen es so viele unbeschäftigte Menschen von allem Alter, Range und Stande gibt, die ihre Zeit nicht auszufüllen wissen, und in die verderblichsten Arten von Ausschweifungen verfallen würden, an deren statt ihnen die Schaubühne die Leichtigkeit anbietet, einige müßige Stunden hinzubringen. In den galanten und historischen Briefen der Frau du Noyer wird erzählt: Der Kardinal Noailles habe es einst dahin zu bringen gesucht, daß auch das französische Schauspiel und die Opera beurlaubet werden sollten, nachdem die wälschen Schauspieler bereits entlassen waren. Er erhielt hierüber im Namen der Lustdirnen von Paris eine Vorstellung, worin ihm diese auf das verbindlichste für seine Vorsorge dankten, von der sie sich überzeugt hielten, daß der Vortheil ganz auf sie zurückfallen würde, weil sie, sobald die Schauspiele aufhörten, von jungen Leuten ungleich mehr Besuche erhalten, also mehr gewinnen würden. Sie boten zum Beweise ihrer Dankbarkeit dem Kardinal den Zehnten ihrer vermehrten Einkünfte für die Armen an. Noailles und die Poli-

gen erkannten die Wahrheit, die ihnen in dieser satyrischen Einkleidung angeboten wurde; die Opera und das französische Schauspiel blieben:

### LIII. Anmerkung.

Man ohne Vorurtheil. Erster Jahrgang. 4tes Quartal. 17. St. D.

### LIV. Anmerkung.

Nicht bloß die Meinungen der Schriftsteller in der Theorie, sondern auch der Verwaltungen in der Ausübung stehen hierüber in einem auffallenden Widerspruche. Holland, wo die Ungebundenheit der Presse als ein Mittel zur Beförderung eines sehr ausgebreiteten Handelszweiges betrachtet wurde, stellte im Jahre 1769 eine Censur auf, und ungefähr zu der nämlichen Zeit wurde in Dänemark alle Censur aufgehoben. Schon unter Karl dem Ersten von England verurtheilte das Haus der Gemeinen den Doctor Manwaring zu einer Geldstrafe von tausend Pfund, und zur Gefangenschaft, so lang es der Kammer gefallen würde, wegen einer gehaltenen und nachher gedruckten Predigt, welche, wie sich Hu-

me a) darüber ausdrückt, eine Lehre enthielt, die den Umsturz aller bürgerlichen Freyheit nach sich zog. Aber nicht lange nachher forderte der Sekretär des Blutraths, der Karl n zum Tode verurtheilte, in der an das Parlament unter dem Namen Arcopagitica gerichteten Rede die unbeschränkte Freyheit der Presse. Hume b) selbst, hält die Freyheit der Presse weder für unbedingt nützlich, noch für unbedingt nachtheilig: und, indem er sie bey der Regierungsform von England als schlechterdings unentbehrlich betrachtet, damit Geist und Gentle in Vertheidigung der Freyheit sich durch keine Hindernisse gefesselt finden, so gesteht er sogleich wieder, daß durch den Weg, auf welchem die Gesinnungen von Freyheit bey dem Volke rege erhalten werden, eben sowohl der Geist der Widersesslichkeit, der Empörung und andere schädliche Meinungen verbreitet werden können. Aus diesem Grunde hält er eine Censur für andere Regierungsformen, beson-

a) Geschichte des Hauses Stuart im Jahre 1628.

b) Polit. Essays, II, Essay: On the liberty of the press.

ders für einen geistlichen Staat für nicht minder wesentlich.

Die Ursache dieser Unbestimmtheit bey einem der öffentlichen Ruhe und der Privatsicherheit gleich wichtigen, und gleichwohl eine Bestimmung fordernden Gegenstande kann nur darin gesucht werden, daß die Frage vereinzelt behandelt ward, und zur Entscheidung derselben besondere Gründe gesucht wurden, da doch die Freyheit der Presse an sich bloß ein Theil der bürgerlichen Freyheit, und die Censur nur eine Ausübung des allgemeinen Rechts der Gesetzgebung ist, mithin die allgemeinen Grundsätze über den Umfang der bürgerlichen Freyheit und des gesetzgebenden Rechts allein zureichen, den Ansprüchen auf beyden Seiten ihre Gränzen auszuzeichnen.

Man geht bey der Untersuchung über diesen Gegenstand meistens von dem Satze aus: Meinungen sind von Gesetzen unabhängig: sie zu unterjochen, wäre Übermaß des Despotismus. — Ohne Zweifel: aber die Rede ist hier nicht von bloßen Meinungen; ein Schriftsteller, der seine Meinung nicht für sich behält, sondern in Umlauf setzt, handelt.

Die Frage also von Seite der öffentlichen Verwaltung ist: Machen die Handlungen des Schriftstellers eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, welche die Handlungen aller übrigen Bürger der öffentlichen Leitung und Aufsicht unterordnet? das ist: Haben die Schriftsteller das besondere Recht, durch Ausstreunung ihrer Meinungen die Ruhe der Staaten, die gesellschaftliche Ordnung zu untergraben? ein Recht Unzufriedenheit, Empörung und Unstille zu verbreiten? Die Gegenfrage der Schriftsteller ist: Haben Regierungen das Recht, dem Schriftsteller die Freiheit nicht schädlicher Handlungen zu hindern? Auf diese zwei Punkte läuft die Untersuchung hinaus: und, da es unbestritten ist: Daß zu Handlungen, die der gesellschaftlichen Wohlfahrt schädlich werden können; Niemand ein Recht, wie entgegen: Daß die öffentliche Verwaltung gegen Niemand in Aufsehung nicht schädlicher Handlungen eine rechtliche Gewalt habe, so hängt die Entscheidung zuletzt einzig von der Vorfrage ab: Können Bücher der öffentlichen Ruhe und Ordnung gefährlich werden?

Weynahe scheint es Verhöhnung zu seyn, darüber

erst Beweise zu führen. Däßer können nützen, das wird von jedermann erkannt: so kann also auch Niemand widersprechen, daß sie schädlich werden können. Auf dem Wege, worauf Wahrheit und Überzeugung zu dem Verstande, und Gefühle der Tugend, zum Herzen gelangen, werden Irrthümer und Laster nicht weniger dahin geführt. Die Erzeugnisse der Schriftsteller können also schädlich werden, und dieses bezeugen so viele Schreckensepochen der Geschichte: die Ligue und ihre Folgen die Meuchelmorde der Heinrichs, der rechtliche Mord Karls von England, die an Ludwig dem Sechzehnten und seiner Familie verübten Grausamkeiten; das bezeugen die gräßlichen Ereignungen der französischen Revolution, bey welcher Bände und Hefte, und Flugschriften und Aufrufe und Anschlagzettel, unter allem Wechsel der Umstände, immer wichtige Rollen gespielt haben. Aber das bezeugen vorzüglich selbst diejenigen Verwaltungen, wo (wie die Lobredner sie nennen) volle Pressfreyheit herrscht. Bemerke man jedoch vor allem, daß, so viel auch über Pressfreyheit geschrieben worden, unbedingte Pressfreyheit nirgend besteht; daß, wenn in England, in Frankreich, in Dänemark der Schriftsteller zwar sein Werk, ohne es vorher einer

Beurtheilung zu unterwerfen, ausgehen mag, er doch für  
 den Inhalt stets verantwortlich bleibe. „Die  
 „Freiheit der Presse, wie sie in England Platz  
 „hat, (schreibt de Lolme) besteht, um sie eigentlich  
 „zu erklären, darin, daß Rechtsstellen oder Rich-  
 „ter von Sachen, die gedruckt werden,  
 „nur erst nach der Hand Kenntniß nehmen  
 „können.“ (Constitution d'Angleterre. ch. XII.)  
 Die Freiheit der Presse, wie die französische Kon-  
 stitution vom Jahre 1791 sie zusichert, ist im Artikel  
 V. mit folgenden Worten ausgesagt: „Jeder Bür-  
 „ger kann frey reden, schreiben, drucken, mit Vorbe-  
 „halt, für den Mißbrauch dieser Freyheit  
 „in den von dem Gesetze bestimmten Fä-  
 „llen verantwortlich zu seyn.“ In Dänemark  
 verfolgte das königl. Justizamt nur neulich den Ver-  
 fasser des Katechismus der Aristokraten,  
 Brun, daß er, um sich der Bestrafung zu entziehen,  
 flüchtig zu gehen, für rathsam fand; und, als er nach  
 erhaltener Erlaubniß zur Rückkehr abermal eine an-  
 stößige Schrift, benannt: *Tria juncta in uno*,  
 herausgab, ward die Justizklage mit noch größerer  
 Strenge gegen ihn erneuert. Auch also Regierungen,  
 welche keine Censur eingeführt haben, erkennen  
 darum nicht weniger die Möglichkeit von dem



schädlichen Einflusse der Schriften, da sie den Schriftsteller dieser Möglichkeit wegen unter Verantwortung legen, und nach Umständen auch zur Strafe ziehen.

Die Forderung der Abhandlung: *De la liberte indefinie de la presse, et de l'importance de ne soumettre la communication de ses pensées qu'à l'opinion publique*, ist also nirgend verwirklicht. Die Preßfreiheit im ganzen Umfange des Wortes ist nirgend unbeschränkt; nur ist sie in verschiedenen Verfassungen auf verschiedene Weise beschränkt. Und nun kommt bloß zu untersuchen: Welcher Weise vor der andern der Vorzug zuzuerkennen ist? Ob derjenigen, wo die öffentliche Aufsicht, ohne die Bücher einer vorläufigen Beurtheilung zu unterwerfen, die Sicherheit der öffentlichen Ordnung gegen die Gefahr verderblicher Schriften in der Verantwortlichkeit der Schriftsteller, Buchdrucker und Buchhändler sucht; oder derjenigen, wo jede Schrift, bevor sie in Umlauf kommt, der Prüfung und Beurtheilung einer ordentlichen Censur unterworfen wird? Die Gründe, die Vorwahl zu entscheiden, können keine andern seyn, als die min-

dere Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung, vereinbart mit der größtesten bürgerlichen Sicherheit des Schriftstellers und Buchhändlers.

Ich verstehe unter Gefahr der öffentlichen Ruhe, Verbreitung von Grundsätzen, die geeignet sind, die Folgsamkeit gegen die Gesetze zu untergraben, die Achtung und Ehrerbietung gegen die bestellten Gewaltträger zu schwächen, Unzufriedenheit gegen die Vorkehrungen der Regierung zu erwecken. Ich verstehe unter Gefahr der öffentlichen Ordnung insbesondere Verbreitung von Unsittlichkeit. Die Verantwortlichkeit ist unzureichend, diesen Gefahren vorzubeugen, da sie nur erst nach der That, erst, wenn sich schon Spuren des Übels offenbaren, eintritt. Ohne die Widerständigkeit zu erheben, da man bey Buchdruckern, bey Buchhändlern einen Umfang von Einsichten voraussetzt, die nicht nur die Einsichten ihres Standes nicht sind, sondern bey keinem Stande vorausgesetzt werden können, so schließt selbst die Natur der Sache die Verantwortlichkeit als ein verfehrendes Mittel aus. Verantwortlichkeit stellt unter die Verbindlichkeit des Erlasses, oder unter

die Haftung, Strafe zu leiden. Ersatz findet nur da Statt, wo der Schade eine Schädigung, mithin Übel und Vergütung unter sich eine Gleichung zugeben. Die Schädigungen eines Erbsus können für die nachtheiligen Folgen der gestörten bürgerlichen Ordnung keine Vergütung, können als ungleichartige Größen in keine Gleichung gebracht werden. Aber auch mag der Verfasser eines verderblichen Werkes noch so streng bestraft werden, sind die Befinnungen von Folgsamkeit, von Rechtlichkeit, von Sittlichkeit erst einmal irre geleitet; der Verführer kann dann zwar die Schuld seiner Übelthat auf dem Blutgerüste bezahlen; aber das schädliche Werk hat gewirkt, und wird mit dem Tode des Verfassers zu wirken nicht aufhören. Nehme man den Fall: die öffentliche Aufsicht erhalte Nachricht von einem Werke unter der Presse, das über die Kunst, alle Arten von Gift zu bereiten, einen vollständigen Unterricht gibt. Muß sie das Werk von der Kunst Locustens ungestöhet vollenden und verkaufen lassen, und sollen, was de Lolme so hoch von der englischen Verfassung erhebt, die Richterstühle erst nach der Hand davon Kenntniß zu nehmen, das Recht haben, da vielleicht schon hundert Leichen die Wichtigkeit der Zu-

Bereitungsformeln nur zu sehr bekräftigen? Warum sollen denn Regierungen in Verhütung des moralischen oder politischen Giftes, welches auftriffrische oder unsittliche Schriften verbreiten, warum zur Abwendung der für das gemeine Wesen bedrohlichen Nachtheile weniger, als in Fällen, wo die Sicherheit des Einzelnen der Gegenstand ist, vorsichtig seyn? Der Einfall von Sales in dem Werke: *Ma republique*, ist abgeschmackt, anstatt witzig zu seyn: „Jedermann, schreibt er, sey sich seiner Jeder, wie seines Messers zu gebrauchen berechtigt, „würde er Jemanden verwunden, so sey er zu bestrafen.“ Ist es nicht vorsichtiger gehandelt, vielmehr, wenn man es vermag, zu hindern, daß Niemand verwundet werde? Anstatt erst einen verwunden zu lassen, und dann den zweyten zu bestrafen, ist es nicht Weisheit, nicht Pflicht, nicht Milde der öffentlichen Verwaltung, beyde zu schützen, damit der eine nicht verwundet, der andere nicht strafbar werde? Verbrechen erst Raum zu geben, und sie dann zu bestrafen, liegt nicht in der Absicht einer gerechten Verwaltung, ist nur eines Liberins würdig. Gesetze, die nicht prophylaktisch, nicht als Vorbeugungsmittel wirken, sind grausam.

Man sieht nun wohl voraus, was ich denjenigen zu antworten habe, welche behaupten: (und das ist ungefähr die Sprache aller Verfechter der Pressfreiheit) daß Bücher keinen Schaden bringen, weil Verbreitung von Wahrheiten nicht schaden, Irrthümer aber widerlegt werden können. „W möchten uns doch diese weisen Männer lehren, wie man die schmutzigen Gedichte *Reccours*, oder *Justine* und *Julienne*, wie man ein Spottgedicht gegen die Religion, eine Abhandlung über die *Aqua tufana*, wie man einen Aufruf zur Empörung widerlegen; lehrten sie uns auch, wie man den Vorschritten der schädlichen Irrthümer, bis die Widerlegung erscheint, und die Begriffe berichtigt, Einhalt thun soll? Und dann, warum geben sie nicht der öffentlichen Aufsicht eben sowohl den Rath, die Maßregeln der Vorsichtigkeit gegen das Entstehen der Feuersbrünste, die Vorschrift der Schutzsamkeit bey dem Giftverkaufe aufzuheben?“ Kann man doch das Feuer löschen, wenn es ausgebrochen ist; kann man doch dem, der Gift bekommen hat, Gegengift geben. Aber darin liegt eben der wichtige Unterschied zwischen der Verantwortlichkeit und einer Censur. Die Verantwortlichkeit hindert das Übel nicht; sie setzt

die Verwaltung nur in die Nothwendigkeit zu strafen: das Übel ist inzwischen da, wirkt, und wird durch die Strafe nicht wieder gehoben. Eine Zensur aber benaget dem Übel bey der Entstehung vor, und erspart der öffentlichen Verwaltung die traurige Nothwendigkeit zu strafen.

Eine Zensur vereiniget mit der Sicherheit der öffentlichen Ordnung und Ruhe auch die bürgerliche Sicherheit des Schriftstellers, und Buchhändlers, die bey dem Systeme der Verantwortlichkeit von mehr als einer Seite ausgesetzt bleibt. Bürgerliche Sicherheit ist nur da vorhanden, wo die Gesetze, wie ich handeln und nicht handeln soll, und dadurch auch, wie mir zu handeln oder nicht zu handeln frey steht, deutlich bestimmen; und wo ich dann, wenn ich gehandelt und unterlassen, was ich soll, und gehandelt oder unterlassen, wie ich darf, nichts zu fürchten habe. (S. den IV. Abschn. von Sicherheit der Rechte.) Die Verantwortlichkeit gewährt dem Schriftsteller diese Sicherheit nicht, da sie für ihn alles unbestimmt läßt. Es ist das Gesetz der *Caligula* an einem so hohen Orte aufgestellt, daß es von Niemanden gelesen werden kann: eine Grabschrift, die Niemand kennt, die aber nicht überschrieben

ten werden soll, und über welche hinaus zu schreiten, dennoch straffällig macht. Der furchtsamere Schriftsteller wagt auch wenige Schritte nicht: Ungewißheit und Besorglichkeit, schon diese wenigen Schritte dürften ihn zu weit führen, halten seine Feder zurück, lähmen seine Fähigkeit und Talente: der minder bedachtsame wandelt unbesorgt, der kühne mit Entschlossenheit und Zuversicht dahin, und nun ergreift ihn die Verantwortlichkeit. — Was ist mein Verbrechen? — Du hast durch deine Schrift deine Mitbürger gegen die Regierung aufgewiegelt. — Das war, wird er versetzen, meine Absicht nicht: ich wollte der Regierung nur nützliche Winke geben: ich sah solche Folgen nicht vorher. Die Verantwortlichkeit steht nun da, entweder als eine eitle Dunstgestalt ohne Wirkung, weil jeder Schriftsteller den Mangel einer bösen Absicht vorschützen, jeder sich gegen die Rüge der Verantwortlichkeit hinter die Entschuldigung: Ich glaubte nicht, übel zu handeln, bergen kann: oder, was doch keine billige Rechtspflege sich jemals erlauben wird, Irrthum des Verstandes, der Beurtheilung muß als Verbrechen behandelt, als Bosheit der Absicht und des Willens bestraft werden. Nun

reicht sich an die Unbestimmtheit des Verbrechens noch die Frage an: Nach welchem Gesetze die Strafe zuerkannt werden soll? Es besteht keines, das den Fall bestimmt ausfaget. So muß denn Auslegung und gewaltsame Anwendung, das ist: Willkühr in Eigenschaft und Maß der Strafe an die Stelle der gesetzlichen Bestimmung treten, und die so sehr gerühmte Preßfreyheit ist zuletzt in der Hand einer übermächtigen Partey oder mißbrauchender Machthaber ein Mittel der Verfolgung, eine furchtbare Waffe der Unterdrückung. So viele Schriftsteller, die unter Robespier's Regierung die Freyheit ihrer Feder unter dem Mordbeile der Guillotine gebüßet haben, die Kolonie von Journalisten, welche unter dem jetzigen Triumvirate des Directoriums nach Guyanna deportirt wurden, sind davon Beispiele und Beweis.

Diese Gefahr für Schriftsteller und Buchhändler verschwindet bey einer bestellten Censur. Das Werk, das gedruckt oder zu Kauf angeboten werden soll, wird der Censur überreicht. Wird es zugelassen: Schriftsteller und Buchhändler bringen es sorglos in Umlauf; und welche Bedenklichkeit auch nach der Hand gegen den



Inhalt entstehe, sie können darüber nicht weiter beunruhiget werden. Das Werk wird verworfen: Schriftsteller und Buchhändler sind also gewarnt, straffällig zu werden: und bringen sie das nicht zugelassene Werk dennoch in Umlauf, dann ist ihre Handlung, selbst wie es die in der Kriminalrechtspflege so strengen englischen Rechtsgelehrten fordern, *a Crime the law has plenily determined to be such*: ein Verbrechen, welches von dem Gesetze vollkommen als ein solches erklärt worden, und die Strafe wird nicht nach einer willkürlichen Deutung, sondern nach dem Buchstaben der gesetzlichen Aussage zuerkannt. Dergestalt vereinigt die Censur die öffentliche mit der Privatsicherheit: und bey einer mit Unbefangenhait unternommenen Prüfung der Maßregeln, welche dennoch überall der Verbreitung schädlicher Grundsätze entgegen zu stellen, die Nothwendigkeit nicht verkannt worden, zeigt sich, daß wahre Freyheit der Presse und des Buchhandels in dem eigentlichen Sinne, der diesem Worte nach dem Zwecke der bürgerlichen Verfassung zukommen, und nicht sich bis zum Rechte der Bügellostigkeit ausdehnen kann, daß, sage ich, nur da, wo eine Censur befohlen ist, wahre Freyheit der Presse und bür-

gerliche Sicherheit für Schriftsteller, Buchdrucker und Buchhändler sich findet; als welche darin besteht, daß Jedermann die Gesetze, wornach er zu handeln, wornach er zu unterlassen hat, kenne, und so weit er gegen die Gesetze nichts verbricht, auch nirgend her etwas zu befürchten haben müsse.

Ich habe bey dieser Untersuchung die Gründe gegen die Einführung einer Censur, ich habe die Vorwürfe, welche Verwaltungen, wo Censuren bestehen, gemacht werden, nicht aus dem Gesichte verloren. Man findet sie in jeder Abhandlung über die Pressfreyheit, deren besonders seit der Epoche der ersten französischen Konstitution so viele erschienen sind, wiederholt; und in allen Journalen ausgezogen. Man sagt also: dafern bey einer Verfassung, wo keine Censur bestellet ist, schädlichen Büchern Eingang und Verbreitung offen steht, so hemme entgegen ein Büchergericht jedem, Licht und Kenntniß verbreitenden, kurz jedem nützlichen Werke Eingang und Umlauf. Der politische und religiöse Despotismus habe also dadurch ein Mittel in Händen, den Verstand zu unterjochen, die Vorschritte aufklärender Kenntnisse zu hemmen, habe, um welches der angemessenen Willkühr untergeordneter Ge-

waltträger vorzüglich zu thun ist, ein Mittel, die Stimme der allgemeinen Unzufriedenheit zu ersticken, und folchergestalt das Urtheil, den Tadel der öffentlichen Meinung nicht zu fürchten. Daß diese Folgen der Censuren nicht bloß selbst geschaffene Besorgnisse sind, werde durch so manchen bis zu ungeheuren Bänden angewachsenen Index unwiderlegbar bestätigt: und daß, wo immer Presse und Buchhandel einer Censur untergeordnet sind, dieses der Fall seyn werde, fließe aus der Unmöglichkeit, dem Büchertribunale bestimmte Vorschriften zu geben: daher bey diesem Geschäfte der Willkühr immer unendlich Vieles überlassen werden müsse.

Ich könnte diesen Einwürfen vorerst entgegen setzen: wenn gleichwohl überall, ohne und mit einer Censur, bedenklichen Folgen ganz nicht ausgewichen werden könne, so würde auch noch in diesem Falle der Nachtheil immer ungleich geringer seyn, wenige gute Bücher zu entbehren, als den zahlreichen schädlichen Büchern freyen Umlauf zu gestatten. Jenes sey bloß Entgang eines Vortheiles, (Nichtvermehrung der Summe) dieses aber positives Übel (Abnahme der Summe). Ich könnte die Gegeneinanderstellung noch weiter ver-

folgen: daß nämlich eine Censur zwar zur Unterdrückung nützlicher Werke, die Verantwortlichkeit entgegen selbst wider diejenigen gemißbraucht werden könne, die nützliche Werke geschrieben haben. Aber ich habe meine Feder nie durch Vertheidigung gemißbrauchter Macht, nie durch Beschönigung von Anmaßung und Willkühr entlehret. Ich werde es auch hier nicht. Ich führe daher das Wort keineswegs für eine Censur, die zum Werkzeuge der Unterdrückung gemißbraucht und erniedriget wird. Man erinnere sich, daß ich am Eingange der Erörterung, die ich vor mir habe, auf die allgemeinen Grundsätze, nicht allein über die Gränzen der bürgerlichen Freiheit, sondern eben sowohl über die Gränzen der gesetzgebenden Gewalt zurück geführt habe. Innerhalb dieser Gränzen der gesetzgebenden Gewalt aber liegt kein Recht, gleichgiltige und unschädliche, um so weniger nützliche Werke zu unterdrücken; denn es gibt überall ganz kein Recht zu was immer für einer Art von Unterdrückung. Die Verfassung einer Censur, von deren Gerechtigkeit, von deren Nothwendigkeit ich Überzeugung zu haben glaube, muß also auf das von mir in dem §. 131. aufgenommene Grundgesetz erbauet seyn: „Ohne irgend einem

„für die Vorschritte der öffentlichen und Privats-  
 „einsicht, für die Bildung der Bürger in dem  
 „umfangreichsten Wortverstande nützlichem Werke  
 „die Bekanntmachung zu erschweren, nur diejenigen  
 „auszuschließen, wodurch gefährliche moralis-  
 „sche und politische Meinungen verbreit-  
 „et, Unsitlichkeit aufgereizt und un-  
 „terhalten werden kann.“ Von einer Censur,  
 deren Vorschriften sämmtlich von diesem Grund-  
 gesetze abgeleitet sind, kann den Vorschriften der Na-  
 tionaleinsichten kein Hinderniß gelegt werden.

Die dritte von Kaiser Joseph für die öster-  
 reichische Censur vorgeschriebene sogenannte Grund-  
 regel sagt ausdrücklich: „Kritiken, wenn sie nur  
 „nicht Schmähschriften sind, sie mögen treffen, wen  
 „sie wollen, sind nicht zu verbieten. Es muß jeder-  
 „mann, der die Wahrheit liebt, ein Vergnügen seyn,  
 „wenn sie auf solche Art zu ihm gelangen.“ Man sieht  
 aus diesem Beispiele, daß, unter der einzigen und  
 billigen Einschränkung, die öffentliche Verwaltung und  
 ihre Vorkehrungen nicht unziemlichen Anfällen  
 eines muthwilligen Spottes Preis zu geben, es mit  
 der Verfassung einer Censur keineswegs unverein-  
 barlich ist, freymüthigen Äußerungen zur Berichti-

gung der öffentlichen Einsicht, mit Aufrichtigkeit vortragenen Erinnerungen, Beobachtungen und Vorschlägen zur Verbesserung öffentlicher Maßregeln Raum zu lassen. Für eine Zensur aber, die nicht nach solchen Grundsätzen zu Werk geht, die, vielleicht einseitigen Absichten untergeordnet, gerade nach entgegen gesetzten Grundsätzen verfährt, habe ich keine Vertheidigung. Doch, was man mit so vielen Grunde den Gegnern der Aufklärung entgegen setzt, werde ich auch dem Einwurfe, den man der Zensur aus dem Mißbrauche derselben macht, entgegen stellen. Alles kann ohne Zweifel gemißbraucht werden, beynahе alles ist mißangewendet, gemißbraucht worden. Aber Mißbrauch beweiset nur gegen sich, nicht gegen eine Vorkehrung, die bestehen kann, ohne gemißbraucht zu werden.

Dadurch ist zugleich der Einwurf beantwortet: daß der Zwang einer Zensur die Stimme der öffentlichen Meinung ersticken werde: weil ein solcher Zwang bey einer nach ihrem wahren Zwecke geordneten Zensur nicht bestehen, und hier von einer andern, als einer zweckmäßig eingerichteten Zensur, die Rede nicht seyn kann. Aber die Erwähnung der öffentlichen Meinung führet eine wichtige Re-

benbemerkung herbey. Die Schriftstellerey hat ebenfalls ihre Sanktuloten, die durch Menge, Hastfertigkeit, Unverschämtheit den wenigen rechtlichen Schriftstellern bey weitem überlegen, die Stimme der Vernunft zu überschreyen, das Publikum zu betäuben fähig sind. Man lasse die Initiative der öffentlichen Meinung, die Richtung und den Ausschlag derselben von dem Sanktulotismus der Schriftsteller abhängen, dafern die Epoche, worin der Sanktulotismus von Paris auf den Tribunen den Berathschlagungen der Volksrepräsentanten vorschrieb, und in den Angelegenheiten der Revolution entschied, die Epoche der Ordnung, Rechtlichkeit und Tugend war. Aber, wenn es zur Ruhe der Nationen nothwendig ist, die Schriftsteller-Sanktuloten von dem Stimmrechte bey Entscheidung der öffentlichen Meinung, so viel es geschehen kann, auszuschließen, so empfiehlt sich der Vorsichtigkeit der Verwaltung die Censur aus einem neuen Grunde, als die einzige Maßregel, wodurch diesen Zweck zu erreichen, möglich scheint.

Ich werde mich über den Einwurf von der Beschwerlichkeit, oder wie man es lieber nennet, der Unmöglichkeit, die Willkühr der Cen-

für durch genaue Vorschriften zu entfernen, kurz fassen können. Die Verantwortlichkeit, unter welcher die Presse und der Buchhandel sich überall gestellt finden, hält hierin mit der Censur durchaus gleichen Schritt. Man stelle daher den Wechselfall auf: Gibt die Censur keine Vorschriften zur Entfernung der Willkür zu, wodurch soll die Willkür bey der Verantwortlichkeit fern gehalten werden? oder entgegen: Hält man es für nicht unmöglich, die Willkür bey der Verantwortlichkeit durch bestimmte Vorschriften hindan zu halten, so werden diese nämlichen Vorschriften auch die Willkür bey der Censur zu entfernen fähig seyn. Die Gesetzgebung findet übrigens bey allen Gegenständen von Wichtigkeit und Umfang, worüber sie bis zu Vorschriften der einzelnen Ausübung herabsteiget; die nämliche Beschränktheit wie bey der Censur; und ist genöthiget, dem Ermessen der Vollstreckungsbeamten vieles zu überlassen. Welches ist dann das Mittel, zu hindern, daß das Ermessen nicht in Willkür ausarte? Das Recht der weiteren Berufung, der Beschwerde gegen die Aussprüche der Untergeordneten. Dieses Recht gehöret also unumgänglich mit zu der Verfassung einer wohl geordneten Censur.



um dem Eigendünkel, der Laune, der Willkühr der  
Censoren Einhalt zu thun. C. S. 133.

Ob mich gleich die Wichtigkeit des Gegenstandes  
bereits weit über die Gränzen hinausgeführt, in welche  
ich mich bey dieser Untersuchung einzuschränken, beschlossen  
hatte, so will ich dennoch folgende Bemerkung nicht  
unterdrücken: Eine Regierung, die in dem Bewußt-  
seyn ihrer Gerechtigkeit und Bürgerliebe der allge-  
meinen Anhänglichkeit versichert, die Verleitung der  
Gesinnungen nicht leicht befürchtet, braucht nur we-  
nige und einfache Censurvorschriften. Eine Re-  
gierung hingegen, der ihr Bewußtseyn eine solche Be-  
rathigung nicht gewähret, oder welcher, wie Pla-  
nius von den letzten Jahren des Nero schrieb: cum  
omne studiorum genus paulo liberius et erec-  
tius periculosum servitus fecisset: die Knecht-  
schaft höhere Wissenschaften und jede et-  
was freyere Einsicht gefährlich macht, bey  
einer solchen Regierung wird die Bücheraufsicht frey-  
lich mit vielen, kleinfügigen, ängstlichen  
Vorschriften überladen seyn. Aber dieses Gebrechen ist  
dann nicht ein besonderes Gebrechen der Cen-  
sur, sondern des allgemeinen Systems der Verfas-  
sung, in welcher Verantwortlichkeit anstatt

der Censur noch ungleich mehr unterdrückt werden würde.

#### LV. Anmerkung.

Einem Blick auf Schriften, deren Einwirkung in die Sitten nicht verkannt werden kann. Man frage Ältern, Vormünder, Erzieher, Väter, Haushälter, alle, die an der Bildung der Jugend Theil nehmen, alle, denen die Sitten einer Familie wichtig seyn müssen: ob sie den Ihrigen jedes Buch ohne Unterschied in Händen lassen? Sie werden hundert nennen, über deren Lesung sie solche zu betreten, zittern würden. Dieses Privatbesorgniß ist ein Geßandniß von der Wohlthätigkeit der öffentlichen Vorseege, welche die Vorsteher der Familien beruhigt, da sie durch das Verbot verderblicher Bücher hindert, daß solche nicht leicht in die Hände der Ihrigen gelangen können.

#### LVI. Anmerkung.

„In einer bestimmten Stunde der Woche (sagt der ungenannte Verfasser einer kleinen Schrift: *Sur la predication*) versammeln in dem Umfange von Ge-

„Europa fünfzig tausend Prediger das Volk, und sagen ihm, was ihnen beliebt: auf sie verlassen die Regierungen sich in der grossen Angelegenheit der „Sitten.“ Wenn die Prediger dem Volke sagen dürfen, was ihnen beliebt, so haben zu viele Beispiele bewiesen, daß ihnen nicht immer das zu sagen beliebt hat, was der Ruhe der Nationen, und dem Fortgange der Sitten beförderlich war. Die Kreuzzüge, welche Europaen entvölkert haben, die gräulichen Verfolgungen der Albigenser, die Ketzereyen der Ligue, so viele andere Greuelthaten gegen Religion und Menschlichkeit sind Verbrechen, zu denen Nationen von dem Predigtstuhle aufgereizet wurden. Ich spreche hier nicht von ausserordentlichen Veranlassungen, wo die öffentliche Verwaltung auch zu einer besondern Aufmerksamkeit aufgefordert wird. Meine Beobachtung fällt auf die Prediger und das Predigeramt in dem ordentlichen Stande und Laufe der Angelegenheiten: und ich weiß mir keine Ursache über den Zusammenhang der Grundsätze und Vorlesungen anzugeben, daß in Staaten, wo die unbedeutendste Schrift, die ausser dem Sezer kaum von jemanden gekannt werden wird, wo der unbedeutendste Anschlagzettel einer Censur unterliegt, daß da dem Volke von dem geistlichen Lehrstuhle vorgetragen wer-

den darf, ich weiß es nicht bedeutender auszudrücken, als was dem Prediger beliebt: daß, indeß für das kleinfügigste öffentliche Amtchen gewisse Eigenschaften bestimmt sind, das wichtige öffentliche Amt eines Volkslehrers, dessen Worte durch den Ort, von dem sie vorgetragen werden, Gewicht und Ansehen erhalten, beynahe sollte man sagen, dem ersten nächsten überlassen wird, den der Staat nicht kennet. Ich glaube daher, daß bey einem Gegenstande von so verbreitetem Einflusse eine zweyfache Vorsichtigkeit erfordert wird; erstens: keinen Prediger ohne Bestätigung des Ordinariats und der Landesregierung anstellen zu lassen; zweytens, die förmlichen Predigten, worunter also der bloß catechetische Unterricht nicht begriffen ist, bevor sie vorgetragen werden, wie jedes Buch, bevor es in Umlauf kommen darf, einer bestimmten Censur zu unterwerfen. Die Einwendung, welche gegen die jedesmalige Censurirung der Predigten von der Beschwerlichkeit der Ausföhrung wegen Entfernung von dem Ordinarate und den Landesstellen, wegen der Kürze der Zeit von einer Predigt zur andern hergeholet werden dürfte, kann dieser wesentlichen Vorsichtigkeit nicht entgegen stehen. Desto besser, wenn durch eine solche

Maßregel der Kanzelvortrag auf dem Lande und in kleinen Städten zu seinem wahren Zwecke, zu einem einfachen Religions- und Sittenunterrichte zurück geführt, desto besser, wenn dadurch die Zahl der Prunkpredigten vermindert, wenn der Prediger, anstatt seinem Auditorium das unnütze Nachwerk weniger Stunden auszukramen, oder auch wohl gar zu extemporiren, in die Nothwendigkeit eines überdachteren, nach Materie und Einleidung bedachteteren Vortrages gesetzt wird. Die geistliche Kanzelberedtsamkeit kann dadurch nur gewinnen. Die Lillothone, die Fleischiers, die Jerusalem, Spaldinge, Bollkoser und andere geistliche Demosthene haben ihre Meisterwerke gewiß nicht nach Wochen gefördert.

#### LVII, Anmerkung.

Unter der Regierung Papsts Innocenz des Sechsten erhob sich der berühmte Kient von einem gemeinen Priester bis zum Tyrannen Roms, wo er unter dem Namen Tribuno del popolo lange eine eben so unumschränkte als unterdrückende Herrschaft führte. Er war in der Kunst der Demagogie so sehr eingeweiht, daß er die römischen Sanctus

leten ganz zu Gebot hatte, und, gegen wen er wollte, loslassen konnte; wodurch er der Regierung so furchtbar wurde, daß, als man ihn einst in die Gewalt bekam, der Pabst es dennoch nicht wagte, ihn zu bestrafen; vielmehr sich gezwungen sah, um größeren Folgen der Volkswut vorzukommen, den tonsurirten Catilina zum Gewalthaber von Rom unter der Benennung Senatore zu erheben. Kienzt fieng damit an, die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich zu ziehen, und die Unzufriedenheit d. S. l. gegen die Verwaltung aufzureizen, daß er in dem Kampiooglio vor dem Versammlungssaale des Senats ein symbolisches Gemälde aufhieng, worin die Verwirrung von Rom und Italien unter bezeichnenden Merkmalen und leicht deutbaren Beziehungen der babylonischen Unordnungen zur Schau gegeben ward.

#### LVIII. Anmerkung.

Die übrigen Abdrücke werden indessen entweder auf dem Zollhause, oder sonst an einem hierzu bestimmten Orte aufbehalten. Schon Justi in seiner Staatswirthschaft S. 95. hielt dafür: Es sey genug, wenn die Buchhändler verhalten würden, ein Exemplar von allen neuen Büchern der Bücher-

gen für zum Durchsehen zu überreichen, ohne in zwischen den Verkauf, der auf ihre Verantwortung ankomme, wenn die Bücher gefährlich sind, im Geringssten aufzuhalten. Ein am 24ten Februar 1796 zu Erfurt erschienenenes Edikt legt den Buchhändlern die Pflicht auf, „die Werke selbst zu lesen, oder lesen zu lassen, um zu wissen, daß nichts darin gegen Religion, Staat, die Landesverfassung und die guten Sitten enthalten sey; und daß sie auf alle Fälle für den Inhalt verantwortlich seyn müßten.“ Können sie das? Können Buchhändler alle, von so verschiedenen Wissenschaften handelnden, und in so vielerley Sprachen geschriebenen Bücher, die sie verkaufen, nicht nur selbst lesen, sondern gar beurtheilen? Wo soll man solche Buchhändler hernehmen? oder, Sollen die Buchhändler sich eine eigene Censur halten? Das sind Betrachtungen gegen die Unthunlichkeit des Vollzuges. — Aber wenn auch die Unthunlichkeit in dem Vollzuge nicht ein Hinderniß wäre, so wäre es, wie schon erinnert worden, noch immer der Absicht der Censur entgegen, die Verbreitung eines schädlichen Werkes von den Buchhändlern abhängen zu lassen. Ihre Strafe ersetzt den Schaden nicht, den der garelliche Verkauf eines übeln Buches verursacht haben würde.

## LIX. Anmerkung.

Die Jesuiten hatten ehemals sich in den österreichischen Staaten der Zensur bemächtigt. Und man weiß es nicht, unter welchem Drucke die eiserne Hand der Societät den Geist der Nation gehalten hat.

## LX. Anmerkung.

Nach dem Diogenes Laertius, Pollux und Plutarch waren die Müßiggänger bey den Athenern ehrlös erklärt, ausgesetzt, sich von Jedermann öffentlich angeklagt, und aus den öffentlichen Berathschlungen verwiesen zu sehen. In Sparta war eine Rechtsklage wegen der Trägheit, und bey den Lukanern wurde über die Faulheit, wie über andere Verbrechen Halsgericht gehalten.

## LXI. Anmerkung.

Man würde sich vergebens verhehlen wollen, daß diese Lehre in katholischen Ländern, wo Mönche bestehen, die vom Betteln ihren Unterhalt finden müssen, nicht einen so allgemeinen Eindruck machen wird, als in protestantischen, oder wo die Mönchsbetteley



abgeschafft ist. Will man auch dem Argwohne nicht Raum geben, daß in solchen Ländern dieser Satz von manchem Prediger nicht mit der wärmsten Theilnehmung, daß er von einem Prediger eines Bettelordens gar nicht werde behandelt werden; so muß es doch zuverlässig schwer seyn, das Betteln da als ein Verbrechen gegen die Pflichten der Gesellschaft betrachten zu machen, wo es einen Stand gibt, mit welchem sogar eine gewisse Ehrwürdigkeit verbunden, und sein Unterhalt dennoch auf Betteln gegründet ist. Gleich schwer muß es da seyn, der gemeinen Fassung den Unterschied einleuchtend zu machen, daß das Almosen bald eine verdienstliche, bald eine üble Handlung sey, je nachdem es einem Layen, oder einem Sammler aus dem Mendikantenorden gegeben wird. Indessen können die Prediger ihrer Lehre durch das Ansehen Pius des Sechsten, welcher im Jahre 1776 das Betteln in der Kirche verpönte, durch die Bulle Sixtus des Sechsten, und Innozenz des Zwölften, gegen die Mendicantes validos immer auch bey Katholiken vielen Nachdruck geben.

## LXII. Anmerkung.

Die Zahl ist durch einen Druckfehler weggeblieben.

### LXIII. Anmerkung.

War die Absicht der Ordenslister, welche die Freygebigkeit gegen Arme ihren Brüdern empfohlen haben, löblich, so sind der Reispennig, oder das sogenannte Gessend, welches hier und da von begüterten Klöstern, und die Klostersuppe, welche von Mendikanten ausgegeben werden, dieser Absicht entgegen, da sie den Müßiggang befördern. Gegenden, wo viele Klöster sind, wimmeln von Müßiggängern, die im Lande umher laufen, und es ihr einziges Geschäft seyn lassen, die Freygebigkeit der Ordenslister zu mißbrauchen. Die Klostersuppe ist die ordentliche Nahrung der Trägen, und diejenige, welche an vielen Orten der studierenden Jugend gegeben wird, kann man als die Nahrung so vieler studierten Zungenichts ansehen.

### LXIV. Anmerkung.

Eine österreichische Verordnung vom 20sten July 1717 liefert ein sehr langes Verzeichniß solcher Bewandlungen, unter welchen das müßige Volk den Städten, noch mehr aber dem offenen Lande beschwerlich fällt: Bettelstudenten, sowohl im matri-

Fuhre, als von den Studien längst abge-  
 standene verhehlte Leute, unter dem  
 Scheine der Geistlichkeit, dem Betteln  
 nachziehende Eremiten, Geistliche und  
 Nonnen, abgedankte Soldaten, Stadt-  
 gardiengewiber, Pilgrime und bey den  
 Türken Gefangene, Abbrändler und Kir-  
 chensammler, Abdecker, Gerichtsdiener,  
 Schäfler, Halter; (dieser Provinzialausdruck be-  
 deutet hierorts einen Hüter des Heerviehes) zu wel-  
 chen man hinzusetzen könnte diejenigen, welche unter  
 dem Scheine edelhafter und Grauen erwe-  
 ckender Wunden und Gebrechen sich das Mit-  
 leiden der Vorübergehenden erschlehen. In den Exzerp-  
 ten aus des Seneca Kontroversien L. X.  
 Declam. IV. findet sich eine Stelle, welche zeigt,  
 daß auch dem Alterthume die Kniflosigkeit nicht  
 unbekannt war, wo Ätern ihre Kinder absichtlich  
 verstümmelten, um sie als Werkzeuge des Bet-  
 telen zu gebrauchen. — „Führe deine Familie  
 vor, ruft der Ankläger, ich will diese Werk-  
 stätte menschlicher Mühseligkeiten näher  
 betrachten. Jedem wird seine Mühselig-  
 keit als eine Kunst zugewiesen.“ — Viel-  
 leicht gab diese Stelle den Gedanken zu dem aus dem

Spanischen übersehten Don Gasmann d'Alfarache, worin der Rathwille der Bettelcy in eine zusammenhängende Geschichte eingeleidet ist, welches Werk als klassisch in seiner Art betrachtet werden kann. Aber vor diesem Werke schrieb schon D. L u t h e r einen Traktat von der Bettelb ü b e r e y, worin ein und dreyßig Sattungen von Vorwänden der Bettelcy angeführt werden. Macfarlans Untersuchung über die Armut, die Ursachen derselben, und die Mittel ihnen abzuheffen, aus dem Englischen, mit Zusätzen von G a r v e, ist in dieser Hinsicht vortreflich. Das *Résumé des mémoires, qui ont concouru pour le prix accordé 1777 par l'academie de Sc. et b l. de Chalons, dont le sujet étoit: Les moyens de détruire la mendicité en France, en rendant les mendiants utiles à l'état, sans les rendre malheureux; mérite ebenfalls einen G a r v e zum Übersetzer zu haben.*

#### LXV. Anmerkung.

Diese Stelle des Textes soll nicht dahin verstanden werden, als ob die öffentliche Verwaltung die Vorsichtigkeit und Sorgfalt in Ansehung der Ehe, vorzüglich bey der arbeitenden und denjenigen Volksklasse

sen ganz aufzugeben habe, die ihren und den Unterhalt ihrer Familien auf ihre Tagserwerbung gründen. Aber die ausführliche Behandlung der Fragen: Ob die Gesetzgebung bey dem Rechte der Ehen Einschränkungen zu machen? Unter welchen Rücksichten? und: Wie weit sie in solchen Beschränkungen zu gehen, berechtigt sey? gehöret nach ihrer nächsten Verbindung und Beziehung in den IV. Abschnitt: Von der Sicherheit der Rechte. (II. Band.)

#### LXVI. Anmerkung.

Es ist zwar etwas dadurch gethan, wenn den wandelnden Schauspielergesellschaften ohne obrigkeitliche Bewilligung zu spielen, nicht erlaubt ist. Aber so lange solche Gesellschaften selbst nicht beschränket, oder ganz abgestellt werden, ist das Übel nicht gehoben. Im Gegentheile, wird solchen Truppen nicht zu spielen erlaubt, so müssen sie, um zu leben, sich in die Lächerlichkeit werfen. Es ist also durchaus nothwendig, wandelnde Schauspieler gar nicht zu dulden, weil, so lange dieses Gewerbe nicht untersagt ist, es Scaroen nie an Urbildern zu ihren Gemälden fehlen,

immer sich, was Johnson in seiner Satyre: *London*, geschrieben hat, bewähren wird, daß: „Wer  
 „Hans das Stehlen oder Betteln nicht ferner fra-  
 „und wer vor Galgen oder Staupe sich weniger,  
 „vor der Arbeit scheut“, dieses Gewerbe ergreifen und

## LXVII. Anmerkung.

Das Verzeichniß von unnützen Beschäftigungen, welche der *Codex austriacus* unter dem Worte: *Spielgrafenamt* liefert, verdient mitgetheilt zu werden; man wird nicht leicht irgendwo ein vollständigeres Register von Müßiggängern zusammenfinden. „*Thürmer, Organisten, Positivet, Kleinzimblen, Instrument- und Lautenschilder, Hürpfler, Geiger, Pfeifer, Schwäger, Hackbreitler, und andere dergleichen, welche Hoch-Malzeiten und Baufeste um die Bezahlung bedienen, wiewohl theils derselben auf den Tanzböden, in den Wirthshäusern und Tabernen mit ihrer gemeinen Kunst aufmachen: ingleichen Freyschützer, Hasenschuper, Glückshafner, Korbianten, Sautler, Seilsfahrer, Holzh*

„per, Trommelschläger, Leyrer, Bären-  
 „Affen-, Hundstanzmacher, Schwerdtfän-  
 „ger, Freysinger und Singerrinnen, Lau-  
 „fer, Buchstecher, Trichter-, Würfel-, Za-  
 „schen- und dergleichen Spieler, Schalks-  
 „narren und Schalksnarrinnen, und alle an-  
 „dere, die vor den Leuten Spiel und Kurzweil, auf  
 „den Jahr- Wochenmärkten, und andern Fest- und  
 „Feyertagen um das Geld machen u. s. w.“

#### LXVIII. Anmerkung.

— — — — deficit aetas,  
 Et pelagi patiens, et cassidia atque ligonis;  
 Taedia tunc subeunt annos, tunc seque suamque  
 Terpsichoren odit facunda et nuda senectus.  
 Juven. Sat. VII.

6. 8ten Band meiner gesammelten Schriften:  
 Über den Nachtheil der vermehrten Un-  
 versitäten. Böttcher: über das beste Mittel,  
 die Studiersucht zu hemmen, oder unschädlich zu  
 machen.

## LXIX. Anmerkung.

Das Dienstgefind wird hier nur unter der Beziehung der allgemeinen Sittlichkeit, unabhängig von der Versorgung betrachtet; unter welcher letzten Beziehung davon in dem V. Abschnitte: Von der persönlichen Sicherheit, zu handeln der Ort seyn wird. Hierher gehöret also das von Frau. Gräfin von Berger herausgegebene Werk: Über das Gefindwesen in sittlicher Rücksicht. Auch finden sich in dem zweyten Bande der Verhandlungen der patriotischen Gesellschaft von Hamburg vortrefliche Winke, die Sittlichkeit des Dienstgefindes zu verbessern.

## LXX. Anmerkung.

In meiner Anleitung: Über den Geschäftsstyl, ist, als ein Beyspiel eines Vortrages, in über die Einrichtung eines Arbeitshauses ausführlich bearbeiteter Geschäftsaufsatz eingebracht. Man sehe hierüber noch: Gedanken von Einrichtung eines Arbeitshauses und Buchthauses in dem 3ten Bande der Leipz. Sammlung. — Was als historische Nachrichten über die merkwürdigsten



**Buchhäuser in Deutschland: die merkwürdige Einrichtung der Gefangenhäuser in Philadelphia, die als wahre Besserungsorte betrachtet werden können, und von Hrn. von Waltersdorf, einem Augenzeugen, beschrieben sind.**

### LXXI. Anmerkung.

Die heftige Beschwerde, worin die Chalcidenser bey dem römischen Senate die unerhörten Drangsale beklagten, welche sie von Hortensius und Lucretius über die Gränzen aller menschlichen Geduld zu ertragen hätten, wurde von ihrem Wortführer Mictio damit beschloffen: „Auch Hortensius halte gleich seinem Vorgänger Lucretius zur Winterszeit sowohl als den Sommer über die Seesoldaten unter Dach: ihre (der Chalcidenser) Häuser seyn ganz mit Schiffsvolke angefüllt; so sänden sich zwischen ihnen, ihren Weibern und Kindern Menschen, die ungeschweuet alles zu sagen, alles zu thun sich erlaubten.“ Nam ex instituto C. Lucretii, Hortensium quoque in tectis hieme pariter atque aestate socios navales habere: versari inter se; conjuges liberosque suos,

guibus nihil neque dicere pensi, neque facere.  
*Livius* L. XLIII c. 7.

### LXXII. Anmerkung.

**Venus populaire, ou: Apologie  
 des maisons de joye, eine von Katoresidem  
 gereinigte Übersetzung des englischen: A mod-  
 est defense of public stews: Le Porn-  
 graphie. Von Staatsbordellen von H. B.**

### LXXIII. Anmerkung.

Unter andern Bedingungen, welche das Re-  
 glement solchen unter dem Schutze und der Aufsicht  
 der Polizei stehenden Häusern der Ausübung  
 auferlegt, ist ausdrücklich auch diese mitge-  
 sen: „Die Mädchen, welche darin aufgenommen wer-  
 den, müßten bereits verführte Personen seyn.“  
 „Köme die Polizei in Erfahrung, daß die Haus-  
 thein eine unschuldige Person angeworben habe, so m-  
 ße sie mit dem Zuchthause bestraft.“ Woher soll das  
 aber der Zuwachs dieser Häuser kommen, wenn die  
 Verführung von dem Innern der Familien dadurch  
 abgewendet ist?

## LXXIV. Anmerkung.

London, Paris sind die Niemand unbekannten Beweise. In dieser letzten Stadt, wo Leichtsin und Gaukeley die Sitten zu verspotten, und über Unordnungen nur zu lachen, gewohnt waren, hat ein wichtiger Kopf über die vierzig tausend Strassendirnen die Berechnung gezogen: Daß, die Tagserwerbung der einen gegen die andere auf einen Thaler oder zwey Gulden angenommen, das Vergnügen allein einen jährlichen Geldumlauf von ungefähr 60 Millionen Gulden veranlasse, und da die Fremden auf zwey Drittheile dazu beitrügen, so vermehre die begünstigte Ausschweifung die Handelsbilanz jährlich zu Frankreichs Vortheil um 40 Millionen Gulden.

## LXXV. Anmerkung.

— — — qui nolint tetigisse, nisi illas,  
Quarum subsuta talos tegit instita veste. —

*Horat.*

## LXXVI. Anmerkung.

Man verbinde zum wesentlichen Nachtheile der

öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit mit diesem Satze einen zu engen Begriff, wenn man denselben solche Handlungen allein beschränkte, welche als offenkundige Beleidigungen der Anständigkeit in die Augen fallen. Auch solche müssen darunter gerechnet werden, welche auf Unanständigkeiten den Schluß nicht zweifelhaft lassen, oder als Beispiele anreizend verführend werden können. Das ist der Gesichtspunkt, unter welchem die Aufsicht der Sitten aufgefodert wird. Die Öffentlichkeit nicht zu dulden, wenn z. B. verheirathete Männer sich mit dafür bekannten gemeinen Dirnen zur Schau geben; denn, kann die Ursache einer solchen Unfuglichkeit und Gemeinshaft im geringsten bezweifelt werden? Das ist der Gesichtspunkt, unter welchem die öffentliche Aufsicht einer anstehenden Laie untersagen soll, mit dem Ertrage ihrer Schande Staat zu machen. Was Personen dieser Gattung von bekannter geringer Herkunft durch kostbare Kleider, Juwelen, Equipagen u. d. gl. die Augen aller Welt auf sich ziehen, wie natürlich ist es dann, daß bey unverwahrten Gemüthern der Wunsch nach einem gleichen Glücke rege wird? Und wie leicht ist es der Jugend und Gefalt, auf gleichem Wege zur Befriedigung ihres Wunsches zu gelangen?

## LXXVII. Anmerkung.

Dieses letztere vorzüglich ist eines der wirksamsten Mittel, die öffentlichen Unordnungen von mehr als einer Art zu vermindern. Ein Berehelichter, ein Vater genießt wirkliche Vortheile, nähret Hoffnungen und Erwartungen, die ihn an das gemeine Wesen fest knüpfen, die ihm die Geseze und ihren Schutz theuer, die ihm die öffentliche Ordnung nothwendig machen. Ohnehin ist es keiner der günstigsten Umstände, daß der Staat, eine Menge Ehelose zu dulden, bemüßiget ist; warum gibt man noch zu, daß Nonnenerziehung und Mönchsbegriffe die unfruchtbare Klasse vergrößern, da sie die Ehe als einen Stand der Unvollkommenheit verrufen? Die Vollkommenheit des ehelosen Standes ist auf den Ausspruch des Apostels gegründet; ich weiß es. Aber, wenn nun alle Welt nach dieser Vollkommenheit strebte, was würde aus dem Menschengeschlechte werden? Der Ausspruch des Apostels hat also einen beschränkten Sinn. Die Ehelosigkeit ist nur bey denen ein Stand der größeren Vollkommenheit, die in demselben dem Vaterlande und der Menschheit durch höhere Dienste den Erfas der Pflichten leisten, die sie, als Ältern zu leisten, sich außer Stand setzen. Das kann wenigstens

bey gansen Gemeinden der Fall nicht seyn. Zu Vorſicht, eben ſo gütig als weiſe, verbindet den Zuſtand mit Reizen, um die Beſchwerlichſten, denen er unterworfen iſt, dadurch zu verſüßen. In dem Plan der Natur iſt alſo das Vergnügen ein Mittel zu großen Zwecke der Erhaltung des Menſchenſchlechts. Aber mißgünstige Moraliſten blieben bey dem Mittel als Zwecke ſtehen, und nannten es Bollkommenheit, dem Vergnügen entſagen, und vergißt, daß dieſe Entſagung mit dem Beſtande an Pflichten verbunden iſt, der die Abſicht der Natur vereitelt.

#### LXXVIII. Anmerkung.

In einigen Polizeyverordnungen iſt ein gewiſſes Maß beſtimmt, darüber der Schenkwirt ſeine Gäſte nichts verkaufen darf. Eine ſolche Verordnung iſt ohne Wirkung. Der eine verträgt wenig, und wird betrunken, ohne noch das erlaubte Maß erreicht zu haben. Hingegen geht ein anderer mehrere Häuſer ab, trinkt überall nur den geſetzmäßigen Antheil, beſtaunt ſich bis zur vieliſchen Unmäßigkeit, und handelt immer noch gegen die Worte des Geſetzes nicht.

## LXXIX. Anmerkung.

Erasmus Gedanken über Feiertage, Fasten und Priesterthum. a. i. lat. 782.

## LXXX. Anmerkung.

Valotta in dem Promemoria per li sovrani della communione di Roma merkt man: er habe bey Untersuchung der Kriminalakten gefunden, daß die meisten Verbrechen an Feiertagen begangen worden.

## LXXXI. Anmerkung.

Die Lehre Soroasters über die Feiertage ist des Evangeliums würdig. Wer einen Grund mit Fleiß und Sorgfalt besäet, sagt er, erwirbt an Religionsverdienst einen größeren Stock, als er mit Wiederholung von tausend Gebeten gewinnen kann.

## Zweiter Abschnitt.

### Von den Mitteln, einen hohen Begriff von der Gesetzgebung zu erwecken.

#### §. 161.

**B**ey einer Menge, welche befolgen soll, läßt ein solcher Grad, eine so allgemeine Verbreitung von Einsicht sich nicht voraussetzen, als dazu erfordert wird, die Güte der Gesetze mit Prüfung zu würdigen, mit Richtigkeit zu beurtheilen. Daher kann bey einem Volke, im Durchschnitte genommen, hoher Begriff von der Vortrefflichkeit der Gesetze a), und Vertrauen zur Weisheit und Güte der Gesetzgebung, aus welchem jede einzelne Einsicht sich in ihren Handlungen der allgemeinen Einsicht willig unterordnet, nicht die Folge der Überzeugung, sondern nur eine vorgesetzte Meinung seyn; das Werk, wenn ich dieses



Ausdrucke mich bedienen darf, eines glücklichen Vorurtheils 1), welches von einer Seite zu erwecken, und in den Gemüthern der Bürger zu befestigen, von der andern die Schwächung oder Verstöhrung desselben zu verhüten, keine Aufmerksamkeit zu groß seyn wird. Ich kann die Absicht nicht haben, einen Gegenstand von solchem Umfange in diesem kurzen Abschnitte auszuführen. Ich werde mich darauf beschränken, die wichtigsten Punkte wenigstens anzudeuten 2). Die Mittel, ein günstiges Vorurtheil für die Gesetzgebung zu erwecken und zu befestigen, haben Beziehung auf die Regierungsform: auf diejenigen, in deren Händen nach Verschiedenheit der Regierungsform die Gesetzgebung liegt, oder, die an der Gesetzgebung Theil nehmen: auf den Charakter der Gesetze selbst.

1) S. S. 61.

### §. 162.

In der Demokratie, wo das Gesetz von dem Magistrate in Vorschlag gebracht, aber von jedem aus dem Volke mit aller Genauigkeit und Strenge, mit aller Hartnäckigkeit einer Parthey, bevor es

durchgeht, untersucht werden kann, bey einer Stim-  
mungsart also, wo, wie in Rom, das Gesetz, wor-  
über gestimmt werden soll, erst durch einen Trium-  
virum der allgemeinen Prüfung ausgesetzt blei-  
bet, wo diejenigen, welchen durch das neue Gesetz  
eine neue Verbindlichkeit auferlegt worden, berechti-  
get waren, diese Verbindlichkeit auch nicht auf sich zu  
nehmen, sollte die hohe Meinung von der Vortrefflich-  
keit der Gesetze gleichsam aus der Form der Geset-  
gebung selbst entspringen. Diese Form scheint die Ver-  
muthung für sich zu haben: der Stimmende werde  
vor der Beystimmung überdacht haben, daß er dem  
angenommenen Gesetze selbst werde gehorchen  
müssen; er werde nach der Abstimmung die Be-  
ruhigung für sich haben, nur dem Gesetze, das er  
selbst gegeben hat 3), zu gehorchen.

### §. 169.

Aber diese Vorzüge der demokratischen Gesetzge-  
bung sind bloß eine von der Einbildung entworfene  
Skeiz der Möglichkeit, nicht das Gemälde der  
Wirklichkeit. Kamolzis, als er die Art, wie  
die Gesetze zu Athen gegeben wurden, beobachtete, fand  
es sonderbar genug, daß die weisen Männer der

Republik die Gesetze vorschlugen, und die Ununterschiedeten darüber entschieden. Was dem sypthischen Philosophen sein Beobachtungsgeist sagte, darauf mußte der Bürger der Demokratie, wo jeder stimmt, sehr oft von seinem Selbstgeföhle geleitet worden seyn. Die Beredtsamkeit des Perikles hatte den Athenienser erschüttert, fortgerissen, unterjochet; er war auf dem Stimmfelde für den Vortrag des Reduers eingenommen, hielt sich von dem Vortheile der, gemachten Regung überzeugt. Aber, wann er sich allein fand, wo die Länkung verschwunden war, wo die Hestigkeit der Beredtsamkeit ihn nicht mehr erhitze, sagte er sich: Ich bin doch nur ein Schuß; die mit mir, um mich herum stimmten, waren ein Löpfer, ein Fleischher u. s. w. und wir — wir haben über das Gesetz entschieden. Er fühlte es dann nur zu wohl, daß nicht er, sondern Perikles das Gesetz gegeben habe. Und wenn überdieß der Demagoge nicht der Schüler des Anaxagoras und Zeno, wenn es ein Nikias war, ein Mann, wie ihn Aristophanes in den Rittern geschildert, ohne Kopf und Herz, aber mit einer Brust und Stirne von Erz; was war von einem Gesetze, das der Lederhändler Nikias vertrat, für ein hoher Be-

griff zu haben? Die Geseze, welche in einer Volksversammlung erlassen werden, sind also nur sein, sind nie der Ausschlag einer ordentlichen, reifen Überlegung, deren eine Menge niemals fähig ist; 4) sind nicht der Ausschlag der überwiegenden Einsicht der Nation; sie sind der Wille des Demagogen, der die Menge entweder bey dem Wunsche 5) oder den Dhyren 6) zu fassen weiß, und sie zum Werkzeuge seiner Absicht und Herrschsucht gebrauchet. Der furchtbarste Despotismus, schreibt La Croix, a) ist der eines dürstigen Pöbels; er schrieb dieses schon vor der Regierung der Piden; aber er hätte schreiben sollen: Der furchtbarste Despotismus ist der Despotismus eines Demagogen, dem der dürstige Pöbel zu Gehorcht. Die Helden des Terrorismus hätten seinen Satz außer Zweifel gesetzt.

a) Constitutions des principaux états d'Europe etc. T. 2. Discours 2.

### §. 164.

Diesen Gebrechen der Gesetzgebung in Demokratien ist durch Volksvorstellungen nicht nur nicht abgeholfen; die Nachtheile werden dadurch noch ver-

größert und vermehrt. Wie werden Volksvorstellungen gewählt? Ränke aller Art, leichende Geschmeideigkeit, Bestechungen, Verheißungen gewinnen oder erkaufen die Stimme eines erhitzen oder trunkenen Pöbels, der nicht selten, wenn die Betäubung vorüber ist, auf seine Wahl mit Erstaunen, Beschämung, Trostlosigkeit zurück sieht. Die Volksvorstellung, die eine erlauchte Versammlung der einsichtsvollsten, tugendhaftesten Männer seyn sollte, ist nicht selten der Abschaum der Nation. Wir haben es gesehen 7). Nun aber, so bald die Volksvorstellung gewählt ist, wird sie Aristokratie gegen das Volk, und bleibt Demokratie unter sich, in ihren Berathschlagungen, in ihren Beschlüssen. Überall, wo eine zahlreiche Versammlung entscheiden soll, bemächtigen sich die Beredsamsten, die Berwegensten, die Ehrsuchtlichsten der Rednerbühne und der Meinungen. Und wenn dann noch Kottirungen von aussen, wenn der Ungeflüm des Clubs in die Berathschlagungen von innen Einfluß nehmen; wenn die auf den Tribünen sich eindringenden oder absichtlich vertheilten Haufen des faustfertigen Pöbels durch Zeichen ihrer Theilnahme, ihrer Vorliebe oder Abneigung, die einzelnen Stimmenden verwegen oder jaghaft machen, oder wohl gar sich Drohungen

und Gewaltthaten erlauben, mithin der Ordnung zu Weg treten, der Freyheit der Stimmen Zwangsthun, einen Theil der Stimmführenden zu verkümmern, nöthigen; wie soll die Nation günstig für eine Gesetzgebung eingenommen seyn, von der sie sich nicht bergen kann, daß die beschlossenen Gesetze nicht das Werk einer freyen gemeinschaftlichen Erwägung, daß sie das einseitige Werk des Partheygriffes sind; daß nicht sie durch ihre Gewaltträger sich die Gesetze, welche ihr die vortheilhaftesten seyn würden, gewählt, sondern der übermächtige Theil, was ihm beliebte, dem Ganzen zum Gesetze aufgedrungen hat? 8)

S. 165.

Aber, wodurch wird es der erblichen Aristokratie, der übelsten Verfassung unter allen, wofür mit Rousseau sie wohl jedermann erkennet, möglich seyn, ein günstiges Vorurtheil für die Gesetze einzufloßen? Ich suche die Mittel vergebens. Diese Verfassung hat überall den großen, mit ihrer Wesenheit innigst verwebten Nachtheil gegen sich, daß sie das Volk in zwey Partheyen theilet, deren Wohl und Absichten sich entgegenstehen, die sich hoffen, wie es Un-

erdrücker und Unterdrückte beständig thun  
 werden: und es ist bloß ein tröstlicher Schriftsteller-  
 Traum um eine Aristokratie, wie Aristoteles  
 ungefähr sie forderte, deren Mitglieder ihren Vorzug  
 nur darin bestehen lassen sollten, in dem Senate für  
 das Wohl des Volkes zu wachen, ausser dem Se-  
 nate sich mit dem Volke in Gleichheit zu setzen.  
 Eine Aristokratie von dieser Art ist nie bestanden, wird  
 nie bestehen 9). Immer gab es für einen Publico-  
 la unzählige Elandier, die ihre Verachtung  
 gegen die Plebejer so wenig geheim hielten, daß sie  
 nicht nur in der Kurie, daß sie selbst vor den Volks-  
 versammlungen das Recht der Ehen zwischen Pa-  
 triziern und Plebejern eine Befleckung der Fami-  
 lien, eine Entweihung der Göttervereh-  
 rung und heiligen Gepränge nannten, und  
 diese Vermengung mit den unordentlichen  
 Vermischungen der wilden Thiere in Ver-  
 gleich zu setzen, den Übermuth hatten. 10) Es ist  
 einem Volke unmöglich, für eine Gesetzgebung wahre  
 Abhängigkeit zu haben, die einen und zwar den  
 grösseren Theil durch Anmassungen und  
 Vorrechte des andern beleidiget, und beständig  
 durch Ausschlöffungen erniedriget. Der  
 Senat von Venedig sah diese Unmöglichkeit deutlich

ein. Man suchte da den Volksklassen ihre Ansehlichkeit durch alle Blendwerke der Freyheit zu verleihen: die Ausgelassenheit aller Art war ohne Schranken und Einhalt; aber von der Verfassung der Republik und von ihren Gesetzen gut sowohl als böse zu sprechen, war auf das strengste untersagt, war auch für Reisende äusserst gefährlich. Der große Rath, und noch mehr der Rath der Sechsmänner fanden nothwendig, selbst die Lobsprüche einer zu sich gepriesenen Regierung zu hindern, um den Klagen über die unterdrückende Härte derselben die Gelegenheit abzuschneiden.

### §. 166.

In monarchischen Staaten, wo der Regent beschränkt heißt, weil die Grundverfassung die Stände zur Stimmung über die Gesetze mitberuft, wird das Vertrauen gegen die Gesetzgebung immer den Grade der Achtung und des Vertrauens gleich kommen, den die Versammlung der Stände einer Nation einzuflößen, vermögend ist. In den Zeiten der allgemein herrschenden Feudalverfassung, wo das ungebildete Volk für nichts geachtet war, konnte man außer der Benennung der Stände nur den begri-



1erten Adel und hohen Klerus. Wenn in späteren Zeiten, als Kunstleiß und Handlung Reichthümer, und diese ihren Besitzern Einfluß und Ansehen erwarben, auch den Städten unter den Ständen Platz gegeben ward, so wurden die Stimmführer des dritten Standes in den Versammlungen durch absichtlich ausgesonnene Unterscheidungen erniedriget, zaghaft gemacht, und das Stimmrecht der Volksvertreter durch ihre geringe Anzahl beynahe ganz vereinstelt. 11) Gegen eine Gesetzgebung von solcher Beschaffenheit werden die ausgeschlossenen Volksklassen stets Mißtrauen hegen, welches durch die Sammlungen der sogenannten Landtagsbeschlüsse bey allen Völkern nur zu sehr gerechtfertiget wird. Aber in gegenwärtigen Zeiten ist auch da, wo Absichten oder Umstände noch der Verwirklichung selbst entgegen stehen, dennoch der gerechte Anspruch aller Volksklassen, wo Versammlungen der Stände gehalten werden, in solchen Versammlungen ihre Vorführer mit gleichem Ansehen und verhältnißmäßigem Stimmgewichte zu haben, in das Reine gebracht. Und eine Versammlung, wo alle Volksklassen über ihre Bedürfnisse Vorschläge zu machen, die gemachten Vorschläge zu untersuchen, ihre Einsicht gemeln-

schafflich zu vereinigen, Gelegenheit haben, vertritt, wenn irgend gegen den Einfluß der *Bestechung* Vertrauen Platz greifen kann, das günstige Urtheil, daß alle hier erwogenen Gesetze dem allgemeinen, wechselseitigen Wohlstande zuträglich sind.

### §. 167.

Was in beschränkten Monarchien der Monarch me des Gesetzes vorgeht, das ist eine vorsichtige Regierung in den sogenannten unbeschränkten Monarchien 12) einigermaßen bey der Bekanntmachung nachzutragen bemühet. Die alten nordischen Fürsten setzten ihren Verordnungen stets ein *Witten-gemot* vor: das war die Rathseissung der Witten, der weisen Männer, für deren höhere Einsicht das Volk Verehrung hatte. Die Regenten späterer Zeiten gebrauchten sich größtentheils der Formel: *Nach reifer Berathschlagung mit — oder: Auf Einrathen unserer Disasterien u. d. l.* Sollen diese Versicherungen mehr seyn, als unbedeutende Formeln, sollen sie in den Augen der Nation Kraft und Wirksamkeit erhalten, und Vertrauen einflößen 13), so ist es in jeder Betrachtung wesentlich,

denjenigen Kollegien, welche auf die Gesetzgebung einfließen, die Freymüthigkeit der Meinungen und Vorstellungen nicht zu unterdrücken, und die Berathschlagungs - Versammlungen nicht zu bloß knechtlichen Werkzeugen der Eigenmacht, Laune und Willkühr abzumwürdigen 14).

### §. 168.

Ein nicht weniger von bürgerfreundlichen Monarchen nie vernachlässigtes Mittel, ihren Gesetzen Achtung und Vertrauen zu erwerben, ist: daß jedes Gesetz am Eingange begründet, die Ursache nämlich voraus geschickt wird, welche dasselbe in Beziehung auf das allgemeine Wohl nothwendig, und in Beziehung auf das Einzelne nützlich macht. Aristoteles hatte bey seinem politischen Werke nur die Verfassung der kleinen griechischen Republiken vor Augen, wo die Gesetze in den öffentlichen Versammlungen immer vorher untersucht wurden: nach als ein Grieche vermengte er nach dem Tone seines Landes insgemein die Monarchie mit dem Despotismus. Diesem Begriffe zu Folge hatte er Recht zu sagen: Eine Einleitung bey einem Gesetze sey unschicklich 15). Der Schriftsteller machte

Seiten, indem er die Verschiedenheit der Regierungsfornien vor Augen hat, wird sagen: Der Prolog wäre an dem Gesetze ein Auswuchs in einer republikanischen Form, weil er das Gesetz die Augen verlängerte; ein Auswuchs auch bey dem Gebote des Despoten, der es unter seiner Wuth halten wird, lebenden Sklaven eine Ursache zu sagen warum er gebietet. Aber der Prolog ist ein wesentlicher Theil des Gesetzes, vorzüglich in unbeschränkten Monarchien; er ist da das charakteristische Merkmal, wodurch sich Gesetze, welche die Sorgfalt für das allgemeine Wohl veranlassen, von denen, die nur herrischer Eigenwille aufdringt 16), unterscheiden, und bey dem, der befolgen soll, die Beweggründe zur Beobachtung vermehren. Eine Regierung, die sich selbst vorschreibt, ihre Verordnungen überall, wo es am möglich ist, mit Gründen zu begleiten, zeigt Zorn in ihren Maßregeln, ehrt den Verstand der Bürger und ihre Rechtschaffenheit, scheint weniger zu befehlen, als anzurathen; und jeder Bürger dünkt sich nicht weniger dem Monarchen als seiner eigenen Ehre zu gehorchen.

## §. 169.

Jedoch auch da, wo die besondere Begründung eines Gesetzes nicht Platz haben kann, wird ein Volk noch der gewöhnlich am Eingange vorausgehenden allgemeinen Versicherung: Bewogen durch unsere Vorsorge für die öffentliche Wohlfahrt, oder einer ähnlichen, gern glauben, wird seine Einsicht unter die Einsicht derjenigen gern schmiegen, an denen es Güte des Herzens und Erhabenheit des Verstandes erkennet, die Vertrauen einzusüßen, und zu rechtfertigen fähig sind. Darum werden die Gesetze eines Vaters des Vaterlandes, die Verordnungen eines Ministers, dessen Verwaltung in Segen ist, immer mit Freuden befolget. Aber eben darum wurden auch die vorzüglichsten Verordnungen eines Tibers oder Domitianus nur mit Mißtrauen und Furcht aufgenommen. Man hatte Grund, dabey stets den Hinterhalt der Absicht zu argwohnen. 17)

## §. 170.

An die voraus gehende Betrachtung reiht sich folgende von selbst: Daß die Gesetze in den Augen des  
Erster Band. ● 2

Volles mit Vorthebe oder Vorabneigung erscheinen, je nachdem die öffentliche Meinung derjenigen, welche bey der Gesetzgebung a) angewendet werden, vortheilhaft oder ungünstig ist. Es kann daher in Monarchien nicht gleichgültig seyn, aus welchen Gliedern ein Gesetzausschuß bestehe 13). Männer von anerkannter Unbescholtenheit, verehrter Einsicht, festen Grundsätzen, und die in ihren Gesinnungen sich beständig nicht weniger Freunde ihrer Mitbürger als Verehrer des Thrones gezeigt haben, werden auch den strengsten Gesetzen Ehrerbietung verschaffen. Männer hingegen, deren Auf-  
 zweckentlig, deren Gesinnungen geschwellig, deren Einsichten zweifelhaft sind, werden auch die heilsamsten Gesetze nie beliebt machen. Will man ein Beispiel, wie weit die Menge ihre Abneigung gegen einzelne Menschen zu treiben fähig ist: die römischen Soldaten weigerten sich unter gebasteten Anführern nicht nur zu siegen, sie wollten sogar absichtlich besieget werden 14). Ein Volk wird gebastete Romothen gewissermassen nicht würdigen, ihnen für die Wohlthat eines guten Gesetzes verpflichtet seyn zu wollen. Ich werfe nur noch einen Nebenblick auf diesen Gegenstand. Justinian

hat die Verfassung eines Gesetzbuches dem Trebonianum übertragen: ein weiserer Fürst wird Trebonianus höchstens für tauglich halten, dasjenige nieder zu schreiben, was zeitverwandte Platonie ihnen in die Finger legen.

a) S. 5. 162.

§. 171.

Unter den Charakteren a), welche der Gesetzgebung allgemeine Ehrwürdigkeit verschaffen, bringt die wahrhaft gefühlte Güte und das daraus entspringende Wohl, das der ganzen Nation unter diesen Gesetzen zu Theil wird, nicht bloß eine Vermuthung hervor: die Anhänglichkeit für solche Gesetze gründet sich auf Überzeugung 20). Das Gefühl einer solchen Güte aber kann sich nur auf die fortgesetzte Wahrnehmung stützen: daß die Gesetze mit den Bedürfnissen der Nation nach Lage und Himmelsstrich, nach der physischen Organisation 21), nach Charakter, Sitten und Begriffen übereinstimmen. Es bietet den Schein eines erhabenen Gedankens an 22), den Völkern eines großen Reiches gleiche Gesetze zu geben, über die Natur, da sie die Bedürfnisse vermannigfalt-

zigt, wird sich dem hochmüthigen Entwurfe, alles in eine Form zu werfen, beständig widersetzen.

23) Das römische Volk war von der Vortrefflichkeit seiner Geseze so sehr eingenommen, daß es die Theilung derselben als die größte Wohlthat ansah, in es einem Volke erweisen konnte. Doch die Per niker schlugen diese Wohlthat aus; sie mußten also die eignen Geseze für vortreflicher halten. Die Verschiedenheit der Begriffe ist in folgendem Beispiele noch auffallender: das römische Volk, dieser *Populus Rex* ward durch den Anblick der Kutzen, die seinen Rücken, der Beile, die seinen Nacken bedrohten, nicht beleidiget. Der Deutsche in seinen Wäldern bezeichnede den Abscheu gegen diese Würdezeichen der römischen Magistratur durch die Niederlage der Legionen. Der weise Plan der Natur kann Gesezgebern grosser Staaten zum Vorbilde dienen. Es herrscht darin Übereinstimmung und Mannigfaltigkeit: sie hat den Völkerschaften unter dem Nordpol und der Linie gleiche Geseze der Bedürfnisse gegeben, aber sie hat für die Befriedigung dieser Bedürfnisse auf verschiedene Art vorgehen. Die Baumwolle, der Stoff der leichten Bedeckung, wächst unter dem besten Himmelsstrich; die



Thiere mit dem schützenden Pelzwerke befielen sich an dem Gefilde des Eismeeress.

a) S. S. 161.

### S. 172.

Aus den Bemühungen der Gesetzgeber beynahe aller Völker und Zeiten, ihre Gesetze von irgend einem lange bestehenden Staate zu entlehnen, und solchen durch eine solche Herleitung gleich Anfangs Ansehen zu erwerben, sieht man, daß das Alter der Gesetze, welches Baco vortreflich den darüber ergangenen Ausdruck der Zeit nennet, stets als ein Charakter angesehen worden, der ihre Ehrwürdigkeit vergrößert. Das Alter der Gesetze ist zum Theile die Folge der Unveränderlichkeit.

### S. 173.

Es ist ohne Zweifel übertrieben, wenn die Chinesen an ihren Gesetzen, Sitten und Gebräuchen so streng halten, daß sie, wie die Missionäre erzählten, zwar von dem Vorzuge des europäischen Schiffbaues vor ihren Pirogen vollkommen überzeugt, dennoch, anstatt denselben anzunehmen, antworten: Aber dieß

Sind gleichwohl nicht chinesische Sklaven!  
 Indessen wird eine Nation sich immer glücklich in  
 Gesetzen schätzen, die von Regenten zu Regenten, zu  
 Minister zu Minister durch Jahrhunderte unabgeduldet  
 bestehen, als bey solchen, die mit jeder Thronver-  
 änderung oder neuen Ministerschaft umge-  
 formet werden, und nur zu offenbar Eigennacht  
 und Willkühr bezeichnen. Wenn der Bürger bei  
 öfters geänderten Gesetzen auch sonst vielleicht nicht be-  
 denklicher argwohnet 24), wenigstens muß er denken:  
 Die Regierung habe die besten Maßregeln  
 zum gemeinen Wohle nicht gefunden, da  
 sie noch immer darnach sucht. Gegen eine solche  
 Unfähigkeit der Gesetzgebung wird nur ein auf  
 die Natur des gesellschaftlichen Vertrau-  
 ges mit Rücksicht auf die eigenen politi-  
 schen und physischen Umstände erbauter  
 Staatsplan Abhilfe gewähren, auf welchen bei  
 die Verschiedenheit der Personen, die an der Spi-  
 ze der öffentlichen Verwaltung stehen, nicht Einfluß  
 nehmen kann. Ein festgesetzter Staatsplan  
 ist vorzüglich in Monarchien ein Damm ge-  
 gen die häufigen Neuerungen, welche auch bei  
 besten Vorlesungen selten gestatten, Stand und Fir-  
 migkeit zu gewinnen, da der beschränkte Zeitraum

ner Regierung oder Ministerschaft meistens nur zum Niederreißen hinreicht. Und überhaupt zum Einreißen gehört mehr nicht, als die Hand eines Maurers: aber das Wiederaufbauen fordert den Kopf eines Architekten.

§. 174.

Die Unveränderlichkeit der Gesetze müßte jedoch nachtheilig wirken, und selbst die Geringschätzung derselben herbey führen, wenn überhaupt zu allgemein und ohne Unterschied der Seiten, der Gegenstände und Begriffe mit zu grosser Strenge darüber gehalten würde. Schon hat der Grundsatz der Unveränderlichkeit in Ansehung solcher Gesetze keine Anwendung, die sich auf wechselnde Umstände beziehen, und daher nach denselben öfters abgedindert werden müssen, wie der größte Theil der besonders sogenannten Polizeyvorkehrungen 25). Auch diejenigen Gesetze, die mit der durch Zeit und Vorfälle veränderten Lage des Staates nach äusseren Verhältnissen, und mit den Begriffen der Nation in einem sichtbaren Widerspruche stehen, fordern zur Veränderung auf. Gesetze sind, wie alles übrige, dem Veralten 26) unterworfen. Diejenigen, welche bey dem Entstehen eines Staates den

demaligen Umständen angemessen waren, können es aber darum nicht mehr seyn, wenn der Staat sein höchstes Wachstum erreicht hat. Die Gesetzgebung muß daher unumgänglich die Ereignisse im Auge fassen, stets der vorrückenden Bildung, der Einsicht der Zeit, stets dem Vorrückte der Begriffe zur Seite gehen, und die Vorkehrungen mit denselben in Übereinstimmung bringen 27). Aber denn muß sie nicht weniger die Nothwendigkeit ihrer neuen Maßregeln immer, so viel möglich, auffallend zu machen, und hauptsächlich die großen auf den gemeinschaftlichen Zustand der Bürger einwirkenden Veränderungen mit Klingheit vorzubereiten 28), bedacht seyn.

### §. 175.

Das für die Gesetzgebung günstige Vorurtheil muß geschwächt a) oder ganz zerstört werden, wenn sie das gemeine Wesen durch die Menge von Gesetzen überladet; wenn sie Anstand im Ausdrucke und Deutlichkeit im Gegenstande vernachlässiget 29); wenn die Gesetze durch kreuzenden Erklärungen der Rechtsgelehrten, und schon der Rechtsschulen Preis gestellt sind; wenn es erlaubt

ist, in den Gesetzen sogenannte Antinomien aufzusuchen, in der Vollstreckung spießfindige Unterscheidungen anzunehmen, welche die Verbindlichkeit des Gesetzes zweydeutig machen, oder ganz vereiteln können; wenn endlich von den allgemeinen Gesetzen häufige Ausnahmen ertheilet werden.

a) S. S. 161.

### S. 176.

Die Menge der Gesetze ist zu allen Zeiten als eines der größten Gebrechen einer Verwaltung angesehen worden. Das *corruptissima republica plurimae leges* des Tacitus wird von allen Schriftstellern wiederholt. Die Überhäufung der Gesetze ist nicht bloß ein Zeichen von dem Verderbniß des gemeinen Wesens, sie ist oft eine Ursache desselben. Unfähig, so häufige Gesetze im Gedächtnisse zu behalten, unfähiger noch, sie zu beobachten, gewöhnt man sich erst, manche für überflüssig zu halten, und bald alle zu verachten. Jede Gesetzgebung, die ohne vorbereiteten Plan, ohne über alle Theile festgesetzte Grundsätze in ihren Verordnungen nur dem Anstosse der augenblicklichen Umstände folgt, und über jeden einzelnen, oft unbedeutenden Fall insbesondere be-

stimmet, muß unvermeidlich zur Kleinmüthigkeit einer Kasnistik 30) verabsinken, die sie nicht den geringstschädig, sondern zugleich die Befolgung verhaft macht. Man nimmt sie über die Absicht Argwohn, der bürgerlichen Freiheit jedes Nebenbüthen unwegsam zu machen, und findet darin wenig das Verlangen, die Übertretung in ihren mannigfaltigen Formen zu verhindern, als die Begierde, in jede Form der Übertretung die bestimmte Strafe zu Hand zu haben. Und ist besonders der Gegenstand eines Gesetzes zu Disziplinarbestrafungen geeignet, so schenkt man in der mühsamen Anstrengung, mit welcher politische Tamborine alles zu erschöpfen suchen, nicht das Besorgniß, die Gesetze zur genaueren Befolgung zu leiten, sondern den Wunsch dem Tariffe der Übertretungen die möglichste Vollständigkeit zu geben. Eine Gesetzgebung, die ihrer Würde eingedenk ist, wird sich einen solchen Argwohn zuzuziehen, hüten. Ihre Verordnungen werden immer, wenn ich so sagen darf, in das Große und Allgemeine gezeichnet seyn, und das Besondere des Einzelnen in der einleuchtenden Deutlichkeit der Grundsätze, von denen sie geleitet und mitbegreifen.

## §. 177.

Wo bey Gesezen der *Polemika*) Platz gelassen, und wohl selbst eine Art von Ruhm darin gesucht wird, den Sinn der Geseze durch mannigfaltige Auslegungen ungewiß zu machen, da ist erstens keine Sicherheit für den Bürger, dessen Handlungen die Geseze eine Richtschnur seyn sollen; zweitens verschwindet nothwendig alle Achtung gegen Geseze, über deren Sinn selbst diejenigen, welche aus der Rechtsgelehrsamkeit ihr Geschäft machen, nicht vereinigt sind. Antinomien, das ist, Widersprüche von Gesez zu Gesez sind meistens die Folge der Menge, nicht selten der Beweiss, daß die Gesezgebung weniger von festen Grundsätzen, als von dem Ausflusse des Augenblickes geleitet wird. Was aber kann man für eine günstige Meinung von einem Werke haben, das zugleich bejahet und verneinet? Kontroversen über die Geseze sollen daher aus den Schulen, und Antinomien aus jedem Gesezbuche verwiesen werden. Plato rühmet die Vortrefflichkeit des Gebotes bey den Lacedemoniern, welches über den Werth oder Unwerth der Geseze zu streiten untersagte; er sah es für wesentlich an, daß ihre Heiligkeit auf keine Weise bezweifelt werden könne.

a) S. §. 175.

Es ist kaum zu begreifen, wie man verfahren konnte, was für nachtheilige Folgen es für die allgemeine Folgsamkeit haben müsse, zwischen Verbindlichkeit vor dem Richter und Verbindlichkeit im Gewissen eine Unterscheidung zu machen. Diese Lehre ist eines der schändlichsten Mittel, deren sich das neue Rom bedient hat, die Bande des bürgerlichen Gehorsams zu zerstückeln, und Völker und Throne seiner Allmacht zu unterwerfen. Wo diese Unterscheidung gilt, ist die Gewalt der Regierung und der Gesetze ganz dahin. Sie vermögen weiter nichts: die Päpste als angemessene Meister der Gewissen vermögen alles; sie vermögen die Unterthanen aller Regierungen von der Pflicht gegen die bürgerlichen Gesetze zu entbinden, und entgegen den Unterthanen aller Regierungen die Vorschriften Roms durch inneren Zwang unerschütterlich zu machen. Auch waren es die isidorischen Kanonisten, welche zuerst diese Lehre auf die Sankeln brachten, von welchen sie sich auch auf andere Lehrstühle der Rechtswissenschaft eingedrungen hat, auf deren manchen sie sich noch erhält, und vielleicht in den Weichstühlen fortgepflanzt wird. Was die



Gesetzgebung von der Religion zu Befräftigung ihrer Vorschriften entlehnet, ist vereitelt, wenn geglaubt werden kann, daß die Gerichtsbarkeit des Gesetzgebers an den Gränzen des Gewissens ein Ende nimmt. Die größte Wirksamkeit, welche die öffentliche Verwaltung zuverlässig bey jedem Gesetze zum Endzwecke hat, fordert, daß der Bürger sich in seinem Innern zur Beobachtung desselben verbunden halte. 31) Der ehemalige Klerus der französischen Kirche war verpflichtet, vor Erhaltung des theologischen Doctorats vier Lehrsätze zu beschwören, die auf die Sicherheit der Könige Beziehung haben. Die Sicherheit der Könige und der ganzen gesellschaftlichen Ordnung, die auf der Befolgung der Gesetze beruhet, macht es rathlich, den Lehrern der Theologie und Rechtswissenschaft, den Seelsorgern und Reichthümern vor dem Antritte ihrer Ämter den Eid über den Lehrsatz abzunehmen: Daß jedes Gesetz nicht weniger vor dem inneren Richtersthle (des Gewissens), als vor dem äußeren verbindlich mache.

a) E. §. 175.

Jedes Gesetz, ohne zu unterscheiden, ob in-  
selben eine Strafe beigesetzt ist oder nicht. Dem  
von dieser sonderbaren Unterscheidung zwischen be-  
zogen und unbezogenen Gesetzen a) wird der Schin-  
grund des vorgedachten gefährlichen Satzes abgeleitet.  
Soll die beigesetzte Strafe nach Absicht des Ge-  
setzgebers und der Vernunft die Verbindlichkeit  
vergrößern; welche auch noch so widerstännige Ver-  
brechung könnte nicht geschöpft werden, wenn es er-  
laubt ist, zu glauben: daß die Vermehrung der  
Beweggründe die Verbindlichkeit ver-  
mindere? Diesem Irrthume wird durch die Mei-  
nung Eingang verschafft: die Strafen wären als  
eine öffentliche Genugthuung 32) anzusehen.  
Es folgert sich dann natürlich, daß, sobald Genug-  
thuung geleistet wird, keine Beliddigung  
weiter vorhanden ist. Doch die Genugthuung ist sehr  
oft, ist überall, wo Leibesstrafe eintritt, nicht  
möglich; ist es selbst wenig in den Fällen einer Geld-  
strafe, worauf diese Meinung zuletzt hauptsächlich so  
zu beschränken scheint. In Ansehung dieser letztern  
sprechen die Rassen: der Gesetzgeber habe durch

den Befehl der Strafe die Wechselwahl gelassen, entweder das Gesetz zu beobachten, oder zu zahlen. Ich will den eigenen Sinn einer solchen Wechselwahl vor Augen legen: man mag dann entscheiden, ob es eines Gesetzgebers würdig seyn könne, in diesem Sinne zu sprechen, oder zu handeln. Jedes Gesetz hat die Handhabung irgend eines Theiles der allgemeinen Wohlfahrt zum Zwecke: jede Übertretung ist daher eine, wenigstens antheilmäßige Verletzung dieser Wohlfahrt. Der Gesetzgeber spräche also: Handle, wie es die gemeinschaftliche Wohlfahrt fordert, oder: gegen eine Taxe sey es dir erlaubt, dieselbe zu verletzen.

a) S. S. 175.

### §. 180.

Nicht minder schädlich für das Ansehen der Gesetzgebung kann die Meinung a) werden: Daß der bloße Nichtgebrauch Gesetze aufhebe. Eigentlich ist Nichtgebrauch, wie er immer bemäntelt werde, nur Nichtbeobachtung eines bestehenden Gesetzes. Könnte ein Gesetz durch Nichtbeobachtung abgeschafft werden, so läge die Kraft desselben ganz und einzig in dem Willen desjenigen, der dadurch ver-

bunden werden soll. Seine Nichtbeobachtung ist entweder eine Folge des Ungehorsams, der weil er urtheilt, das Gesetz sey dem Zeit nicht angemessen, nicht den Umständen zugehend. Für den ersten Fall werde ich mich begnügen zu fragen: Kann Ungehorsam 33) Gesetze aufheben? Im zweiten Falle: wird der gemeinschaftliche Will dem einzelnen untergeordnet, wird der einzelne Bürger zum Richter der Gesetzgebung erhoben, und das allgemeine Wohl der besondern Einsicht eines jeden unterworfen, dem Vernünftler die Unabhängigkeit eingeräumt 34): und das Gesetz ist an für denjenigen allein geschrieben, der zu beschließen, die Gesetze zu beurtheilen, oder der für sich zu entscheiden, zu trüg oder zu unfähig ist. Wäre daher ein Gesetz mit den Umständen nicht mehr übereinstimmend, so fordert das Ansehen der Gesetzgebung, dasselbe durch Nachsicht außer Kraft kommen zu lassen, sondern ausdrücklich aufzuheben. Dadurch wird dem schädlichen Vorurtheile ausweichen, als hätte stillschweigend die Aufhebung eines Gesetzes williget, dessen Nichtbeobachtung ohne Abhand geblieben ist. Oft wäre es der öffentlichen Verwund nicht möglich, Nichtbeobachtungen zu ahnden, n

ste zu ihrem Kenntnisse nicht gelangten. Und wenn dieselben bey wiederholten Fällen endlich wahrgenommen würden, so hätten die Übertreter schon den schützenden Vorwand in der Vermuthung, daß die Abstellung des Gesetzes stillschweigend bewilliget gewesen. Das Gesetz redet öffentlich und ausdrücklich: wie kann dabey auf ein Stillschweigen geschlossen werden? So lange die öffentliche Verwaltung nicht widerrufet, so spricht sie immer laut: Ich will! und nun soll man gerade das Gegentheil: Daß sie nicht will, vermuthen können. 35)

a) S. §. 175.

### §. 181.

**Ausnahmen von Gesetzen a)** fallen hier nur so fern unter die Betrachtung, als ihre Ertheilung dem allgemeinen Begriffe von der Güte der Gesetze widerstrebet. Wofern es als ein Glück betrachtet werden kann, den Gesetzen nicht gehorchen zu dürfen, so kann es für kein Glück betrachtet werden, sie befolgen zu müssen 36). Dieser Schluß ist nicht nur natürlich, er ist notwendig. Die allgemeine Folgsamkeit verschwindet also, wenn die Bürger einmal die Meinung annehmen, daß es ein Vorzug ist, von Gesetzen befreyet zu seyn. Diese Meinung wird sehr dadurch bestätigt, wenn Bür-

ger, die sich um den Staat ausgezeichnet verdient gemacht haben, durch Befreyungen von Gesetzen belohnet werden. Das Bestreben der Pflicht selbst wird da die Kraftlosigkeit der Gesetze nach sich ziehen: man wird dem Staate dienen, um sich von seinen Gesetzen los zu machen, um ihm nicht gehorchen zu müssen.

a) G. S. 1751

---

# **A n m e r k u n g e n**

zu dem

**zweyten Abschnitte der Staatspolizey.**

---

**Von den Mitteln, einen hohen Begriff von  
der Gesetzgebung zu erwecken.**





## I. Anmerkung.

Was bey dem Manne von tieferem Nachdenken bürgerlicher Glaube (Postulat des gesellschaftlichen Zustandes) ist, weil er die Möglichkeit, den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen, nur unter dieser Bedingung einseht, das wird bey dem Volke aus subjektiven Gründen (seiner Erfahrung) zu einem für die gesellschaftliche Ordnung günstigen Vorurtheile erwachsen, das dem Urtheile: Alles, was die Geseze befehlen, ist gut; Gemeingiltigkeit in der Vollstreckung zu geben, fähig seyn wird.

Wie also der oberste praktische Bewegungsgrund des Willens bey dem bloß vernünftigen Wesen Achtung gegen das Gesetz der Vernunft ist, so muß die öffentliche Leitung darnach streben, zum obersten praktischen Bewegungsgrund des gesellschaftlichen Wesens, nämlich zum obersten praktischen Bewegungsgrund des bürgerlichen Willens die Achtung gegen das Gesetz der Gesellschaft

(des Staates) zu erheben. Wenn dieses erreicht wird, und in dem Maße, als es erreicht wird, wächst und verbreitet sich (Bürgerlichkeit) Bürgerthum, die sicherste Gewähr der allgemeinen Bereitwilligkeit stets zu handeln, wie das Gesetz befiehlt, aus dem Grunde, weil das Gesetz so zu handeln befiehlt.

## II. Anmerkung.

Hr. Erhard hat die Skizze, die ich von diesem allgemeinen Beweggrunde der gesellschaftlichen Folgsamkeit in der 2ten Auflage der Grundsätze der politischen Wissenschaften entworfen, in einem eigenen Werke ausgeführt; dessen Titel ist: Versuch über das Ansehen der Gesetze und die Mittel, ihnen solches zu verschaffen und zu erhalten. Der bey diesem Werke beabsichtigte Zweck fällt aber in seiner Richtung nicht durchaus mit dem meinigen überein. Daher dann auch eine Verschiedenheit in den einzelnen Sätzen folgen mußte.

## III. Anmerkung.

Diese Verabfolgung aber hat wenigstens die Ri-

vorsteht nicht. Und da die Minorität in einer Volksversammlung, wo die Stimmen bey gleichem Rechte aber ungleichen Einsichten der Stimmführenden nur gezählt, nicht gewogen werden können, die Vermuthung überwiegender Einsichten bey weitem mehr vor sich hat, als der größere Haufe, so ist, sobald besonders die Demagogie Spielraum gewinnt, der Zustand des einsichtsvolleren, an dem öffentlichen Wohl mit wahrer Theilnehmung hangenden Bürgers der Zustand eines besüßigen Besorgnisses, indem er die Gesetze und gemeinschaftlichen Angelegenheiten ganz der Entscheidung der unerfahrenen Menge überliefert weiß.

#### IV. Anmerkung.

„Nichts ist leichter, als das Volk zu jedem Affekte zu bewegen. Niemanden steht, wenn wir zusammen treten, seine Fassung, niemanden seine Beurtheilung zu Gebot: noch hat irgend eine Menge die Überlegung der Einzelnen.“ Nihil est facilius, quam in quemlibet affectum movere populum: nulli, cum coimus, sua mens, nulli ratio praesto est; nec habet ulla turba prudentiam singulorum. *Quintil. declam. XL. c. 7.*

## V. Anmerkung.

Folgendes ist aus der Schugrede des Cicero für den Flaccus eine Schilderung, wie ungefähr solche Volksbeschlüsse gefaßt werden. „Die Per- gamener, noch vor dem letzten Gastmale, und nur vor kurzem von Befleckungen übersättiget, standen, und was Mithridates, der diese Menge nicht durch Ansehen, sondern die Fütterung in seiner Gewalt hatte, zu wollen sagte, darüber schrien Schuster und Gürtelmacher sogleich ihre Bestimmung zu.“ Pergameni nuper epulati, paulo ante omni largitione saturati, quod Mithridates, qui multitudinem illam non auctoritate, sed sagina tenebat, se velle dixit, id sutores, id zonarii conclamarunt. — Und bald darauf: „Wenn ihr also Volksbeschlüsse höret, so erinnert euch, ihr höret die Bewegtheit des Pöbels, höret überall die Stimme des Unbedachtsamsten; höret das Geklärm der Unwissenden, höret die aufgeregte Versammlung der leichtsinnigsten Nation.“ Mementote igitur, cum audieritis psephismata, audire vos temeritatem vulgi, audire vocem levissimi cujusque, audire strepitum imperitorum, audire concitatam concionem levissimae nationis.

## VI. Anmerkung.

„Eine Volksversammlung, schreibt G u d i n, hat zwar unzählige Köpfe, aber diese haben keine Augen; sie wird durch die Ohren geleitet, deren ein Volksredner sich so leicht bemächtigen kann.“ De L o m e hat in dem fünften Hauptstücke die Frage unter mehreren Ansichten behandelt: Ob es der allgemeinen Freyheit zuträglich seyn würde, wenn, um die Gesetze abzuschaffen, das gesammte Volk abstimmt? Ich nehme die Stelle, womit er seine Untersuchung schließet, hierher auf, weil sie nicht weniger auf die Art, wie die Gesetze in Nationalvorstellungen abgefaßt werden, als auf Volksversammlungen selbst Anwendung hat. — „Die Stimmen werden gegeben: eine Majorität erkläret sich; man nennt sie den Willen von Allen, und sie ist im Grunde bloß die Wirkung der Kunstley einiger Ehrsuchtigen. Mit einem Worte: diejenigen, welche das Innere der Republiken genauer kennen, und die Art überhaupt, wie die Sachen in sehr grossen Versammlungen vor sich gehen, werden gesehen, die kleine Zahl, die vereinigt ist, die handelt und gesehen wird, steht gegen die grosse Zahl, die nur ihre An-

„gen auf sie geheftet hält, und keine Vereinigung hat  
 „so sehr im Vortheile, daß sie schon mit einer sehr un-  
 „selbstständigen Geschicklichkeit stets Meister der Be-  
 „schlüsse bleibt: daß nach der Natur der Sache selbst  
 „keine Unschicklichkeit so groß ist, wozu die Einwilli-  
 „gung einer grossen Menschenversammlung nicht erho-  
 „ben werden könnte: und daß die Gesetze weiser, und  
 „mit größerer Wahrscheinlichkeit mehr zum gemein-  
 „schaftlichen Vortheile gerichtet seyn würden, wenn  
 „ihre Abfassung von dem Ungeschehe eines  
 „Würfelmurfs, als von der Abstimmlung ei-  
 „ner Menge abhänge.“

## VII. Anmerkung.

„Nur an Höfen, schreibt Voltaire, geschieht  
 „es, daß sehr oft Menschen ohne Ehre und Achtung  
 „zu den höchsten Würden gelangen. In Republiken  
 „wird ein entehrter Bürger von dem Volke nie zu öf-  
 „fentlichen Ämtern ernannt.“ Voltaire hatte vergessen,  
 „daß Vatinius von dem Volke dem Cato in den  
 „Konsulate vorgezogen worden, daß Verres von dem  
 „Volke die Prätur von Sizilien, daß Clodius  
 „der Mann aller Weiber und das Weib al-  
 „ler Männer, wie ihn Cicero nennt, das Lächer-“

nur von dem Volke erhalten, daß Catilina Prätor in Afrika war, und nur durch die äufferste Anstrengung des Senats von dem Konsulate ausgeschlossen wurde. Aber mehr, als ihm Athen und Rom hätte zeigen können, würde er sich widerlegt gefunden haben; hätte er gesehen, wie die Versammlung, welche das grosse Werk der Wiedergeburt von Frankreich vollenden sollte, zusammengesetzt war; größtentheils aus Menschen, welche die öffentliche Achtung längst verwirkt hatten, aus bankrutirten Kaufleuten, entsetzten Advokaten, wegen Schulden Geflüchteten, oder wegen Übelthaten und Verbrechen Verbannten, aus entsprungenen Mönchen, ausgepiffenen Schauspielern, aus Abentheurern aller Nationen, beynahe aller Welttheile, kurz aus Menschen, die von der Nation selbst nur mit desto größerer Verachtung angesehen werden mußten, je niedrigere Künste und Schmeicheleyen es forderte, um der Günstling der Lastträger und Fischweiber, als der Günstling eines Königs zu werden.

### VIII. Anmerkung.

Die schrecklichsten Ausbrüche in der französischen Nationalversammlung haben uns gewissermassen zu Augenzeugen der Unordnungen gemacht, welche Rebe-  
nenversammlungen dem freyen Gange der Ge-

setzung entgegen stellen: Rousseau hat den ausschließlichen Einfluß derselben auf die Berathschloßung der Volksrepräsentanten (in dem III. Kap. des 2. B. des *Contract social*) ausdrücklich vorher gesagt. Ich will nur eine Stelle derselben darüber anführen. Das ganze Kapitel verdient übrigens um so mehr tiefes Nachdenken aller Regierungen, als das Ansehen des Verfechters der Volkssouveränität und des Aufstandes über solche Gegenstände von keiner Partey verworfen werden kann. „Ist endlich, schreibt er, eine dieser Versammlungen so angewachsen, daß sie die Oberhand überall andern erhält, so ist nicht mehr ein allgemeiner Wille vorhanden, und die Meinung, welche durchgesetzt wird, ist bloß eine besondere Meinung.“

#### IX. Anmerkung.

Im Gegentheile ist es eine von Meiners, Erze, von allen Reisenden gemachte, bis auf die kleinsten Kantone der Schweiz angewendete Bemerkung: daß der Theil des Volkes, der durch den Namen: *Untertban*, besonders bezeichnet wird, in den aristokratischen Regierungen am meisten gedrückt ist.



### X. Anmerkung.

Livius L. 4. c. 1. Colluvionem gentium fieri, ne quid sinceri, ne quid incontaminati sit. Quam enim aliam vim connubia promiscua habere, nisi ut ferarum prope ritu vulgentur concubitus plebis, patrumque.

### XI. Anmerkung.

Essay sur les Comices de Rome, les états généraux de France, et le Parlement d'Angleterre par M. — Gabin hat sich in seinem Supplement au contract social zum Verfasser dieses Werkes bekannt.

### XII. Anmerkung.

In so fern das gütliche Vorurtheil für die Gesetze davon abhängt, daß keine besondere, einseitige Absicht in die Veranlassung oder Entscheidung eingebracht zu seyn, besorget werde, hat die unbeschränkte Monarchie den Vorzug vor der beschränkten. Denn bey dieser letzteren macht der immer-

währende Verdacht, die Regierung suchte die Verfassungsmässigen Gränzen ihrer Gewalt über hin aus zu rücken, die Nation gegen alle Theile derselben mißtrauisch. Bey einer unbeschränkten Monarchie hingegen fällt dieses Mißtrauens ganz hinweg. Der Fürst, der hier bereits alles vermag, und mit allen Rechten, welche zur Erfüllung der gesetzten Pflicht, seine Unterthanen glücklich zu machen, notwendig sind, ausgerüstet ist, kann verabschiedete Weise keine von dem allgemeinen Wohl getrennte Absicht haben; er findet alles, was seine Größe, seine Glückseligkeit ausmachet, in dem allgemeinen Wohl und findet es nur in demselben. Aber dieser vielleicht noch nie wahrgenommene Vorzug der unbeschränkten Monarchie hört auf (in einem Werke, das ganz der freymüthigen Wahrheit geweiht ist, muß die Benutzung nicht übergangen werden); dieser Vorzug hört auf, wenn die Herrschsucht eines Ministers, der Begünstigung der Günstlinge von einem oder dem andern Geschlechte in die Entschliessungen Einfluß nehmen, und indem sie die Gelegenheit ausspähen, sich in unverwahrten Augenblicke eines Regenten zu benützen, ihren Vortheil, ihre Absichten an die Stelle der öffentlichen Wohlfahrt unterschieben. Das Gosh lautet hart, aber er ist darum nicht weniger

wahr: Fürsten, von deren Güte sich Einzelne sehr zu rühmen haben, sind nicht diejenigen, unter denen die Nationen am glücklichsten sind. Das Wohlwollen des Regenten muß von niemanden ausschließend befaßt werden; es ist ein Gemeingut des Staats, es gehört in den Gesamtbefitz aller Bürger.

### XIII. Anmerkung.

Der junge Alexander Severus, um das Vertrauen gegen die Regierung wieder herzustellen, das unter den Komodus, Bassianen und Heliogabalen ganz verschwunden war, gab keiner Verordnung Kraft, ohne zwanzig Rechtsgelehrte, und nicht weniger als fünfzig der gelehrtesten, weisesten und beredtesten Männer zur Berathschlagung beigezogen zu haben, und zwar so, wie der Geschichtschreiber bemerkt, „daß von jedem die Meinungen einzeln abgefordert wurden, und man, was jeder gesagt hatte, besonders aufzeichnete, wobey auch Zeit zum Überdenken und Untersuchen gelassen ward, bevor gestimmt wurde, damit die Stimmenden von so wichtigen Sachen nicht unvorbereitet zu sprechen, genöthiget wären.“ *M. Lampridius in Alex. Sever. C. 26.*

## XIV. Anmerkung.

Als Perzes in dem Begriffe stand, Griechenland den Krieg anzukündigen, versammelte er die asiatischen Fürsten, um mit ihnen zu berathschlagen. Seine Rede an dieselben lautete: Ich habe euch sämmtlich berufen, damit es nicht scheine, als hätte ich nur nach meinem Rathe gehandelt. Wisset übrigens, daß ihr mehr zu gehorsamen, als Rath zu ertheilen habet. *Valerius Maximus* L. 9. c. 5. *Externæ* 2.

## XV. Anmerkung.

Seneca, der ungefähr dem Aristoteles nachschrif, und nichts Kühleres fand, als ein Gesetz mit einem Eingange, hatte von der Alleinherrschaft und der Gewalt der Kaiser den mit dem griechischen Politiker ähnliche Begriff. Man lese gleich am Eingange des ersten Buches: *De clementia*, die schreckliche Schilderung, die er dem Nero von der Gewalt der Alleinherrschaft macht, und das Erstaunen über die Grausamkeiten des Böllings verändert sich in Haß und Verabscheuung gegen die Niederträchtigkeit seines Erziehers.

### XVI. Anmerkung.

Plato in dem dritten Gespräche von Gesezen sagt: Ein Gesetz ohne Einleitung sey dem Gebote eines Tyrannen zu vergleichen. Daher verlangt Nicias, einer der Zwischenredner: „Die Geseze sollen nie ohne Eingang erlassen werden, damit,“ setzt er hinzu, „die Bürger das Gesetz williger hören, und bereitwilliger vollziehen.“

### XVII. Anmerkung.

Der scharf gezeichnete Umriss, womit der Verfasser des *Essay sur l'histoire de comices de Rome* etc. T. 1. L. 3. die Regierungsepöche Ludwig des Elften beschließt, ist ein Beyspiel dieses Argwohn und Mißtrauens auch aus den späteren Zeiten. „Das Gute, das er that, that er auf eine tyrannische Weise. Er verdiente den allgemeinen Haß, selbst, indem er das allgemeine Wohl beförderte. Die Ketten, Fessel und Galgen, womit er seinen Thron umgab, stößten nur Schrecken ein, und erstickten die Erkenntlichkeit selbst in dem Herzen derjenigen, denen seine Tyranney nützlich ward. Sein Charakter war seinem Talente nachtheilig: mit weniger Fehlern hätte er weniger Hindernisse gefunden.“

## XVIII. Anmerkung.

Das Vertrauen der Nation zu einem beschlagenden Körper, wie das Vertrauen der Konvention, gründet sich auf die Voraussetzung: dieser Körper werde, was dem gemeinschaftlichen Wohl am vortheilhaftesten ist, in Vorschlag bringen können, in Vorschlag bringen wollen. Das erste wird von der Masse, von der Summe der vereinigten Einsicht, das zweite von der Rechtlichkeit seiner Gesinnungen erwartet. Da die Dekretalgutachten größtentheils nach der Mehrheit der Stimmen gefaßt werden, so sagt der Regent, wenn er das Gutachten bestätigt, so sagt sich die Nation: die Stimmenmehrheit ist das Übergewicht der Einsicht u. s. w. Doch diese zweite Voraussetzung setzt nothwendig noch weiter voraus, daß die Einsichten, welche gegen einander in eine Gleichung gestellt werden, gleiche Größen sind, das ist: daß jede Einsicht 1 (eines Stimmenden), dem; B. 5 die Mehrheit ausmachen, gleich groß ist, wie jeder Einsicht 1, deren 4 die minderen Stimmen sind (und eben so von der Rechtlichkeit). Nur unter dieser Bedingung kann der praktische Schluß gültig seyn: daß die mehreren Stimmen auch die

weiseren sind. Aber sobald sich Unfähigkeit oder Verderbtheit in einen beratshlagenden Körper einschleichen, oder in denselben eingedrungen werden, so ist das Verhältniß gestört, und alle Berechnung in Verwirrung: so gilt eine Null (Unwerth, Nichts) so viel als eine Einheit (ein Werth, ein Etwas), und zwey Nullen gelten sogar mehr als eine Einheit; so ist eine gleiche Zahl von Stimmen in der That nicht mehr eine gleiche Größe von Einsicht oder Rechtlichkeit; so ist dann auch das Vertrauen, daß die mehreren Stimmen die weiseren, daß die gefassten Schlüsse der Ausschlag der größseren Einsicht sind, billig verloren. Man sieht hieraus, welch eines unvergeßlichen Verbrechens sich diejenigen schuldig machen, welche die Wahl der Regierung bey Besetzung solcher Ämter irre leiten, indem sie die Einsicht des Regenten hintergehen, seine Güte überraschen oder das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchen. Das Unrecht gegen die dadurch ausgeschlossene Fähigkeit ist noch nicht das größte Übel, so sie dem Staate zufügen; der Nachtheil ist bey weitem von größseren Einflusse, daß dadurch den Gesetzen, den öffentlichen Vorkehrungen, der Gesetzgebung also und dem Gesetzgeber, das allgemeine Vertrauen geraubet, und eine

der stärksten Triebfedern der gemeinschaftlichen Folgsamkeit geschwächt wird. Zu allen Zeiten zwar wird das Auge der Fürsten nur schwer den Dunst durchdringen, welchen Absicht und Eigennutz der Günstlinge und des Höflings zwischen ihnen und dem Mann von wahrer Fähigkeit und Tugend erwecken, dessen bescheidener Stolz nicht über sich gewinnt, sich vorzudrängen, oder der Gunst zuzukriechen. Indessen haben Regenten vielleicht dennoch ein Mittel, weniger von einseitigen Vorschlägen oder verdächtigen Empfehlungen abzuhängen, wenn sie, besonders bei wichtigen Amtsbefehlungen, die öffentliche Meinung zu Rath ziehen wollen. Es würde schwer seyn, die Ursache davon anzugeben, aber das Gefühl des Publikums über den Werth und Unwerth öffentlicher Männer ist so richtig, daß es nicht leicht der tiefsten Verstellung oder der dreistesten Unverschämtheit gelungen hat, dasselbe um seine Achtung zu betrügen; und die Bitte des Plinius an Trojanen ist gewiß die Bitte aller Nationen an ihre Fürsten: „Nicht auf irgend einen „Winkelnahn, noch das für Niemand mehr, als den, „der darauf horcht, hinterlistige Gewisser Rücksicht zu „tragen. Es ist ungleich sicherer, Allen zu „glauben, als Einem. Denn Einer kann be-



„trügen und betrogen werden: nie aber hat Einer Alle, nie haben Alle Einen hintergangen.“  
*Ne respexeris clandestinas existimationes, nulloque magis, quam audientibus insidiantes surros. Melius omnibus quam singulis creditur. Singuli enim decipere et decipi possunt: nemo omnes, neminem omnes fefellerunt. Paneg. c. 62.*

### XIX. Anmerkung.

Dieser dem römischen Volke und Heere äußerst verhaßte Heerführer war der durch seinen Anschlag auf die Keuschheit der Virginia, und seine Verlogenschaft gegen die plebem romanam bekannte Decemvir Apianus Claudius, unter welchem das Heer non vincere tantum noluit, ut Fabianus exercitus, sed vinci voluit. *Livius Hist. L. 2. c. 23.*

### XX. Anmerkung.

Die Freunde Solons machten ihm, als er für Athen Gesetze schrieb, die Beobachtung: seine Bemühungen würden die Wirkung nicht haben, die er da-

von erwartete: die Reichen würden das Spinnengewebe der Gesetze immer leicht durchbrechen. Solon versetzte: „Die Menschen sämmtlich beobachten die Verträge, so sie unter sich errichten, wenn es keinem Theile, sie zu brechen, nützt. So werde also auch ich meine Gesetze einrichten, nach der Gestalt dem Nutzen meiner Mitbürger anpassen, daß sie es deutlich einsehen werden, es sey ihnen weit nützlicher, solche zu beobachten, als zu übertreten.“ Plutarch im Leben des Solon.

## XXI. Anmerkung.

Gallonez: Bemerkungen über den Einfluß des Himmelsstriches, der Lage, der natürlichen Beschaffenheit und Bevölkerung eines Landes, der Nahrungsmittel und Lebensart auf Temperament, Sitten, Verstandeskkräfte, Gesetze, Regierungsart und Religion der Menschen. Aus dem Englischen mit Anmerkungen und Zusätzen. Rhodigini lectionum antiquarum. L. 13. c. 13. Von dem Kugel, ein Epigramm zu sagen, fortgerissen, fragt Mabiy (de la legislation L. 1.): „Ein Gesetzgeber, sollte er nicht vielmehr die Neigungen unsers Herzens, als den Thermometer zu Rath ziehen, um zu wissen, was er verbieten od. v

„erlauben soll? Was tragen Ebene und Gebirge, ein trockener oder feuchter, ein mehr oder weniger fruchtbarer Boden, die Nachbarschaft des Meeres oder eines grossen Flusses, und hundert andere Zufälligkeiten bey, um zu entscheiden, welche Gesetze zum Glück der Menschheit die schicklichsten sind? Verändere die Natur des Himmelsstriches die Natur des menschlichen Herzens? Hat der Mensch nicht überall die nämlichen Bedürfnisse, die nämlichen Glieder, die nämlichen Sinne, den nämlichen Gang, die nämlichen Leidenschaften und die nämliche Vernunft?“ — Nein, das hat er nicht: wird jeder ihm antworten, und Robly würde gewiß für den gefühllosen Bewohner des Fennrlandes, oder den Eskimau einen ganz andern Code entwerfen, als für den feurigen Spanier oder leichtsinnigen Franzosen.

## XXII. Anmerkung.

Montesquieu hatte von der Vereinfachung der Gesetze bey verschiedenen unter einer Regierung, oder in einem Staatskörper vereinigten Ländern und Völkern nicht eben einen so hohen Begriff: „Das ist, sagt er, die Schwachheit der Eroberer, allen Völkern ihre Gesetze und Gewohnheiten geben zu wol-

„len, das tangt wenig: denn unter jeder Regierung kann man gehorsamen.“ *Causes de la grandeur decaden: de Romains Chap. 6.*

### XXIII. Anmerkung.

Diejenigen Gesetze, die unmittelbar auf die Wesenheit der menschlichen Natur und auf die Wesenheit der bürgerlichen Gesellschaft Beziehung haben, können nicht nur in einem oder verschiedenen Völkernschaften zusammengesetzten Staaten, sie müssen ungefähr in allen Staaten gleich seyn. Denn diese Gesetze sind bloße Folgerungen, von Vordersätzen abgeleitet, die aller Orten, zu allen Zeiten gleich sind. Abweichungen von diesen Gesetzen können nur da sich finden, wo die Vordersätze verkannt oder abfichtlich Irrungschlüsse gezogen werden. Auch diejenigen Gesetze, welche die neue Kunstsprache des Staatsrechts durch den Namen Constitution von Gesetzen unterscheidet, und die man in Ansehung des Gegenstandes die eigentlichen Staatsgesetze nennen muß, die festgesetzten Grundsätze nämlich über Regierungsform, Thronfolge, Verfassung der Stände, gemeinschaftliche Verhältnisse des Staatsbürgers u. d. g. sollen, so sehr u

geschehen kann, bey einem aus verschiedenen Ländern und Völkern bestehenden Staatskörper die nämlichen seyn. Aber eine weiters getriebene Gleichheit ardet in einen Zwangstand aus, und gleicht dem schrecklichen Bette des Proletes, worin die Reisenden, wenn sie die Länge des Lagers nicht erreichten, mit Auslenkung der Glieder gestreckt, oder ihnen, wenn sie darüber hinausreichten, die Füße abgehauen wurden. Indessen ist nicht zu läugnen, daß eine Verschiedenheit in Gesetzen und Vorkehrungen die öffentliche Verwaltung immer sehr verwickelt, sehr beschwerlich macht. Aber eben so wenig ist zu läugnen, daß diese ungeheuren Massen von Staaten, welche Länder von entgegengesetzten Himmelsstrichen, Völker an Charakter und Kultur ganz von einander unterschieden in einen Staat vereinigen, weder in der Absicht der Natur, noch in dem allgemeinen Plane der bürgerlichen Verfassung liegen. Als einen abgesonderten Begriff gedacht, ist man darüber einig, daß es ein Maximum der Staaten, ein Maximum der Staatskraft gibt, worüber ohne Selbstschwächung nicht geschritten werden kann, und wovon die Vergrößerung entfernt; und wenn der römische Senat, wenn Alexander oder Katharine die Zweyte an ein solches

Maximum nicht geglaubt haben, so zeigt entgegen die Rede des Augustus: *de coercendo intra fines imperio*, und die Verlassung aller Provinzen jenseits des Tigris und Euphrats von Hadrian, daß diese beyden Kaiser davon überzeugt waren. Aber man betrachtet es in der Politik als eine noch unaufgelöste Aufgabe: das Maximum der Staatengröße zu bestimmen. Wäre es, wenigstens in Rücksicht der inneren Verwaltung, nicht ein warnender Wink der Natur, daß ein Staat die Gränzen seines Maximums wirklich überschreite, dem entweder die physische oder die moralische und politische Verschiedenheit der Theile verschiedene Gesetze und Vorkehrungen abfordert, oder der, um Gleichförmigkeit zu erhalten, dieselben Gesetze physisch, moralisch oder politisch sehr unterschiedenen Theilen aufdringen muß?

#### XXIV. Anmerkung.

Doch wie wäre es möglich, daß eine Nation bey ephemeren Gesetzen nicht bedenklicher argwohnen sollte? Waren die Gesetze gut, warum werden sie geändert? Mußten sie geändert werden, so erkannte man, daß sie nicht gut waren. Was ist einfacher, als ein

solcher Schluß? Ein neuer Minister, der alles umgestaltet, was sein Vorgänger gethan hat, bringt es leicht dahin, die ehemaligen Vorkehrungen geringschätzig zu machen: wird er es aber eben so leicht zuwege bringen, den Seinigen Achtung und Zutrauen zu verschaffen? Das Volk glaubt nur selten, der Schmeichler nur so lange an die größere Einsicht und Unfehlbarkeit eines Ministers, als dieser an seinem Plaze steht. Die Regierungen scheinen nie bey dem Gedanken verweilet zu haben, daß immerwährende Änderungen an den Gesetzen ein beständig lauter Tadel derselben, und der die öffentlichen Maßregeln bey weitem mehr abzuwürdigen fähig ist, als alles Geschreibe des Kritiker, weil man doch nicht hindern kann, daß das Publikum mit der Regierung ungefähr gleich denke.

## XXV. Anmerkung.

Die griechischen Gesetzgeber bezeichneten die veränderlichen und unveränderlichen Gesetze sogleich durch die Benennung. Sie nannten *Nómos*, was für beständig erlassen ward, und *Psephismá* eine Zeitverordnung. Die deutsche Gesetzgebung und Sprache könnte diese genauere Bestimmung leicht nachahmen, wenn sie stets *Nómos* durch *Ver-*

fest, und Psephisma, durch Verordnung, bezeichnete.

# XXVI. Anmerkung.

So läßt Livius den Volkstribun Valerius wegen Aufhebung des oppidischen Gesetzes gegen den Cato sprechen: „Gleichwie ich gestehe, daß von denjenigen Gesetzen, die nicht für gewisse Zeit, sondern eines fortwährenden Nutzens wegen für die Ewigkeit gegeben worden, keines aufgehoben werden soll, als das der Gebrauch mangelhaft zeigt, oder der veränderte Zustand des gemeinen Wesens unnütz macht, so sehe ich auch, daß diejenigen Gesetze, welche gewisse Zeiten forderten, so zu sagen, sterblich, und der Veränderlichkeit der Zeiten selbst unterworfen sind.“ Quemadmodum in his legibus, quae non in tempus aliquod, sed perpetuae utilitatis causa in aeternum latae sunt, nullam abrogari debere fateor, nisi quam aut usus coarguit aut status aliquis reipublicae inutilem facit, sic quas tempora aliqua desiderarunt leges, mortales ut ita dicam, et temporibus ipsis mutabiles esse video. *Livius Hist. L. 34. c. 1.*



## XXVII. Anmerkung.

Der Gesetzgeber der *Karoline* hat diese Veränderlichkeit so sehr vorgesehen, daß er, nach *Gu-  
dius* Anmerkung, von hundert zu hundert  
Jahren zur Untersuchung der Verfassung  
und Gesetze eine bestimmte Volksversamm-  
lung anordnet. Nach der Konstitution von Eng-  
land kann das Parlament bey einer neuen Thron-  
besteigung die Gesetze in Uebersicht nehmen, und  
daran verbessern. Beyde Maßregeln haben mehr oder  
minder den gemeinschaftlichen Fehler, daß sie  
der Verbesserung einen bestimmten Zeit-  
punkt anweisen, zwischen welchen die Gebrüchen,  
die keine Periode halten, zu schaden fortfahren, und  
sich befestigen. Die von *Locke* angeordnete Uebersicht  
von einem Jahrhunderte zu dem andern  
läßt billig besorgen, daß gegen die Zeit hin, da die  
Verbesserungsperiode naht, in der Erwartung neuer  
Gesetze das Ansehen der bestehenden leide, und  
Schlaffheit, beynähe Anomie (Gesetzlosigkeit) über-  
hand nehme. Überhaupt würden solche Volksver-  
sammlungen den Staat allen Ungemächlichkeiten  
der demokratischen Stimmung aussetzen, und eben die-  
ses läßt sich mit noch größerm Besorgnisse auf die Zu-

sammensetzung einer außerordentlichen Volks-  
 vorstellung zur Verbesserung der Geseze anwen-  
 den. Die Bemerkung eines neueren französischen Schrift-  
 stellers ist sehr gegründet: „Daß tausend oder zwölfe-  
 „hundert Menschen sich gewiß nicht außerordentlich  
 „versammeln, um zu erklären, daß alles gut sey,  
 „und erhalten zu werden verdiene.“ Es ist  
 also in jeder Verfassung selbst, eine erhaltende und  
 erneuernde Kraft der Geseze notwendig; jene,  
 - um die Geseze gegen die Versuche der Ei-  
 genmacht, der Willkühr zu sichern, diese, um  
 dennoch die Veränderungen treffen zu können,  
 welche die Umstände empfehlen oder nothwendig ma-  
 chen. Die erhaltende Kraft liegt in dem auf wohl-  
 erwogene, feste Grundsätze gebauten Staats-  
 plane: die erneuernde Kraft muß die Mittel vor-  
 zuschlagen, zu prüfen, und von dem Gutbefundenen  
 den besten Gebrauch zu machen, begreifen. Ohne  
 in diesen Gegenstand tiefer einzugehen, werde ich eine  
 auf das Leptere sich beziehende sehr einfache Bemerkung  
 machen. Einer öffentlichen Verwaltung, welche  
 die günstige Meinung für sich hat, daß ihr wohl ge-  
 meinte Erinnerungen willkommen sind, wird die Einsicht  
 aller fähigen Köpfe zu Gebot stehen; und es kann  
 nicht fehlen, daß sie nicht über alles, was eine Ver-

Änderung fordert, oder eine Verbesserung zuläßt, Winke und Vorschläge, und über beides Erörterung erhalte, wenn eine zweckmäßig eingerichtete Senatur über öffentliche Angelegenheiten mit Anständigkeit zu schreiben, und seine Gedanken mitzutheilen, die Freyheit offen hält.

### XXVIII. Anmerkung.

Folgende Betrachtung ist nur eine Fortsetzung der vorausgehenden. Die Regierungen haben sich der Schriftsteller, die Meinungen zu Veränderungen äußerer Verhältnisse vorzubereiten, manchmal nicht ohne Nutzen gebraucht: sie können von denselben mit gleichem Erfolge Gebrauch machen, um die Meinungen zu größeren Veränderungen in dem Innern eines Staates und bey der Gesetzgebung vorzubereiten; ich bin versucht zu sagen, um durch die Schriftsteller die öffentliche Meinung über Veränderungen gleichsam vorhinein zu beschützen, und dadurch, wenn diese wirklich geschehen, sie weniger auffallend machen. Wäre z. B. ein Gesetz zu verändern, eine Einrichtung umzugestalten, die bey dem Volke durch Jahre und Gebrauch eine Gattung von Ehrwürdigkeit erhalten, über deren Nutzen also nie jemand sich einen Zweifel erlaubt

hätte, so würde eine vorsichtige Regierung, selbst für das allgemeine Vorurtheil Achtung genug zeigen, um solches nicht durch zu gähe Veränderung gewaltsam überzuflürzen. Ein Schriftsteller trete nun auf, und werse gegen ein solches Gesetz, gegen eine solche Einrichtung Bedenklichkeiten hin. Er wird vielleicht für einen Träumer, wohl auch für einen unbesonnenen Neuerer ausgerufen, von andern Schriftstellern angefallen, bestritten werden. Der Angegriffene antwortet seinen Gegnern, findet auch andere Schriftsteller, die seine Meinung annehmen, vertheidigen. Das Publikum liest, nimmt für oder wider den Schriftsteller und den Gegenstand Parthey, und in Kurzem wird, was vormals in dem Besitze eines unbezweifelten Ansehens war, als eine bloße Streitfrage betrachtet. Wenn dann die Verwaltung die Veränderung verwirklicht, so denkt das Publikum nicht mehr an das ehemalige Ansehen des Gesetzes zurück, es hat nur die Streitfrage, die Gründe dafür und dawider vor Augen, und sagt zuletzt: die Regierung ist also auch von der Meinung des —

#### XXIX. Anmerkung.

Ich denke hier nur, um sie nicht vorbeyp zu gehen,

auf die Sorglosigkeit über Sinn und Ausdruck, welche auch auf die Sicherheit der Handlungen (S. den V. Abschnitt) Einfluß haben.

### XXX. Anmerkung.

Auf der 3. Tafel der römischen sogenannten Gesetze der Zwölftafel heißt das 15. Gesetz: *Nea aurum addito, Ast quoi auro dentes vincti erunt, cum illo sepelire, urere, sine fraude esto.* Gold soll an keiner Leiche verwendet werden. Wären jedoch jemanden die Zähne mit Gold gebunden, der mag damit begraben oder verbrennet werden ohne Gefährde. Dieses ganz eigene Beispiel von Kleinsügigkeit erspart mir den Edel, dergleichen überall in den neueren Gesetzbüchern aufzufuchen, davon besonders die Kriminalgesetze übersüllet sind.

### XXXI. Anmerkung.

Die Unterscheidung des äusseren und inneren Gerichtsstandes (*forum fori, forum poli*) trennet Begriffe, deren Untrennbarkeit der bürgerlichen Gesellschaft von der größten Wichtigkeit

ist; die Begriffe: rechtshaffen handeln, und gewissenhaft handeln. Die Rechtshaffenheit ist die praktische Fertigkeit, nach Vorschrift der Gesetze zu handeln. Kann man aber die Gesetze übertreten, ohne in seinem Gewissen verantwortlich zu werden-, so kann man ein gewissenhafter Mann seyn, ohne ein rechtshaffener Mann zu seyn. Die Trennung der Begriffe einer rechtsgiltigen und rechtlich erlaubten Handlung (*actionis validae et licitae*) gehört in eben die Klasse der juridischen Spisfindigkeiten, welche die Absicht der Gesetzgebung vereiteln, wenn sie in den Rechtsschulen fortgepflanzt werden: und noch scheinen die Begriffe darüber nicht vollkommen in das Reine gebracht zu seyn. Die rechtliche Giltigkeit einer Handlung setzt rechtliche Möglichkeit zu handeln, und diese setzt, rechtliche Fähigkeit zu wollen, voraus. Aber, wo das Gesetz zu handeln verbietet, da benimmt es die Fähigkeit zu wollen; die Handlung ist daher nicht bloß rechtsun-  
giltig; im rechtlichen Sinne ist gar nicht gehandelt worden. Auf diesen Gründen beruhet der für die bürgerliche Ordnung wichtige Lehrsatz: Daß jedes verbietende Gesetz auch, wie man am genauesten

das Wort irritans verdeutschten möchte, verungiltigend ist; und dieser Satz hat Gemeingiltigkeit in Ansehung aller Handlungen, die bloß rechtliche Folgen nach sich ziehen. Aber es gibt Handlungen, die von physischen Folgen begleitet sind, so nach ihrer Natur nicht mehr verungiltiget werden können. Hier muß die Gesetzgebung der Unterscheidung Platz lassen, ob die physischen (zum Nachtheile erreichenden) Folgen auf den Übertreter des Gesetzes allein beschränket sind: oder ob sie zugleich auf einen zweyten Schuldlosen sich mit verbreiten. In dem ersten Falle besteht der Satz noch immer: Unerlaubt handeln, ist ungiltig oder gar nicht handeln. Der Übertreter mag den Schaden, den er leidet, sich selbst beymessen. Im zweyten Falle aber wird auf den schuldlosen Theil zurückgesehen, und um diesen gegen unverschuldeten Schaden zu schützen, der Handlung, ob sie gleich unerlaubt war, Rechtsgiltigkeit ertheilet; nicht in so fern sie eine selbstständige Handlung, sondern in so fern sie ein untrennbarer Theil einer Gesamthandlung ist, deren Giltigkeit wegen des schuldlosen Mithandelnden zu erhalten, eine Forderung der Gerechtigkeit wird. Die Regel: Daß eine

unerlaubte Handlung auch rechtlich ungiltig ist, bleibt darum noch immer bey Kraft: und, um zu keinen Winkelzügen der Auslegung Gelegenheit zu lassen, ist es der Vorsichtigkeit der Gesetzgebung windig, bey den wenigen Fällen, wo ungeachtet des Verbots wegen der begleitenden Umstände die Handlung für gültig gehalten wird, es ausdrücklich in der gesetzlichen Aussage zu erklären. S. auch die IX. Anmerkung zur Einleitung in die Staatspolitik.

### XXXII. Anmerkung.

S. B. bey dem Schleichhandel; wenn fremde Waare herein gebracht wird. Gesezt der Schleichhändler wird gestraft, sind darum die Manufakturen, der Feldbau, die Verzehrung über das entschädiget, was ihnen dadurch entgangen ist? Sind die Unwerthe durch die erlegte Strafe in der Masse der allgemeinen Arbeitsamkeit weniger Unwerthe?

### XXXIII. Anmerkung.

Man gesteht ein, daß die ersten Nichtsobach-



tungen U n g e h o r s a m sind; Wie viele derselben müssen also voraus gegangen seyn, damit sie diese Eigenschaft ablegen? Wann ist das Gesetz wirklich aufgehoben? Der U n g e h o r s a m (auch dieses ist unwidersprochen) kann kein Gesetz außer Kraft setzen; Die erste Nichtbeobachtung ist nur U n g e h o r s a m: jede Nichtbeobachtung ist also immer die erste, weil die vorübergehende dem Gesetze nichts an seiner Gültigkeit entzogen hat.

#### XXXIV. Anmerkung.

Si, cur jubeatur, quaerere singulis licet, pereunte obsequio etiam imperium perit.  
*Tacitus.*

#### XXXV. Anmerkung.

Hier hat nämlich der Grundsatz der rechtlichen Hermeneutik Anwendung: Von dem (Gesetzgeber), welcher sprechen kann, und zu sprechen verpflichtet ist, wird, wenn er nicht spricht, vorausgesetzt, er habe nicht sprechen wollen.

## XXXVI. Anmerkung.

Man sehe über diese ganze Abtheilung die Abhandlung über die Liebe des Vaterlandes, 4tes Hauptst. im VII. Bande meiner gesammelten Schriften, aus welcher ich einige Anmerkungen hierher entlehnet habe.

Ende des ersten Bandes.



# I n h a l t.

---

	Seite.
<b>Einleitung.</b>	<b>III</b>
<b>Vorrede.</b>	<b>XI</b>
<b>Allgemeine Einleitung.</b>	<b>I</b>
<b>I. Abschnitt: Abtheilung der Staatswissenschaft in ihre Zweige, bis §. 24.</b>	<b>26</b>
Anmerkungen zu diesem Abschnitte bis	<b>39</b>
<b>II. Abschnitt: Hauptgrundsatz der Staatswissenschaft und ihrer Zweige, bis §. 35.</b>	<b>99</b>
Anmerkungen zu diesem Abschnitte bis	<b>114</b>
<b>III. Abschnitt: Mittel, die Bevölkerung zu berechnen, bis §. 54.</b>	<b>147</b>
Anmerkungen zu diesem Abschnitte bis	<b>160</b>

## S t a a t s p o l i z e y.

<b>Einleitung: Die einfachsten Begriffe der Staatspolizey, und hieraus der Umriss, wornach sie abgehandelt wird, bis §. 75.</b>	<b>184</b>
<b>Anmerkungen zur Einleitung bis</b>	<b>222</b>

<b>I. Abschnitt: Von der Aufmerksamkeit auf den sittlichen Zustand, bis §. 160.</b>	<b>336</b>
<b>Anmerkungen zu diesem Abschnitte bis</b>	<b>451</b>
<b>II. Abschnitt: Von den Mitteln, einen hohen Be- griff von der Gesetzgebung zu erwecken bis §. 181.</b>	<b>482</b>
<b>Anmerkungen zu diesem Abschnitte bis</b>	<b>518</b>

---

Seite 353 ist die XV. Anmerkung in die XVI.  
und so fortlaufend bis zum Ende des Ab-  
schnitts abzuändern.

---

